

# DAS ARGUMENT 131

Autonome Frauenredaktion im Argument	1
<b>Ökonomie – Politik – Kultur</b>	
Ellen Meiksins Wood Die Trennung von Ökonomie und Politik	4
Burkhard Tuschling Lawrence Kraders Theorie der civil society	24
Lawrence Krader: Eine Erwiderung	32
Rainer Rilling Das vergessene Bürgertum	34
Michael Masuch Replik zu Gransow/Offe über SPD und politische Kultur	48
* * *	
Alfred G. Frei u.a.: Perspektiven der Regionalgeschichte	55
<u>Rüstung in Ost und West</u>	
W. Harich: Zur Problematik der »Exterminismus«-Theorie	68
G. Anders: Aufruf an die Rüstungsarbeiter der Welt 1982	74
H.-H. Nolte: Militarismus in der Sowjetunion	75
<u>Umweltbibliographie (9): Internationale Umweltpolitik</u>	91
<u>Kongreßberichte: Demokratische Kulturarbeit, Arbeitsplatz- demokratie, Achberger Friedenskongreß, Umwelttagung des BdWi</u>	100
<u>Besprechungen: Wissenschaftstheorie; Frau und Literaturwissen- schaft; Arbeiterbewegung und Arbeiteralltag; Marxismus und Demokratie; Parteientheorie; Sozialpolitik; Projekt Automation und Qualifikation über Humanisierung der Arbeit</u>	106
Über die Autoren; Summaries; Zeitschriftenschau	160

# DAS ARGUMENT

## Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

### Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Mettscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

### Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz, Dr. Werner van Treeck

Redaktionssekretariat: Thomas Laugstien; Herstellung: Werner Jung

### Verlag und Redaktion:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030/8314079

### Auslieferung und Anzeigen:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Mittelstraß, Jürgen (Hrsg.): Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie, Band 1 (W. Kunstmann)</i> .....	106
<i>Speck, Josef (Hrsg.): Handbuch wissenschaftstheoretischer Begriffe (Th. Kornbichler)</i> .....	107
<i>Ströker, Elisabeth, u.a.: Wissenschaftstheorie der Naturwissenschaften (M. Ewers)</i> .....	108
<i>Kofler, Leo: Geistiger Verfall und progressive Elite (K. Bruns-Weingartz)</i> .....	108
<i>Habermas, Jürgen: Philosophisch-politische Profile (W. Kunstmann)</i> .....	110
<i>Habermas, Jürgen: Kleine Politische Schriften (W. Kunstmann)</i> .....	110
<i>Lorenzer, Alfred: Das Konzil der Buchhalter (M. Schneider)</i> .....	110

(Fortsetzung auf S. XVI)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1982 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preise: Einzelheft 12,— DM; für Schüler und Studenten 9,— DM; Jahresabonnement incl. Versandkosten 63,80 DM; für Schüler und Studenten 50,— DM. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1982. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ

## Echo auf das Projekt Frauenredaktion

Soll das Argument inhaltlich verändert werden durch geplante Frauenschwerpunkte und organisatorisch durch eine zusätzliche autonome Frauenorganisation? Viele diskutierten diesen Vorschlag (zuerst veröffentlicht in Heft 129); viele schrieben uns, besonders die Frauen. Die überwältigende Zustimmung, die darin ausgesprochenen Hoffnungen würden uns verzagt machen, hätte nicht eine Mehrzahl zugleich ihre Mitarbeit angeboten.

... *Die Idee bezüglich Frauenredaktion finde ich toll. Schickt mir doch Informationen darüber zu. Ich überlege mir dann, wie ich mitarbeiten/Euch unterstützen kann* (Helga Karl, Kassel)

... *im übrigen finde ich das Projekt goldrichtig und sehr schlau* (Helga Koppel, Marburg)

... *ich würde es sehr begrüßen und fand die Ansätze dazu schon sehr anregend ... ich könnte einen Beitrag bringen zur Einstellung einer Frau als Linke, Grüne und Naturwissenschaftlerin zu den modernen Naturwissenschaften ...* (Erika Hickel, Osnabrück)

... *übrigens, ich bin auch gelernte Bibliothekarin und könnte Euch bei Bedarf in technisch-bibliographischen Fragen und Ermittlungen behilflich sein ...* (Gisela Hartweg, Berlin)

... *auf das angekündigte Heft 129 bin ich sehr gespannt. Gern würde ich in dieser Richtung einmal mit Ihnen zusammenarbeiten* (Renate Möhrmann, Rom)

... *ich finde die Idee überhaupt nicht verrückt. So kann ich mit meinem neuen Schwerpunkt wieder mal ins Argument einsteigen ... Es muß ein Koordinationssystem zu den tausend Initiativen/Arbeitsgruppen aufgebaut werden. Ich könnte das für Hannover machen* (Ilse Schütte, Hannover)

... *Die Nr. 129 hat's gebracht. Ich bin langjährige Leserin des Argument, habe auch vor einigen Jahren mehrere Rezensionen geschrieben, aber ein bißchen den Kontakt verloren, da ich durch meine Berufstätigkeit (Lehrerin) den Abstand zwischen meiner Praxis und den m.E. oft zu abgehobenen Artikeln nicht mehr überbrücken konnte (oder wollte, aus Faulheit) ... was ich dazu leisten könnte: sicherlich Rezensionen. Was mich besonders interessiert, sind Bücher über Berufstätigkeit von Frauen, welche Bedeutung das für die Biographie hat etc. Aufgrund meiner eigenen Betroffenheit würde ich auch vorschlagen, die Problematik der sog. Helferberufe zu berücksichtigen* (Birgit Scherer, Köln)

... *ich habe zunächst mal natürlich Interesse an der Diskussion eines solchen Projekts — als langjährige Abonnentin des Argument und wissenschaftlich und politisch tätige Frau versteht sich das fast von selbst. Außerdem bin ich persönlich an weiterer Mitarbeit im Argument interessiert* (Gabriele Kandzora, Hamburg)

... *Es gilt, diese materialistische Grundlage, die Marx legte, weiterzuentwickeln. Bis auf das Jahr 1843 müssen wir zurückgehen und die Mißverständnisse von damals herausarbeiten ... Ich finde also die Idee, im Argument ein Forum zu schaffen für die weitere Auseinandersetzung hervorragend* (Gerda Guttenberg, Frankfurt)

Zustimmung erhielten wir auch aus den Reihen unserer Kommissionen: Die Gulliver-Redaktion, die selber soeben einen Band zu Frauenstudien (Argument-Sonderband 71, vgl. Anzeige Seite 67 in diesem Heft) herausgebracht hat, begrüßt

... *die geplante Konstituierung einer Frauenredaktion als positive Entwicklung ...* andere boten Beratung an; lediglich Harald Abholz aus der Medizin-Kommission befürchtet, daß

... von den bisherigen Lesern der Zeitschrift wahrscheinlich ein Teil das Abo abbestellen wird, weil ihre Zeitschrift den Charakter zu stark gewandelt hat, während das Argument von Frauen nicht abonniert wird ...

Umgekehrt denkt Günther Anders (Wien)

... das Frauenheft 129 ist ausgezeichnet. Daß Ihr die D. Soelle gewonnen habt, ist nicht nur ein enormer Gewinn, sondern wird Euch auch viele Leser bringen ...

Begeisterten Zuspruch erhielten wir vom MSB Spartakus München

... Wir haben uns sehr gefreut über die Anregung der Gründung einer Frauenredaktion im Argument. Wir sind der Meinung, daß es sehr wichtig ist, vom marxistischen Standpunkt aus die unterschiedlichen Ansätze und Theorien des Feminismus zu diskutieren. Da uns selbst eine einheitliche und geschlossene Theorie fehlt, ist es wichtig, die Frauen zu ermutigen und zu stärken, auch in diesem Bereich wissenschaftlich zu arbeiten. Gerade die Universität und die Wissenschaft, ein von jeher von Männern besetztes Feld, ist für uns Frauen besonders schwierig aufzubrechen. So ist es nicht verwunderlich, daß immer mehr Frauen zu alternativen Projekten abwandern, es aufgegeben haben, sich an der Universität durchzusetzen. Eine Diskussion im Argument über Frauenfragen, Probleme und Strategien einer marxistisch-feministischen Theorie würde uns dabei unterstützen, ein fundiertes Wissen zu erlangen. Wir meinen, es ist unsere Aufgabe, die Frauenfrage auf wissenschaftliche Füße zu stellen. Eine Genossin war so begeistert von der Idee, daß sie ab sofort das Argument abonniert.

Noch weitere 10 Frauen und Männer äußerten ihre spontane Zustimmung durch ein Abonnement. Das ist viel, bedenkt man, daß unsere Arbeit bislang fast nur aus Versprechungen besteht; und wenig, um tatkräftig voranschreiten zu können. Wir brauchen auch solche Unterstützung durch Leser in ungleich höherem Ausmaß.

Energischen Einspruch erhoben Lisa und Wolf Abendroth. Lisa schreibt,

... daß Sozialisten, ob Mann oder Frau gemeinsam für Emanzipation zu kämpfen haben, also auch für die Frauenemanzipation ... Wenn Ihr ein wenig mehr die Geschichte der sozialistischen Frauenbewegung aufarbeiten würdet, dann würdet Ihr das wohl besser begreifen ... Auf wessen Drängen ist das Frauenwahlrecht 1918 eingeführt worden, was hat sich auf dem Bildungssektor nicht alles verändert, wie steht es um die Stellung der Frau im Berufsleben und im öffentlichen Leben etc? ... Unser Vorschlag: geht in die gemeinsame Argument-Redaktion. Aber haltet dann bitte das gleiche hohe Niveau, wissenschaftlich-kritisch-sozialistisch, das das Argument bisher ausgezeichnet hat ...

Wolf ergänzt:

Weshalb habt Ihr denn solche Angst, Eure Probleme in die generelle theoretische Diskussion einzubringen? Dabei stehe ich vor einem Rätsel.

M. Kunz-Thoma (Berlin) findet zwar den Beitrag von Soelle im Argument 129 hervorragend, das ganze Projekt aber wenig einleuchtend, dennoch bietet sie ihre Mitarbeit an:

Welche neue Qualität soll das haben, wenn Ihr 2x im Jahr das Argument für Frauenthemen besetzen wollt? Reines Proporzdenken oder die Überlegung, daß Frauenthemen jetzt auch im Argument behandelt werden sollen, — darauf seid Ihr ja schon früher gekommen — derzeit mache ich Gewerkschaftsarbeit, bin Vertrauensfrau, bemühe mich, das Thema »Frieden« auch an unserer Schule zum Dauerthema zu machen ... könnte frühestens in ca. einem Jahr bei Euch mitmachen ...

Ähnliche Vorbehalte wie die Abendroths meldet schließlich noch C. Albert an:



*... ist eine marxistische theoretische Frauenzeitschrift wirklich ein Desiderat? Ich sehe die Sache vielmehr so, daß eigentlich jedes Thema im Argument ein Frauenthema ist oder sein kann und daß es darauf ankäme, die Repräsentanz von Frauen, die wir in Gremien, Gewerkschaften, im Wissenschaftsbetrieb voranzutreiben versuchen, auch in der Argumentredaktion offensiv zu vertreten.*

Sie sieht die Gefahr der Ghettoisierung und warnt vor dem Irrationalismus in der heutigen »weiblichen Wissenschaft«.

*Ich stelle an eine von Frauen vertretene Wissenschaft Ansprüche an Nachprüfbarkeit und Plausibilität, die ich nicht für »männlich«, »chauvinistisch« oder sonstwie verwerflich, sondern schlicht für vernünftig halte.*

Diese Fragen der Wissenschaftlichkeit, des Verhältnisses zur übrigen Redaktion, die marxistische Grundlage, die Probleme der Forschung, auch die Fragen der Arbeitsweise der Frauenredaktion, ihrer Entscheidungsprozesse usw. werden in weiteren Briefen diskutiert. Sie waren auch Schwerpunkte der konstituierenden Sitzung der neuen Frauenredaktion (wir berichten darüber in Heft 132). Wir nehmen die Einwände nicht leicht.

Nach der Zeit des Pläneschmiedens und der Diskussionen hätte die eigentliche Gründung der Redaktion nicht nur ein Ende der Unverbindlichkeit, nicht nur Fakten anstelle von Wünschen, sondern zugleich auch ein Abschied von all denen bedeuten können, die bislang am Diskussionsprozeß beteiligt waren. Mußte das so sein? Wir stellten uns dem Problem, Verbindlichkeit zu schaffen und Verantwortlichkeit und zugleich auch beides für eine breite, sich noch vervielfältigende Menge von Frauen. Folgendes Modell wollen wir probieren: in der Redaktion sind alle arbeitenden Projekte, soweit sie selber in diesem Verbund arbeiten wollen, d.h. Forschungen von einem marxistischen und zugleich feministischen Standpunkt betreiben und dies in unseren gemeinsamen Zusammenhang einbringen. Jedes Projekt schickt ein bis zwei Delegierte in die monatlich tagende Redaktionsversammlung, um Kontinuität und transferierbares Wissen für die ständigen Aufgaben zu gewährleisten sowie Rückkoppelung ins Projekt. Die einzelnen Nummern des Argument werden im Projekt diskutiert, um gegebenenfalls Interventionen zu schreiben, Repliken und die eigene Weiterentwicklung der Theorie im allgemeinen Zusammenhang zu fördern. Insofern arbeiten die einzelnen Delegierten nicht losgelöst und vereinzelt; ein Zusammenhang zwischen den Arbeitsgruppen wird möglich. Die Forschungen können koordiniert, Manuskripte aus den verschiedenen Schwerpunkten kollektiv bearbeitet werden. Die Projekte erarbeiten den Jahresplan gemeinsam und schreiben Literaturübersichten zu ihren Themen. Dieses Modell erlaubt es, neue Projekte aufzunehmen, die Redaktion ständig zu erweitern und von vornherein die lokalen Grenzen zu überschreiten, ohne arbeitsunfähig zu werden.

Bisher schrieben sich in die Redaktion folgende Projekte ein: Gewerkschaften und Frauen, Gesundheit, Sprache und Literaturwissenschaft, Frauenbewegung/Arbeiterbewegung, Familie, Kultur, Sexualität und Herrschaft, Frauenstudium, Ökonomie, Therapie.

Frauenredaktion

---

#### Erratum zu Argument 128

Im Aufsatz von Günther Anders im *Argument 128/1981* fehlt eine Zeile. Auf S.501, unten, muß es weitergehen:

tion ist, Abweichung von der Doxa, Suspendierung der herrschenden Meinung, damit  
Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

---

## Die Trennung von Ökonomie und Politik\*

### Für eine theoretische Alternative

Der theoretische Standpunkt, der hier vorgeschlagen wird, ist vielleicht das, was man abschätzig »politischer Marxismus« genannt hat.<sup>1a</sup> (...) Der Zweck dieser Auseinandersetzung ist genau der, die falsche Dichotomie zu überwinden, die es einigen Marxisten erlaubt, andere anzuklagen, daß sie das »Feld ökonomischer Realitäten« verließen, wenn sie sich mit denjenigen politischen und gesellschaftlichen Faktoren befassen, die die Verhältnisse der Produktion und der Ausbeutung konstituieren. Die Prämisse ist dabei, daß es so etwas wie eine Produktionsweise *im Gegensatz* zu »sozialen Faktoren« nicht gibt, und daß Marx' radikale Erneuerung in Bezug auf die bürgerliche politische Ökonomie genau darin bestanden hat, die Produktionsweise und die ökonomischen Gesetze selbst als »gesellschaftliche Faktoren« zu begreifen und entsprechend zu definieren.

Was bedeutet es, wenn man über eine Produktionsweise oder eine Ökonomie so spricht, als ob sie von den »gesellschaftlichen Faktoren« verschieden oder ihnen sogar entgegengesetzt seien? Was sind beispielsweise solche »objektiven Kontingenzen« wie das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation und seine Haupttriebfeder, der Mehrwert-»Mechanismus«? Der Mehrwert-Mechanismus ist ein besonderes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Aneigner und Produzent. Er läuft ab mittels einer besonderen Organisation der Produktion, der Distribution und des Austauschs; und er basiert auf einem besonderen Klassenverhältnis, das durch eine besondere Gestalt der politischen Macht aufrechterhalten wird. Was ist die Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital — also das Wesen der kapitalistischen Produktion — anderes als ein soziales Verhältnis und das Produkt eines Klassenkampfes? Was meinte Marx denn, als er darauf bestand, daß das Kapital ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis sei; daß die Kategorie »Kapital« jenseits ihrer gesellschaftlichen Bestimmtheit keine Bedeutung habe; daß Geld oder Waren nicht an sich Kapital seien, sondern dies nur im Zusammenhang eines besonderen gesellschaftlichen Verhältnisses zwischen Aneigner und Produzent werden; daß die sogenannte ursprüngliche Akkumulation des Kapitals — die die Voraussetzung kapitalistischer Produktion ist — nichts anderes ist, als der Prozeß, d.h. der Klassenkampf, durch den der direkte Produzent expropriert wird? Usw. Und warum beharrte der Altmeister der bürgerlichen Sozialwissenschaft, Max Weber, auf einer »rein ökonomischen« Definition des Kapitalismus, ohne Bezug auf äußere *gesellschaftliche Faktoren* (wie beispielsweise die Ausbeutung der Arbeit), wodurch er den Kapitalismus von aller gesellschaftlichen Bedeutung entleert, in bewußtem Gegensatz zu Marx? (Vgl. Weber 1976 und 1924.)

Diese Fragen zu stellen und auf der gesellschaftlichen Verfaßtheit der Ökonomie zu beharren, heißt nicht zu bestreiten, daß es Ökonomie gibt, ökonomische »Gesetze«, Produktionsweise«, »Entwicklungsgesetze in einer Produktionsweise«, ein Gesetz der kapitalistischen Akkumulation; es heißt nicht, daß geleugnet wird, daß *Produktionsweise* der »brauchbarste Begriff des historischen Materialismus« ist. Der »politische Marxismus«, wie er hier verstanden wird, ist vom Primat der Produktion nicht weniger über-

\* Zuerst erschienen in *New Left Review* 127 (1981, S.66-95) unter dem Titel »The Separation of the Economic and the Political in Capitalism«. Der Text wurde von Rolf Nemitz übersetzt und um einen längeren Einleitungsteil zu methodischen Fragen gekürzt.

zeugt als es die »ökonomistischen Tendenzen« innerhalb des Marxismus sind. Er definiert die Produktion nicht weg, und er dehnt ihre Grenzen nicht so weit aus, daß sie unterschieden alle gesellschaftlichen Aktivitäten oder gar Klassen-»Erfahrungen« einschließen. Er nimmt ganz einfach das Prinzip ernst, daß eine Produktionsweise ein *gesellschaftliches* Phänomen ist.

Genau so wichtig ist es — und das ist der Sinn dieser Übung —, daß Produktionsverhältnisse von diesem theoretischen Standpunkt aus unter ihrem *politischen* Aspekt vorgestellt werden, unter demjenigen Aspekt, worin sie tatsächlich *umkämpft* sind: als Herrschaftsverhältnisse, als Eigentumsrechte, als Macht zur Organisation und Lenkung von Produktion und Aneignung. Mit anderen Worten, der Zweck dieser theoretischen Position ist ein praktischer: es soll Aufklärung über das Terrain, auf dem die Kämpfe stattfinden, gewonnen werden, indem Produktionsweisen nicht als abstrakte Strukturen betrachtet werden, sondern wie sie wirklich Leute miteinander konfrontieren, die in Bezug auf sie *handeln* müssen. Diesem Zweck dient man allerdings nicht, wenn man die Produktionsverhältnisse in eine undifferenzierte Masse sozialer Beziehungen oder Klassen-»Erfahrungen« auflöst, in denen es keine Möglichkeit gibt, die entscheidenden Zielpunkte zu identifizieren.

Der »politische Marxismus« erkennt die Besonderheit der materiellen Produktion und der Produktionsverhältnisse an. Er besteht jedoch darauf, daß »Basis« und »Überbau« oder die »Ebenen« einer Gesellschaftsformation nicht als Abteilungen angesehen werden können oder als »regional« getrennte Sphären. Wie sehr wir die Interaktion zwischen »Faktoren« auch herausstellen mögen, diese theoretischen Praxen führen in die Irre, weil sie nicht nur den historischen Prozeß, durch den Produktionsweisen konstituiert werden, verdunkeln, sondern auch die strukturelle Definition des Produktionssystems als einem lebendigen, gesellschaftlichen Phänomen. Der »politische Marxismus« präsentiert demnach das Verhältnis von Basis und Überbau nicht als Gegensatz, als »regionale« Trennung zwischen einer zugrundeliegenden »objektiven« ökonomischen Struktur und gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Formen, sondern eher als eine kontinuierliche Struktur von gesellschaftlichen Verhältnissen und Formen in unterschiedlicher Entfernung von denjenigen Verhältnissen und Formen, die das System der Produktion selbst bilden. Die Verbindungen zwischen »Basis« und »Überbau« können auf diese Weise ohne große begriffliche Sprünge verfolgt werden, weil sie keine zwei wesentlich verschiedene und diskontinuierliche Wirklichkeitsordnungen darstellen.

#### Überprüfung von »Basis« und »Überbau«

Die Beweisführung beginnt mit einem der ersten Prinzipien des Marxschen Materialismus: indem Menschen innerhalb bestimmter materieller Beschränkungen arbeiten, die sie nicht selbst geschaffen haben, einschließlich rein physischer und ökologischer Faktoren, ist die materielle Welt, wie sie für den Menschen existiert, nicht einfach eine natürliche Gegebenheit; sie ist eine Weise produktiver *Aktivität*, ein System sozialer Verhältnisse, ein *historisches* Produkt. Selbst die Natur, »diese der menschlichen Geschichte vorhergehende Natur« ist »die Natur ..., die heutzutage ... nirgends mehr existiert« (MEW 3, S.44); »die ... sinnliche Welt« ist »nicht ein unmittelbar von Ewigkeiten her gegebenes, sich stets gleiches Ding ..., sondern das Produkt der Industrie und des Gesellschaftszustandes, und zwar in dem Sinne, daß sie ein geschichtliches Produkt ist, das Resultat der Tätigkeit einer ganzen Reihe von Generationen, deren Jede auf den Schul-

tern der vorhergehenden stand, ihre Industrie und ihren Verkehr weiter ausbildete, ihre soziale Ordnung nach den veränderten Bedürfnissen modifizierte« (MEW 3, S.43). Eine materialistische Weltauffassung ist deshalb eine Auffassung der gesellschaftlichen Aktivität und derjenigen gesellschaftlichen Verhältnisse, mittels deren die Menschen mit der Natur in eine Wechselbeziehung treten, indem sie ihre Lebensbedingungen produzieren; und sie ist eine historische Auffassung, die anerkennt, daß die Produkte der gesellschaftlichen Aktivität, die von Menschen produzierten Formen der gesellschaftlichen Interaktion selbst zu materiellen Kräften werden, genauso sehr wie die natürlichen Gegebenheiten. Diese Auffassung von Materialismus, mit ihrer Betonung der Rolle, die gesellschaftliche Formen und historisches Erbe als materielle Kräfte spielen, führt unvermeidlich zu der strittigen Frage von »Basis« und »Überbau«. Wenn Formen gesellschaftlicher Interaktion als integrale Bestandteile der materiellen Basis behandelt werden, und nicht bloß die natürlichen und technischen Kräfte, wo muß man dann die Linie ziehen zwischen gesellschaftlichen Formen, die zur Basis gehören, und solchen, die man an den Überbau verweisen kann? Oder verdunkelt die Basis-Überbau-Dichotomie vielleicht genauso viel, wie sie in Bezug auf die produktive »Basis« aufdeckt?

Produktionsverhältnisse nehmen die Form besonderer rechtlicher und politischer Verhältnisse an — Weisen der Herrschaft und des Zwangs, Formen von Eigentum und gesellschaftlicher Organisation —, die nicht bloß sekundäre Reflexe sind, sondern konstituierende Bestandteile der Produktionsverhältnisse selbst. Zweifellos ist es möglich, ja notwendig, zu unterscheiden zwischen rechtlich-politischen Formen, die konstituierende Bestandteile der Produktionsverhältnisse sind, und solchen, die von diesen Verhältnissen weiter entfernt oder ihnen äußerlich sind — selbst wenn es keine scharfen Diskontinuitäten zwischen ihnen gibt. Es gibt unbestreitbar rechtliche und politische Institutionen, die man zweckdienlicherweise nicht als *konstituierende Bestandteile* der Produktionsverhältnisse ansehen kann, selbst wenn sie helfen, das System der Produktion aufrechtzuerhalten und seine wesentlichen Verhältnisse zu reproduzieren; und vielleicht sollte man den Begriff »Überbau« dafür reservieren. Man kann jedoch nicht alle rechtlichen und politischen Prinzipien dem Überbau zuweisen, da die materielle Basis selbst durch rechtlich-politische Formen artikuliert ist. Die »Sphäre« der Produktion ist nicht in dem Sinne dominant, daß sie abseits dieser rechtlich-politischen Formen stünde oder ihnen voringe, sondern vielmehr in dem Sinne, daß diese Formen ganz genau Formen der Produktion, *Attribute* eines besonderen Produktionssystems sind.

Eine Produktionsweise ist nicht einfach eine Technologie, sondern eine gesellschaftliche Organisation produktiver Tätigkeiten; und eine Ausbeutungsweise ist ein Machtverhältnis. Überdies ist das Produktionsverhältnis, das Natur und Ausmaß der Ausbeutung bedingt, eine Sache der politischen Organisation innerhalb und zwischen den streitenden Klassen. Die Verhältnisse zwischen Aneignern und Produzenten beruhen letztlich in großem Ausmaß auf der relativen Stärke der Klassen, und diese ist weitgehend bestimmt durch die interne Organisation und die politischen Kräfte, mit denen jede Klasse in den Klassenkampf eintritt. So können beispielsweise, wie Robert Brenner kürzlich dargelegt hat, die verschiedenen Entwicklungsmuster in verschiedenen Teilen des spätmittelalterlichen Europas zum großen Teil durch die Unterschiede in der Klassenorganisation erklärt werden, die den Klassenkampf zwischen Grundbesitzern und Bauern an verschiedenen Orten entsprechend ihrer spezifischen historischen Erfahrungen kennzeichneten. In manchen Fällen resultierte der Kampf in einem Zusammenbruch der alten Ordnung und



alter Formen des Herausziehens des Überschusses; in anderen fand eine Wiederbefestigung der alten Formen statt. Diese unterschiedlichen Ergebnisse agrarischer Klassenkonflikte tendierten dazu, wie Brenner ausführt, »mit bestimmten *historisch spezifischen* Entwicklungsmustern der kämpfenden agrarischen Klassen verbunden zu sein und mit ihrer relativen Stärke in den verschiedenen europäischen Gesellschaften; mit dem relativen Niveau ihrer inneren Solidarität, ihrem Selbstbewußtsein und ihrer Organisation, und mit ihren allgemeinen politischen Ressourcen — vor allem mit ihrem Verhältnis zu nicht-agrarischen Klassen (insbesondere zu potentiellen Verbündeten der städtischen Klassen) und zum Staat (insbesondere, ob sich der Staat zum 'klassen-ähnlichen' Konkurrenten der Grundbesitzer um das bäuerliche Mehrprodukt herausgebildet hatte).« (Brenner 1976, S.52)

Brenner illustriert dann, wie die besondere Form sowie auch die Stärke der politischen Organisation bei den streitenden Klassen die Produktionsverhältnisse formten: z.B. wie *Dorf*-Institutionen als Form bäuerlicher Klassenorganisation fungierten und wie die Entwicklung »unabhängiger politischer Institutionen auf dem Dorf« (ebd., S.57) — oder der relative Mangel solcher Institutionen — auf die Ausbeutungsverhältnisse zwischen Grundbesitzer und Bauer einwirkte. Kurz, Brenners Ausführungen liefern dafür ein Beispiel, wie die politische Organisation Produktionsverhältnisse konstituiert.

Die rechtlich-politische »Sphäre« ist demnach mindestens in zweifachem Sinne in der produktiven »Basis« enthalten: Zum einen existiert ein Produktionssystem immer in Gestalt bestimmter gesellschaftlicher Determinationen, den besonderen Organisations- und Herrschaftsweisen und den Eigentumsformen, worin die Produktionsverhältnisse verkörpert sind — was man die »Basis« nennen kann, als unterschieden von »überbaulichen« rechtlich-politischen Eigenschaften des Produktionssystems. Zum anderen tragen vom historischen Standpunkt aus selbst politische Institutionen wie *Dorf* und *Staat* direkt zur Konstituierung der Produktionsverhältnisse bei und gehen ihnen in gewissem Sinne voraus (selbst wo diese Institutionen nicht die direkten Instrumente der Mehrprodukt-Aneignung sind), und zwar in dem Maße, in dem die Produktionsverhältnisse historisch durch die Gestalt der politischen Macht konstituiert werden, die das Ergebnis des Klassenkonflikts determiniert.

#### **Das »Ökonomische« und das »Politische« im Kapitalismus**

Was bedeutete es dann, wenn man davon spricht, daß der Kapitalismus durch eine einzigartige Abtrennung der »ökonomischen« Sphäre gekennzeichnet sei? Es bedeutete verschiedenes: daß Produktion und Distribution vollständig eine »ökonomische« Form annehmen, nicht länger in außer-ökonomische gesellschaftliche Verhältnisse »eingebettet« sind (wie Karl Polanyi [1978] es dargestellt hat) und zu einem System werden, in dem Produktion im allgemeinen Produktion für den Austausch ist; daß die Allokation der gesellschaftlichen Arbeit und die Verteilung der Ressourcen sich durch den »ökonomischen« Mechanismus des Warentauschs vollzieht; daß die »ökonomischen« Kräfte der Waren- und Arbeitsmärkte ein Eigenleben gewinnen; daß das Eigentum, um Marx zu zitieren, »seine rein ökonomische Form« erhält, »durch Abstreifung aller seiner früheren politischen und sozialen Verbrämungen und Verquickungen« (MEW 25, S.631). Es bedeutet vor allem, daß die Aneignung von Mehrarbeit in der »ökonomischen« Sphäre mit »ökonomischen« Mitteln stattfindet. Mit anderen Worten, die Aneignung von Mehrprodukt wird auf eine Weise vollzogen, die durch die vollständige Trennung der

Produzenten von den Arbeitsbedingungen bestimmt ist und durch das unbeschränkte Privateigentum der Aneigner an den Produktionsmitteln. Ein direkter »außer-ökonomischer« Druck oder offener Zwang sind im Prinzip überflüssig, um den enteigneten Arbeiter dazu zu nötigen, sich dieser Mehrarbeit zu entäußern. Wenn die Zwangsgewalt der »politischen« Sphäre auch letztlich notwendig ist, um das Privateigentum und die Macht zur Aneignung aufrechtzuerhalten, so liefert die »ökonomische« Not doch den unmittelbaren Zwang, der den Arbeiter dazu zwingt, dem Kapitalisten Mehrarbeit zu übertragen, um Zugang zu den Produktionsmitteln zu bekommen. Der Arbeiter ist deshalb »frei« und steht nicht in einem Verhältnis der Abhängigkeit oder Knechtschaft; die Übertragung von Mehrarbeit und ihre Aneignung durch einen anderen sind nicht durch solche »außer-ökonomischen« Verhältnisse bedingt. Die Verausgabung von Mehrarbeit ist eine unmittelbare Produktionsbedingung. In dieser Hinsicht unterscheidet sich der Kapitalismus von vorkapitalistischen Formen insofern, als letztere durch »außer-ökonomische« Formen des Herausziehens des Überschusses gekennzeichnet sind, durch politischen, gesetzlichen oder militärischen Zwang, durch traditionelle Bindungen oder Verpflichtungen usw., die die Übertragung von Mehrarbeit an einen privaten Herrn oder an den Staat fordern, mittels Arbeitsdiensten, Grundrenten, Steuern usw.

Man kann die Abtrennung der ökonomischen Sphäre im Kapitalismus demnach folgendermaßen zusammenfassen: die gesellschaftlichen Funktionen der Produktion und der Distribution, des Herausziehens und der Aneignung des Überschusses, und die Allokation gesellschaftlicher Arbeit sind sozusagen privatisiert und werden mit »nicht-autoritären«, nicht-politischen Mitteln erreicht. Mit anderen Worten, die gesellschaftliche Allokation der Ressourcen und der Arbeit findet insgesamt nicht durch politische Leitung, kommunale Beratung, erbliche Verpflichtungen, durch Gewohnheit oder religiöse Verbindlichkeit statt, sondern vielmehr durch die Mechanismen des Warentauschs. Die Macht zur Mehrprodukt-Aneignung und -Ausbeutung beruht nicht direkt auf Verhältnissen rechtlicher oder politischer Abhängigkeit, sondern sie basiert auf einem Vertragsverhältnis zwischen »freien« Produzenten — rechtlich frei und frei von Produktionsmitteln — und einem Aneigner, der ein unbeschränktes Privateigentum an Produktionsmitteln hat.

Wenn man in diesem Sinne von der Abtrennung der ökonomischen Sphäre spricht, so wird damit jedoch nicht nahegelegt, daß die politische Dimension den kapitalistischen Produktionsverhältnissen irgendwie äußerlich sei. Im Kapitalismus hat die politische Sphäre insofern einen besonderen Charakter, als die Zwangsmacht, die die kapitalistische Ausbeutung unterstützt, nicht direkt durch den Aneigner ausgeübt wird und nicht auf der politischen oder rechtlichen Unterordnung der Produzenten unter den aneignenden Herrn basiert. Nichtsdestoweniger bleiben Zwangsmacht und Herrschaftsstruktur wesentliche Aspekte dieses Ausbeutungsverhältnisses, selbst wenn die vorgebliche Freiheit und Gleichheit des Austauschs zwischen Kapital und Arbeit bedeuten, daß das »Moment« des Zwangs vom »Moment« der Aneignung getrennt ist. Das unbeschränkte Privateigentum, das Vertragsverhältnis, das den Produzenten an den Aneigner bindet, der Prozeß des Warentauschs — all das verlangt die gesetzlichen Formen, den Zwangsapparat, die politischen Ordnungsfunktionen des Staates. Auch historisch war der Staat wesentlich für den Prozeß der Ausbeutung, der die Basis des Kapitalismus ist. Im Sinne dieser Ausführungen ruht die »ökonomische« Sphäre fest auf der »politischen«, trotz ihrer »Abtrennung«.

Überdies hat die ökonomische Sphäre selbst eine rechtliche und politische Dimension. Zum einen bedeutet die Abtrennung der ökonomischen Sphäre einfach, daß die Ökonomie ihre eigenen rechtlichen und politischen Formen hat, deren Zweck rein »ökonomisch« ist. Unbeschränktes Eigentum, Vertragsverhältnisse und der Rechtsapparat, der sie aufrechterhält, sind die rechtlichen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse; und diese bilden die Basis eines neuen Verhältnisses von Autorität, Herrschaft und Unterwerfung zwischen Aneigner und Produzenten. Das Korrelat dieser »privaten«, »ökonomischen« rechtlich-politischen Formen ist eine getrennte, spezialisierte öffentliche politische Sphäre. Die »Autonomie« des kapitalistischen Staates ist unauflöslich verbunden mit der rechtlichen Freiheit und Gleichheit des »freien«, rein »ökonomischen« Austauschs zwischen »freien« ausgebeuteten Produzenten und den privaten Aneignern, die absolutes Eigentum an den Produktionsmitteln haben und deshalb eine neue Form der Autorität über die Produzenten. Das ist die Bedeutung der Arbeitsteilung, wonach die zwei Momente der kapitalistischen Ausbeutung — Aneignung und Zwang — einer »privaten« aneignenden Klasse und einer spezialisierten »öffentlichen« Zwangsinstitution, dem Staat, getrennt zugewiesen sind: einerseits hat der »relativ autonome« Staat das Monopol der Zwangsgewalt; andererseits hält diese Gewalt eine private »ökonomische« Macht aufrecht, die kapitalistisches Eigentum investiert mit der Autorität, die Produktion selbst zu organisieren — eine Autorität mit einem wahrscheinlich noch nie dagewesenen Ausmaß an Kontrolle über die Produktionstätigkeit und über die menschlichen Wesen, die damit befaßt sind.

Die unmittelbare politische Macht, die die kapitalistischen Eigentümer an den Staat verloren haben, haben sie an unmittelbarer Kontrolle der Produktion gewonnen. Während die »ökonomische« Macht der Aneignung, die der Kapitalist besitzt, von den politischen Zwangsinstrumenten, die diese Macht letztlich durchsetzen, getrennt ist, ist die Aneignungsmacht enger und direkter als je zuvor mit der Autorität, die Produktion zu organisieren, zusammengeschlossen. Nicht nur ist die Verausgabung von Mehrarbeit eine unmittelbare Produktionsbedingung, sondern das kapitalistische Eigentum vereinigt in einem Ausmaß, dessen sich wahrscheinlich keine aneignende Klasse jemals erfreut hat, die Macht zum Herausziehen des Überschusses und die Fähigkeit, die Produktion zu organisieren und zu intensivieren — direkt für die Zwecke des Aneigners. Wie ausbeuterisch frühere Produktionsweisen auch gewesen sind, wie effektiv die den ausbeutenden Klassen zur Verfügung stehenden Mittel zum *Herausziehen* des Überschusses auch gewesen sind, in keinem anderen System hat die gesellschaftliche Produktion so unmittelbar und umfassend den Forderungen der Ausbeuter gehorcht. — Zur gleichen Zeit trägt die Macht des Aneigners nicht länger die Verpflichtung in sich, gesellschaftliche, öffentliche Funktionen wahrzunehmen. Der Kapitalismus ist ein System, das durch die vollständige Trennung privater Aneignung von öffentlichen Verpflichtungen gekennzeichnet ist; und das bedeutet die Entwicklung einer neuen Machtsphäre, die vollständig privaten statt gesellschaftlichen Zwecken gewidmet ist. In dieser Hinsicht unterscheidet sich der Kapitalismus von vorkapitalistischen Formen, in denen die Verschmelzung ökonomischer und politischer Macht nicht nur bedeutete, daß das Herausziehen des Überschusses eine »außerökonomische« Transaktion war, getrennt vom Produktionsprozeß selbst, sondern auch, daß die Macht zur Aneignung von Mehrarbeit — ob sie dem Staat oder einem privaten Grundbesitzer gehörte — verbunden war mit der Wahrnehmung militärischer, rechtlicher und administrativer Funktionen.

Genauer gesagt, ist die Differenzierung des Ökonomischen und Politischen im Kapitalismus also gewissermaßen eine Differenzierung in den politischen Funktionen selbst und ihre getrennte Zuweisung an eine private ökonomische Sphäre und an die öffentliche Sphäre des Staates. Diese Zuweisung reflektiert die Trennung derjenigen politischen Funktionen, die unmittelbar mit dem Herausziehen und der Aneignung von Mehrarbeit befaßt sind, von denjenigen mit allgemeinerem, kommunalem Zweck. Eine solche Umformulierung, die annimmt, daß die Scheidung des Ökonomischen in Wirklichkeit eine Scheidung innerhalb der politischen Sphäre ist, erscheint in mancher Hinsicht als angemessener, um den einzigartigen Prozeß der westlichen Entwicklung und den besonderen Charakter des Kapitalismus zu betrachten. Es mag deshalb nützlich sein, diesen historischen Differenzierungsprozeß zu skizzieren, bevor die kapitalistische Organisation der Produktion genauer betrachtet wird und was daraus für das Verhältnis von »Ökonomischem« und »Politischem« folgt.

#### **Der historische Differenzierungsprozeß: Klassenmacht und Staatsmacht**

Wenn man die Evolution des Kapitalismus als Prozeß betrachtet, in dem sich eine »ökonomische« Sphäre von einer »politischen« scheidet, so folgt daraus, daß eine Erklärung dieser Evolution eine Theorie des *Staates* und seiner Entwicklung einschließt. Für die Zwecke dieser Diskussion wird der Staat in sehr umfassenden Begriffen definiert als »... der Komplex von Institutionen, mit deren Hilfe die Macht der Gesellschaft auf einer Basis organisiert ist, die dem Verwandtschaftsverhältnis überlegen ist« (Fried 1968, S.229) — eine Organisation von Macht, die den Anspruch bedeutet »auf Oberherrschaft bei der Anwendung nackter Gewalt auf gesellschaftliche Probleme« und die aus »formalen, spezialisierten Zwangsinstrumenten« (ebd., S.230) besteht. Diese Zwangsinstrumente können von Anfang an für einen Teil der Bevölkerung als Mittel zur Unterdrückung und Ausbeutung der übrigen geplant sein, müssen es aber nicht. Auf jeden Fall muß zu den wesentlichen Zügen des Staates gerechnet werden, daß er bestimmte allgemeine gesellschaftliche Funktionen wahrnimmt, die andere, weniger umfassende Institutionen — Familien, Clans, Verwandtschaftsgruppen usw. — nicht ausführen können. Ob der wesentliche Zweck die Erhaltung der Ausbeutung ist oder nicht, die Wahrnehmung sozialer Funktionen durch den Staat schließt immer eine gesellschaftliche Arbeitsteilung ein und daß sich einige gesellschaftliche Gruppen einen Überschuß aneignen, den andere produziert haben. Was auch immer die verschiedenen besonderen Prozesse sein mögen, die diesem »Komplex von Institutionen« zum Leben verhelfen, es scheint vernünftig zu sein anzunehmen, daß der Staat als ein Mittel zur Aneignung von Mehrprodukt auftritt — vielleicht sogar als Mittel zur Intensivierung der Produktion, um den Überschuß zu vergrößern — und als eine bestimmte Weise, diesen Überschuß so oder so zu verteilen. Es mag tatsächlich so sein, daß der Staat — oder eine Form öffentlicher Macht — das erste Mittel zur systematischen Mehrprodukt-Aneignung ist und vielleicht sogar der erste Organisator systematischer Mehrprodukt-Herstellung.<sup>1b</sup>

Wenn dieses Staatskonzept auch einschließt, daß die Evolution einer spezialisierten, zwangsmäßigen öffentlichen Autorität notwendigerweise eine Teilung zwischen Produzenten und Aneignern zur Folge hat, so bedeutet das nicht, daß private Aneignung eine notwendige Voraussetzung für das Auftreten solch einer Autorität ist. Beide mögen sich zusammen entwickeln, und ein langer historischer Prozeß mag dazwischenkommen, ehe sich die private Aneignung klar von der öffentlichen Macht scheidet. Annahmen über

das Verhältnis von *Klasse* und Staat müssen deshalb vorsichtig formuliert werden. Es kann irreführend sein, anzunehmen, wie es in marxistischen Erörterungen anscheinend oft getan wird, daß es eine universale Entwicklungsabfolge gibt, in der die *Klassen* dem *Staat* vorausgehen. Was immer zuerst kam, was man vielleicht sagen kann, ist, daß die Existenz eines Staates immer die Existenz von Klassen eingeschlossen hat — auch wenn dieser Vorschlag eine Klassen-Definition verlangt, die alle Teilungen zwischen den direkten Produzenten und den Aneignern ihrer Mehrarbeit umfaßt, selbst Fälle, in denen die ökonomische Macht kaum von der politischen Macht unterscheidbar ist, wo das Privateigentum unentwickelt bleibt und wo *Klasse* und *Staat* in Wirklichkeit eins sind.<sup>2</sup> Der wesentliche Punkt ist der, zu erkennen, daß einige der größeren Abweichungen zwischen verschiedenen historischen Verlaufsformen zu tun haben mit der Natur und Abfolge der Verhältnisse zwischen öffentlicher Macht und privater Aneignung.

Dieser Punkt ist besonders wichtig, wenn man die unterscheidenden Merkmale des historischen Weges identifizieren will, der zum Kapitalismus geführt hat mit seinem nie dagewesenen Ausmaß von Differenzierung zwischen dem »Ökonomischen« und dem »Politischen«. Ist es möglich, daß der lange historische Prozeß, der letztlich im Kapitalismus resultierte, als zunehmende — und einzigartig entfaltete — Differenzierung von *Klassen*-macht betrachtet werden sollte, als etwas von der *Staatsmacht* Unterschiedenes, einer Macht zum Herausziehen von Überschüssen, die nicht direkt im Zwangsapparat des Staates gründet? Dies wäre zugleich ein Prozeß, in dem die *private* Aneignung von der Wahrnehmung gemeinschaftlicher Funktionen zunehmend geschieden wird. Wenn wir die einzigartige Entwicklung des Kapitalismus verstehen wollen, dann müssen wir verstehen, wie Eigentum und Klassenverhältnis sowie die Funktionen der Mehrarbeits-Aneignung und -Distribution sich gewissermaßen befreien — und gleichwohl gestützt werden — von den Zwangsinstitutionen, die den Staat konstituieren, und wie sie sich »autonom« entwickeln.

Die Begründung für diese These kann man in Marx' Diskussion vorkapitalistischer Formationen und des besonderen Charakters des Kapitalismus in den »Grundrissen« und im »Kapital«, vor allem in Band 3, finden. In den »Grundrissen« diskutiert Marx die Natur des Kapitalismus im Gegensatz zu und als Entwicklung aus vorkapitalistischen Formen in Begriffen der allmählichen Trennung des unmittelbaren Produzenten von seinen natürlichen Arbeitsbedingungen. Für vorkapitalistische Formen ist es charakteristisch, daß die Produzenten auf die eine oder andere Weise mit den Arbeitsbedingungen unmittelbar verbunden bleiben, zumindest als *Besitzer*, wenn nicht als Eigentümer der Produktionsmittel. Der einzige Fall, in dem der unmittelbare Produzent vollständig enteignet ist — im Falle der Kaufsklaverei —, ist selbst durch das typische unmittelbare Verhältnis des Produzenten zu seinen natürlichen Arbeitsbedingungen bestimmt, da man sich des Sklaven als eines Zubehörs zu erobertem Land bemächtigt, ihn mit militärischen Mitteln enteignet und auf diese Weise selbst in eine bloße Produktionsbedingung verwandelt. Wo eine Teilung zwischen Aneignern und Produzenten entstanden ist, nimmt deshalb die Aneignung von Mehrarbeit »außerökonomische« Formen an — sei es als unverblümter Zwang des Sklavenhalters gegen den Sklaven oder als Verhältnis von Herrschaft und Knechtschaft in anderen Formen, bei denen der Arbeiter im Besitz seiner Arbeitsbedingungen bleibt. In einem der größeren Fälle vorkapitalistischer Produktionsweise — bei der »asiatischen« — ist der Staat selbst der direkte Aneigner der Mehrarbeit der Produzenten, die im Besitz des Landes bleiben, das sie bearbeiten. Es ist

das besondere Merkmal des Kapitalismus, daß die Aneignung von Mehrarbeit und das Verhältnis zwischen dem unmittelbaren Produzenten und dem Aneigner seiner Mehrarbeit nicht die Form unmittelbarer politischer Herrschaft und legaler Knechtschaft annimmt; und die Autorität, die der Masse der unmittelbaren Produzenten gegenübersteht, kommt ihren Tägern »... nur als Personifizierung der Arbeitsbedingungen gegenüber der Arbeit, nicht wie in früheren Produktionsformen als politischen oder theokratischen Herrschern« zu (MEW 25, S.888).

Im Rahmen dieser Diskussion vorkapitalistischer Formen und ihrer »politischen« Ausdrucksweisen von Mehrarbeit in den *Grundrissen* und im *Kapital* tritt auch Marx' unter einem ungünstigen Stern stehende Konzeption der asiatischen Gesellschaft auf. Hier ist nicht der Platz für eine unverkürzte Debatte dieser Streitfrage. Hier ist von Bedeutung, daß Marx in dieser Diskussion »asiatischer« Formen Gesellschaftstypen betrachtet, in denen der Staat das unmittelbare und vorherrschende Mittel der Überschuß-Aneignung ist. Der »asiatische« Typus repräsentiert deshalb in gewissem Sinne das polare Gegenteil der kapitalistischen Sachlage, insofern als das Ökonomische und das Außer-Ökonomische, Klassenmacht und Staatsmacht, Eigentumsverhältnisse und politische Verhältnisse am wenigsten differenziert sind: »Sind es nicht Privatgrundeigentümer, sondern ist es wie in Asien der Staat, der ihnen direkt als Grundeigentümer und gleichzeitig Souverän gegenübertritt, so fallen Rente und Steuer zusammen, oder es existiert vielmehr dann keine von dieser Form der Grundrente verschiedene Steuer. Unter diesen Umständen braucht das Abhängigkeitsverhältnis politisch wie ökonomisch keine härtere Form zu besitzen als die ist, welche aller Untertanenschaft gegenüber diesem Staat gemeinsam ist. Der Staat ist hier der oberste Grundherr. Die Souveränität ist hier das auf nationaler Stufe konzentrierte Grundeigentum. Dafür existiert dann aber auch kein Privatgrundeigentum, obgleich sowohl Privat- wie gemeinschaftlicher Besitz und Nutznießung des Bodens.« (MEW 25, S.799).

Selbst wenn es nie einen vollkommenen Vertreter dieses Gesellschaftstyps gegeben hat — wenn es beispielsweise, wie manche eingewandt haben, niemals einen durchentwickelten Aneignungs- und Umverteilungs-Staat gegeben hat mit völliger Abwesenheit von Privateigentum an Boden —, muß das Konzept dennoch ernstgenommen werden. Es kann, um damit zu beginnen, keinen Zweifel daran geben, daß der Staat als größter und unmittelbarer Aneigner von Mehrarbeit existiert hat; und es gibt beträchtliche Beweise dafür, daß diese Weise der Mehrarbeits-Aneignung ein vorherrschendes, wenn nicht universelles gesellschaftliches Entwicklungsmuster im Westen (z.B. im Griechenland der Bronzezeit) und im Osten gewesen ist, wo die vom Palast beherrschte, von einem komplexen bürokratischen Apparat verwaltete »Umverteilungs«-Wirtschaft in verschiedenen Formen als weitverbreiteter Typ früher gesellschaftlicher Organisation aufgetreten ist. Welche anderen Merkmale Marx sonst noch der »asiatischen« Form zugeschrieben haben mag, dieses eine — an dem sich der Streit am meisten entzündet hat — muß daraufhin untersucht werden, was es über den Differenzierungsprozeß, mit dem wir hier befaßt sind, verraten könnte.

In Marx' These ist inbegriffen, daß die Teilung zwischen Aneigner und Produzenten — eine Teilung, die tatsächlich in *jeder* Staatsform enthalten ist — verschiedene Formen annehmen kann, Formen, auf die man den »Klassen«-Begriff in dem Maße nur mit großer Vorsicht anwenden kann, in dem es keine deutlich differenzierte »ökonomische« Macht gibt. Natürlich ist es wahr, daß die »ökonomische« Klassenmacht nur in der ka-



pitalistischen Gesellschaft völlig von »außerökonomischen« Mächten ausdifferenziert ist; und hier besteht nicht die Absicht, dafür einzutreten, daß es die *Klasse* nur in kapitalistischen Gesellschaftsformationen gibt. Nichtsdestoweniger scheint es zumindest von Bedeutung zu sein, die polaren Extreme zu erkennen: die kapitalistische Produktionsweise, in der die Differenzierung stattgefunden hat, und eine Produktionsweise, in der — wie in den unbestreitbaren bürokratischen, vom Palast beherrschten »Umverteilungs«-Staaten der alten Welt — der Staat selbst, als größter unmittelbarer Aneigner von Mehrprodukt, zugleich »Klasse« und »Staat« ist. Marx scheint manchmal anzunehmen, daß im letzteren Falle, wenn sich Eigentum und Klasse nicht vom »hypertrophen« Staat losbrechen und sich autonom entwickeln, die Geschichtsdynamik gehemmt ist. Es mag indes irreführend sein, hier von einem »gehemmten« historischen Prozeß zu sprechen, insofern als dies einschließt, daß der zum Kapitalismus führende Entwicklungsverlauf — den Marx von der antiken griechisch-römischen Zivilisation über den westlichen Feudalismus bis zum Kapitalismus verfolgt — eher die Regel als die Ausnahme in der Weltgeschichte gewesen sei und daß alle anderen historischen Praxen Abweichungen gewesen seien. Da Marx' Hauptziel darin besteht, die einzigartige Entwicklung des Kapitalismus im Westen zu erklären, und nicht dessen »Versagen«, »spontan« anderswo zu entstehen, schließt sein Projekt — trotz einiger offenkundig »ethnozentrischer« Annahmen — ein, daß es für ihn die Leistung ist, nicht das »Versagen«, das begründet werden muß. Auf jeden Fall könnte die besondere Dynamik der »asiatischen« Form — wie Marx' These impliziert — »typischer« sein als die Bewegung, die durch die antike, griechisch-römische Form in Gang gesetzt wurde. Wenn der primitive Staat der Kontrolleur der ökonomischen Ressourcen war und der größte Aneigner und Verteiler von Mehrprodukt, dann könnte der fortgeschrittene »asiatische« Staat eine mehr oder weniger natürliche Entwicklung aus dieser primitiven Form heraus darstellen — die aneignende und umverteilende öffentliche Macht auf ihrem höchsten Entwicklungsstand. In diesem Licht ist es nicht so sehr die »Hypertrophie« des »asiatischen« Staates, die erklärt werden muß. Was Erklärung verlangt, ist die abweichende, einzigartige »autonome« Entwicklung der ökonomischen Sphäre, die letztlich im Kapitalismus resultiert.<sup>3</sup>

#### **Feudalismus und Privateigentum**

Die kapitalistische Organisation der Produktion kann demnach betrachtet werden als Ergebnis eines langen Prozesses, in dem bestimmte *politische* Mächte allmählich in *ökonomische* Mächte verwandelt und an eine getrennte »Sphäre« übertragen wurden. Die Organisierung der Produktion unter Autorität des Kapitals setzt die Organisierung der Produktion und das Zusammenbringen von Arbeitskraft unter die Autorität früherer Formen von Privateigentum voraus. Den Prozeß, durch den diese Autorität des Privateigentums sich geltend machte, indem sie die Macht zur Aneignung mit der Autorität zur Organisierung der Produktion in den Händen eines Privatbesitzers zur Verfolgung des eigenen Vorteils vereinigte, kann man als Privatisierung politischer Macht auffassen. Die Vorherrschaft des unbeschränkten Privateigentums scheint sich in bedeutendem Ausmaß mittels politischer *Übernahme* durchgesetzt zu haben, dadurch, daß Privateigentümer Funktionen übernahmen, mit denen ursprünglich eine öffentliche oder kommunale Autorität ausgestattet war. Die Entgegensetzung der »asiatischen« Produktionsweise auf dem einen Extrem und der kapitalistischen Produktionsweise auf dem anderen hilft wieder, diesen Übertragungsprozeß in eine Perspektive zu stellen. Von diesem

Standpunkt aus ist die Kernfrage nicht die Anwesenheit oder Abwesenheit von privatem Grundeigentum an sich. In China beispielsweise gab es von einem sehr frühen Stadium an gut durchgesetztes privates Grundeigentum; und auf jeden Fall waren bestimmte Formen von Grundeigentum im »asiatischen« Staat oft eine Amtspfunde. Der wichtige Punkt ist das Verhältnis zwischen Privateigentum und politischer Macht und seine Konsequenzen für die Organisation der Produktion und das Verhältnis zwischen Aneigner und Produzent. In dieser Hinsicht besteht das einzigartige Merkmal der westlichen Entwicklung darin, daß sie durch die früheste und vollständigste Übertragung politischer Macht an das Privateigentum gekennzeichnet ist und deshalb auch durch die gründlichste, verallgemeinertste und unmittelbarste Dienstbarmachung der Produktion gegenüber den Forderungen einer aneignenden *Klasse*.

Der westliche Feudalismus stellt einen historischen Wendepunkt dar, der den ganzen Prozeß aufhellt. Der Feudalismus wird oft als Fragmentierung oder »Parzellierung« der Staatsmacht beschrieben; aber wenn diese Beschreibung auch sicherlich ein wesentliches Merkmal identifiziert, so ist sie doch nicht spezifisch genug. Die Formen der Staatsmacht unterscheiden sich, und verschiedene Formen von Staatsmacht werden vermutlich verschieden fragmentiert. Der westliche Feudalismus rührte aus der Fragmentierung einer sehr besonderen Form politischer Macht her. Hier geht es nicht einfach um Fragmentierung oder Parzellierung, sondern zugleich um *Privatisierung*. Die Staatsmacht, deren Fragmentierung der westliche Feudalismus hervorbrachte, war bereits im wesentlichen privatisiert worden, verlagert in das Privateigentum. Die Form der Reichsverwaltung, die dem Aufkommen des Feudalismus im Westen vorausging, aufgebaut auf den Fundamenten eines Staates, der sich bereits auf Privateigentum und Klassenherrschaft gründete, war darin einzigartig, daß die kaiserliche Macht nicht so sehr durch eine Hierarchie bürokratischer Beamter in der Art der »asiatischen« Staaten ausgeübt wurde, sondern vielmehr durch örtliche Privateigentümer, deren Eigentum sie sowohl mit politischer Autorität ausstattete als auch mit der Macht zur Aneignung von Mehrprodukt.

Diese Verwaltungsweise war verbunden mit einer besonderen Art von Beziehung zwischen Aneignern und Produzenten, vor allem in Westeuropa, wo es keine Überbleibsel einer älteren unverteilt-bürokratischen Staatsorganisation gab. Das Verhältnis zwischen Aneignern und Produzenten war im Prinzip ein Verhältnis zwischen Individuen, den Besitzern des Privateigentums und den Individuen, deren Arbeit sie aneigneten, wobei letztere den ersteren direkt unterworfen waren. Selbst wenn Dorfgemeinschaften bei der Organisation der Produktion praktisch eine wichtige Rolle spielten und die Kontrolle des Grundherrn über die Produktion oft spärlich und indirekt war, stellt dies immer noch einen bezeichnenden Gegensatz zur »asiatischen« Form dar, in der typischerweise ganze Dörfer mit persönlich freien Produzenten dem aneignenden Staat, der vermittelt seiner Beamten handelte, kollektiv und gewissermaßen unpersönlich unterworfen waren.

Mit der Auflösung des römischen Imperiums war der imperiale Staat in Stücke zerbrochen, die die politische und ökonomische Macht in den Händen privater Herren vereinte, deren politische, rechtliche und militärische Funktionen zugleich Instrumente der privaten Aneignung und der Organisation der Produktion waren. Die Dezentralisierung des imperialen Staates war vom Niedergang der Kaufsklaverei begleitet und ihrer Verdrängung durch neue Formen abhängiger Arbeit. Sklaven und früher unabhängige Bauern begannen sich auf Bedingungen der Abhängigkeit hin zu entwickeln, die ihre Eigenart aus der Tatsache herleiteten, daß das ökonomische Verhältnis zwischen dem in-

dividuellen privaten Aneigner und dem individuellen Produzenten zugleich ein politisches Verhältnis zwischen einem Staats-»Fragment« und seinem Untertan war. Mit anderen Worten, jedes Basis-»Fragment« des Staates war zugleich eine Produktionseinheit, in der die Produktion unter der Autorität und zum Nutzen eines Privateigentümers organisiert war. Obgleich die Macht des Feudalherrn zur Leitung der Produktion im Vergleich mit den späteren Entwicklungen des Kapitalismus alles andere als vollkommen war, war ein beachtlicher Schritt in Richtung auf die Integration des Herausziehens des Überschusses und der Organisation der Produktion getan worden.<sup>4</sup>

Die Tatsache, daß das Eigentum des Feudalherrn kein unbeschränktes, sondern ein *beschränktes* Privateigentum war, ändert nichts an der Tatsache, daß der Feudalismus für die Autorität des Privateigentums einen großen Vorstoß darstellt. In Wirklichkeit war die beschränkte Natur des Feudaleigentums in gewissem Sinne ein Kennzeichen seiner Stärke, kein Zeichen der Schwäche, da die Bedingung, unter der der Herr sein Land in Besitz hielt, die war, daß er gewissermaßen ein Fragment des Staates wurde, bekleidet mit gerade den Funktionen, die ihm die Macht zum Herausziehen des Überschusses gaben. Die Übereinstimmung der politischen Einheit mit der Eigentumseinheit bedeutete also eine größere Übereinstimmung zwischen der Aneignungseinheit und der Produktionseinheit, so daß die Produktion unmittelbarer im Interesse des privaten Aneigners organisiert werden konnte. Die Fragmentierung des Staates, die Tatsache, daß die Feudalverhältnisse zugleich eine Methode politischer Herrschaft und eine Ausbeutungsweise waren, bedeutete überdies, daß viele *freie* Bauern jetzt mitsamt ihrem Eigentum privaten Herren unterworfen wurden und im Austausch gegen persönlichen Schutz Mehrarbeit verausgabten, in einem zugleich politischen und ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis. Da viel mehr unabhängige Produzenten in Abhängigkeit gebracht wurden, fiel auch mehr Produktion in den Bereich unmittelbarer, persönlicher Ausbeutung und der Klassenverhältnisse. Diese besondere Natur des Ausbeutungsverhältnisses im Feudalismus und die »Fragmentierung« des Staates beeinflussten natürlich auch die Gestalt der Klassenmacht, indem sie es für private Aneigner schließlich wünschbarer — in mancher Hinsicht sogar notwendig — und möglicher machten, unmittelbare Produzenten auszubeuten.

Das wesentliche Merkmal des Feudalismus war demnach eine Privatisierung politischer Macht, die eine wachsende Integration privater Aneignung mit autoritativer Organisation der Produktion bedeutete. Die schließliche Entwicklung des Kapitalismus aus dem Feudalsystem heraus vervollkommnete diese Privatisierung und Integrierung: durch die umfassende Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten und die Durchsetzung unbeschränkten Privateigentums. Diese Entwicklung hatte zugleich als notwendige Bedingung eine neue und stärkere Form zentralisierter öffentlicher Macht. Der Staat entblößte die aneignende Klasse der unmittelbaren politischen Macht und der Verpflichtungen, die nicht unmittelbar mit Produktion und Aneignung zu tun hatten, und ließ ihnen die private Ausbeutungsmacht, gewissermaßen gereinigt von öffentlichen, gesellschaftlichen Funktionen.

#### **Kapitalismus als Privatisierung der politischen Macht**

Es mag verdreht erscheinen, anzunehmen, daß der Kapitalismus die äußerste Privatisierung der politischen Macht darstellt, ein Merkmal, das gewöhnlich dem Feudalismus zugeschrieben wird. Diese Behauptung steht auf den ersten Blick der Beschreibung des Ka-

pitalismus diametral entgegen, wonach er durch eine Differenzierung des Ökonomischen und des Politischen einzigartig gekennzeichnet ist. Die Absicht dieser Beschreibung ist unter anderem genau die, den Kapitalismus der »Parzellierung« der Staatsmacht entgegenzusetzen, die die private politische und ökonomische Macht in den Händen des Feudalherrn vereinigt. Der Kapitalismus ist schließlich nicht nur durch eine spezialisierte ökonomische Sphäre und ökonomische Weisen des Herausziehens des Überschusses ausgezeichnet, sondern zugleich durch einen Zentralstaat mit nie dagewesenem *öffentlichem* Charakter. Der Kapitalismus ist auf einzigartige Weise in der Lage, das Privateigentum und die Macht zum Herausziehen des Überschusses aufrechtzuerhalten, ohne daß der Besitzer unmittelbare politische Macht im herkömmlichen Sinne ausübt. Der Staat — der von der Ökonomie getrennt ist, auch wenn er in sie *interveniert* — kann vorgeblich (vor allem durch das allgemeine Wahlrecht) jedem gehören, Produzent und Aneigner, ohne die Ausbeutungsmacht des Aneigners an sich zu reißen. Die Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten macht eine unmittelbar politische Macht zum Herausziehen des Überschusses einfach weniger unvermittelt notwendig. Genau das ist gemeint, wenn man sagt, daß der Kapitalist eine ökonomische statt einer außerökonomischen Ausbeutungsmacht hat.

Man kann sogar behaupten, daß die überkommene »Privatisierung« der politischen Macht eine der wesentlichen Bedingungen ist für die Verwandlung des Arbeitsprozesses und der Produktionskräfte, die das Unterscheidungsmerkmal des Kapitalismus darstellt. Robert Brenner hat beispielsweise so argumentiert, daß dort, »wo die direkte Anwendung von Gewalt Bedingung für die Auspressung von Mehrarbeit durch die herrschende Klasse ist, gerade die Schwierigkeiten der Vergrößerung des Produktionspotentials durch Verbesserung der Produktivkräfte die Ausgabe von Mehrprodukt anregt, eben um die Fähigkeit zur Gewaltanwendung zu vergrößern. Auf diesem Wege kann die herrschende Klasse ihre Fähigkeiten zur Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten vermehren oder mit militärischen Methoden vermehrte Produktionsmittel (Land, Arbeit, Werkzeuge) erwerben. Statt akkumuliert zu werden, wird der ökonomische Überschuß hier systematisch von der Reproduktion an unproduktive Arbeit abgeleitet.« (Brenner 1977, S.37)

Private »politische« Macht ist noch in einem anderen Sinne eine wesentliche Bedingung der kapitalistischen Produktion und faktisch die Form, die von der »Autonomie« der ökonomischen Sphäre angenommen wird. Der Kapitalist ist natürlich den Geboten der Akkumulation und der Konkurrenz unterworfen, die ihn dazu nötigen, den Mehrwert zu vergrößern; und der Arbeiter ist an den Kapitalisten nicht einfach durch die persönliche Autorität des letzteren gebunden, sondern durch die Marktgesetze, die den Lohn der Arbeitskraft diktieren. In diesem Sinne sind es die »autonomen« Gesetze der Ökonomie und das Kapital »im allgemeinen«, die Macht ausüben, nicht der Kapitalist, der vorsätzlich seiner persönlichen Autorität gegenüber der Arbeit Geltung verschafft. Was die »allgemeinen« Gesetze der kapitalistischen Akkumulation den Kapitalisten zu tun zwingen — und was ihm die unpersönlichen Gesetze des Arbeitsmarkts zu tun ermöglichen —, ist nichtsdestoweniger genau dies: in einem nie dagewesenen Ausmaß Kontrolle über die Produktion auszuüben. »Das in ein Naturgesetz mystifizierte Gesetz der kapitalistischen Akkumulation drückt also in der Tat nur aus, daß ihre Natur jede solche Abnahme im Exploitationsgrad der Arbeit ... ausschließt« (MEW 23, S.649); und dies bedeutet ein scharfes Kommando über den Arbeitsprozeß, sogar ein internes Gesetzbuch, um die Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit und die Produktion von

möglichst viel Mehrwert innerhalb einer bestimmten Arbeitsperiode zu sichern. Die Notwendigkeit einer »Leitungsautorität« wird in der kapitalistischen Produktion, wie Marx erläutert, verstärkt durch den hoch vergesellschafteten, kooperativen Charakter der Produktion — eine grundlegende Bedingung seiner hohen Produktivität — und durch die antagonistische Natur eines Ausbeutungsverhältnisses, das auf dem Streben nach maximalem Herausziehen von Mehrwert beruht.

Die wahrhaft kapitalistische Produktion fängt erst dann an, wie Marx ausführt, wenn die Subsumtion der Arbeit unter das Kapital »real« wird statt bloß »formal« zu sein, d.h. wenn diese Subsumtion tatsächlich den Arbeitsprozeß verwandelt. Dies geschieht, »wo dasselbe individuelle Kapital eine größere Anzahl Arbeiter gleichzeitig beschäftigt, der Arbeitsprozeß also seinen Umfang erweitert und Produkt auf größrer quantitativer Stufenleiter liefert. Das Wirken einer größern Arbeiteranzahl zur selben Zeit, in demselben Raum (oder, wenn man will, auf demselben Arbeitsfeld), zur Produktion derselben Warensorte, unter dem Kommando desselben Kapitalisten, bildet historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion.« (MEW 23, S.341)<sup>5</sup>

Eine grundlegende Bedingung dieser Verwandlung ist die Kontrolle des Kapitals über den Arbeitsprozeß. Mit anderen Worten, die kapitalistische Produktion mit ihrem kooperativen, kollektiven Charakter beginnt dann, wenn unmittelbar »politische« Macht in den Produktionsprozeß selbst eingeführt wird, als grundlegende Bedingung der Produktion: »Mit der Kooperation vieler Lohnarbeiter entwickelt sich das Kommando des Kapitals zum Erheischnis für die Ausführung des Arbeitsprozesses selbst, zu einer wirklichen Produktionsbedingung. Der Befehl des Kapitalisten auf dem Produktionsfeld wird jetzt so unentbehrlich wie der Befehl des Generals auf dem Schlachtfeld.« (ebd., S.350)

In vorkapitalistischen Gesellschaften war die kooperative Produktion einfach und vereinzelt, obwohl sie manchmal, wie Marx es formulierte, »kolossale Wirkungen« hatte, beispielsweise unter dem Kommando asiatischer oder ägyptischer Könige oder etruskischer Theokraten. Die politische Bedeutung dieser Entwicklung in der Produktion wird von Marx selbst ausgedrückt: »Diese Macht asiatischer und ägyptischer Könige oder etruskischer Theokraten usw. ist in der modernen Gesellschaft auf den Kapitalisten übergegangen, ob er nun als vereinzelter Kapitalist auftritt, oder, wie bei Aktiengesellschaften, als kombinierter Kapitalist.« (MEW 23, S.353; Hervorhebung von d. Verf.)

Hier geht es nicht darum, ob die kapitalistische Kontrolle »despotischer« ist als der grausame persönliche Autoritarismus des Sklavenantriebers mit der Peitsche in der Hand; auch nicht darum, ob die kapitalistische Ausbeutung drückender ist als die Forderungen eines rentenhungrigen Feudalherrn. Das Ausmaß der Kontrolle, die vom Kapital über die Produktion ausgeübt wird, ist nicht notwendig abhängig von ihrem Ausmaß an »Despotismus«. In gewissem Maße wird Kontrolle nicht durch persönliche Autorität ausgeübt, sondern durch die unpersönlichen Erfordernisse maschineller Produktion und durch die technische Integration des Arbeitsprozesses (obwohl dies überbetont werden kann und die Notwendigkeit technischer Integration selbst in großem Maße durch die Zwänge der kapitalistischen Akkumulation und die Forderungen des Aneigners durchgesetzt wird). Da dem Kapital mit seinem unbeschränkten Eigentum an Produktionsmitteln neue Formen rein »ökonomischen« Zwangs zur Verfügung stehen — wie die Macht, Betriebe zu schließen —, ist die Natur seiner Kontrolle des Arbeitsprozesses überdies zum Teil durch ein *Fehlen* unmittelbarer Zwangsgewalt bedingt. In gewis-

sem Sinne ist die ausgeklügelte hierarchische Organisation und Überwachung des Arbeitsprozesses als Mittel, die *Produktion* des Überschusses zu vergrößern, ein Ersatz für die Zwangsmacht zum *Herausziehen* des Überschusses. Die Natur der freien Arbeiterklasse ist zugleich dergestalt, daß neue Formen der Organisierung und des Widerstands von Arbeitern in den Produktionsprozeß eingebaut sind. Auf jeden Fall kann die kapitalistische Kontrolle unter verschiedenen Umständen durch Mittel ausgeübt werden, die von der äußerst »despotischen« Organisation (z.B. »Taylorismus«) bis zur »Arbeiterkontrolle« in verschiedenem Ausmaß reichen (obwohl der Druck gegen letztere, der der Struktur der kapitalistischen Akkumulation innewohnt, nicht unterschätzt werden sollte). Welche besonderen Formen die kapitalistische Kontrolle auch annehmen mag, ihre wesentlichen Bedingungen bleiben bestehen: in keinem anderen Produktionssystem wird die Arbeit so gründlich diszipliniert und *organisiert*, und keine andere Organisation der Produktion kommt den Forderungen der Aneignung so direkt entgegen.

Es gibt demnach, bezogen auf die kapitalistische Organisierung der Produktion, zwei kritische Punkte, mit deren Hilfe man sich über den eigentümlichen Charakter des »Politischen« in der kapitalistischen Gesellschaft Klarheit verschaffen und die *Ökonomie* in der politischen Arena verorten kann: einmal das nie dagewesene Ausmaß, in dem die Organisierung der Produktion mit der Organisierung der Aneignung integriert ist; zum anderen der Umfang und die Allgemeinheit dieser Integration, der virtuell universelle Umfang, in dem die Produktion in der Gesellschaft insgesamt unter die Kontrolle des kapitalistischen Aneigners kommt.<sup>6</sup> Die Kehrseite dieser Produktionsentwicklungen besteht darin, daß der Aneigner die unmittelbare politische Macht im gebräuchlichen, öffentlichen Sinne preisgibt und vieler traditioneller Formen persönlicher Kontrolle über das Leben der Arbeiter *außerhalb* des unmittelbaren Produktionsprozesses, die vorkapitalistischen Aneignern zur Verfügung standen, verlustig geht. Neue Formen der indirekten Klassenkontrolle gehen in die »unpersönlichen« Hände des Staates über. Wenn der Kapitalismus — mit seiner rechtlich freien Arbeiterklasse und seinen unpersönlichen ökonomischen Mächten — viele Sphären persönlicher und gesellschaftlicher Aktivität aus der direkten Klassenkontrolle wegnimmt, so kann man zugleich sagen, daß das menschliche Leben im allgemeinen stärker als je in die unpersönliche Einflußsphäre des Produktionsprozesses gezogen wird. Die Anforderungen und die Disziplin der kapitalistischen Produktion, aufgeherrscht durch die Erfordernisse kapitalistischer Aneignung und Akkumulation, bringen in ihrem Machtbereich — unter dem Einfluß des Kapitals — direkt oder indirekt ein enormes Betätigungsfeld mit sich und üben eine nie dagewesene Kontrolle über die Verausgabung von *Zeit* aus, innerhalb und außerhalb des Produktionsprozesses.

Diese Entwicklungen markieren die Existenz einer differenzierten »ökonomischen« Sphäre und »ökonomischer Gesetze«. Wenn man sie nur in diesem Licht besichtigt, könnte ihre volle Bedeutung allerdings verdunkelt werden. Es ist mindestens genau so wichtig, sie als Verwandlungen der *politischen* Sphäre zu betrachten. In einer Hinsicht stellt die Integration von Produktion und Aneignung die äußerste »Privatisierung« der Politik dar, insofern als Funktionen, die früher mit einer zentralisierten oder »parzellierten« politischen Zwangsmacht verknüpft waren, nun fest in der privaten Sphäre angesiedelt sind, als Funktionen einer privat aneignenden Klasse, die aller Verpflichtungen ledig ist, umfassenderen gesellschaftlichen Vorhaben nachzugehen. In einer anderen Hinsicht stellt sie die *Vertreibung* von Politik aus der Sphäre dar, in der sie immer unmittelbar



eingeschlossen war. Der direkte politische Zwang wird aus dem Prozeß des Herausziehens des Überschusses ausgeschlossen und an einen *Staat* gegeben, der im allgemeinen nur indirekt in die Produktionsverhältnisse eingreift; das Herausziehen des Überschusses hört auf, eine unmittelbar politische Frage zu sein. Dies bedeutet, daß sich der Brennpunkt des Klassenkampfes notwendigerweise ändert. Die Verfügung über Mehrarbeit bleibt nach wie vor die zentrale Frage des Klassenkonflikts; diese Frage ist jetzt aber nicht mehr länger von der Organisation der Produktion unterscheidbar. Der Kampf um die Aneignung erscheint nicht als politischer Kampf, sondern als Kampf um Dauer und Bedingungen der Arbeit.

### Die Orte des Klassenkampfes

Insofern, als das *Herausziehen* und die *Aneignung* des Überschusses — und nicht seine Produktion — die zentralen Fragen im Klassenkampf gewesen sind, ist der Kapitalismus mit seiner Konzentrierung des Klassenkampfes am Punkt der Produktion einzigartig, weil die Organisation der Produktion und der Aneignung eben nur im Kapitalismus so vollständig zusammenfallen. Einzigartig ist ebenso seine Verwandlung der Kämpfe um Aneignung in offenkundig nicht-politische Auseinandersetzungen. Während man beispielsweise den Lohnkampf im Kapitalismus als bloß »ökonomisch« ansehen kann (»Ökonomismus«), gilt dies nicht für die Kämpfe um Grundrente, die von mittelalterlichen Bauern geführt wurden, obwohl es in beiden Fällen um die Verfügung über Mehrarbeit geht und ihre Aufteilung zwischen unmittelbaren Produzenten und ausbeutenden Aneignern. Wie heftig der Lohnkampf auch sein mag, das Lohnverhältnis selbst bleibt, wie Marx zeigt, unberührt: Die Grundlagen der auspresserischen Macht des Aneigners — die Stellung seines Eigentums und die Eigentumslosigkeit der Arbeiter — stehen nicht unmittelbar auf dem Spiel. Dagegen führen Kämpfe um Grundrente, insofern als die Aneignung auf »außerökonomischer« Macht beruht, unmittelbar dazu, daß Eigentumsrechte, politische Macht und Rechtsprechung einbezogen werden.

Im Kapitalismus ist der Klassenkonflikt deshalb in bemerkenswertem Ausmaß in die individuelle Produktionseinheit eingekapselt; und dies gibt dem Klassenkampf einen bestimmten Charakter.<sup>7</sup> Jeder einzelne Betrieb — hoch organisierte und integrierte Einheiten mit eigenen Hierarchien und Autoritätsstrukturen — enthält in sich die Hauptquellen des Klassenkonflikts. Gleichzeitig betritt der Klassenkampf direkt das Feld der Produktionsorganisation: d.h., die Auseinandersetzung mit den antagonistischen Produktionsverhältnissen ist untrennbar von der Auseinandersetzung mit dem Produktionsprozeß selbst. Da der Klassenkonflikt ein wesentlicher Bestandteil des Produktionsprozesses bleibt, den er nicht auseinandersprengen darf, muß der Klassenkampf gewissermaßen gezähmt und heimisch gemacht werden.

Der Klassenkonflikt bricht deshalb im allgemeinen nur dann als offener Krieg aus, wenn er nach draußen geht, insbesondere da die Zwangsgewalt des Kapitals sich vor den Toren der Produktionseinheit befindet. Dies bedeutet, daß gewaltsame Auseinandersetzungen sich gewöhnlich nicht unmittelbar zwischen Kapital und Arbeit abspielen. Nicht das Kapital selbst, sondern der Staat führt den Klassenkampf, wenn er vor den Toren zeitweilig ausbricht und gewaltsamere Formen annimmt. Für gewöhnlich bleibt die bewaffnete Macht des Kapitals im Hintergrund; und wenn die Klassenherrschaft sich als direkte und persönliche Zwangsgewalt bemerkbar macht, so erscheint sie in Gestalt eines »autonomen« und »neutralen« Staates.

Die Verwandlung »politischer« in »ökonomische« Konflikte und die Lokalisierung der Kämpfe am Punkt der Produktion führen auch dazu, den Klassenkampf im Kapitalismus *lokal* und *partikularistisch* zu machen. In dieser Hinsicht steht die Organisation der kapitalistischen Produktion selbst der Einheit der Arbeiterklasse, die der Kapitalismus fördern soll, entgegen. Die Natur der kapitalistischen Wirtschaft — ihr nationaler, sogar supra-nationaler Charakter, die wechselseitige Abhängigkeit ihrer wesentlichen Bestandteile, die durch den kapitalistischen Arbeitsprozeß geschaffene Homogenisierung der Arbeit — machen einerseits ein Arbeiterklassenbewußtsein und eine Klassenorganisation in massenhaftem Umfang notwendig und möglich. Das ist der Aspekt der Auswirkungen des Kapitalismus auf das Klassenbewußtsein, den die marxistische Theorie so oft betont hat. Andererseits muß die Entwicklung dieses Bewußtseins und dieser Organisation erfolgen gegen die Zentrifugalkraft der kapitalistischen Produktion und ihre »Privatisierung« politischer Fragen.

Die Konsequenzen dieser — von den Theoretikern des Klassenkampfes ungenügend berücksichtigten — zentrifugalen Wirkungen sind von Beobachtern der industriellen Beziehungen oft bemerkt worden, denen eine *wachsende* statt abnehmende Bedeutung dieser »Heimat«-Kämpfe im gegenwärtigen Kapitalismus aufgefallen ist. Die Konzentration der Arbeiterklassenschlachten an der Heimatfront mag eine Beeinträchtigung des *politischen* und *universellen* Charakters dieser Kämpfe bedeuten, sie führt aber nicht notwendig zu einer abnehmenden *Militanz*. Die paradoxe Wirkung der Differenzierung des Ökonomischen und des Politischen im Kapitalismus besteht darin, daß *Militanz* und *politisches Bewußtsein* zu getrennten Fragen geworden sind. Man sollte sich im Vergleich dazu vor Augen führen, daß moderne Revolutionen die Tendenz hatten, sich dort zu ereignen, wo die kapitalistische Produktionsweise wenig entwickelt war, wo sie neben anderen Produktionsweisen — vor allem bäuerlicher Produktion — bestand, wo »außerökonomischer« Zwang bei der Organisation der Produktion und beim Auspressen von Mehrarbeit eine größere Rolle gespielt hat, und wo der Staat nicht nur zur Unterstützung der aneignenden Klassen gehandelt hat, sondern aus eigenem Recht als »vorkapitalistischer« Aneigner — kurz, wo der ökonomische Kampf vom politischen Konflikt untrennbar war und wo der *Staat*, als dermaßen sichtlich zentralisierter und universeller Klassenfeind, als Brennpunkt des Massenkampfes diente. Selbst in entwickelteren kapitalistischen Gesellschaften hat die Massenmilitanz die Neigung, in Reaktion auf »außerökonomischen« Zwang zutage zu treten, besonders wenn er die Form unterdrückerischer Staatsaktionen annimmt, und sie variiert in dem Maße, in dem der Staat in die Kämpfe um Arbeitsdauer und -bedingungen verwickelt ist. Diese Erwägungen werfen wiederum die Frage auf, inwiefern es angemessen ist, den »Ökonomismus« der Arbeiterklasse in fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften als Widerspiegelung eines unentwickelten Klassenbewußtseinsstandes anzusehen, wie es viele Sozialisten tun. In der Perspektive des historischen Prozesses kann man sagen, daß er ein höheres, kein niedrigeres, Entwicklungsstadium darstellt. Wenn dieses Stadium wiederum überwunden werden soll, muß man unbedingt erkennen, daß der sogenannte »Ökonomismus« des Arbeiterklassenverhaltens nicht sosehr einen Mangel an politischem Bewußtsein widerspiegelt als vielmehr eine objektive Verschiebung der Orte, an denen »Politik« angesiedelt ist, einen der Struktur der kapitalistischen Produktion selbst innewohnenden Wechsel der Arena und der Ziele des politischen Kampfes.

Dies sind einige der Wege, auf denen die kapitalistische Produktion »politische« in

»ökonomische« Kämpfe zu verwandeln pflegt. Im gegenwärtigen Kapitalismus gibt es sicherlich bestimmte Entwicklungen, die diesen Tendenzen entgegenarbeiten können. Die nationale und internationale Integration der fortgeschrittenen kapitalistischen Wirtschaft verschiebt die Probleme der kapitalistischen Akkumulation zunehmend vom individuellen Unternehmen in die »makro-ökonomische« Sphäre. Es ist möglich, daß die Aneignungsmacht des Kapitals — die der Staat bisher unberührt gelassen und vielmehr reproduziert und verstärkt hat — durch das wachsende Angewiesensein des Kapitals auf den Staat untergraben werden wird, — nicht nur, um kapitalistische Planung zu erleichtern, um Belastungen zu übernehmen oder um den Klassenkonflikt auszufeuchten und zu zügeln, sondern auch um die gesellschaftlichen Funktionen wahrzunehmen, die die aneignende Klasse aufgegeben hat, um also faktisch ihren *asozialen* Wirkungen entgegenzuarbeiten. Insofern das Kapital in seinen sich häufenden Krisen die Komplizenschaft des Staates für seine asozialen Vorhaben fordert und erhält, kann dieser Staat in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zunehmend ein Hauptziel des Widerstands werden — wie dies in jeder erfolgreichen modernen Revolution der Fall war. Das kann bewirken, daß der Partikularismus und der »Ökonomismus« überwunden wird, der dem Klassenkampf durch das kapitalistische Produktionssystem mit seiner Differenzierung des Ökonomischen und des Politischen aufgenötigt wird.

Die strategische Lektion, die man aus der Übertragung »politischer« Fragen an die »Ökonomie« lernen muß, ist jedenfalls nicht, daß der Klassenkampf vor allem in der ökonomischen Sphäre oder an der Produktionsstelle konzentriert werden *sollte*. Die Teilung »politischer« Funktionen zwischen Klasse und Staat bedeutet auch nicht, daß die Macht im Kapitalismus derart in der gesamten *civil society* verstreut sei, daß der Staat aufhörte, als Ort der Macht und als Ziel politischer Aktion eine eigene und privilegierte Rolle zu spielen — oder, anders formuliert, daß der »Staat« überall sei. In Wirklichkeit ist das Gegenteil wahr. Die Arbeitsteilung zwischen Klasse und Staat bedeutet nicht so sehr, daß die Macht verstreut ist, sondern im Gegenteil, daß der Staat — der das Zwangs-»Moment« der kapitalistischen Klassenherrschaft darstellt, verkörpert im höchst spezialisierten, ausschließlichen und zentralisierten Monopol gesellschaftlicher Gewalt —, daß dieser Staat letztlich »der entscheidende Konzentrationspunkt der gesamten gesellschaftlichen Macht«<sup>8</sup> ist.

Kämpfe am Punkt der Produktion bleiben so lange unvollständig — selbst unter ihrem »ökonomischen« Aspekt als Kämpfe um die Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft oder um die Produktionsbedingungen —, wie sie sich nicht bis zu dem Ort der Macht erstrecken, auf dem das kapitalistische Eigentum mit seiner Kontrolle der Produktion und Aneignung letztlich beruht. Zugleich bleiben rein »politische« Schlachten um die Macht, zu regieren und zu herrschen, solange unvollendet, wie sie nur die Institutionen des Staates einbeziehen, und nicht auch die politische Macht, die »privatisiert« und an die ökonomische Sphäre übertragen worden ist. In diesem Sinne ist es gerade die *Differenzierung* des »Ökonomischen« und des »Politischen« im Kapitalismus — die symbiotische Arbeitsteilung zwischen Klasse und Staat — die die *Einheit* »ökonomischer« und »politischer« Kämpfe wesentlich macht. Wenn die marxistische Theorie ihre praktischen Ansprüche einlösen und das Terrain politischer Aktion sondieren will, darf sie die falschen Erscheinungen nicht verstärken, welche die Trennung der beiden Sphären aufrechterhalten.

### Anmerkungen

- 1a Vgl. Bois 1978, S. 67f. Bois bezieht sich insbesondere auf den Artikel von Robert Brenner (1976). Es sollte festgehalten werden, daß, während Brenner von Bois wegen seiner Abweichung vom Ökonomismus angegriffen wird, Simon Clarke das Gegenteil tut, indem er Brenner kritisiert wegen seiner »Definition der Produktionsverhältnisse in Dobbschen Begriffen als Ausbeutungsformen« (Clarke 1979, S.155, Anm.3). So etwas kann meine Auffassung nur bestärken, daß Brenner ziemlich genau richtig liegt.
- 1b Vgl. Sahlins 1974, Kap. 2 und 3, bezüglich einiger erhellender Annahmen über das Aufkommen einer öffentlichen Autorität als Mittel zur Intensivierung der Produktion.
- 2 So weite Klassendefinitionen können Probleme aufwerfen, nicht zuletzt hinsichtlich ihrer Implikationen für die Analyse moderner Staaten sowjetischen Typs, die man als gegenüber den Klassen autonom analysieren kann (z.B. in den Arbeiten Rudolf Bahros) oder als eine besondere Form der Klassenorganisation (z.B. Therborn 1978). Erwägungen über solche Alternativen liegen außerhalb der Reichweite dieses Artikels.
- 3 Ernest Mandel (1968) hat Autoren wie Maurice Godelier kritisiert, weil sie die Bedeutung der »asiatischen Produktionsweise« so weit ausdehnen, daß sie sowohl Gesellschaftsformationen im Prozeß des Übergangs von der klassenlosen Gesellschaft zum Klassenstaat umfaßt als auch fortgeschrittene bürokratische Reiche mit »hypertrophen« Staaten. Während Mandel mit Recht davor warnt, die Unterschiede zwischen beispielsweise einfachen afrikanischen Königreichen und komplexen Staaten wie dem des alten Ägypten zu verdunkeln, richten sich Godeliers Formulierungen darauf, die Kontinuitäten zwischen frühen Formen aneignender und umverteilender öffentlicher Autoritäten und dem fortgeschrittenen »hypertrophen« Staat zu betonen, um herauszustreichen, daß es der *westliche* Fall ist, mit seiner »autonomen« Entwicklung von Privateigentum und Klasse, der erklärt werden muß. Mandel spricht von der Entwicklung des Kapitalismus oft so, als wäre sie natürlich, während andere historische Verlaufsformen gehemmt oder versperrt worden sind.
- 4 Vgl. Rodney Hiltons Diskussion der begrenzten Kontrolle, die praktisch von den Feudalherren über den Produktionsprozeß ausgeübt wurde (Hilton 1978). Es sollte jedoch festgehalten werden, daß Hilton beim Hervorheben der begrenzten Natur feudaler Herrschaft den Feudalismus nicht mit anderen vorkapitalistischen Formationen vergleicht, sondern, zumindest implizit, mit dem Kapitalismus, wo die unmittelbare Kontrolle des Aneigners über die Produktion vollständiger ist, wegen der Ausbeutung des unmittelbaren Produzenten, der kollektiven und konzentrierten Natur kapitalistischer Produktion usw.
- 5 »Zusammenarbeiten« heißt: in einer integrierten und kooperativen Arbeitsteilung, nicht nur unter einem Dach arbeiten.
- 6 Kaufsklaverei ist die vorkapitalistische Form der Klassenausbeutung, bei der man am überzeugendsten argumentieren könnte, daß der Ausbeuter eine kontinuierliche und direkte Kontrolle über die Produktion ausübt; aber abgesehen von den vielen Fragen, mit denen die Natur und das Ausmaß der Kontrolle des Sklavenhalters über den Arbeitsprozeß umgeben sind, ist eins klar: daß selbst in den sehr wenigen Gesellschaften, in denen Sklaverei verbreitet gewesen ist, diese niemals an die Allgemeinheit der Lohnarbeit in fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften herangekommen ist, sondern immer von anderen Produktionsformen begleitet und möglicherweise übertroffen worden ist. Im römischen Reich beispielsweise, wo die antike Sklaverei ihren Höhepunkt erreichte in den Sklaven-Latifundien, wurden die Sklaven an Zahl von den bäuerlichen Produzenten übertroffen. Selbst wenn unabhängige Produzenten verschiedene Formen des *Herausziehens* des Überschusses unterworfen waren, blieben große Teile der *Produktion* außerhalb des Bereichs der unmittelbaren Kontrolle durch eine ausbeutende Klasse. Man kann auch argumentieren, daß dies nicht zufällig so war; daß ihre Abhängigkeit von direktem Zwang und militärischer Macht für ihre weitere Ausdehnung nicht eben das geringste Hindernis darstellte; und daß umgekehrt der universale Charakter der kapitalistischen Produktion und ihre Fähigkeit, alle Produktion den Erfordernissen der Ausbeutung virtuell unterzuordnen, unauflöslich mit der »Differenzierung des Ökonomischen und des Politischen« verbunden ist.
- 7 Dieser und die folgenden beiden Abschnitte basieren auf einem Artikel von mir, der sich mit Unternehmensberatungs-Seminaren zur Verhinderung von Gewerkschaften befaßt (Woods 1979).
- 8 Diese Formulierung verdanke ich Perry Anderson.

**Literaturverzeichnis**

- Brenner, Robert*, 1976: Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europe. In: Past and Present, No. 70, S.30-75.
- Brenner, Robert*, 1977: The Origins of Capitalist Development. A Critique of Neo-Smithian Marxism. In: New Left Review, No. 104, S.25-92.
- Bois, Guy*, 1978: Against the Neo-Malthusian Orthodoxy. In: Past and Present, No. 79, S.60-69.
- Clarke, Simon*, 1979: Socialist Humanism and the Critique of Economism. In: History Workshop 8, S.138-156.
- Fried, Morton*, 1968: The Evolution of Political Society. New York.
- Hilton, Rodney*, 1978: A Crisis of Feudalism. In: Past and Present, No. 80, S.3-19.
- Mandel, Ernest*, 1968: Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx. Frankfurt/M.
- MEW = Marx Engels Werke, Berlin/DDR.
- Polanyi, Karl*, 1978: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/M.
- Sahlins, Marshall*, 1974: Stone Age Economics. London.
- Therborn, Göran*, 1978: What Does the Ruling Class do when it Rules? London.
- Weber, Max*, 1924: Agrarverhältnisse im Altertum. In: Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Tübingen.
- Weber, Max*, 1976: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen.
- Wood, Ellen Meiksins*, 1979: For Sale. Strategies for Winning the Class Struggle. In: Canadian Dimension, Vol. 14, No. 1, S.13-16.

Die beiden ersten Bände sind bereits ausgeliefert.  
Jetzt für 1982 abonnieren:

**Literatur im historischen Prozeß**

Analysen, Materialien, Studienmodelle  
Die NEUE FOLGE wird herausgegeben von  
Karl-Heinz Götze, Jost Hermand, Gert Matten-  
klott, Klaus R. Scherpe, Jürgen Schutte und  
Lutz Winckler

In dieser Reihe erscheinen Aufsatzsammlungen,  
Monographien, Materialien und Studienmodelle zu  
verschiedenen Bereichen der Literaturgeschichte,  
zur literaturtheoretischen Diskussion und zu aktuel-  
len Themen.

Karl-Heinz Götze/Klaus R. Scherpe (Hrsg.): Die »Ästhetik des Widerstands« lesen. LHP. NF 1 (AS 75)

Christian Fritsch/Lutz Winckler (Hrsg.): Faschismuskritik und Deutschlandbild im Exilroman. LHP. NF 2 (AS 76)

Jost Hermand/Helmut Peitsch/Klaus R. Scherpe (Hrsg.): Aspekte der westdeutschen Nachkriegsliteratur. LHP. NF 3 (Erscheint 1982) (AS 83).

Gerhardt Pickerodt (Hrsg.): Georg Forster in seiner Epoche. LHP. NF 4 (Erscheint 1982) (AS 87)

Irmela von der Lühe (Hrsg.): Literatur des 20. Jahrhunderts: Entwürfe von Frauen. LHP. NF 5 (Erscheint 1982) (AS 92)

Preise: 16,80 DM/Stud. 13,80 DM je Band. Im Abonnement 3 Bde./Jahr incl. 3. – DM  
Versandkosten: 44,40 DM/Stud. 38,40 DM. Dieses Abo berechtigt gleichzeitig zum Bezug  
aller weiteren AS-Bände zum Abo-Preis.

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65

**ARGUMENT-VERLAG BERLIN**

## Lawrence Kraders Theorie der civil society

Der Verfasser gliedert sein Buch in eine Einleitung und vier Kapitel: »Über Knechtschaft, Freiheit und Notwendigkeit« (Kapitel 1); »Wert und die Theorie der Arbeit« (Kapitel 2); »Geschichte der Civil Society<sup>1</sup> und des Staates im Umriss« (Kapitel 3); »Über distributive Gerechtigkeit und Recht« (Kapitel 4). Die sehr umfangreichen Kapitel sind ihrerseits in zahlreiche Abschnitte unterteilt, Kapitel 3 außerdem um 3 Anhänge ergänzt.

Krader selbst charakterisiert den Inhalt seines Buches wie folgt: »Die vorliegende setzt meine vorangegangene Arbeit 'Dialectic of Civil Society', fort, zu der sie sich als 'Dialectic of Civil Society II' verhält. Sie hat dieselben Themen, die hier wie folgt systematisch angeordnet sind: 1. Die Beziehung des Menschen zur Natur und von menschlicher zur Naturgeschichte; 2. Die Theorie und Geschichte der Beziehungen der Arbeit in der Gesellschaft und zur Natur; 3. die Konsequenzen dieser Beziehungen, nämlich die Beziehungen der gesellschaftlichen Klassen, die Bildung der civil society und des Staates im Verhältnis zu den archaisch-primitiven und gemeinschaftlichen Beziehungen in der Gesellschaft; 4. und letztens werden die Beziehungen von Tausch und Vertrag, die die spezifische Differenz der civil society darstellen, zusammen mit der Lehre von der kommutativen Gerechtigkeit der Beziehung der Distribution und ihrem abstrakten Ausdruck in der Theorie der distributiven Gerechtigkeit und des Rechts entgegengesetzt. Der Gegensatz von Tausch und Distribution (welche konkret zwischen gesellschaftlicher Produktion und Konsumtion vermittelt) bringt die Kritik der Praktiken der civil society in all ihren zeitgenössischen Formen mit sich, eine Kritik, die sich abstrakt in der Entgegensetzung von kommutativer und distributiver Gerechtigkeit ausdrückt. Die historischen Verhältnisse und Kategorien der Klassengesellschaft, der civil society und des Staates werden der theoretischen Kategorie des Sozialismus entgegengesetzt, die hier zum Zwecke sowohl der theoretischen wie der praktischen Kritik der civil society und des Staates eingeführt wird ... Die Kritik der Beziehungen der Klassengesellschaft, der civil society und des Staates ist ... (zugleich) die Kritik der (bislang entwickelten) Theorie des Sozialismus, deren dankbar- undankbares Kind.« (36)

Der anspruchsvolle Titel — er wandelt den Titel von David Humes Hauptwerk »A Treatise of Human Nature« in kritischer Absicht ab, die Theorie einer unveränderlich gedachten menschlichen Natur soll durch eine Theorie der dem historisch-sozialen Wandel unterworfenen gesellschaftlichen Arbeit ersetzt werden —, die ausgebreiteten historisch-ethnologisch-soziologischen Kenntnisse des Verfassers, die Fülle der herangezogenen Literatur (die Bibliographie am Schluß verzeichnet nicht alle in den Anmerkungen zitierten Titel), schließlich die oben zitierten anspruchsvollen Intentionen des Verfassers erzeugen beim Leser hochgespannte Erwartungen. Es bleibt zu prüfen, ob sie erfüllt werden.

»Social Labor« (siehe u.a. 16ff., 21, 24, 109/110, 114, 116, 119, 121, 133, 141, 180/181, 305/308, 412/414, 431/432, 445f., 448, 460, 481f.) bezieht sich nicht nur auf Prozesse oder den Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit (dessen genauere Bestimmungen noch anzugeben sind), sondern auch auf sein(e) Subjekt(e), die (Klasse der) unmittelbaren Produzenten der »civil society«. Thema der Abhandlung sind daher u.a. Ursache und Formen der Unfreiheit von Produktionsmitteln und Produzenten, die Darstellung der Entwicklung der Substanz und der Form gesellschaftlicher Unfreiheit und Ungleich-

\* Krader, Lawrence, A Treatise of Social Labor. Dialectic and Society, Band 5, Assen 1979, 513 u. X S.

<sup>1</sup> Zur Vermeidung von Fehlern läßt es sich in bestimmten Fällen nicht vermeiden, Formulierungen des englischen Originals zu benutzen.



heit (419: »the movement from bondage to freedom of social labor«) in verschiedenen ökonomischen und gesellschaftlichen Formationen der »civil society« (der Verfasser legt Wert auf diese Unterscheidung: 362 und ff.). Zielpunkt ist eine (allerdings nur angedeutete) Theorie des Sozialismus, innerhalb dessen Freiheit und Gleichheit der »Social Labors« nicht nur, wie in der modernen »Society«, der Form, sondern auch der Substanz nach verwirklicht sind (siehe u.a. 412f., 419f., 433, 443, 445f.).

Kraders »Treatise« ist jedoch primär nicht eine Theorie der Befreiung der gesellschaftlichen Arbeit, sondern das, was er selbst eine »social ontology of the human kind« (448), das heißt eine Ontologie der Menschengattung »in the civil condition« (225, 443 u.ö.), als Teil einer »ontology of production of the human being« (448) nennt. In deren Zentrum stehen Begriff, Theorie und Geschichte der »civil society« und eine eigentümliche Theorie des Werts, Tauscherts, Mehrerts sowie der Entwicklung von Tausch und Warenproduktion.

Seine Konzeption der »civil society« und ihrer Geschichte entwickelt der Verfasser u.a. wie folgt: »Menschliche Gesellschaft« überhaupt ist entweder klassenlose oder Klassengesellschaft, letztere mit oder ohne Staat; »Civil society is class-divided society with the state« (17). Die »civil condition« der Menschheit ist der »archaic-primitive social condition« entgegengesetzt (21; siehe auch 225 u.ö.) und ist durch »gesellschaftliche« im Gegensatz zu »gemeinschaftlicher Arbeit« (»social as opposed to communal labor«) charakterisiert. »Civil society« ist diejenige Gesellschaft, die vom ökonomischen Tausch beherrscht wird, in der Arbeit vergesellschaftet ist, ein Mehrprodukt produziert wird und die Gesetze des Tauscherts, des Werts und des Mehrerts gelten. »Civil society« wird konstituiert durch diejenigen Beziehungen, die sich in den Gesetzen des Tausch- und Mehrerts ausdrücken, durch die Bildung gesellschaftlicher Arbeit, durch die Bildung und Trennung der gesellschaftlichen Klassen und diejenige von privater und öffentlicher Sphäre (16; vgl. insgesamt 16-34, 121ff., 129, 133, 141). Unter dieser Voraussetzung kann »social labor« auch definiert werden als »Labor engaged in commodity exchange and production« (141).

Die »civil society« manifestiert sich in einer historischen Folge verschiedener »sozialer« und »ökonomischer« Formationen (siehe dazu 362 und ff.), nämlich den verschiedenen Gesellschaften der asiatischen Produktionsweise, der knechtischen Produktionsweisen (»servile modes of production«, d.i. die Sklaverei der klassischen Antike und die feudalgelundene Produktion des europäischen Mittelalters) und schließlich der modernen »civil society«, ihren beiden Varianten, der »modern bourgeois« und der »modern socialist civil society« (siehe 16ff., 278ff., 307-334, 362ff., 381ff.).

Die »civil society«, die in all ihren Erscheinungsformen dieselbe, nur eine ist (16, 18, 143f., 204, 279, 302, 30ff. u.ö.) — Seite 331 zufolge unterscheidet sich die Organisation der gesellschaftlichen Produktion der »modern bourgeois« und der »modern socialist periods of civil society« nur quantitativ, nicht qualitativ von der asiatischen und den knechtischen Produktionsweisen —, hat daher auch nur eine einzige, einheitliche Geschichte (a.a.O., ferner 264-274). Wesentlicher Grund: sie wird charakterisiert bzw. konstituiert durch ein und dieselbe Ökonomie, die Krader als »the economy of civil society« (143, 253 u.ö., gelegentlich auch als »the social economy« (272) bezeichnet. Daher kann Krader auch geradezu sagen, die Geschichte der »civil society« sei der Ausdruck des Wertgesetzes in seiner Gesamtheit bzw. die Geschichte der »civil society« und des Staates sei die Geschichte der Mittel der Kontrolle und Regulierung des gesellschaftlichen Werts und des gesellschaftlichen Mehrerts (264f.).

Die Grundzüge der Ökonomie der »civil society«, die Krader in verschiedenen Abschnitten seines Buchs unter verschiedenen Aspekten, aber im wesentlichen immer gleich beschreibt (siehe 16, 18/20, 24/26, Kapitel II passim, 252/286), ergeben sich schon aus der oben zitierten Definition der »civil society«: sie ist eine Ökonomie der Vorherr-

schaft des Warentauschs und der Warenproduktion. Die Arbeitskraft ist zwar nicht durchgängig eine Ware, insbesondere nicht im Zustand der Unfreiheit in den vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen (133, 141, 155f. u.ö.), wird aber im Prozeß der Verallgemeinerung der Tauschbeziehung und des Mehrwerts in der »bourgeois society« in eine Ware verwandelt (154). Das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit dagegen soll von Anfang der »civil society« an Warenform, wenn nicht an sich gehabt, so doch durch den Tausch erhalten haben (154/155: siehe auch 144, 180 u.ö.). Entsprechend soll die Wertform des gesellschaftlichen Gesamt- und speziell des Mehrprodukts für Form und Funktion der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion die ganze Geschichte der »civil society« hindurch bestimmend gewesen sein. Klassenherrschaft hat sich danach in allen Formationen der »civil society« durch Aneignung des Mehrwerts durch die Nichtproduzenten verwirklicht (20, 24/26 u.ö.), die unmittelbaren Produzenten sollen sich durch Austausch ihrer Arbeitskraft gegen Subsistenzmittel reproduziert haben (133, 141, 180f. u.ö.). Charakteristisches Prinzip der Ökonomie der »civil society« ist die tauschbezogene, kommutative Gerechtigkeit; wahrhaft gerecht und erst in einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen ist dagegen die bedürfnisbezogene distributive Gerechtigkeit (Kapitel IV).

In diesen Zusammenhang ordnet sich schließlich der Staat wie folgt ein: Voraussetzung für seine Entstehung sind nach Krader u.a. die Klassenspaltung, die Trennung der öffentlichen von der privaten Sphäre innerhalb des gesellschaftlichen Ganzen, die Trennung der formalen und offiziellen von den informellen Beziehungen, die Entfremdung der Macht des gesellschaftlichen Ganzen von diesem selbst und ihre Konzentration in den Händen der Aneigner des Mehrprodukts (24, 25). Der Staat wird daher u.a. definiert als »the institution in which social power is concentrated, being made formal and public therein« (17; siehe auch 19, 24, 25, 43, 264ff. u.ö.) oder kurz als »zentralisierte Macht« (146 u.ö.). Funktion des Staates ist die Regulierung des »Konflikts über die differenzierte Allokation des gesellschaftlichen Surplus« (247), was im allgemeinen so funktionieren soll: »Der von der Klasse der gesellschaftlichen Arbeit produzierte Überschuss ist der gesellschaftliche Surplus, dessen Ausdruck in der 'civil society' das Gesetz des Mehrwerts ist. Das gesellschaftliche Produkt, das in einen gesellschaftlich notwendigen und in einen gesellschaftlich überschüssigen Teil zerfällt, wird dementsprechend auch verteilt. Der gesellschaftliche Surplus wiederum wird verteilt, und zwar indem er in einen öffentlichen Anteil, der in Form von Steuern der öffentlichen Sphäre zufließt, und in einen privaten Anteil, der während des größten Teils der Geschichte der 'civil society' in Form von Grundrente der privaten Sphäre zufließt, aufgeteilt wird.« (25) Dementsprechend soll der Staat, wenn nicht in concreto, so doch in abstracto wie die »civil society« selbst und ihre Ökonomie ein einziger gewesen sein und immer noch sein; »denn sein Prinzip ist ein und dasselbe, das Prinzip der die Gegensätze der 'civil society' überbrückenden Einheit« (264).

Zusammenfassend stellt sich Kraders Grundposition bezüglich des Verhältnisses von »civil society« und Staat z.B. so dar: »Der Staat als abstrakte Form ändert sich im Verlauf der civil society (sic!) nicht, während die konkreten Staaten in ihren historischen Formen (theokratischer, aristokratischer, demokratischer Staat) variieren. Die abstrakte Form des Staates ist seiner Substanz entgegengesetzt, die abstrakt und konkret zugleich ist und sowohl aus praktischen wie aus theoretischen Verhältnissen in der Gesellschaft besteht ... Die Substanz selbst ist in jenem historischen Verlauf unveränderlich. Die Substanz des Staates besteht aus drei gesellschaftlichen Relationen: dem Gegensatz zwischen den Klassen in der Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Mehrprodukts; dem Gegensatz zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre der Gesellschaft; und der Beziehung zwischen den verschiedenen Klassen und Sphären mit Rücksicht auf die Zwangsgewalt in der Gesellschaft. Der abstrakte Staat ist der Aus-

druck der formalen Auflösung dieser Gegensätze; die Auflösung der Gegensätze selbst stellt die Substanz der civil society dar.« (267)

Der Verfasser behauptet (ich fasse zusammen) die Existenz einer durch die Geschichte der Klassengesellschaften hindurch im wesentlichen gleichbleibenden Formation namens »civil society«, in der die Produzenten in Form der »gesellschaftlichen Arbeit« (sei sie unfrei oder frei) organisiert sind; vorwiegend bis ausschließlich Waren produziert werden, Tauschbeziehungen dominieren; sich die »private« von der »öffentlichen Sphäre« getrennt und die gesellschaftliche Macht in der letzteren konzentriert hat; der Klassenkonflikt um die Allokation des Surplus vom Staat gelöst und dadurch eine über die Klassen spaltung übergreifende Einheit konstituiert wird.

Diese These kann schon aus systematischen Gründen nicht überzeugen: tragende Grundbegriffe sind nahezu oder völlig leer; historisch-gesellschaftliche Belege für die entscheidenden Elemente der Konzeption fehlen, der Verfasser beschränkt sich weitestgehend auf die Wiederholung und Abwandlung seiner Behauptungen. So bleiben die Bedeutung wie der historisch-soziale Bezug so entscheidender Begriffe wie Wert, Tauschwert, Mehrwert und erst recht die des Wertgesetzes und der vom Verfasser sogenannten »Teile« dieses Gesetzes (264f.) unbestimmt. Es sind Nominaldefinitionen auf zu hohem Abstraktionsniveau, die allenfalls einen dichotomischen oder dihäretischen Zusammenhang von Klassifikationsbegriffen bilden, aber kein gesellschaftliches Beziehungs- und Funktionssystem erkennen lassen und schon gar nicht einen Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Produktion, Reproduktion, Aneignung, Ausbeutung und Klassenherrschaft sichtbar machen.

Das gilt in ganz besonderer Weise von den Begriffen der sogenannten Ökonomie der »civil society«: von den unterschiedlichen Aufgaben und dem Zusammenwirken von Produktion, Distribution, Tausch und Konsumtion in verschiedenen Gesellschaftsformationen der von ihm behandelten Perioden hat der Verfasser keine Vorstellung: daß z.B. die durch das Wertgesetz regulierte Distribution der Produktionsmittel in Kapitalform, die darauf basierende Distribution der als freie Lohnarbeiter auftretenden, dem ökonomischen Zwang unterworfenen Arbeiter und die hierdurch wiederum bedingte Distribution der Produkte und die davon abhängige Reproduktion der Arbeitskraft und der Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft, die erweiterte Reproduktion bzw. Akkumulation des Kapitals und aller aus ihr resultierenden Prozesse ein ganz anderes, nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ höher stehendes System der Produktivkraftentwicklung und Ausbeutung darstellt, als etwa das System der Sklavenarbeit — indem z.B. die Distribution der Arbeitskraft u.a. auch und ganz erheblich vom Nachschub aus Beutezügen, Eroberungskriegen, Unterjochung ganzer Erdteile und Völkern abhängt (und hiervon wiederum Entwicklung, Stillstand, Rückgang und schließlich Zerstörung der Produktivkraftentwicklung und Produktion in der römisch-antiken Sklavenhaltergesellschaft), scheint der Verfasser nicht zu sehen. Ebenso wenig sieht er, daß »Tausch« in der kapitalistischen Gesellschaft ein ganzes Konglomerat von Vorgängen, Funktionsabläufen und -zusammenhängen unterschiedlichster Art bezeichnet, die z.B. in der Antike oder im Feudalismus sei es überhaupt nicht existierten, sei es nicht oder nur ausnahmsweise in diesen Formen organisiert bzw. vermittelt wurden. Dazu gehören u.a.: Kombination der lebendigen Arbeitskraft mit den Produktionsmitteln, ebenso deren Trennung; Vermittlung der materiellen Reproduktion der Produzenten, individuell und kollektiv (zur Stellung der Lohnarbeiter als Käufer ihrer Lebensmittel oder als »Zentren des Konsums« gibt es im Verhältnis des Sklaven gar kein und in der ursprünglichen Organisation der feudal-gebundenen Produktion zunächst gar kein, später nur ein beschränkt vergleichbares Pendant); Realisierung des in der Produktion reproduzierten Werts und des neu erzeugten Mehrwerts; damit verbunden: Prozeß des Gestaltwandels des Kapitals (Vollzug des für die Gesamtfunktion unentbehrlichen Um-

wandlungsprozesses von Waren-, Geld- und Produktivkapital in die jeweils anderen Formen); Vermittlung von Kapitalreproduktion und -akkumulation, damit schließlich Vermittlungsebene für die Entwicklung und Vernichtung gesellschaftlicher Produktivkräfte in Kapitalform usw. Hätte er diese Vorgänge und ihren Funktionszusammenhang in der Ökonomie der kapitalistischen Produktionsweise gesehen, so hätte er wohl kaum behaupten können, der Warentausch und seine Gesetze seien z. Zt. des Aristoteles dieselben gewesen wie heute (279). Da er nun aber all dies nicht sieht, sondern sich nur auf die Ebene von »Produktion« und »Tausch« überhaupt bezieht, ist er auch außerstande, auch nur die Beweislast zu sehen, die er für seine Extrapolation der Gesetze der (einfachen oder kapitalistischen) Warenproduktion und des Tauschs auf die Gesamtgeschichte der »civil society«, also als Reproduktionsgesetze aller vorkapitalistischen Klassengesellschaften zu tragen hat.

Es erhellt schon aus dem Gesagten, daß Krader vom Eigentum als Verhältnis der Produzenten zu den Produktionsmitteln als den ihren bzw. als den nicht ihnen gehörigen (Gr. 391 und ff.), damit auch vom Grundverhältnis der Stellung zu den Mitteln der gesellschaftlichen Produktion und Aneignung, dem Mechanismus der Aneignung der Resultate des Produktionsprozesses bzw. der Enteignung der Produzenten, damit auch von (kapitalistischer) Trennung von Produzenten und Produktionsmitteln und daher schließlich von *Freiheit* der Lohnarbeiter keinen präzisen Begriff hat. Daß ihm daher auch ein so entscheidender Vorgang, wie der Umschlag der Aneignungsgesetze, der Zirkulation in Gesetze der kapitalistischen Aneignung (vgl. Marx, Kapital I, MEW 23, 609-614) und damit schließlich die Spezifik der Klassenherrschaft in Kapitalismus im Unterschied etwa zur Feudalität in ihren diversen Formen verborgen bleibt, versteht sich von selbst. Privateigentum ist ihm — wie so vielen Autoren, die sich als historische Materialisten präsentieren — nur eine juristische Form (274 u.ö.), von einem Begreifen der organisierenden Funktion der gesellschaftlich herrschenden Form des Eigentums und speziell des Privateigentums für die Entwicklung der Produktivkräfte in Kapitalform, der Produzentenschaft in Form der Lohnarbeit und der Klassenherrschaft in Formen der Kapitalherrschaft, kann unter diesen Bedingungen bei Krader nicht die Rede sein.

Der Begriff des Staates schließlich ist — von der behaupteten Funktion für die Lösung von Klassenkonflikten bezüglich der Allokation des Mehrprodukts abgesehen — ebenso diffus wie die vorgenannten: »Machtkonzentration«, »Gegensatz von privater und öffentlicher Sphäre«, »Überwölbung« (»overarching«) — all das sind phänomenale oder einfach metaphorische Bestimmungen, bestenfalls Symptome (ihrerseits erklärungsbedürftig), keine die gesellschaftlichen Funktionen des Staates erhellenden Bestimmungen. Warum es zur »Trennung« von »privater« und »öffentlicher Sphäre« oder zur Machtkonzentration in den Händen weniger kommt, welche Aufgabe diese Konzentration im gesellschaftlichen Handlungs- und Reproduktionszusammenhang hat und wie schließlich der Staat zur Fixierung der Klassengegensätze und der Klassenherrschaft, zugleich zu einer die Klassenspaltung »überwölbenden«, der »civil society« auferlegten Einheit kommt (185, vgl. 264), auf diese Fragen gibt es bei Krader keine Antwort.

Was schließlich die einzig konkrete Bestimmung — die behauptete Funktion des Staates für die Lösung des Klassenkonfliktes — anbetrifft, so wagt der Rezensent für die Gesellschaften der asiatischen Produktionsweise kein Urteil; auf antikes und feudales Mittelalter trifft sie ganz sicher nicht zu, auf die kapitalistische Gesellschaft allenfalls bedingt, trifft jedenfalls auch in diesem Falle nicht das Entscheidende. Soweit der Staat in der griechischen Polis oder in Rom überhaupt an der Aneignung des Mehrprodukts beteiligt war — die primäre Aneignung und Distribution geschieht hier wie auch in der feudalen und der kapitalistischen Gesellschaft durch die Privateigentümer der Produktionsmittel —, so hatte er Umverteilungsfunktion höchstens bezüglich verschiedener Gruppen der herrschenden Klasse bzw. der freien Bürger und gerade nicht bezüglich des ent-

scheidenden Konflikts zwischen der aneignenden und der produzierenden Klasse; denn die direkte Einwirkung des Staates auf diesen Konflikt war schon durch die absolute Unterwerfung der Sklaven unter die Gewalt seines Eigentümers, des pater familias, ausgeschlossen. Im feudalen Mittelalter gibt es jahrhundertlang keine Zentralgewalt, entsprechend nicht einmal einen Ansatzpunkt für die behauptete Funktion; wo ein zentraler Staat entsteht (in Frankreich, Spanien, England usw.), da geschieht dies im Zusammenhang sich entwickelnder kapitalistischer Warenproduktion, im Verlauf des Prozesses der allmählichen Zerstörung des feudalen Produktions- und Klassenverhältnisses. Bleibt nunmehr die kapitalistische Gesellschaft — und als Konflikt zwischen den antagonistischen Klassen der Produzenten und Nichtproduzenten kann ein solcher Verteilungskonflikt überhaupt nur unter Voraussetzung der zumindest formalen Freiheit der Produzenten, also unter Voraussetzung der Lohnarbeit, also nur in einer kapitalistischen Gesellschaft auftreten —; systematisch und historisch primär ist diese Regulierungsfunktion des Staates bezüglich des Verteilungskonflikts auch hier nicht. Primär ist vielmehr die Sicherung des Privateigentums bzw. des Nichteigentums an Produktionsmitteln als Grundstruktur der Beziehung von Kapitalisten und produzierenden Lohnarbeitern zueinander und zu den objektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion: Erst und nur die spezifischen, aus diesem besonderen Antagonismus unbeschränkt privater Aneignung resultierenden Widersprüche, machen die Zentralisierung der gesellschaftlichen Gewalt und die Eliminierung außerökonomischer Gewalt aus den Beziehungen der vergesellschafteten Individuen untereinander derart notwendig, daß auch die Mitglieder der herrschenden Klasse selbst diesem zentral organisierten gesellschaftlichen Zwang zum Zweck der Erhaltung und Reproduktion des kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnisses unterworfen werden müssen.

Auch hier also führt das Verfahren der Überabstraktion bzw. der Beschränkung auf bloße Erscheinungsmomente zu begrifflichen und historischen Fehlern: so straff zentralisiert die Staatsgewalt in Gesellschaften der asiatischen Produktionsweise oder in Rom auch gewesen sein mag, in keinem Fall war sie so organisiert, daß die Mitglieder der herrschenden Klasse im Verhältnis freier und gleicher Rechtssubjekte und Privateigentümer demselben gesamtgesellschaftlichen Rechtszwang und in formal gleicher Weise unterworfen waren, wie die ausgebeutete Klasse der Produzenten auch. Dies ist erst und nur ein für die kapitalistischen Gesellschaftsformationen typisches und funktionsnotwendiges Moment; der Verfasser dagegen hat sich verführen lassen, dieses Teilmoment der Phänomenologie kapitalistischer Gesellschaften, das nur bei aller oberflächlichster Betrachtung mit den Erscheinungsformen von Staatlichkeit in vorkapitalistischen Gesellschaften verwechselt werden kann, auf die gesamte Geschichte der Klassengesellschaften zu projizieren. Staat und Gesellschaft des Tut-anch-Amun, des Julius Cäsar, Friedrichs von Staufen und Ronald Reagans sind einfach nicht nach demselben, ja nicht einmal nach miteinander vergleichbaren Struktur-, Reproduktions- und Entwicklungsgesetzen organisiert, sie haben kaum mehr als den abstrakten Namen gemein.

Aus dem eben Gesagten ergibt sich schließlich auch, daß Kraders These einer warenproduzierenden und -tauschenden Ökonomie als Grundstruktur der gesellschaftlichen Reproduktion aus historischen Gründen ebensowenig wie aus systematischen aufrecht zu erhalten ist. Zur Illustration ein weiteres Beispiel: Der allmähliche Zerfall des römischen Reichs führte zunächst zu einer Rückwärtsentwicklung der Produktivkräfte und der Produktion, derart, daß mindestens zwischen dem 6. und dem 8. Jahrhundert von Warenproduktion und Warenhandel in Südwest-, West- und Mitteleuropa nicht mehr gesprochen werden kann; Sklaverei, soweit sie noch vorkam, war einfach kein mögliches Produktionsverhältnis mehr, sie wurde zwangsläufig durch Übergangs- und Frühformen der feudal-gebundenen Produktionsweise (Kolonat, sog. Villenverfassung, Ausbildung der Grundherrschaft) ersetzt (vgl. Kulischer, Allg. Wirtschaftsgeschichte etc. 32-63;

Bloch, M., *Europäischer Feudalismus*, in: *Feudalismus ...*, hrsg. v. L. Kuchenbuch, 1977, 576ff., bes. 584ff.; Hilton, R., *Die Natur mittelalterl. Bauernwirtschaft*, ebd. 481ff., 496-99, 511-518).

Unter diesen Bedingungen kann von Warenform der Produkte, von wertformvermittelter Distribution der Produktionsmittel und Produzenten, der Produktion und Aneignung des Mehrprodukts, von Dominanz der Tauschverhältnisse oder gar von einem Verteilungskonflikte regulierenden Staat zunächst überhaupt nicht die Rede sein. Jahrhundertlang bewegte sich die Produktion kaum über dem Niveau der Subsistenzwirtschaft; aber selbst in den späteren Jahrhunderten des hohen Mittelalters wurde bei wachsendem Mehrprodukt und gesellschaftlichem Reichtum doch immer nur ein Bruchteil der gesellschaftlichen Produktion für den Tausch erzeugt, das agrarische Produkt und Mehrprodukt, das mit Acht- oder Neunzehnteln den Löwenanteil bildete, nahm erst später, regional sehr unterschiedlich und zunächst nur marginal Wertform an. Entscheidend dabei ist: sogar nach Umwandlung der Feudalrente aus der Form der Arbeits- oder Naturalrente in die Geldrente — also unter der Voraussetzung der teilweisen Umwandlung der feudal-agrarischen Produktion in einfache Warenproduktion — blieb das feudale Ausbeutungsverhältnis ein durch außerökonomischen Zwang vermitteltes Verhältnis (vgl. Hilton, *The Transition from Feudalism to Capitalism*, 1976, Einleitung; dt. Übers. 1978). Die Aneignung des Mehrprodukts durch die Nichtproduzenten fand also nicht, wie im Kapitalismus, im Prozeß der Warenproduktion und der Realisierung des in den Waren vergegenständlichten Werts in der Zirkulation statt, die Verteilung des feudalen Mehrprodukts wurde mithin weder durch das Wertgesetz noch — in Ermangelung seiner Existenz — durch einen Verteilungskonflikte vermittelnden Staat geregelt. Und selbst in den entwickeltsten Feudalgesellschaften im Übergang zum Kapitalismus bleibt bis in die späteste Zeit hinein das Gegenteil von dem charakteristisch, was Krader bezüglich der Grundmomente von Staatlichkeit behauptet, nämlich die ungetrennte Einheit der später sogenannten »privaten« und der »öffentlichen« Funktionen der Klassenherrschaft: erst 1789 werden die sog. »droits féodaux« in Frankreich abgeschafft (vgl. Hinrichs, F., *Die Ablösung von Eigentumsrechten ...*, in: *Eigentum und Verfassung*, hrsg. v. H. Vierhaus, 1972, 112ff.; Welkoborsky, *Die Herausbildung des bürgerlichen Eigentumsbegriffs*, in: *Däubler u.a., Eigentum und Recht*, 1976, 30 und ff.) — in Preußen-Deutschland sogar endgültig erst mit der Revolution von 1918 —; bis dahin bildeten die politische und die gesellschaftliche Verfassung eine Einheit, die sog. »Trennung« des Staats von der Gesellschaft wird erst mit dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus vollzogen.

Fazit: Kraders Konstruktion einer die unterschiedlichsten Gesellschaften und Formationen übergreifenden »civil society«, mag zwar aus der Perspektive des Ethnologen plausibel erscheinen (selbst bei Engels finden sich Andeutungen einer solchen Perspektive, allerdings verbunden mit erheblich konkreteren Einsichten in die Reproduktionsweise verschiedener von Engels behandelter Gesellschaften), tatsächlich ist sie eine aus systematischen und historischen Gründen unhaltbare Fiktion. Für das Verständnis keiner einzigen der von Krader behandelten Gesellschaften für sich genommen ist etwas gewonnen, von der theoretischen wie praktischen Kritik der unsrigen ganz abgesehen. Erst recht ist nichts gewonnen für das Verständnis formationsübergreifender Zusammenhänge oder gar der Formationsentwicklung der Klassengesellschaften insgesamt: dazu ignoriert Krader allzu rigoros die historische Erforschung der verschiedenen Gesellschaften im Detail wie auch die Diskussion über Formationen und Formationsentwicklung (vgl. u.a. *Argument*-Sonderband 32). Die Untersuchung der verschiedenen Gesellschaften in concreto und die spezifische Differenz der verschiedenen Formationen werden vernachlässigt, der Gesichtspunkt der Kontinuität der historischen Entwicklung überakzentuiert, an die Stelle der wirklichen Entwicklung tritt die Bewegung der abstrakten, für sich



unbestimmten Momente einer Hyper-Formation namens »civil society« und ihrer »sozialen Ontologie«. Die Geschichtsauffassung nimmt damit unvermeidlicherweise teleologische Züge an, anstelle der wirklichen gesellschaftlichen Entwicklungen treten Bewegungen dieser abstrakten Ontologie als Erklärungsgründe (vgl. 18-20, 24, 26, 37 u.ö.). Musterbeispiel: Die Entstehung der freien Lohnarbeit wird mit der »Verallgemeinerung der Tauschbeziehungen«, statt aus dem Prozeß der sogenannten ursprünglichen Akkumulation, der Enteignung und Trennung der Produzenten von ihrem Besitz bzw. Eigentum an Produktionsmitteln erklärt (154). Angesichts der genannten inhaltlichen und methodischen Mängel drängt sich schließlich die Frage auf, was hier »Dialektik« der »civil society« oder auch der »bürgerlichen Gesellschaft« noch heißen kann. Diejenigen Stellen, an denen sich Krader ausdrücklich mit dieser Frage beschäftigt (vgl. 15, 36, 50f.) geben darüber ebensowenig Auskunft wie seine Theorie der »vergesellschafteten Arbeit« insgesamt. Krader exponiert nicht ein einziges gesellschaftliches Verhältnis, das durch Bestimmungen der Identität, des Sich-von-sich-Unterscheidens und der Aufhebung von Identität und Differenz in einer übergreifenden Einheit oder durch selbsterzeugte und reproduzierte antagonistische Widersprüche oder dergleichen charakterisiert wäre. »Dialektik« ist auch hier, wie so oft, ein Leertitel. — Krader hat seine eigenen Ansprüche nicht nur nicht eingehalten, seine Ausführungen stehen der Einsicht in Funktionsweise gesellschaftlicher Reproduktion und Klassenherrschaft allgemein und im Kapitalismus im besonderen nur im Wege. Vor allem ignoriert er die Quintessenz der materialistischen Geschichtsauffassung, den intimen Zusammenhang von gesellschaftlicher Unfreiheit und Unterdrückung in ihren unterschiedlichsten Erscheinungsformen einerseits und individueller wie kollektiver Reproduktion andererseits. Gesellschaften und Gesellschaftsformationen sind nicht Veranstaltungen für die Organisation der Bewegung von gesellschaftlicher Unfreiheit zu gesellschaftlicher Freiheit, sondern Veranstaltungen zunächst zur Fristung des materiellen Lebens, dann zu dessen immer komplexer, widersprüchlicher, reicher und elender werdenden Reproduktion. Gerade derjenige, der sich theoretisch und praktisch an der Analyse, Kritik und Aufhebung gesellschaftlicher Unfreiheit beteiligen will, hat sich um diesen Zusammenhang zu kümmern. Denn nur dann, wenn begriffen wird, welche spezifischen Formen gesellschaftlicher Unfreiheit unter bestimmten Bedingungen Voraussetzung der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und damit der individuellen wie der gesellschaftlichen Reproduktion sind, ist auch begriffen, daß und warum solche Unfreiheit und Klassenherrschaft entstehen und Bestand haben konnte, nach wie vor Bestand hat und immer erneut reproduziert wird. Wer nur die Phänomene der Unfreiheit oder der formalen Freiheit oder die politischen Formen der Klassenherrschaft, nicht aber die bestimmten Aufgaben analysiert, die diese Formen und Verhältnisse im Prozeß der gesellschaftlichen Aneignung und Reproduktion erfüllen, hat nicht nur keinen Begriff von Unfreiheit, Freiheit, Klassenherrschaft; sondern er hat auch und vor allem nicht einmal den Ansatzpunkt zur Entdeckung und Auflösung derjenigen Probleme, die beim Versuch der Verwirklichung gesellschaftlicher Freiheit zu bewältigen sind. Wer, wie Krader, die revolutionäre Bedeutung und Wirklichkeit kapitalistischer Produktivkraftentwicklung in ihrer Widersprüchlichkeit — und damit den qualitativen Sprung, den die materielle Produktion und gesellschaftliche Entwicklung der Menschen im Kapitalismus im Vergleich zu den vorkapitalistischen Gesellschaften genommen hat —, wer schließlich die freie Lohnarbeit als Quelle aller Wertschöpfung, Selbstverwertung, -bewegung und Akkumulation des Kapitals und damit der Entfesselung der Produktivkräfte, die Beziehung von Lohnarbeit und Kapital als den die Reproduktion dieser Gesellschaft bestimmenden Antagonismus und schließlich als entscheidenden Grund aller Unfreiheit und Ungleichheit in dieser Gesellschaft nicht zu sehen vermag, der versuche seine Leser nicht über den Kapitalismus, seine Kritik und seine Aufhebung zu belehren. Der Rezensent kann dieses Buch nicht empfehlen.

## Über gesellschaftliche Arbeit

### Autoreferat und Erwiderung auf Tuschlings Kritik

#### I

Ich beginne mit einer Darstellung des Beweisgangs des Buches\*:

1. Arbeit ist das Mittel, wodurch die menschliche Gattung sich selbst reproduziert. Die Reproduktion der menschlichen Gattung mittels Arbeit ist ein menschlich-gesellschaftlicher, kein biologischer Vorgang.

2. Durch unsere gesellschaftliche Arbeit befriedigen wir unsere menschlichen Wünsche und unsere physiologischen Bedürfnisse, wodurch die Aufrechterhaltung der physischen, gesellschaftlichen und geistigen Existenz der menschlichen Gattung mit menschlichen Mitteln geleistet wird.

3. Arbeit ist das Mittel, durch das wir die naturalen und menschlichen »Rohstoffe« im Prozeß unserer menschlichen Reproduktion transformieren.

4. Im Verhältnis zwischen menschlicher Gattung und menschlicher Ordnung ist Arbeit keine Konstante, sondern eine Variable. Die Variabilität der Arbeitsbeziehungen ist bestimmt durch ihre gesellschaftliche Organisationsweise.

5. Die Organisation der menschlichen Arbeit ist überall gesellschaftlich, unter archaisch-primitiven menschlichen Lebensbedingungen ist sie jedoch in Form und Substanz auf eine gemeinschaftliche Weise vergesellschaftet. Unter den Bedingungen der Gesellschaft — der zivilen und der bürgerlichen — ist die Arbeitsorganisation zugleich gesellschaftlich und anti-gesellschaftlich. Die gesellschaftlichen Bedingungen existieren im letzteren Fall in Form von Austauschverhältnissen, die anti-gesellschaftlichen Bedingungen sind die der Ausbeutung (beide Begriffe im ökonomischen Sinn des Wortes).

6. Die Organisationsweise der menschlichen Arbeit ist bestimmend für die Periodeneinteilung der Gesellschaftsgeschichte.

Das Buch ist in eine Einleitung und vier Kapitel gegliedert.

Die Einleitung befaßt sich mit den Beziehungen zwischen menschlicher Form und menschlicher Substanz und zwischen Arbeitsform und -substanz. Die Gesellschaftsform wird unterschieden von der Gesellschaftssubstanz. So ist in der klassengeteilten Gesellschaft das Verhältnis zwischen den gesellschaftlichen Klassen die Substanz, deren Form in der klassengeteilten Gesellschaft — die sich im Staat ausdrückt — zivile Gesellschaft, Zivilrecht und Politik sind. Der Staat ist zugleich abstrakt und konkret, allgemein und besonders.

In Kapitel I wird das System der Wünsche und Bedürfnisse, Knechtschaft und Freiheit dargestellt. Freiheit wird aus der menschlichen Ordnung ausgeschlossen, weil wir überall an Natur und Materie gebunden sind durch unsere physischen und physiologischen Bedürfnisse und durch unsere menschlichen Wünsche, die wir durch unsere Arbeit befriedigen, und nur durch sie. Die Freiheit ist in Form und Substanz variabel.

Im Frühstadium der Geschichte der klassengeteilten und zivilen Gesellschaft ist die Arbeit in Form und Substanz unfrei. Im späteren Stadium ist die Arbeit pro forma frei und unfrei in der Substanz. Die substantielle Unfreiheit der Arbeit ist zwiefach: als allgemeine Bedingung von Unfreiheit und als besondere Bedingung der Unfreiheit der Lohnarbeit. Dadurch sind die formalen Freiheitsverhältnisse und die substantiellen Unfreiheitsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt.

In Kapitel II werden Wertsystem und Arbeitstheorie dargelegt. Die Verhältnisse von abstrakter Arbeit und konkreter Arbeit werden unterschieden. Wert wird unterschieden als objektiv und als subjektiv. Der subjektive Wert ist die Form, in der den Faktoren des Willens und der Wahl, des Geschmacks und der Phantasie Ausdruck verliehen wird. Objektiver Wert ist die Form, in der gesellschaftlicher Arbeit Ausdruck verliehen wird. Jeder objektive Wert hat zu seiner Substanz Arbeit in Gesellschaft. Tauschwert ist eine besondere Form des objektiven Werts, wovon ökonomischer Austausch die Substanz ist. Mehrwert ist eine andere besondere Wertform, deren Substanz gesellschaftliche Ausbeutung ist.

Damit schließt der erste, systematische Teil des Buches. Die zweite Hälfte des Buches besteht aus zwei Kapiteln, in der Fragen der menschlichen Geschichte aufgegriffen werden.

\* Krader, Lawrence, A Treatise of Social Labor. Dialectic and Society, Bd.5, Assen 1979.

In Kapitel III wird die Geschichte der zivilen und bürgerlichen Gesellschaft umrissen. Die menschliche Geschichte wird, wie wir gesehen haben, in zwei prinzipielle Stadien geteilt. Das primitive Stadium hat seine Geschichte, es ist nicht stagnant; sein Transformationsprozeß ist langsam. Die Transformation der Geschichte der zivilen und der bürgerlichen Klassengesellschaft verläuft relativ beschleunigter als die vorangehende. Die Geschichte der Klassengesellschaften wird dann in aufeinanderfolgende Perioden ökonomischer Formationen geteilt, die asiatische (auch afrikanische, mediterrane, und in der Neuen Welt die inkaische und mesoamerikanische); die Produktionsweisen mit Sklaven und Leibeigenen und die moderne oder kapitalistische Produktionsweise; Kapital wird definiert durch Produktionsmittel in Warenform. Die Arbeitsbeziehungen und die Übergänge der gesellschaftlichen Organisation, Kombination und Teilung der Arbeit von einer Produktionsweise zur anderen sind die Determinanten der Periodisierung der Humangeschichte.

Kapitel IV befaßt sich mit der Theorie des Rechts und der Gerechtigkeit. Diese Theorie wird, mit aristotelischen Formulierungen, in den zwei großen Teilungen von kommutativem und distributivem Recht und Gerechtigkeit ausgedrückt. Der englische Philosoph Thomas Hobbes interpretierte das Prinzip von kommutativem Recht und Gerechtigkeit als das von Vertrag, Kauf und Verkauf. Kommutatives Recht in Theorie und Praxis ist das Prinzip der zivilen Gesellschaft, des Warentauschs und, in der modernen Periode, der Lohnarbeit. Wir interpretieren diese aristotelischen Prinzipien deshalb im Lichte Hobbes'. Distributive Justiz und Recht sind Aristoteles' Ausdrücke für das Prinzip, wodurch die Gesellschaft zusammengehalten wird. Das ist jedoch nichts Wirkliches, sondern ein Ideal. Es ist das Prinzip des Sozialismus, und es wird von Marx in seiner Bemerkung in der Kritik des Gothaer Programms interpretiert, von: jeder nach seinen Fähigkeiten, zu: jeder nach seinen Bedürfnissen. Das Prinzip distributiver Justiz und distributiven Rechts wird hier im Lichte von Marx' Interpretation dargelegt.

## II

Nun noch einige Richtigstellungen im Detail: Der herabsetzende, aggressive Ton der Rezension steht im evidenten Widerspruch zum Inhalt, da zwei Drittel des Beweismaterials, so das ethnologische wie das der asiatischen Produktionsweise, außerhalb der Fachkenntnisse des Rezensenten fällt. Er behauptet, daß mein Wortgebrauch metaphorisch ist und nennt als Beispiel »overarching«, was dem deutschen »übergreifend« entspricht. Letzteres ist nicht als Metapher verwendet, also ohne Anspielung auf den Vogel Greif. Machtkonzentration und Gegensatz zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre sind konkrete Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft bei Hegel und bei Marx, und nicht metaphorisch gemeint. Augenscheinlich sind auch die Sprachkenntnisse des Rezensenten überlastet. Zu den einzelnen Punkten: Privateigentum ist eine juristische Form bei Marx und bei mir (S.223). Es ist nicht nur das, sondern auch ein mittelbares Produktionsverhältnis (S.248f.). Die Tauschverhältnisse haben ihre Vor- und Frühgeschichte; der Unterschied zwischen Tausch und Tauschwert im Kapitalismus und in der vorkapitalistischen Klassengesellschaft wird auf S.298ff. behandelt; Tausch, Tauschwert, Akkumulation, Verwertung und Investition des Kapitals werden auf S.227f. behandelt, das Verhältnis des Kapitals zur Lohnarbeit auf S.194, weiter auf S.322.

In Bezug auf die Sklaverei in der griechischen und römischen patriarchalen Familie, im Zusammenhang mit der Gestaltung der Klassengesellschaft und der Formation des Staats in der Antike, siehe S.371f. Der objektive Leser wird selbst beurteilen können, ob die Sache überzeugend dargelegt wird.

Allgemeines: Die zivile Gesellschaft wird als Abstraktum und formale Kategorie behandelt; darunter die moderne bürgerliche Gesellschaft als eine konkrete Erscheinungsform derselben, aber nicht als einzige Konkretisierung jener in der Geschichte. Dem Unterschied und Zusammenhang zwischen der Abstraktion und der Konkretion der Gesellschaft entspricht der Unterschied und Zusammenhang zwischen der konkreten und abstrakten Form des Staats, wie es im vom Rezensenten zitierten Passus steht. Die zivile Gesellschaft ist das Bindeglied zwischen den konkreten Gesellschaften und dem konkreten und dem abstrakten Staat. Der Staat als Abstraktum erscheint als Excescence oder Auswuchs der Gesellschaft (Marx, Ethnologische Exzerptheft).

Damit Schluß. Auch wenn ich wie ein Aristoteles argumentieren und wie ein Angelus Silesius singen könnte, würde es nicht zu einem vernünftigen Gespräch mit dem Rezensenten kommen. Gegen die geschlossene Mentalität wächst im Garten kein Kraut — non est medicamen in hortem.

## Das vergessene Bürgertum

### Über eine Unterlassung der Politischen Soziologie\*

#### 1. Politikforschung ohne Subjekt?

Die Ende der 60er Jahre mit großer Intensität einsetzende kritische politiktheoretische Diskussion reagierte wohl auch auf zwei Hauptthesen, welche den Staat als Instrument einer herrschenden Klasse oder Gruppe bzw. den Staatsapparat oder die politische Elite als unmittelbaren Träger und eigentliches Subjekt von Politik gleichermaßen ansahen. Kritisch wurde dagegen vermerkt, daß dabei das Verhältnis von Gesellschaft und Politik, von Staat und Klassenstruktur als äußerliche Beziehung aufgefaßt würde, in der etwa über Personalunion, finanzielle oder organisatorische Verflechtungen der soziale, bürgerliche Charakter von Politik gleichsam im Nachhinein durch Einflüsse von außen konstruiert werden müsse. Dieser These setzte man das Programm einer politik-ökonomischen, ableitungslogischen Rekonstruktion des Klassencharakters des Staates bzw. der Politik entgegen.

Die dann in den 70er Jahren folgende vorwiegend staats- und systemtheoretisch geleitete Diskussion und ihre kritische Weiterentwicklung vor allem im Kontext der Gramsci-Rezeption hat — sieht man von wenigen Autoren ab, wie insbesondere Poulantzas, Hirsch, Altvater und Vertretern der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus — eine bemerkenswerte Eigenart: ihr Konzept von Politik bleibt sozial, erst recht sozialstrukturell eigentümlich blaß. Diese spürbare Indifferenz gegenüber der sozialen Dimension führt dazu, daß (zugespißt formuliert) *Politik*, wie sie hier gezeichnet wird, *ohne gesellschaftliches Subjekt auszukommen scheint*. In ihr klingt die traditionelle Separierung von Politiktheorie einerseits, Sozial- und Klassentheorie andererseits nach. Sie hat es versäumt, der klassischen und zentralen Frage der Politischen Soziologie nach dem bürgerlichen Subjekt der Politik in der bürgerlichen Gesellschaft konsequent nachzugehen, wenn sie diese Frage nicht schon vorweg aus dem Blickfeld verloren hat. Trifft aber die These zu, daß der soziale Bereich eine relativ eigenständige Vermittlerposition zwischen Ökonomie und Politik einnimmt, dann liefert die Soziologie der dort angesiedelten sozialen Kategorien, der Gruppen, Individuen, Schichten und Klassen einen Schlüssel, der uns den Zugang zum Verständnis der sozialen Funktion des politischen Systems öffnet. Eine Soziologie dieses bürgerlich-gesellschaftlichen Subjekts darf dabei natürlich weder metaphysisch noch soziologistisch, sondern muß differenziert und konkret gedacht werden. Sie ist dialektisch zu verorten in einer dreifachen Beziehung, die Adorno in seinen »Reflexionen zur Klassentheorie« 1942 mit der Formel umschrieb, »die herrschende Klasse wird nicht nur vom System beherrscht, sie herrscht durchs System und beherrscht es schließlich selber.«<sup>1</sup>

Mir erscheint ein solches Erinnern an die Bedeutung einer Soziologie des gesellschaftlichen Subjekts der bürgerlichen Gesellschaft für eine Analyse von Politik um so wesentlicher, als auch die kritisch-resümierenden Selbstreflexionen der Politischen Soziologie es weitgehend versäumt haben, den Traditionsbestand an politiksoziologischer Analyse des Subjekts politischer Verhältnisse zu sichten und darüber nachzudenken, welche Voraussetzungen die Soziologie bereitstellt, um die Frage nach dem gesellschaftlichen Sub-

\* Vortrag, gehalten am 20.10.1981 an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg

jekt — und das heißt hier konkret: nach der bürgerlichen als der herrschenden Klasse — zu stellen und womöglich zu beantworten. Dieses Versäumnis ist eine Ursache der beträchtlichen Defizite der marxistischen Politikforschung auf diesem Gebiet gewesen. Wenn die Bereitschaft, eine ökonomistische Reduktion des Subjektverständnisses zu kritisieren, in ein Politikverständnis hinübertreibt, das ohne herrschendes, soziologisch identifizierbares Subjekt auskommt, dann hängt dies mit der generellen Vernachlässigung dieses Gegenstandes zusammen, der zwar in seiner Allgemeinheit, in seinen Wirkungen, Verhältnissen, nicht aber in seiner Besonderheit thematisiert wird. Dies gilt auch für die marxistische Sozialstrukturforschung und Klassenanalyse, die sich seit Ende der 60er Jahre auf die Arbeiterklasse, die Intelligenz und soziale Sondergruppen konzentriert und darüber die bürgerliche Klasse geradezu vergessen hat.<sup>2</sup>

Wenn im folgenden nach den fachsoziologischen Voraussetzungen einer Soziologie des Subjekts politischer Verhältnisse gefragt werden soll, wie sie außerhalb der marxistischen Wissenschaftstradition erarbeitet wurden, dann zeigt sich ein ganz außerordentliches Faktum: *es gibt keine Soziologie des Bürgertums mehr.*

## 2. Soziologie und Bürgertum

Alfred Meusel beginnt seinen brillanten Artikel über das »Bürgertum« im Vierkant'schen Wörterbuch der Soziologie von 1931 mit der »Feststellung eines eigentümlichen Zwiespalts«: einerseits nämlich werde das Attribut »bürgerlich« ziemlich verschwenderisch bei der Kennzeichnung bestimmter wirtschaftlicher, politischer, geistiger, künstlerischer Gehalte angewandt; andererseits habe das Bürgertum in der wissenschaftlichen Literatur bei weitem nicht dieselbe Beachtung wie das Proletariat gefunden. »Das hat zur Folge«, fährt Meusel fort, »daß wir, wenn hier vom Bürgertum geredet werden soll, der Gefahr ausgesetzt sind, von etwas zu handeln, was eigentlich überall und nirgends ist.« Wenn im »Handbuch der Politik« Loebell »alle deutschen Volksgenossen«, die »im Kampf mit dem Marxismus« stehen, zum Bürgertum rechnet, Sulzbach dagegen im »Archiv für Sozialwissenschaften« 1930 die Bourgeoisie »ein Unikum« nennt, dessen Existenz »einzigartig schattenhaft« sei, so bezeichnen sie das Spannungsverhältnis, innerhalb dessen in den Worten Meusels »die soziologische Defensive des Bürgertums heute möglich ist: der eine läßt es als eine außerordentlich umfassende Gesinnungsgemeinschaft bestehen ..., bei dem anderen führt die Auffassung vom chimärischen Charakter der Bourgeoisie zu der Konsequenz, daß der auf die Überwindung der von der Bourgeoisie beherrschten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gerichtete Kampf des Proletariats den Charakter der Aussichtslosigkeit aufgeprägt bekommt: denn gegen Nichts kann man nicht kämpfen.«

Meusel resümiert, daß »eine der wirksamsten Verteidigungswaffen des Bürgertums in der Mimikry besteht, d.h. in der Behauptung, daß das Bürgertum eigentlich nicht da sei.«<sup>3</sup>

Solche spontane und bewußte Mimikry als Moment soziologischer Defensive des Bürgertums markiert einen tiefgreifenden Wandel in der gesellschaftswissenschaftlichen Selbst-Reflexion der bürgerlichen Klasse. Denn in der frühen, bürgerlichen Gesellschaftslehre und in der klassischen politischen Ökonomie und Geschichtsschreibung bildeten ökonomische Strukturanalyse, historische Prozeßbeschreibung und Theorie gesellschaftlicher Klassen zunehmend eine unproblematische Einheit und der Konnex von Bürgertum und Herrschaft eine selbstverständliche Voraussetzung. Und wenn die in

Frankreich entstehende Fachsoziologie antritt, den Widerspruch zwischen dem sich entwickelnden Industriekapitalismus und der aristokratischen politischen Restauration durch die Etablierung eines neuen politischen Diskurses zu lösen, der die Anpassung der restaurierten politischen Ordnung an die soziale Realität industrie-kapitalistischer Evolution fordert, dann behauptet diese neue Wissenschaft von der Gesellschaft keineswegs, daß das Bürgertum »eigentlich nicht da sei«, vielmehr wird hier (etwa bei Saint Simon) die herrschende Klasse als nützlich-produktive, materiell determinierte bürgerliche Mehrheit konzipiert und legitimiert. Sein Lob des Industriebürgertums zeigt den Glauben der frühen Soziologie, daß Gesellschaft und Politik eher kooperativ-harmonisch als antagonistisch zu verstehen seien, und die Sicherheit, daß dieses Bürgertum berufen und imstande ist, die »soziale Frage« (oder, man denke an die frühe amerikanische Soziologie, die »social problems«) zu lösen. So entsteht die Soziologie zwar als nachrevolutionäre Wissenschaft, die nicht zu den Ideen von 1789, zur Aufklärung und zum Zeitalter der Vernunft gehört — doch sie reflektiert in der Phase der Restauration noch das antifeudale, evolutionäre Selbstbewußtsein des aufsteigenden Bürgertums und seinen selbstverständlichen Anspruch auf ungeteilte politische Macht.

Doch die ersten Soziologen täuschen sich in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und Politik. Ihre Hoffnung auf Harmonie und industriell-soziale Reife zerfällt. Die Welt der Industrie kann nicht mehr als Einheit gesehen werden und zerbricht im Zeichen des imperialistisch werdenden Kapitalismus. Die soziale Frage erscheint zunehmend unlösbar. Soziologische Theorie und die Soziologie des politischen Subjekts werden (partiell) jetzt erstmals explizite Gesellschaftstheorie der Minderheitenherrschaft und Unterdrückung, eine Tendenz, für die Gumpowicz, Mosca, Pareto und Michels als paradigmatische Gruppe stehen<sup>4</sup>, die im Kontext der Fachsoziologie den Diskurs über Politik unter nunmehr imperialistischen Bedingungen in Form der Elitetheorie reformulieren, in welcher die Bourgeoisie als Klassensubjekt zurücktritt.

Im bürgerlichen sozialwissenschaftlichen Denken setzt damit mit Macht jener Jahrzehnte übergreifende doppelte Prozeß ein, der die Soziologie der Politik und ihres Subjekts bis zum heutigen Tag kennzeichnet:

1. die Auflösung des bis dahin weithin unproblematischen Konnexes von Bürgertum und Herrschaft. Soziologie hört auf, die bürgerliche Klasse als Träger oder Subjekt von Herrschaft zu begreifen oder zu benennen.
2. die Auflösung des Bürgertums als Realobjekt oder sinnvolle soziologische Kategorie selbst.

Dieses zweite, weitreichende Merkmal soziologischen Denkens, auf das ich mich hier beschränken will, zeigt sich sicherlich zunächst und vom Ergebnis her gesehen im oftmals vermerkten und kritisierten verbreiteten Formalismus politikwissenschaftlicher Analyse, von der hier nicht die Rede sein soll.

Denn vorweg ist ja der einfache, gleichwohl weithin unbemerkte Fakt festzuhalten, daß unsere Soziologie vom Leben und Treiben des Kapital, Boden und Macht besitzenden Bürgertums herzlich wenig zu berichten weiß. Die »Encyclopaedia of the Social Sciences« von 1930 kannte noch die Stichworte »Klasse«, kannte Klassenbewußtsein und Klassenkampf, die Ausgabe von 1968 kennt keine Bourgeoisie mehr.<sup>5</sup> In vielen Wörterbüchern der Soziologie der 50er und 60er Jahre — etwa König's Lexikon von 1958 — wird man kein Stichwort »Bürgertum« finden, schon gar nicht ein Stichwort »Bourgeoisie«. In rund zwei Dutzend von mir daraufhin überprüften »Einführungen«

in die Soziologie aus den letzten anderthalb Jahrzehnten, die wohl Hunderttausenden »Bürgern« unserer Gesellschaft soziologisches Wissen vermittelt haben, kommen die Begriffe fast, die Sache selbst überhaupt nicht vor. Die moderne soziologische Ideologie hebt hervor, daß der Begriff »Bürgertum« aus »dem Vokabular der Soziologie weithin verschwunden« sei.<sup>6</sup> Da das Bürgertum »immer undefinierbarer geworden« sei<sup>7</sup>, müsse der Begriff »unbrauchbar«<sup>8</sup> genannt werden, so daß sich sein Gebrauch »heute nicht mehr empfiehlt«.<sup>9</sup> Oder blicken wir abschließend auf den immerhin über 930 Gramm schweren Protokollband des 19. Deutschen Soziologentages in Westberlin 1979, der sich ja bekanntlich mit dem »Sozialen Wandel in Westeuropa« befaßte. Hier vermeidet schon Reinhard Bendix in seinem Eingangsreferat sorgfältig jeden Hinweis auf Klassen aller Art und sozialen Wandel, der mit ihnen zusammenhängen könnte, ausgenommen seine einmalige Erwähnung eines Gebildes, von dem nach seiner Ansicht einst Karl Marx im dritten Band des »Kapital« gesprochen haben soll — der 'Unternehmerklasse' —, ein Gebilde, dem allerdings nach Bendix' auf dem Fuß folgender Einlassung, falls es überhaupt jemals entstanden sein sollte, mit Sicherheit kein langes Leben beschieden war.<sup>10</sup> Das »Bürgertum in Westeuropa« war für die versammelte deutsche Soziologie nicht etwa tabu. — Es kam einfach nicht vor.

Ein solches Ungleichgewicht in der Präferenzstruktur soziologischer Aufmerksamkeit ist kein Zufall. Sicherlich hat es auch etwas zu tun mit Lebenssituation und Berufsperspektiven von Soziologen als Gruppe der gesellschaftswissenschaftlichen Intelligenz. Für sie sind die Mittelschichten das gleichsam natürliche Feld soziologischer Analyse. Und natürlich setzt die Struktur politischer und ökonomischer Macht der Freiheit der Wahl soziologischer Gegenstände nachhaltige Grenzen. Auch soziologische Öffentlichkeit ist einseitig, von oben nach unten gerichtet und ihr Methodeninstrumentarium bricht sich, wenn es um jene geht, die sich verbergen können. Eine Einkommensstatistik der »happy few« fehlt ebenso, wie eine Primärerfassung der Unternehmerprofite und eine ausreichend umfassende Eigentums- und Kapitalstatistik. Die Sozialstatistik selbst bietet noch in neuester Zeit ähnliche Probleme. Wir wissen etwa, daß die Zählung von 1970 alles unterließ, was Ansätze einer quantitativen Konturierung unseres Bürgertums erlaubt hätte, dagegen aber ebenso aufwendig wie scharfäugig die interessante Menge »ambulanter Händler« mit 0,02% präzise erfaßte. Oder wir wissen auch, daß die Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1971 sehr unbefangen unter der Kategorie »Rentner/Pensionäre« auch die »von Eigentum lebenden Personen« subsumierte und damit zweifellos beträchtlichen Mut zur statistischen Einebnung riesiger ökonomisch-sozialer Unterschiede bewies. Trotz wichtiger selektiver Präzisierung gilt im Prinzip weiter, daß insgesamt der »großen« Sozialstatistik die Bourgeoisie oder Elite, wie Helge Pross 1958 sagte, »eine geheimnisvolle Unbekannte«<sup>11</sup> oder — besser — wie Meusel sagte, ein »Nichts« ist. Ihre Mitglieder treten dem Soziologen gleichsam unverdächtig als Hausfrauen oder Rentner, Selbständige oder Angestellte gegenüber. Daher überrascht auch kaum, daß die Schätzungen des Umfangs dieser Gruppe, die in den letzten Jahrzehnten aus der Soziologenzunft zu hören waren, um einige hundert Prozent differieren.<sup>12</sup>

Solche kaum überwindbaren Stolpersteine auf dem Pfad der Empirie sind nun freilich nicht Ursache, sondern Folge objektiv existierender und auch zunehmender Erfassungsprobleme. Diese Situation ist aber auch entscheidend der kaum geminderten Wirksamkeit des paradigmatischen Traditionsbestandes einer soziologischen Konzeption geschuldet, die vom gründlichen *Zerfall* der bürgerlichen Klasse ausgeht (wenn sie nicht deren

Existenz überhaupt in Zweifel zieht und das betreibt, was Adorno 1942 die »verlogene Leugnung der Klassen«<sup>13</sup> genannt hat). Dieses Paradigma hat eine *eliten-* und eine *schichtungstheoretische* Kontinuitätslinie.

### 3. Soziologie der Eliten

Die Soziologie der von Burnham machiavellistisch geheißenen klassischen Elitetheoretiker kontrastiert die Macht der Eliten mit der Ohnmacht der Massen. An die Stelle der Mehrheit des Wirtschaftsbürgertums tritt die Herrschaft der Minderheit und der einfach-ewige Dualismus zwischen Elite und ihrem Objekt, den Massen. Der Evolutionismus und Determinismus des aufsteigenden Bürgertums wandelt sich nun in elitistischen Voluntarismus. »In allen Gesellschaften«, so Mosca, »gibt es zwei Klassen, eine, die herrscht, und eine, die beherrscht wird.«<sup>14</sup> Dieser »Realismus« der Elitetheoretiker wendet sich gegen die Ideen harmonischer Evolution und des Fortschritts. In der Formel vom Kreislauf der Eliten wird gesellschaftliche Entwicklung auf die »Zirkulation der Eliten« reduziert und damit stillgelegt. Aus der Geschichte der Klassenkämpfe und ihrer Perspektive der Klassenlosigkeit wird die Geschichte der dauernden Minderheitenherrschaft der Eliten, aus deren ewiger Zirkulation es kein Entrinnen gibt. Der Marxismus soll so seiner eigentlichen Pointe beraubt werden, indem Gesellschaft als klassenlos und dennoch sich selbst entfremdet gedacht wird.<sup>15</sup>

An die Stelle der Bourgeoisie treten nun die »politische Klasse« und die »regierende Elite«. Sie sind *unmittelbarer Träger* und *gesellschaftliches Subjekt* politischer Macht gleichermaßen. Die Dimension des *Klassen*subjekts geht durch eine solche Reduktion auf soziale Gruppen verloren. Dieser Verlust gibt sich — positiv gewendet — freilich als Gewinn an Differenziertheit. Machtträger, -mittel und -grundlagen werden ausdifferenziert. Politische Macht, an die sich von nun an der Elitebegriff knüpft, wird jetzt von ihrer sozial-ökonomischen Vermittlung losgelöst, die sich ja über den Struktur-, Entwicklungs- und Funktionszusammenhang sozialer Klassen herstellt, von denen das Elitekonzept nichts mehr wissen will. Macht ist jetzt in sich selbst begründet. Es beginnt die »Politisierung« des Subjektproblems, die zunächst mit dem Gedanken der vielfältigen oder wechselnden Verursachungen sozialer Differenzierung gesellschaftlicher Subjekte die Relativierung des sozialökonomischen Determinationszusammenhangs betreibt, bevor sie — etwa bei Max Weber — in der Formel von der konstitutiven Rolle der politischen Macht gegenüber der sozialen Struktur ihren Abschluß findet.

In diesem elitensoziologischen Diskurs über Politik gelangt die Soziologie, die in Deutschland die arbeitenden Klassen als »classes dangereuses« ansah und von der Arbeiterbewegung nur wenig wissen wollte, auf die Höhe der Zeit des Imperialismus. Wenn die Soziologie nun vom Antisozialismus zum antiparlamentarischen Elitarismus übergeht, dann reflektiert sie die Krise des bürgerlichen Modells politischer Integration angesichts allgemeinen Wahlrechts und wachsender, auch parlamentarischer Stärke der Arbeiterbewegung.<sup>16</sup> Die bürgerliche Handlungsautonomie soll durch Elitismus gesichert werden. Die klassische Elitensoziologie reflektiert aber zugleich auch die aufbrechenden Probleme innerhalb der herrschenden Klassen selbst, wenn sie sich auf die innere Struktur und Reproduktion bürgerlicher Eliten konzentriert: die Konflikte zwischen Industrie- und Agrarbourgeoisie, alten und neuen Industrien, monopolistischem und nicht-monopolistischem Bürgertum. Die Soziologie reagierte somit auf »äußere« wie »innere« Problemlagen, die von Dauer sind und in der Geschichte der Elitensoziologie immer



wieder aufschimmern. Zumindest vier Einschnitte sind in dieser noch ungeschriebenen Geschichte der Soziologie der Eliten hervorzuheben, die nun sozusagen an die Stelle des Bürgertums getreten sind.<sup>17</sup>

1. Die nachklassische, präfaschistische Phase zwischen den Kriegen, als erstmals die empirische Elitenforschung einsetzt (Analyse der Wirtschaftselite und lokaler Elitesysteme Amerikas Anfang der 30er und politischer Führungsgruppen in Deutschland schon Anfang der 20er Jahre) und in der etwa die Theorien Paretos, aber auch Moscas Eingang finden in die »große« Theorie des soziologischen Funktionalismus, die in den 30er Jahren entsteht. Man denke an das berühmte Pareto-Seminar in Harvard 1932/33.<sup>18</sup>

2. Die bislang noch nicht untersuchte Phase der Revitalisierung, Apotheose und Adaption der machiavellistischen Elitetheorien in der politischen Soziologie des Faschismus, die auf die Durchsetzung und Ausgestaltung des faschistischen Führerprinzips abzielte.

3. Trotz der Diskreditierung des Elitebegriffs erteilt die deutsche Soziologie nach der Niederlage des Faschismus 1945 dem Klassenbegriff und der Kategorie »bürgerliche Klasse« eine Absage. Das Verdikt, wonach die marxistische Klassenlehre als vorwissenschaftlich und veraltet erscheine, steht auch für die soziologische Charakterisierung des Faschismus und gesellschaftlichen Subjekts der Restauration. Folgerichtig ist die Schule um Otto Stammer nach 1945 bestrebt, den Elitebegriff zu »entnazifizieren« und als wertfreie Kategorie der Soziologie einzuführen. Solche Akzeptanz wird in kurzer Frist einerseits erreicht durch die Unterscheidung zwischen Wert- und Funktionseleite, die auf die Rezeption des soziologischen Funktionalismus zurückgeht, und andererseits durch die Einbindung des Konzepts der Funktionseleite — der Eliten als notwendigen Exekutoren notwendiger Systemfunktionen — in die Totalitarismustheorie, welche die plurale und offene Elitenstruktur der bundesdeutschen Gesellschaft den uniformen, monolithischen und geschlossenen Eliten totalitärer faschistischer und kommunistischer Systeme gegenüberstellt.<sup>19</sup>

4. Der Übergang von der totalitarismus- also politiktheoretischen zur gesellschaftstheoretischen Einordnung des Konzepts der Funktionseleiten im Kontext der Theorien der Modernisierung und Industriegesellschaft ist in der Elitensoziologie bis Mitte der 60er Jahre beendet. Er wurde — auch in kritischer Stoßrichtung gegen die versteinerten Elitestructuren der Adenauer-Gesellschaft — theoretisch vorangetrieben vor allem von Dahrendorf, Dreitzel, Haman und Jaeggi, empirisch umgesetzt in den Tübinger und Mannheimer Analysen deutscher Eliten von Zapf, Wildenmann, Kaltefleiter und in einer Reihe von Folgestudien, teils in Abgrenzung von, teils in Übereinstimmung mit den besonders in den USA entwickelten elitistischen Demokratietheorien.<sup>20</sup>

In diesem theoretischen Rahmen soll die klassische Konfrontation zwischen Elite und Klasse historisierend entschärft werden: die Entfaltung der modernen Industriegesellschaft gehe einher mit dem Zerfall der bürgerlichen Klasse, an deren Platz eine im einzelnen dann sehr unterschiedlich charakterisierte Konfiguration sozialer Gruppen tritt.<sup>21</sup> Über die zeitliche Einordnung dieses Zerfallsprozesses besteht dabei ebensowenig Konsens<sup>22</sup> wie über die Faktoren, die ihn verursachen. Erst recht ist eine spürbare Unsicherheit bei der Definition der die »Klasse« ablösenden »Elite« oder Elitenkombination festzuhalten. Spätestens seit Zapf werden in der Elitensoziologie der BRD Eliten als Führungsgruppen charakterisiert, die imstande seien, Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Tragweite zu treffen. Was die Besonderheit von »Führung« als Typus politi-

schen Handelns ist, wie er mit »Entscheidungen« zusammenhängt und auf welche Weise gesamtgesellschaftliche Wirkungen des Entscheidungshandelns konkret ausfindig gemacht werden können, bleibt in aller Regel offen.

Gerade gegenüber der angloamerikanischen und französischen Elitensoziologie ist aber ein anderer Sachverhalt viel entscheidender. Die Elitensoziologie in diesem Kontext erteilt jeglicher Andeutung eines Klassensubjekts eine auffällige Absage. Sie hat nicht nur Zweifel daran, »ob diese Gruppe ein eigenes kollektives Sonderbewußtsein« ausgebildet hat<sup>23</sup>; sie sieht vielmehr in der BRD weder eine herrschende Klasse noch eine nationale Elite, auch keine plurale Elite, sondern bestenfalls eine tendenziell unbegrenzte Pluralität sektoraler Eliten, eher aber noch weniger: eine bloß statistische Menge atomisierter, je individueller und unverbundener Funktionsträger. 1941/42 hat Beth im »American Journal of Sociology« diese extreme Version der Elitensoziologie bereits formuliert: »In describing the élite«, heißt es da, »one must stress its statistical character ... The élite is not a 'class', it is not even a 'group'.« 1965 charakterisiert Dahrendorf die Elite der BRD fast gleichlautend: »Sie sind eben keine reale Gruppe, Schicht oder Klasse, sondern eine bloße Kategorie, eine abstrakte Elite.« 1979 endlich hebt in nahezu denselben Worten Lepsius hervor, in der BRD seien Besitz-, Erwerbs- und Versorgungsklassen »als solche noch keine sozialen Einheiten, d.h. Gebilde gleicher Verhaltensweisen, spezifischer Interaktionsdichte oder ähnlicher Wertorientierungen.«<sup>24</sup>

Die soziologische Ausdünnung und Abstraktifizierung des gesellschaftlichen Subjekts zu einem »Nichts« (Meusel), zu einer Erscheinung der Schattenwelt ist offensichtlich und es verdient festgehalten zu werden, mit welcher Kontinuität und Nachdrücklichkeit diese extreme Version der »soziologischen Defensive« (Meusel) in der Nachkriegssoziologie der BRD betrieben worden ist. Sie ist unzweifelhaft die mit den Mitteln der Elitensoziologie »begründete« Kehrseite des von der Soziologie bis zur Mitte der 60er Jahre nahezu uneingeschränkt propagierten Gesellschaftsbildes eines Wirtschaftswunderlandes ohne Klassen.

Sicherlich konzidiert Elitensoziologie jenseits dieser extremen Version zuweilen und auch zunehmend, daß der soziale Charakter der Eliten und ihrer Kombinationen zu ermitteln seien. Doch dieser ergibt sich immer noch in erster Linie aus der Natur der gruppeninternen Verhältnisse (Interaktionsstrukturen- und häufigkeiten, Kommunikationsmuster, Mobilitätsprozesse, Zirkulationsbeziehungen, Bewußtsein).<sup>25</sup> Dahrendorf begründet zum Beispiel seine These von der Abstraktheit der Elite unter anderem damit, daß die Gattinnen der Herren aus den einzelnen sektoralen Eliten der Gesellschaft bei einem — darum hypothetischen — Damentee nicht wüßten, worüber sie sich unterhalten sollten. Der Charakter der Eliten ergibt sich nicht aus den (objektiven) gesellschaftlichen Verhältnissen, die sie im Prozeß der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion untereinander eingehen und welche auch den Zusammenhang der funktionell ausdifferenzierten Bereiche determinieren, als deren Vertreter sie gelten; für die gängige elitensoziologische Reduktion gelten Mobilität und Interaktion nicht als Indiz, sondern als Konstituens sozialer Gruppen allein. Im pseudokonkreten Beziehungsmuster sozialer Interaktionen zwischen und innerhalb von Eliten verflüchtigen sich überpersonelle Zusammenhänge. Dies gilt cum grano salis auch für neuere Analysen politischer Eliten auf zentralstaatlicher und kommunaler Ebene, die in den 70er Jahren publiziert wurden.<sup>26</sup>

Die Absage der Elitensoziologie an die Konzeption eines gesellschaftlichen Subjekts hängt auch mit ihrer widersprüchlichen Stellung innerhalb der Sozialstrukturforschung

zusammen. Da sie sich weitgehend vom Mainstream der Sozialstrukturforschung separiert entwickelt, findet sich auch keine ausgearbeitete Vorstellung von der Struktur der Gesellschaft, in der die Eliten ihren Platz hätten. Wie sie ihren Gegenstand apart faßt, so sondert sie sich auch von der Erforschung der sozialen Struktur insgesamt ab. Elitensoziologie ist (vor allem in der Mannheimer Schule) immer noch eine Soziologie von oben, der Gesellschaftsstruktur als abhängige Variable und Manipulationsobjekt von Eliten gilt.<sup>27</sup> Andererseits koppelt sie sich an solche Konzeptionen *sozialer Schichtung* an, die ihr zur Abstützung der Annahme epochaler industriegesellschaftlicher Elitendifferenzierung probat scheinen.

#### 4. Soziologie der Oberschicht

Dieses schichtungstheoretische Paradigma des Zerfalls, der Dekomposition und Auflösung der einstigen, auch kohärenten Merkmalskristallisationen von Macht, Reichtum, Bildung und Privileg bei einer einzigen, eben der bürgerlichen Klasse, dominiert in der Sozialstrukturforschung der BRD. »Zerfall« — das heißt selten, wie eben nur scheinbar offensiv bei Bracher 1978 »Verallgemeinerung des Bürgerlichen«.<sup>28</sup> Es heißt in aller Regel: Auflösung des Bürgertums als sozialer Kategorie, Verschwinden der sozialen Klasse Bourgeoisie. Während ein Werner Sombart noch bis in die 20er Jahre den Großindustriellen als den »Mann mit der schweren, klirrenden Rüstung«<sup>29</sup> feierte und dessen Gewinnstreben als »frisches Draufgängertum«<sup>30</sup> empfand, er eine Geistesgeschichte des Bourgeois publizierte und eine detaillierte Sozialstatistik der Bourgeoisie Deutschlands erarbeitete, während noch Theodor Geiger in seiner »Sozialen Schichtung des deutschen Volkes« ein umfangreiches sozialstatistisches Profil der »kapitalistischen Schicht« der Weimarer Republik zeichnete, da waren für Max Weber, der sich ja selbst einen »klassenbewußten Bourgeois« nannte, die Hauptagenten der kapitalistischen Kultur schon nicht mehr die großen und kühnen Industriellen und Finanziere, sondern die mittleren, kalkulierenden Unternehmer, und da ließ schließlich ein Schumpeter in seinem Aufsatz »Das soziale Antlitz des deutschen Reiches« den Platz an der Spitze der Gesellschaftspyramide leer.<sup>31</sup> Der Umschwung in der strukturanalytischen Behandlung des Bürgertums — seine Flucht in die Mimikry auf dem Felde der Soziologie — ist keine Sache der Nachkriegsperiode.

In dieser Zeit der 50er und frühen 60er Jahre waren es in der Soziologie der Bundesrepublik vor allem drei Konzepte, welche die soziologische Ideologie vom Verschwinden des Bürgertums abstützten. Anfänglich die von Burnham eklektizistisch popularisierte These vom Ersatz der Kapitalistenklasse in einer »Revolution der Manager« durch das Management, die Bürokratie oder die Experten. Vor allem Geiger und Schelsky führten 1949/50 diese These in die Fachsoziologie ein.<sup>32</sup> Dann natürlich Schelskys die 50er Jahre beherrschende These von der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«, die von der Deklassierung und Verelendung ehemals bürgerlicher Schichten aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum ausgeht und die Behauptung von der »Entbürgerlichung«, der »Angleichung des ehemaligen 'Bürgertums' an die Sozialverhaltensweisen des Arbeitertums«<sup>33</sup> zur These von der »Entschichtung« der Gesellschaft radikalisiert, in welcher dem Bürgertum bestenfalls Erinnerungswert zukommt.<sup>34</sup>

Endlich die zahlreichen Konzeptionen hierarchischer Schichtung der deutschen Gesellschaft der Janowitz, Scheuch, Moore/Kleining, Dahrendorf, Fürstenberg, Claessens oder Bolte. Sie alle vermerken beiläufig die Existenz einer »Oberschicht«, deren Umfang

sie auf 0,5% bis 2,5% ansetzen, ohne daß sie freilich eine nähere Analyse dieser Schicht betreiben würden.<sup>35</sup> Entsprechend der Evolution der Schichtungstheorien läßt sich die Herausbildung und Entwicklung dieses Verständnisses der Spitze unserer Gesellschaft als »Oberschicht« in drei Phasen periodisieren.

In einer ersten Phase findet sich eine Rezeption der auf dem Boden der Gemeinsoziologie entstandenen Studien Warners aus den 30er und 40er Jahren, in denen auf die Selbst- und Fremdeinschätzungen bzw. die Bewertung des Prestiges von Berufen abgestellt wurde, die zu einer Schichtungsskala bzw. -ordnung gebündelt wurden. Dabei kommt es meist zum Bild einer dreistufigen Gesellschaftsschichtung und zu manch denkwürdigen Aussagen über die uns hier interessierende Gruppe.<sup>36</sup>

In einer zweiten Phase wird diese Vorgehensweise etwa bei Dahrendorf, Scheuch oder Kleining/Moore zu komplexeren Schichtungsskalen-Ansätzen ausgeweitet, die sich polemisch gegen »Ein-Faktor-Theorien« wenden, die mit eindimensionalen Prestige- oder Einkommensskalen arbeiteten. Die Oberschichten erscheinen hier (etwa bei Kleining) oftmals geradezu als Sammelsurium aus der Regenbogenpresse. Bei Dahrendorf bürgert sich dann der Versuch ein, die Konzepte der Funktionseleiten, der Oberschichten und der sozialen Klassen (die bei ihm über die Herrschaftsdimension definiert werden) zu kombinieren; für die Kennzeichnung der »Herrschenden« lehnt er freilich die Verwendung des Klassenbegriffs ab. In diesen Konzepten fällt die Bourgeoisie durch das lässig geknüpft Netz soziologischer Kategorienbildung und landet als periphere »Randgruppe« oder sozialstatistische Restgröße ohne Signifikanz bestenfalls im Steinbruch der »oberen Mittelschicht«, einem jener zahllosen sorgfältig zurechtgezimmerten soziologischen Konstrukte, das die Sozialstrukturforschung unseres Landes als Versteck für unser Bürgertum bereithält: »Der sehr kleine Anteil der Personen (weniger als 1%), die man als Oberschicht hätte bezeichnen können, ist der oberen Mittelklasse zugerechnet worden.«<sup>37</sup> In den Schichtungstheorien wird die »Oberschicht« entweder vollkommen peripherisiert<sup>38</sup> oder gänzlich zum Verschwinden gebracht, indem man sie unter andere Kategorien subsumiert.

Anders wird dies in einer dritten Phase, die Mitte der 60er Jahre einsetzt. Hier bildet sich immer deutlicher ein Paradigma heraus, das auch in der Sozialgeschichte avancierte und mittlerweile auch weithin den elitesoziologischen Studien der Zapf, Ballerstedt, Wildenmann usw. zugrundeliegt. Es greift zurück auf amerikanische Konzeptionen (genannt werden meist Merton, Lipset, Bendix und auch Mills), in den 70er Jahren aber noch viel nachdrücklicher auf die englische Sozialstrukturforschung, in der dieses Konzept die Theorie der Sozialstruktur dominiert. Zugrunde liegt diesem Paradigma freilich (wenigstens als Lippenbekenntnis theoriegeschichtlicher Traditionsbeschaffung) eine — durchaus unzutreffende — Rezeption Max Webers.<sup>39</sup>

Bei der Analyse sozialer Strukturen wird hier ausgegangen von der Existenz einer »Trias prinzipiell gleichrangiger Dimensionen«<sup>40</sup>, die »aufeinander bezogen, jedoch nicht aufeinander rückführbar«<sup>41</sup> seien. Diese Ordnungsprinzipien sozialer Ungleichheit oder Dimensionen sind

1. »Class« (beruhend auf der ökonomischen Distribution materieller Ressourcen wie Einkommen, Besitz und Vermögen)
2. »Status« (beruhend auf Differenzierungen in Prestige, Kultur und Bewußtsein)
3. »Power« (beruhend auf Differenzierungen in der Verfügung über Machtmittel, -ressourcen und -grundlagen).

Die Elemente oder Einheiten sozialer Gliederungen (ob sie nun Gruppen, Schichten oder Klassen genannt werden) gelten hier als Bündel von Personenmengen, welche die gleiche Stellung auf einem »Markt« haben. Es geht darum, was die Menschen haben, wenn sie auf einen Markt kommen und als Anbieter tätig werden, nicht etwa darum, was sie unter welchen Verhältnissen tun. Gemäß der Häufigkeit der Verteilung der jeweiligen Merkmale, den Marktangeboten an Macht, Geld, Leistung, Prestige usw. in den einzelnen Schichtungsdimensionen, kommt es dann zur Sozialdifferenzierung und damit etwa auch zur Bildung einer »Oberschicht«. Zapf etwa identifiziert eine Oberschichten-Triade aus »upper class«, »upper-status-group« und »power-elite«. Die historische Spezifik der Eliten oder Oberschichten wird aus dem Wandel solcher Häufigkeitsverteilungen erklärt, die eine Veränderung der Binnenkonstellationen zwischen den einzelnen sektoralen oder funktionalen Eliten bewirken: mal dominiert die politische, mal die ökonomische, mal die Prestige-Elite.

Die erhoffte Konsequenz eines solchen mehrdimensionalen — also nicht nur auf die Ökonomie abstellenden — und multivariablen — also die Vorstellung einer Basisvariablen, etwa der Ökonomie, ablehnenden — Konzepts hat 1965 Aron, dessen Vorstellungen über Eliten und Oberschichten kaum zu unterschätzenden Einfluß in der Soziologie der BRD hatten, in der Formel ausgedrückt, daß so »die Vorstellung der Klasse als einer objektiven Totalität, die der Soziologe als gegebene entdecken könne ... ein Mythos (sei) und zunehmend mehr zum Mythos wird.«<sup>42</sup> Diese Stoßrichtung gegen das Konzept einer (herrschenden) bürgerlichen Klasse schwingt noch in der unübersehbaren Ignoranz mit, welche die Eliten- und Schichtungssoziologen immer noch jener Gruppe entgegenbringen, die sie durchaus zu Recht als am ehesten mit dieser Klasse identifizierbar ansehen: der »ökonomischen Elite« der BRD, die kaum bekannt ist.<sup>43</sup>

### 5. Schlußbemerkung

Vor genau zwanzig Jahren wurde in einer aufsehenerregenden Vortragsreihe die Frage gestellt: »Gibt es noch ein Proletariat?« Das »Nein«, mit dem die akademische Soziologie der 50er Jahre die Antwort gleichsam im Chor und mit einem diskreten Oberklassenakzent vorgab, machte drei Bedenken geltend: a) Von einer Arbeiterklasse könne nicht mehr gesprochen werden, da das klassenkonstitutive Merkmal der Ausbeutung irrelevant geworden sei angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Angleichung und der »Verbürgerlichung« der Arbeiterschaft; b) die Arbeiterklasse habe sich — nicht zuletzt auch aufgrund der raschen Produktivkraftentwicklung und ihrer sozialdifferenzierenden Effekte — in einzelne, sehr unterschiedliche soziale Gruppen aufgelöst, die zum Teil Bestandteil anderer Großgruppen (etwa dem Mittelstand) geworden seien; c) die diffus-differenzierte Binnenstruktur und die Aufhebung der Ausbeutung hätten bewirkt, daß das Klassenbewußtsein verschwunden, die Organisationsbereitschaft gesunken und der Charakter der Organisation tiefgreifend verändert worden seien.

Diese Argumentationstriade, mit der vor zwei oder drei Jahrzehnten die Existenz der Arbeiterklasse abgestritten wurde, gleicht frappierend der auch heute noch vorherrschenden Argumentation von Elitensoziologie und Schichtungstheorie, mit der die Existenz einer bürgerlichen Klasse verneint wird. Für nicht wenige ist mit dem Abtreten der Räuberbarone, Schlotjunker und Moguln mit Zigarre, Frack und Zylinder als Typus des Kapitalisten der Gründerzeit gleich die Klasse verschwunden. Jede Stufe des Vergesellschaftungsprozesses der Kapitalverwertung, die sich über Schübe von Rollendifferenzie-

rungen ihrer Personifikationen realisierte, gilt da als Auflösung der bürgerlichen Klasse. Für diese Soziologie ist mit dem Zurücktreten des ostentativen Lebensstils, der bürgerlichen Tugenden des *early to bed and early to rise* und der sichtbaren Genußpraxis der *upper class* nicht eine bestimmte historische Erscheinungsform bürgerlicher Lebensweise, sondern mit dieser einstigen Lebensweise das Bürgertum selbst verschwunden. Mit der Ausbeutung und der Demokratisierung des politischen Systems sind auch die anderen klassenkonstitutiven Merkmale verschwunden. Die Bourgeoisie wird peripherisiert und im Ergebnis des säkularen Differenzierungsprozesses nivelliert. Das Bürgertum hat sich in eine Vielzahl sozialer Gruppen, Cliques und Individuen aufgelöst, die kein Bewußtsein ihrer selbst als Klasse mehr haben.

Dieser frappierende Gleichklang der Antworten legt es für eine kritische Soziologie der Politik und sozialen Struktur nahe, nach zwanzig Jahren Verspätung die Frage »Gibt es noch ein Bürgertum?« neu zu stellen und eine gründliche Antwort zu suchen.

#### Anmerkungen

- 1 *Th.W. Adorno*: Soziologische Schriften I, Frankfurt/M. 1979, S.385.
- 2 Eine wissenschaftshistorische und vor allem theoriegeschichtliche Aufarbeitung der Erforschung der Bourgeoisie innerhalb der marxistischen Wissenschaftstradition existiert bislang nicht einmal in Ansätzen. Gegenüber der Marx-Lenin'schen Strukturanalyse der Bourgeoisie hat sich seit Anfang der 60er Jahre das Interesse auf solche inneren Differenzierungen der bürgerlichen Klasse gerichtet, die mit Entwicklungen der Produktivkräfte (»alte« und »neue« Industrien), der Internationalisierung des Kapitals und den neuen Formen der Verflechtung von Politik und Ökonomie (»Militär-Industrie-Komplex«, »staatsmonopolistische Komplexe«) zusammenhängen. Insgesamt reicht das Spektrum von der dezidierten Absage an einen klassenstrukturanalytischen Zugang (z.B. Offe); bis zur weitverbreiteten, indifferenten Bejahung der Existenz einer herrschenden Bourgeoisie, die sich aus dem Vorhandensein der Arbeiterklasse (auch wenn man sich aus ihr verabschiedet hat) sozusagen als selbstverständliche Voraussetzung und Folge ergibt, die keiner weiteren Diskussion oder Analyse bedarf; von jenen, die sich nur mit dem Kapital — statt auch mit Monsieur Le Capital befassen, bis hin zu noch sehr seltenen Versuchen in neuerer Zeit, die seit Anfang der 70er Jahre stagnierenden strukturanalytischen Fragestellungen wieder aufzugreifen. Insgesamt gilt jedoch, daß uns für eine Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland nicht nur eine »Geschichte der deutschen Kapitalistenbewegung« fehlt (*J. Kuczynski*: Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD, Frankfurt/M. 1972, S.5), sondern auch eine Geschichte und Strukturanalyse dieser Klasse selbst, vgl. *W. Küttler, G. Seeber*: Forschungsprobleme der Geschichte des deutschen Bürgertums und der deutschen Bourgeoisie, in: *ZfG* 3/1980, S.203ff.; *Ch. Butterwegge*: Monopolgruppen und Staat, in: *Marxistische Studien*, Jahrbuch 3 (1980), S.258ff.; *E.O. Wright*: Varieties of Marxist Conceptions of Class Structure, in: *Politics & Society* 3/1980, S.323ff.; *H. Jung*: Gesamtkapital-Monopole-Staat, in: *Marxistische Studien* 2 (1979), S.55f. Zentrale Probleme sind ungeklärt oder umstritten: die *Abgrenzung* (Randgruppen) vor allem »nach unten«, die *innere Struktur* (wer gehört zur Bourgeoisie? Wie ist das Verhältnis von Bürgertum und Bourgeoisie? Wer gehört zur herrschenden Klasse? Wie ist die innere Hierarchisierung zu fassen [Fraktionen/Monopolgruppen/Komplexe]? Gibt es noch eine Großbourgeoisie? Welche Differenzierungen der Lebensweise, Kultur und Ideologie existieren? Welche Beziehung existiert zwischen Klassenstruktur und politischer Richtungs-differenzierung?), die *Geschichte*, schließlich die *Organisierung*, vgl. *M. Mauke*: Die Klassentheorie von Marx und Engels, Frankfurt 1971, S.87f., 103; *I. Dölling*: Schatzbildner und Kapitalist, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JfW)* 1978/I, S.191ff.; *H. Zwahr*: Zur Klassenkonstituierung der deutschen Bourgeoisie, in: *Jahrbuch für Geschichte (JfG)* 18 (1978), S.21ff.; *H. Handke*: Einige Probleme der Sozialstruktur im imperialistischen Deutschland vor 1914, in: *JfG* 15 (1977), S.277ff.; *ders.*: Einige Probleme der inneren Struktur der herrschenden Klassen in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg,

- in: Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914, Berlin 1976, S.90ff.; *IMSF (Hrsg.): Das Monopol — ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus*, Frankfurt 1976, S.104ff., 108ff.; *IMSF (Hrsg.): Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970*, Frankfurt 1972/3, Bd.I, S.75ff., 110ff., Bd.II, S.241ff., 324ff., 358ff.; *A. Leisewitz: Die Klassen- und Sozialstruktur der Bundesrepublik*, in: *U. Albrecht u.a. (Hrsg.): Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik*, Köln 1979, S.78ff.; *PKA: Materialien zur Klassenstruktur der BRD*, Teil 1, Westberlin 1973, S.180ff., Teil 2, Westberlin 1974, S.223ff.; *M. Tjaden-Steinhauer, K.H. Tjaden: Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus*, Stuttgart 1973, S.39ff., 65ff., 83ff., 118ff.; *F. Deppe, H. Jung: Entwicklung und Politik der herrschenden Klassen in der Bundesrepublik*, in: *Albrecht, Beiträge*, S.433ff.; *Unsere Bourgeoisie*, Kursbuch 42 (1975), S.19ff., 141ff.; *N. Poulantzas, R. Miliband: Kontroverse über den kapitalistischen Staat*, Berlin 1976; *N. Poulantzas: Klassen im Kapitalismus — heute*, Westberlin 1975, S.80ff.; *Ders.: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt 1975, S.55ff., 229ff., 321ff.; *S. Amin: The Class Structure of the contemporary imperialist system*, in: *Monthly Review* 1/1980, S.9ff.
- 3 *A. Meusel: (Art.) Bürgertum*, in: *A. Vierkandt (Hrsg.): Handwörterbuch der Soziologie*, Stuttgart 1931, S.90f.
  - 4 Vgl. *G. Therborn: Science, Class and Society*, London 1977, S.186ff.
  - 5 Vgl. ebd., S.422.
  - 6 *H.A. Winkler: (Art.) Bürgertum*, in: *C.D. Kernig (Hrsg.): Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Freiburg 1966, S.949.
  - 7 *A.v. Martin: (Art.) Bürgertum*, in: *W. Bernsdorf (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie* 1, Frankfurt 1972, S.132.
  - 8 *O. Köhler: (Art.) Bürgertum*, in: *Staatslexikon*, Freiburg 1958, Bd.2, Sp.313.
  - 9 *L. Wiedemann: (Art.) Bürgertum*, in: *Th. Schober u.a. (Hrsg.): Evangelisches Staatslexikon*, Stuttgart 1980, Sp.202. Vgl. auch *H. Freyer: (Art.) Bürgertum*, in: *HDSW*, 2.Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1969, S.456. Beispiele für die fast vollständige Ausklammerung der Problematik in verbreiteten sozialwissenschaftlichen Schriften sind zahllos, vgl. nur *K.M. Bolte u.a.: Deutsche Gesellschaft im Wandel*, Bd.2, Opladen 1970, S.365f. oder *DIF (Hrsg.): Funkkolleg Sozialer Wandel*, Studienbegleitbrief 7, Weinheim/Basel 1975, S.59, 78, die »Unternehmertypen« bzw. »Oberschichten« auf einer von über 400 bzw. 100 Seiten abhandeln.
  - 10 *R. Bendix: Westeuropa als Gegenstand und Quelle sozialwissenschaftlicher Forschung*, in: *J. Matthes (Hrsg.): Sozialer Wandel in Westeuropa*, Frankfurt 1979, S.11ff.; in dem Band erwähnt C. Crouch kurz die Manager (167ff.), W.-U. Prügge vergleicht sektorale Arbeitgeberverbandsorganisationen in England und der BRD und S. Eisenstadt spricht über Modernisierungseliten. That's its.
  - 11 *H. Pross: Die soziale Schichtung in der Bundesrepublik*, in: *Deutsche Rundschau* 10/1958, S.925.
  - 12 Das gilt auch für marxistische Analysen.
  - 13 *Adorno*, Reflexionen, S.381.
  - 14 *G. Mosca: Die herrschende Klasse*, Bern 1950, S.53f. Vgl. auch *J.H. Meisel: Der Mythos der herrschenden Klasse: G. Mosca und die Elite*, Düsseldorf 1962; *P. Hübner: Herrschende Klasse und Elite. Eine Strukturanalyse der Gesellschaftstheorien Moscas und Paretos*, Berlin 1967.
  - 15 *H.P. Dreitzel: Elitebegriff und Sozialstruktur*, Stuttgart 1962, S.123.
  - 16 Vgl. auch *E. Laclau: Faschismus und Ideologie*, in: *Das Argument* 117 (1979), S.670.
  - 17 Als Überblick: *D. Herzog: The Study of Elites in West Germany*, in: *M. Kaase, K.v. Beyme (Hrsg.): Election and Parties. German Political Studies Vol.3* (1978), S.243ff.; *W. Zapf: Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-1961*, München 1965, S.12ff.; *T.B. Bottomore: Elite und Gesellschaft. Eine Übersicht über die Entwicklung des Eliteproblems*, München 1966; *O. Stammer, P. Weingart: Politische Soziologie*, München 1972, S.130ff.; *P. Bachrach: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft*, Frankfurt 1970; *U. Jaeggi: Die gesellschaftliche Elite: Eine Studie zum Problem der sozialen Macht*, Bern 1960.
  - 18 Vgl. *T. Parsons: Die Entstehung der Theorie des sozialen Systems: Ein Bericht zur Person*, in: *T. Parsons u.a.: Soziologie — autobiographisch*, Stuttgart 1975, S.3-9, 29ff.

- 19 Vgl. *O. Stammer*: Das Elitenproblem in der Demokratie, in: Schmollers Jb. 71.Jg. (1951), S.1ff.; *R. Aron*: Social Structure and the Ruling Class, in: British Journal of Sociology 1/1950, S.1ff., 2/1950, S.126ff.; *J. Schultz*: Der Funktionär in der Einheitspartei, Stuttgart 1956.
- 20 Vgl. *W. Röhrich (Hrsg.)*: 'Demokratische' Elitenherrschaft, Darmstadt 1975, S.1ff., S.267ff.; *R. Dahrendorf*: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, Mannheim 1972, S.245ff.; *R. Bendix, S.M. Lipset (Hrsg.)*: Class, Status and Power. Social Stratification in Comparative Perspective, New York 1966; *W. Zapf (Hrsg.)*: Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, München 1965; *R. Wildenmann*: Eliten in der Bundesrepublik, Mannheim 1968; *W. Kaltefleiter, R. Wildenmann (Hrsg.)*: Westdeutsche Führungsschicht — Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von 1825 Inhabern von Führungspositionen, Kiel-Mannheim 1973; *D. Roth*: Politische Orientierung von Eliten. Zum Demokratieverständnis von Eliten in der Bundesrepublik, Diss. Mannheim 1975; *E. Enke*: Oberschicht und politisches System in der Bundesrepublik Deutschland, Bern, Frankfurt 1974; *W. Müller*: Klassenlagen und soziale Lagen in der Bundesrepublik, in: *J. Handl u.a.*: Klassenlagen und Sozialstruktur, Frankfurt, New York 1977, S.56ff.; *H. Maus*: Industriegesellschaft und Elite. Nachdenkliche Betrachtungen zu einem modischen Begriff, in: homo homini homo. Festschrift für J.E. Drexel, München 1965, S.153ff.
- 21 Das von *W. Fuchs u.a.* herausgegebene Lexikon zur Soziologie, Reinbek 1975, vermerkt neben den Stichworten 'Bourgeoisie' und 'Bürgertum' allein 15 Stichworte zum Thema 'Elite'. Zu den Mustern der Elitenkonfigurationen vgl. etwa *U. Schleth*: Once again: Does it pay to study Social Background in Elite Analysis?, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik 2 (1971), S.99ff.; *L.J. Edinger, D.D. Searing*: Social Background in Elite Analysis: A methodological Inquiry, in: American Political Science Review (1967), S.428ff.; *E.O. Wright*: Class and Occupation, in: Theory and Society (1980), S.177ff.; *Ph. Stanworth, A. Giddens (Hrsg.)*: Elites and Power in British Society, Cambridge 1974; *A. Giddens*: The Class Structure of the Advanced Societies, London 1973.
- 22 Als wohl herrschende Periodisierung vgl. Zapf, Wandlungen, S.38ff. Zu den Definitionsproblemen vgl. *W. Zapf*: Eliten, in: *E. Ballerstedt, W. Glatzer (Hrsg.)*: Soziologischer Almanach, Frankfurt 1975, S.341ff.
- 23 *R.M. Lepsius*: Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland, in: *R. Löwenthal, H.-P. Schwarz (Hrsg.)*: Die zweite Republik, Stuttgart 1974, S.280.
- 24 *M.W. Beth*: The Elite and the Elites, in: American Journal of Sociology (1941/42), S.755; *Dahrendorf*, Gesellschaft, S.306; *R.M. Lepsius*: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: *H.-U. Wehler (Hrsg.)*: Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S.182.
- 25 Was sicherlich auch mit der vorwiegend handlungs- und rollentheoretischen Orientierung der Elitensoziologie zusammenhängt.
- 26 Vgl. Herzog, Study, a.a.O.
- 27 Vgl. etwa *R. Wildenmann*: Towards a Sociopolitical model of the German Federal Republic, in: SJfP 4 (1975), S.280: »Political dynamism is in the first place a question of elite struggles amongst themselves, and only in the second a struggle between elites and masses.«
- 28 *K.D. Bracher*: Ende des bürgerlichen Zeitalters? in: Beilage zu Das Parlament B 48/1978, S.14.
- 29 *W. Sombart*: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 1954, S.446.
- 30 *Ders.*: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. 3.Bd.v. Der moderne Kapitalismus, 1. Halbband: Die Grundlagen — Der Aufbau, München, Leipzig 1928, S.XIII.
- 31 Vgl. *Dahrendorf*, Gesellschaft, a.a.O.
- 32 Vgl. *Th. Geiger*: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln, Hagen 1949, S.102f., 197ff.; *H. Schelsky*: Berechtigung und Anmaßung der Managerherrschaft, in: *ders.*: Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf, Köln 1965, S.17ff.
- 33 *Ders.*: Die Bedeutung des Klassenbegriffs für die Analyse unserer Gesellschaft, ebd., S.366; vgl. auch *ders.*: Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft, in: ebd., S.331ff.
- 34 *Ders.*: Gesellschaftlicher Wandel, in: ebd., S.337ff.



- 35 Vgl. *H. Moore, G. Kleining*: Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten in Deutschland, in: *KZfSS* (1960), S.86ff.; *M. Janowitz*: Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland, in: *KZfSS* (1958), S.1ff.; *K.E. Scheuch* unter Mitarbeit von Daheim, H.J.: Sozialprestige und soziale Schichtung, in: *KZfSS Sonderheft 5*, Köln/Opladen 1961, S.65ff.; Dahrendorf, *Gesellschaft*, S.100; *F. Fürstenberg*: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1976; *D. Claessens u.a.*: Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf/Köln 1974; *K.M. Bolte u.a.*: Soziale Ungleichheit, Opladen 1974, S.98.
- 36 Schon Dahrendorf hat vermerkt, daß die auch heute noch verbreitete und mit Lob versehene Untersuchung Janowitz' (etwa im Funkkolleg 'Sozialer Wandel') die Oberschicht der BRD (entsprechend einer Selbsteinschätzung) mit 1,9% bezifferte; diese 1,9% — das waren 64 Personen, darunter 18 mittlere Angestellte und Beamte, 10 Landwirte und 5 Arbeiter!
- 37 Janowitz, *Schichtung*, S.9f. Solche Steinbrüche sind etwa noch die »Selbständigen«, der »alte« und der »neue« Mittelstand, vgl. etwa Matthes, *Sozialer Wandel*, S.465ff., 534ff. als aktuelle Beispiele.
- 38 Dies gilt auch für konzeptionell abweichende Studien aus dieser Zeit wie etwa *G. Eiser mann*: Die Struktur der sozialen Klassen in Deutschland, in: *J. Fijalkowski (Hrsg.)*: *Politologie und Soziologie*. Otto Stammer zum 65. Geburtstag, Köln, Opladen 1965, S.177ff.
- 39 Vgl. *A. Giddens*: *Classes, Capitalism and the State*, in: *Theory and Society* (1980), S.877ff.; *W.G. Runciman*: *Towards a Theory of Social Stratification*, in: *F. Parkin (Hrsg.)*: *The Social Analysis of Class Structure*, London 1974, S.55ff.; Wehler, *Klassen*, a.a.O.; *K.U. Mayer*: Soziale Ungleichheit und Mobilität. Ansätze zu einem System sozialer Indikatoren, in: *W. Zapf (Hrsg.)*: *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt, New York 1977, S.149ff.; *K.H. Hörning (Hrsg.)*: *Soziale Ungleichheit. Strukturen und Prozesse sozialer Schichtung*, Darmstadt, Neuwied 1976, S.18f.; *D. Herzog*: *Klassengesellschaft ohne Klassenkonflikte*, Berlin 1965.
- 40 Wehler, *Klassen*, S.11.
- 41 *K.H. Hörning*: *Struktur und Norm: das 'Soziale' an Ungleichheit und Schichtung*, in: *ders.*, *Ungleichheit*, S.19.
- 42 *R. Aron*: *La classe comme représentation et comme volonté*, in: *Cahiers Internationaux de Sociologie*, Vol.38 (1965), S.20f.
- 43 Als die wenigen Ausnahmen etwa *B. Biermann*: *Die soziale Struktur der Unternehmerschaft*, Stuttgart 1971; *H. Hartmann u.a.*: *Die Unternehmerin*, Köln, Opladen 1968; *H. Pross*: *Manager und Aktionäre in Deutschland*, Frankfurt 1965; *H. Pross, K.W. Boetticher*: *Manager des Kapitalismus*, Frankfurt 1971; *Stahl, W.*: *Der Elitenkreislauf in der Unternehmerschaft: eine empirische Untersuchung für den deutschsprachigen Raum*, Frankfurt, Zürich 1973; *J. Kocka*: *Unternehmer in der deutschen Industrialisierung*, Göttingen 1975. Am meisten Aufmerksamkeit haben leitende Angestellte/Manager gefunden.

### Argument-Studienhefte (SH)

SH 47 Bärbel Kirchhoff-Hund: Theorien sozialer Ungleichheit

Einführung in die politische Soziologie 1 7,— DM

SH 48 Wulf D. Hund: Interesse und Organisation

Einführung in die politische Soziologie 2 7,— DM

SH 50 Umweltfragen: Kommentierte Bibliographie (1)

Militär, Sozialistische Umweltpolitik, Alternative Technik 7,— DM

Jetzt lieferbar:

**DAS ARGUMENT – Beiheft '81 – Rezensionen**

Mit ca. 100 Besprechungen zu den wichtigsten wissenschaftlichen Neuerscheinungen.  
16,80 DM (f. Stud. 13,80) für Abonnenten der Zeitschrift bzw. der AS: 14,80 DM (f. Stud. 12,80) jeweils incl. Versandkosten.

**Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65**

**ARGUMENT-VERLAG BERLIN**

## Politische Kultur als Kultivierung von Illusionen\*

Jeder Mangel läßt sich ertragen, mit jeder  
Knappheit werden wir fertig, sagt Hinze. Elend  
aber ist, wenn es keine Idee mehr gibt.  
Volker Braun

Der Beitrag von Gransow/Offe stellt einen wichtigen Schritt in Richtung auf die Überwindung von gewissen Illusionen dar, ohne die die neue Linke während ihres Rückzugsgefechts während der 70er Jahre vielleicht nicht überlebt hätte, die jedoch zur Blockierung werden können, sobald es gilt, neue Initiativen, Ideen oder Theorien zu entwickeln — was Gransow/Offe zu Recht fordern (ebenso wie etwa Alain Touraine oder André Gorz).<sup>1</sup> Leider gehen sie mit ihrem Vorstoß jedoch nicht weit genug, sondern machen am entscheidenden Punkt kehrt und verwickeln sich deshalb in Widersprüche. Deshalb meine Kritik. Meine zentrale These ist, daß Gransow/Offe's Argumentation weder konsistent noch gerechtfertigt ist. Sie ist inkonsistent, weil sie versucht, die Logik angelsächsischer Demokratietheorien mit radikalen Demokratie- und Emanzipationsvorstellungen in Einklang zu bringen. Und sie ist nicht gerechtfertigt, weil sie in ihrer Kritik der SPD dieser Partei Handlungsspielräume unterstellt, die in der »politischen Maschine« (R. Merton) einer parlamentarischen Demokratie nicht vorhanden sind.

### I

Angelpunkt der Argumentation von Gransow/Offe ist das von *Richard Löwenthal* formulierte Dilemma westlicher, parlamentarischer Demokratien. Auf der einen Seite stünde die »totalitäre Gefährdung« der Demokratie durch Parteien, die versuchen könnten, »wissenschaftliche Erkenntnisse über den Weg der Geschichte, die richtige Auffassung vom Gemeinwohl und die Strategien zu seiner Verwirklichung zu postulieren und die so gewonnenen Erkenntnisse zur Grundlage des politischen Handelns zu machen« (555), die, salopp formuliert, sich so benehmen könnten, als ob sie die Wahrheit gepachtet hätten. Auf der anderen Seite ergäbe sich die Gefahr von Stimmenmaximierungs-(catch-all)Parteien, deren Programme nur Mittel zum Zweck der Eroberung von Regierungsmacht sind und deren ausschließlich an Machtchancen orientiertes und daher opportunistisches Regime dazu führen könnte, »daß der politische Wettbewerb um staatliche Entscheidungspositionen zu einem reinen Interessenkampf zwischen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Organisationen degeneriert« (555). Das könne mutatis mutandis zur Unregierbarkeit des politischen Systems führen. Politische Parteien sollen und müssen, Löwenthal zufolge, dieses Dilemma lösen, indem sie ihren Opportunismus zügeln, nämlich einerseits quer zu ihren Machtinteressen ein programmatisches Konzept des Gemeinwohls entwickeln und andererseits bereit bleiben, auf die weitere Verwirklichung dieses Konzepts zu verzichten und zurück in die Opposition zu gehen, wenn sie die Wahl verlieren.

\* Eine kritische Reaktion auf den Beitrag von V. Gransow und C. Offe, »Politische Kultur und Sozialdemokratische Regierungspolitik« in *Das Argument* 128, S.551ff. Seitenzahlen in Klammern beziehen sich darauf.

Gransow/Offe, die sich dieser Argumentation anschließen, operationalisieren diese Funktionsbestimmung als Fähigkeit einer politischen Partei, eine ihrem Programm entsprechende politische Kultur im Volke zu erzeugen. Die SPD jedoch, so behaupten sie weiter, sei dazu nicht in der Lage. Sie erfülle also ihre demokratische Funktion (im Sinne Löwenthals) nicht ausreichend und dies sowohl zum Schaden der Demokratie als auch der eigenen Position, denn sie erzeuge damit »politisch-kulturelle Strukturen, die letztlich ihre Existenz bedrohen« (551). Gransow/Offe übernehmen Löwenthals Funktionsbestimmung, aber sie reflektieren nicht auf deren Implikationen. Sie vermischen verschiedene Konzepte von Demokratie: einerseits ein m.E. *realistisches* Konzept, das Löwenthal als Advokat angelsächsischer Demokratietheorien vorträgt und andererseits einen — trotz aller Theoriedebatten bislang ungeklärten — radikalisierten Demokratiebegriff linker Provenienz, der zu den schönsten Hoffnungen berechtigt, aber nicht mehr, der, zumindest vorläufig, illusionär bleibt. Statt ihre eigenen Vorstellungen im Lichte des Löwenthalschen Realismus zu überprüfen oder, umgekehrt, Löwenthal zu kritisieren, machen sie dessen Konzept zum Vehikel ihrer eigenen Vorstellungen und vereinbaren das Unvereinbare: sie ziehen Löwenthal an Land — aber nur, um ihre eigenen Illusionen zu retten.

Warum ist Löwenthals Konzept realistisch, anders gefragt: warum ist das Demokratiedilemma unvermeidlich? Betrachten wir nacheinander seine beiden Seiten.

## II

Wann ist eine Partei totalitär und warum droht von solchen Parteien Gefahr? Die Antwort scheint zunächst tautologisch. Gefahr droht der Demokratie von undemokratisch »programmierten« Parteien, die im Zweifelsfalle, also wenn sie sich zwischen Staatsstreich und Opposition entscheiden müssen, der weiteren Verwirklichung der eigenen Ziele Priorität zuerkennen und bereit sind, die demokratischen Mechanismen zu dispensieren. Soweit tautologisch, läßt die Antwort natürlich offen, *ob* und *warum* man den demokratischen Mechanismen Priorität zuerkennen soll. Weil es im Grundgesetz steht? Weil man eine »demokratische Kraft« ist? Weil man Angst hat vor'm Berufsverbot? Es scheint, daß bereits hier ein Werturteil gefällt werden müsse, daß ein bedingungsloses, nicht weiter hinterfragbares Bekenntnis zur Demokratie »gefragt« sei — daß dann der Konkurrenz mit anderen Werturteilen, etwa einer Stellungnahme *für* die Erziehungsdiktatur, hilflos ausgeliefert ist.

Der Schein trügt. Die prinzipielle Priorität demokratischer Mechanismen (genauer: von check-and-balance-Mechanismen der Verteilung von politischer Macht, denn mit »Demokratie« im Sinne von »Volksherrschaft« hat das alles wenig zu tun) läßt sich durchaus rational, also ohne Berufung auf höchste Werte begründen, *denn nur sie garantieren die Lern- und Anpassungsfähigkeit des politischen Systems.*<sup>2</sup> Wer die Wahrheit gepachtet hat, ist grundsätzlich nicht mehr in der Lage, die Konsequenzen des eigenen (politischen) Handelns im Lichte anderer Theorien oder Perspektiven zu sehen als eben der eigenen; da jedoch niemand absichtlich (politische) Fehler begeht (also absichtlich und in adäquater Kenntnis der Umstände Schritte unternimmt, um das Ziel *nicht* zu erreichen, das er erreichen will), kann man davon ausgehen, daß Fehler in der Perspektive der eigenen Programmatik gar nicht als solche erscheinen; auch ex post, wenn die Katastrophe dann eingetreten ist, werden sie auf der »kognitiven Karte«<sup>3</sup> des eigenen Weltbildes nicht den Folgen des eigenen Handelns zugeordnet werden — denn dann hätten

sie auch ex ante als solche antizipiert werden können. Ausgerechnet dann, wenn die Legitimität eines Regimes auf eschatologische Ideologien gegründet ist, also dann, wenn es sich nicht um den zynischen und flexiblen »Fürsten« handelt, der Wahrnehmungsperspektiven und Berater im Interesse der Machterhaltung wechselt, sondern um revolutionäre, auf die eigene Programmatik prinzipientreu eingeschworene Parteien, gerade dann droht die Gefahr einer Kumulation politischer Fehler, in deren Verlauf auf Mißerfolge mit neuen Fehlentscheidungen reagiert wird.

Check-and-balance-Mechanismen hingegen, die die Macht so verteilen, daß die Regierungspartei im Zweifelsfall sich nur geringe Chancen auf den Erfolg des — am Horizont des Parlamentarismus natürlich immer drohenden — Staatsstreichs ausrechnen kann, können hingegen garantieren, daß: a) eine Öffentlichkeit vorhanden ist, in der konkurrierende Theorien, Ideologien und Wahrnehmungsperspektiven erzeugt und erhalten werden können und die im Zweifelsfall andere kausale Zurechnungen treffen kann als die regierende Partei (und die z.B. hinter einer Wirtschaftskrise auch andere Faktoren vermuten kann, als das Wirken »imperialistischer Agenten« oder das Versagen der soeben geschäfteten Mitglieder des Politbüros) und daß b) konkurrierende Parteien existieren, die derartige Zurechnungen übernehmen können und zum Kristallisationspunkt oppositioneller Strömungen werden können (wobei es gleichgültig ist, ob sie im Interesse ihres Programms nach der Macht streben oder umgekehrt — solange sie nur beides tun). Wie gesagt: auf Gewaltenteilung basierte check-and-balance-Mechanismen sind nicht im Namen der Demokratie, sondern im Interesse der Lern- und Anpassungsfähigkeit eines politischen Systems in einer komplexen gesellschaftlichen Umwelt notwendig, aber diese Lernfähigkeit ist prinzipiell wichtiger als »inhaltliche«, programmatische Versprechen, denn ohne sie wird man seine inhaltlichen Ziele um so weniger erreichen, je höher sie gesteckt sind. Auf die Dauer ist der Teufelskreis der Kumulation politischer Fehler unvermeidlich, wenn man der eigenen Wahrnehmungsperspektive bedingungslos »die Treue hält«. Man hat also »keine Wahl«. Zwar kann man sich für die Erziehungsdiktatur entscheiden, aber nur um den Preis der Nichterreichung jener Ziele, in deren Namen man sie errichtet. Soweit die totalitäre Gefahr.

Warum droht von Stimmenmaximierungsparteien die Unregierbarkeit (im Sinne einer Entscheidungsstruktur, in der jede beabsichtigte Regierungsentscheidung mehr Gegner als Anhänger findet)? Im Gegensatz zur totalitären Kumulation ergibt sich die Unregierbarkeit nur unter bestimmten Voraussetzungen: unterstellen wir das rationale Handeln aller Interessengruppen (was im Begriff der Interessengruppe liegt), so ergeben sich zwei verschiedene Entscheidungssituationen: entweder bestimmte Interessengruppen sind für sich oder in Koalition mit anderen dominant. Dann kann sich die catch-all-Partei mit den »herrschenden« Interessen arrangieren und das Unregierbarkeitsproblem tritt nicht auf. Nur im anderen Falle, wenn das politische Spektrum in Minderheiten zerfällt, die miteinander keine — jedenfalls keine erfolversprechenden — Koalitionen schließen können, droht die Gefahr einer wechselseitigen Blockierung von Interessen, einer »Koalition von Vetos« (de Swaan).<sup>4</sup> Tritt diese Lage ein, so ergeben sich zwei Alternativen:

Entweder gelingt einer politischen Bewegung die Veränderung der »politischen Kultur« und dementsprechend des Weltbildes, in dem die verschiedenen Interessengruppen ihre eigenen Interessen definieren, indem also erneut das Bewußtsein erzeugt wird, daß auch die Verwirklichung bestimmter allgemeiner Interessen im partikularen Interesse liegt. Die Bewegung muß relevanten Teilen des Elektorats klar machen können, daß eine

gegebene Gesellschaftsordnung nur dann erhalten werden kann, wenn genügend Beteiligte begreifen, daß bestimmte »Opfer«, die gebracht werden müssen, keine Opfer sind — da letztlich auch im eigenen Interesse. Der Versuch kann gelingen (wie im New Deal).

Oder — und das ist die zweite Alternative — er kann scheitern (wie in der Weimarer Republik oder der Vierten Republik in Frankreich). Dann zerbricht die Entscheidungsstruktur, in der das Koalitionsdilemma entstand, und weil nun auch die Verfolgung der partikularen Interessen bedroht ist, wird vielen schmerzlich klar, daß (wieder) »regiert werden muß«. Der Ruf nach dem starken Mann erschallt, und charismatische Figuren betreten eine vom Interessenmüll gereinigte Szene — mit entsprechenden Gefahren für den Fortbestand des parlamentarischen Systems. Hat man Glück, dann ist's ein de Gaulle, hat man Pech, dann ist es ein Hitler mit Anhang.

Kurzum: auch moderne parlamentarische check-and-balance-Mechanismen können keine Stabilitätsgarantien geben, doch sie vermeiden die Gefahr einer totalitären Kumulation von politischen Fehlern. Und in Gesellschaften mit relativ eindeutig verteilten und nicht allzu komplex verschachtelten Interessengruppen, Gesellschaften etwa, in denen der Klassenkampf als Verteilungskampf der »Sozialpartner« dominant ist, gibt es immerhin eine ernsthafte Chance auf die Kontinuierung lernfähiger und regierbarer politischer Systeme.<sup>6</sup>

### III

Soweit die Implikationen des Demokratiedilemma. Vielleicht ist die Argumentation nicht stichhaltig (was Gransow/Offe jedoch nicht anzunehmen scheinen, denn dann verlore ihre eigene Argumentation die logische Basis), auf jeden Fall sind sie ernüchternd. Sie zeichnet das Bild einer politischen Maschine, die funktioniert, aber nicht mehr als das, die arbeitet, aber nicht besonders gut, und die unter nicht allzu unwahrscheinlichen Umständen ihren Geist aufzugeben droht. Müssen wir damit leben? Nur dann natürlich, wenn es keine brauchbaren Alternativen gibt. Gransow/Offe scheinen die Möglichkeit von Alternativen zu unterstellen, wenn sie — quer zur Löwenthalschen Argumentationsrichtung — mit einem radikalisierten Demokratiebegriff arbeiten, der auf der ursprünglichen Bedeutung des Wortes als tatsächlicher *Volks-Herrschaft* beruht, aber sie scheinen sich ihrer Sache oder ihres Publikums so sicher, daß sie auf den Versuch eines Beweises verzichten.

Ich will hier nicht behaupten, daß radikale — und brauchbare — Alternativen zur parlamentarischen Demokratie undenkbar oder prinzipiell unmöglich wären, aber mir scheint, daß die bisherige Erfahrung der neueren politischen Geschichte — im Osten wie im Westen — gezeigt hat, daß sie zur Zeit nicht gebrauchsfertig zu haben sind, und daß es daher intellektuell unredlich und politisch schädlich ist, so zu tun, als verfüge man bereits über brauchbare alternative Lösungen, deren Verwirklichung nur am Willen anderer politischer Kräfte, etwa der SPD, dem Kapital oder dem »Rechtstrend« scheitere. Gransow/Offe setzen hier eine in der Neuen Linken (und vermutlich auch in der Neuen Rechten) weitverbreitete Argumentationsfigur ein, wenn sie eine *Hoffnung* in der Form einer *Lösung* präsentieren, was zudem dazu führt, daß die Suche nach Lösungen gar nicht erst eröffnet wird.

### IV

Was verleiht der Argumentationsfigur, dem quid pro quo von Hoffnung und Lösung ihre Überzeugungskraft? Die Ambivalenz des Demokratiebegriffs, die die Koexistenz ei-

nes relativistischen Begriffs von parlamentarischer Demokratie und eines radikalen Begriffs von Volksherrschaft zuläßt. Paradox formuliert: in Wirklichkeit ist die Parlamentarische Demokratie undemokratisch. Das Volk »herrscht« nicht, denn das tut der Staatsapparat. Das Grundgesetz windet sich bei dieser Frage mit der Formulierung aus der Schlinge, alle Macht gehe vom Volke aus, aber entscheidend ist natürlich, wo sie hingeht: in die Hände einer relativ kleinen Anzahl von Institutionen und Personen. Formell ist sie auf die Pfeiler der trias politica (Exekutive, Legislative, Judikative) verteilt, aber die diesbezüglichen Untersuchungen zeigen, daß Regierung und Ministerialbürokratie in engem Zusammenspiel mit dominanten Interessengruppen das Primat zukommt. Das Volk herrscht nicht, es darf allenfalls mitspielen, und zwar in zwei Nebenrollen, in denen es keine Macht ausübt, sondern allenfalls die Formen der Machtausübung beschränken und in gewisser Hinsicht kontrollieren kann:

- als Wahlbürger, der periodisch Regierungen abwählen kann, wenn sie allzu erfolglos sind, oder wenn neue politische Bewegungen mit überzeugenden Programmen und Versprechen auftauchen einerseits, und
- als interessierte Öffentlichkeit andererseits, die alternative Gesichtspunkte, Entscheidungsperspektiven oder Ideologien aufnehmen und diskutieren kann, um an ihnen das Handeln der Regierung zu messen.

Wie gesagt, die parlamentarische Demokratie ist allenfalls das kleinere Übel, doch man überlege sich, daß das größere Übel von Auschwitz, Gulag oder den Terrorbanden der argentinischen Junta demarkiert wird — Dinge, die in einer parlamentarischen Demokratie undenkbar wären. Kurz: die Rede von parlamentarischen oder »westlichen« Demokratien ist im ursprünglichen Sinne des Wortes Unsinn, richtiger wäre es, von einer *Polyarchie* zu sprechen, was von Robert Dahl im Rahmen der diesbezüglichen angelsächsischen Diskussion auch vorgeschlagen wurde, was jedoch kaum jemand tut, weil alle am parlamentarischen Spiel beteiligten Parteien ein institutionelles Interesse an der Aufrechterhaltung der demokratischen Illusion entwickeln. Soweit der eine Pol des Demokratiebegriffs. Nun zum anderen. Gibt es denn erfolgreiche Experimente mit radikalisierten Formen von Demokratien, in denen das (ganze) Volk tatsächlich alle wesentlichen politischen Entscheidungen (mehrheitlich oder sonstwie) bestimmt? Nein. Und zwar nicht nur, weil die SPD und das Kapital es verhindern — obwohl das Funktionieren einer Polyarchie zweifellos die Einflußnahme der ökonomisch dominanten Organisationen auf die Politik begünstigt und so gesehen auch »im Interesse« des Kapitals liegt —, sondern bereits aus technischen Gründen nicht. Erstens, weil moderne Gesellschaften zu groß sind, als daß alle Beteiligten tatsächlich in einem gemeinsamen, also simultanen Diskussions- und Abwägungsprozeß zu nichtwillkürlichen Entscheidungen kommen könnten; und zweitens, weil die Entscheidungsalternativen nur selten so klar liegen — und liegen bleiben —, daß eine Entscheidung nicht ex post vom Staatsapparat zerfasert oder in ihr Gegenteil verkehrt werden könnte. Auch Computer können daran nichts ändern — wie z.B. Rudolf Bahro hofft<sup>7</sup> —, solange die Menschen selbst noch keine Computer sind und daher noch nicht in Sekundenschnelle simultan und reziprok mit tausenden oder millionen anderen Menschen kommunizieren können. Selbst das imperative Mandat oder andere Elemente der Rätedemokratie sind hierbei nicht von Nutzen, denn auch sie bleiben nur so lange wirkungsvoll, wie sich das Volk schnell und kompromißlos einig werden kann. Sobald die Zahl der Beteiligten hoch und der Spielraum für Kompromisse uneindeutig ist, können die Wähler ihre Vertreter nicht mehr effektiv kontrol-

lieren, sind Verhandlungen und Akkordierungen im kleinen Kreis der Repräsentanten unvermeidlich, durch die die Nachteile des parlamentarischen Systems sich hinterrücks wieder einschleichen.

Lediglich unter zwei (disjunkten) Voraussetzungen ließe sich eine Demokratie in dem Sinne verwirklichen, daß das Volk tatsächlich wesentlichen Einfluß auf die politischen Entscheidungen gewinnt:

Entweder müßte die Zahl der Entscheidungen drastisch reduziert werden, so daß das Entwicklungstempo der Gesellschaft (jede Veränderung fordert neue Entscheidungen) praktisch gegen Null gehen würde. Demokratie im Namen der Fortschrittslosigkeit wäre denkbar, aber vermutlich nicht wünschenswert und sie ist in einem politischen Weltsystem konkurrierender Nationen und antagonistischer Sozialsysteme wahrscheinlich nicht realisierbar.

Oder die Gesellschaft müßte erneut in kleine (auch für Menschen, nicht nur für Elektronenhirne) überschaubare Einheiten zerlegt werden. Mir ist nicht klar, welche Konsequenzen das mit sich brächte und ob die Koexistenz dieser Einheiten nicht erneut so viele Probleme erzeugen würde, daß irgend eine Metaregierung — die dann ipso facto repräsentativ konstituiert werden müßte — notwendig würde. Wie auch immer, die Alternative kleiner autonomer Gruppen kann nicht von vornherein als unrealistisch ausgeblendet werden, der Marsch in die Agrarkommune als Versuch der Demokratisierung ist konsequent und könnte mutatis mutandis zu neuen (genauer: sehr alten) Formen einer direkten und radikalisierten Selbstbestimmung führen. Denkbar wäre auch, daß immer dann, wenn sich derartige Einheiten in gesellschaftlichen Teilbereichen konstituieren lassen (z.B. als Betriebskollektiv, als Stadtteilkollektiv usw.), Formen der für diesen Bereich und seine Probleme gültigen Selbstverwaltung entwickelt werden können. Aber es ist m.E. unmöglich, von dem politischen System und seinen Beteiligten in einer großen, modernen und einem hohen Entwicklungstempo unterworfenen Gesellschaft zu fordern, daß es radikaldemokratisch handelt und auch noch funktioniert. Natürlich gibt es auch innerhalb des parlamentarischen Systems Spielräume (Gransow/Offe spielen z.B. auf den Unterschied zwischen Brandt und Schmidt an, erwägenswert wären z.B. auch Vergleiche zwischen den parlamentarischen Systemen der BRD und der Niederlande; in diesem hat das Parlament einen durchaus nennenswerten Einfluß auf Regierungsentscheidungen), aber es bleiben Variationen des kleineren Übels.

## V

Gransow/Offe kritisieren die SPD am Horizont eines radikalisierten, aber unrealistischen Demokratiebegriffs. Erst öffnen sie die Tür so weit wie möglich, und dann treten sie sie ein. Rhetorische Erfolge sind dabei unvermeidlich, aber es ist nun einmal widersprüchlich, der SPD einerseits »Offenheit« und die »bedingungslose Reaktionsbereitschaft gegenüber gegebenen sozialökonomischen Macht- und Erpressungsverhältnissen« vorzuwerfen (560), um andererseits den repressiven Charakter der SPD zu kritisieren. Es ist inkonsequent, einerseits eine ganze Reihe von säkularen historischen Faktoren zu nennen, die den besonderen autoritären Charakter des deutschen Staates und der Mehrheit des deutschen Volkes bedingen und gleichzeitig zu behaupten, die BRD sei ein SPD-Staat.<sup>8</sup> Es bleibt Selbstbetrug, wenn man das »Volk« immer dann zu einer »rechtspopulistischen Mobilisierung« oder »autoritären Tendenz« zurückstuft, sobald es Dinge will, die einem nicht in den Kram passen: Gransow/Offe sprechen z.B. von einem »mühsam

latent gehaltenen Wunsch nach physischer Liquidierung von Gewaltkriminellen« (563). Wieso »latent gehalten«? Aus jeder demoskopischen Umfrage ergibt sich doch durchaus manifest, daß eine Mehrheit des Volkes die Todesstrafe befürwortet! — Schließlich ist es nur die halbe Wahrheit, wenn man der SPD vorrechnet, sie habe kein »hegemoniales Projekt«. Das ist zwar richtig, aber die neue Linke hat doch auch keins...

## VI

Ist meine Argumentation stichhaltig, so ist der Spielraum der politischen Maschine der Bundesrepublik wesentlich kleiner, als Gransow/Offe unterstellen, und es läßt sich die Frage stellen, ob man von der SPD (oder irgend einer anderen etablierten Partei) überhaupt fordern sollte, daß sie sich selbst zum Kristallisationspunkt hegemonialer Projekte mache. Sind die Chancen für eine Erneuerung der politischen Kultur, für die Entfaltung von Phantasie und Initiative außerhalb der politischen Maschine nicht sowieso günstiger? Anders gefragt: sollten nicht Gransow/Offe und all die anderen lieber selbst ihre Phantasie spielen lassen?

### Anmerkungen

- 1 A. Touraine (1979): *Après socialisme*. Paris; A. Gorz: *Abschied vom Proletariat*. Frankfurt/M. 1980
- 2 Hierzu allgemein: K.W. Deutsch (1966): *The Nerves of Government*. New York/London
- 3 Gemeint ist also eine »Karte« der Umwelt des Akteurs, die ihm angibt, wie die Kausalrelationen liegen, die für sein Handeln relevant sind. Diese »Karte« kann natürlich falsch oder inadäquat sein. Vgl. hierzu R. Axelrod (1976): *The Cognitive Maps of Political Elites*. Princeton (N.J.)
- 4 Vgl. A. de Swaan (1973): *Coalition Theories and Cabinet Formations*. Amsterdam/San Francisco
- 5 Als die Koalition von Südstaatlern, Gewerkschaften und Ostküstenintellektuellen geschmiedet wurde.
- 6 Während z.B. eine Querkodierung durch Gegensätze von Sprachgemeinschaften das System bereits an den Rand der Unregierbarkeit treiben kann, wie in Belgien.
- 7 Vgl. R. Bahro (1977): *Die Alternative*. Köln, S.357
- 8 Während z.B. 1965 ein damals vielbeachtetes Buch mit dem Titel »Der CDU-Staat« erschien, an dem etwa W. Müller, O. Negt, K. Horn und J. Hirsch mitarbeiteten.

neu im Argument-Verlag

Ernesto Laclau

**Politik und Ideologie im Marxismus**

**Kapitalismus – Faschismus – Populismus**

Die Auffassung des Politischen und Ideologischen als eindeutig klassenbestimmt hat die Niederlage der marxistischen Arbeiterbewegung vor dem Faschismus mit verursacht: Nationalismus, Populismus usw. galten als »bürgerlich« und wurden dem Gegner überlassen. Laclau entwickelt erstmalig eine Theorie des Klassenkampfes im Politischen und Ideologischen, die diese als unkämpfbar begreift, ohne die Einsicht in die bestimmende Rolle der Klassenverhältnisse aufzugeben. Ein Anhang »Populistischer Bruch und Diskurs« (1979) gibt Einblick in die Theorieentwicklung Laclaus nach Erscheinen der englischen Ausgabe.

Übers. v. Gudrun Schmahl und Eckhard Volker. 200 S. incl. Glossar und Register. 34, – DM, Ln., ISBN 3-88619-028-5 18, – DM, br., ISBN 3-88619-027-7

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65

**ARGUMENT-VERLAG BERLIN**



## Regionalgeschichte: Neue Chancen für Gesellschaftsanalyse

Wer sich in den Buchläden der Bundesrepublik zur Zeit umschaut, kann feststellen: Heimat hat Konjunktur, Geschichte ebenso, Heimat-Geschichte also allemal. Im Zeichen einer wachsenden Zukunftsangst drohen die Auslagentische der Geschäfte unter einer Flut von Bildbänden und Heimatbüchern mit Titeln wie »Das alte X-Hausen« oder »Die gute alte Zeit in Y-Stadt« zusammenzubrechen. Als aufgeklärter Linker könnte man natürlich achselzuckend darüber hinweggehen, wenn sich nicht von Zeit zu Zeit in dieses allgemeine Konzert konservativer Nostalgie schrille Töne mischen würden. In wachsendem Maße entstehen Heimat- und Regionalgeschichten, die keineswegs den ungeteilten Beifall des Lesepublikums auslösen. Da in diesen die Geschichte des Ortes oder der Region nicht mehr als ständige Fortentwicklung zum Besseren geschildert wird, da hier die (Un-)Taten der politisch Verantwortlichen und wirtschaftlich Mächtigen aus der Sicht der Betroffenen dargestellt werden, erregen solche »Heimat«-Geschichten Anstoß, führen zu politischen Auseinandersetzungen. Im *Argument 126* haben wir versucht, einige Tendenzen einer solchen kritischen Regionalgeschichte nachzuzeichnen.

Zunächst sollen nun Verbindungen und Trennungslinien der besprochenen Ansätze skizziert und darauf aufbauend Entwicklungsperspektiven einer neuen Regional- und Heimatgeschichte formuliert werden. Ihr Potential im Hinblick auf eine Veränderung der lokalen politischen Kultur wird zu diskutieren sein. Die abschließenden Überlegungen zu den (Un-)Fähigkeiten neuer Regionalgeschichte, Heimat gesellschaftspolitisch und -philosophisch neu zu besetzen, werden hoffentlich Anlaß für eine Diskussion über den Heimatbegriff bieten.

### 1. Einheit, Vielfalt und Perspektiven einer neuen Regionalgeschichte

Bei der Skizzierung der »Tendenzen einer neuen Regionalgeschichte« in *Argument 126* hatten wir bereits die Frage aufgeworfen, ob es diese »neue Regionalgeschichte« als inhaltlich und methodisch erkennbare Einheit gibt. Im folgenden soll dieser Gedankengang nochmals kurz aufgenommen werden und die Lage auf dem Büchermarkt — soweit er Regionalgeschichte betrifft — kurz umrissen werden. Herkunft der Autoren, Quellenauswahl und thematische Eingrenzung zeigen in ihrer Vielfalt auf den ersten Blick ein eher diffuses Bild. Die Skala der Autoren reicht von Journalisten, Literaten, Volkskundlern bis zu Historikern verschiedener Richtungen. Neben dem traditionell ausgewerteten Aktenmaterial stehen neu erschlossene Quellen, wie etwa die mündliche Geschichte. Umfangreiche Bild- und Textdokumentationen und die neuartige Präsentation traditioneller Quellen (z.B. Jeggles Dorfspaziergang) lassen sich ausmachen. Regionale Arbeitergeschichte, Dorfgeschichte, »Heimatgeschichte«, »Demokratische Traditionen« kennzeichnen unterschiedliche thematische Interessen. Trotzdem gibt es — so meinen wir — jedenfalls in Ansätzen eine »neue Regionalgeschichte«, deren Vorteile und deren Defizite über Bestehendes hinaus im weiteren auf Entwicklungsmöglichkeiten eines neuen regionalgeschichtlichen Ansatzes verweisen.

Rekapitulieren wir kurz unter diesem Aspekt die Ergebnisse des ersten Teils (*Argument 126*).

1. Alle besprochenen Ansätze reflektieren in mehr oder weniger gelungener Form ei-

nen fundamentalen Perspektivenwechsel. Geschichte wird nicht mehr, wie meist noch in der traditionellen Heimatgeschichte von »oben«, aus der Sicht der Herrschenden, der Verwaltung geschrieben. Es ist Geschichte von »unten«, aus der Sicht der sogenannten kleinen Leute. Sie werden jedoch, und das unterscheidet diese Arbeiten wohlthuend von einer eher »sozialpflegerischen Geschichte«, nicht als willen- und wehrlose Objekte gezeigt, sondern durchaus als historische Subjekte. 2. Viele der Bücher verbindet der Versuch, sich auf die Lebenswelt und die Denkstrukturen der beschriebenen Menschen einzulassen. Die spezifische »Logik« des Lebenszusammenhangs wird gewissermaßen von »innen« heraus rekonstruiert. 3. Gemeinsam sind weiterhin Zweifel an bisher vorherrschenden Linearansätzen in der Geschichtswissenschaft, an allzu obrigkeitlich orientierter Quellenauswahl und -interpretation, an personalisierenden Interpretationsmustern. 4. Das Erkenntnisinteresse bei vielen dieser Arbeiten wird aus gleichen oder ähnlichen gesellschaftspolitischen Quellen gespeist. Viele der Autoren kommen aus der Studentenbewegung oder wurden von ihr entscheidend geprägt. Ökologiebewegung und Regionalismus der 70er Jahre gaben wichtige mittelbare und unmittelbare Impulse. 5. Bei den meisten besprochenen Arbeiten ist das Bemühen zu verzeichnen, enge Fachgrenzen zu überwinden und Methoden und Erkenntnisse anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen wie Soziologie, Psychologie oder Volkskunde in die historische Forschungsarbeit zu integrieren. 6. Schließlich versuchen die Autoren, ihre Erkenntnisse in einer verständlichen Sprache zu schreiben, um über den akademischen Bereich hinaus verstanden zu werden.

Insgesamt scheint es uns angesichts der angeführten Gemeinsamkeiten gerechtfertigt, von einer »neuen Regionalgeschichte« zu sprechen — zwar nicht im Sinne einer klar abgegrenzten »Schule« regionaler Geschichtsschreibung, doch in dem einer deutlich erkennbaren Tendenz in der Sozialgeschichte. Eine »Schule« regionaler Sozialgeschichte als regionale Gesellschaftsanalyse unter der Prämisse der Wiedergewinnung gesellschaftlicher Ganzheit (s. *Argument* 126, S.242) müßte, diese Ansätze aufnehmend und weiterentwickelnd, folgende Perspektiven einbeziehen:

Regionale Gesellschaftsanalyse muß anstreben, alle Segmente der regionalen Gesellschaft in ihrer Beziehung zueinander zu erfassen. Insofern darf sie sich nicht auf die Analyse einer sozialen Klasse beschränken, da die Entwicklung einer Klasse der regionalen Gesellschaft nur im Zusammenhang und unter Aufarbeitung der Auseinandersetzung mit den anderen Teilen der Gesellschaft verständlich werden kann.

Diese Auseinandersetzungen und daraus sich ergebende gesellschaftliche Entwicklungen erfassen Alltag in all seinen Verzweigungen. Deshalb ist die Aufarbeitung des Alltags in seiner konkreten Totalität notwendig.

Regionale Gesellschaftsanalyse darf nicht mehr einfach Strukturanalyse sein, sondern muß dem Menschen als handelndes und dulndendes Subjekt seinen Platz wiedergeben, also gesellschaftliche Entwicklung in der Verbindung von Individuum und Struktur, in Gleichlauf, Ungleichzeitigkeit und Gegensätzlichkeit von beiden betrachten.

Regionale Gesellschaft entwickelt sich nicht autonom, sondern in Auseinandersetzung mit und im Rahmen makrogesellschaftlicher Verflechtungen. Regionale Gesellschaftsanalyse darf also nicht in den Fehler einer hermetischen Betrachtungsweise verfallen, welche die Region bzw. Gemeinde als Abgeschlossenes betrachtet, und Interdependenzen von regionaler und Makrogesellschaft nicht angemessen berücksichtigt.

Regionale Gesellschaftsanalyse ist notwendigerweise Langzeitanalyse. Auch die Be-

handlung eines kurzen Zeitraums oder eines einzelnen historischen Gegenstands macht die Berücksichtigung langzeitlicher Aspekte notwendig, da gesellschaftliches Handeln nicht einfach situativ, sondern von Kontinuitäten und Kontinuitätsbrüchen geprägt ist.

Eine regionale Gesellschaftsanalyse muß sich — und aufgrund der geographischen Begrenzung ist sie dazu in der Lage — auf alle verfügbaren Arten von Quellenmaterial stützen, um konkrete Totalität empirisch zu entfalten. Akten, Zeitungen, Biographien, mündliche Überlieferung sollten nebeneinander verwandt werden, ihre unterschiedlichen Blickwinkel sich im positiven Fall ergänzen oder konterkarieren.

Wer jetzt ob der Schwere dieser Forderungen laut aufstöhnt, dem sei zur Beruhigung gesagt, daß wir sie als idealtypische erkenntnisleitende Postulate verstehen, denen anzunähern sich neue Regionalgeschichte bemühen sollte.

## **2. Regionalgeschichte und Hegemonie:**

### **Auswirkungen der »neuen Regionalgeschichte« auf die lokale politische Kultur**

In ihrer Tendenz wirkt die »neue Regionalgeschichte«, wie wir sie ansatzweise in Kapitel 1 und in *Argument 126* beschrieben haben, als Herausforderung der ideologischen Hegemonie und des Selbstverständnisses großer Teile des lokalen Bürgertums:

Durch das Aufzeigen verschütteter, verdrängter Alternativen und blockierter Entwicklungen wird die Entwicklung zum heutigen Zustand der lokalen Gesellschaft ihres scheinbar zwingenden, oft harmonistisch verbrämten Charakters entkleidet. Die Gegenwart wird als historisch gewordene, also auch veränderbare erfahrbar.

Durch das Aufspüren demokratischer Traditionen und Widerständigkeiten werden Identifikationsangebote und Anknüpfungsmöglichkeiten für eine Geschichte der Beherrschten geschaffen, die die Arbeiter und unteren Volksschichten aus ihrer Objektrolle, in der sie in der Geschichte der Herrschenden immer verbleiben, heraushebt (Peukert, 1978, 558/9).

Die Wirkung der »neuen Regionalgeschichte« auf die lokale politische Kultur kann umso nachhaltiger sein, je mehr die Aufarbeitung lokaler/regionaler Geschichte in aktuelle Auseinandersetzungen vor Ort einbezogen ist und über die Auseinandersetzungen eine Diskussion zur eigenen Geschichte und zum eigenen Selbstverständnis in Gang kommt. So regten beispielsweise vielerorts Altstadtsanierungen und ihre sozialen Folgen zu Arbeiten über die Geschichte dieser Altstadtviertel an, was seinerseits das Selbstbewußtsein der Bewohner dieser Altstadtviertel stärkte. Auch Diskussionen über Benennungen von Straßen, Schulen usw. können durchaus regionalhistorisches Interesse wecken und auf die lokale politische Kultur einwirken. In Freiburg entfachte z.B. die Forderung verschiedener Organisationen nach einer Ehrung des ehemaligen Reichskanzlers und Zentrumspolitikers Josef Wirth zu dessen 100. Geburtstag im September 1979 eine lebhafte Diskussion, die weit über Freiburg hinaus Wellen schlug. Insbesondere die lokale CDU wie auch die Stadt Freiburg (Wirths Geburtsstadt) hatten ihre Schwierigkeiten, den linken Zentrumsmann und Förderer der deutsch-sowjetischen Verständigung (Rapallo 1922), der nach 1945 die Westintegration der Bundesrepublik bekämpft hatte, in ihre Tradition einzubeziehen und Josef Wirth posthum eine angemessene Ehrung erfahren zu lassen (Erlor/Sattler 1980).

Die Verfasser regionalhistorischer Literatur, die ihre Ergebnisse in die lokale politische Kultur einbringen wollen, sehen sich mit (scheinbar) widersprüchlichen Anforderungen konfrontiert: Einerseits müssen sie sich, falls sie im Wissenschaftsbetrieb stehen, wissen-

schaftlich ausweisen, andererseits versperren aber die damit meist verbundenen Unsitten (unverständliche Fachsprache, Fußnotenflut, wenig lebendige Darstellung etc.) einem breiteren nichtakademischen Publikum den Zugang zu der Arbeit. Daß dieses Dilemma allerdings lösbar ist, zeigt *Jeggles* »Kiebingen — eine Heimatgeschichte«, wo überzeugend wissenschaftliche Vorgehensweise mit verständlicher Sprache verbunden wird. So konnten selbst im kleinen Kiebingen rund 100 Exemplare des Buches verkauft werden. Die Forderung nach populärer, nicht popularisierender Schreibweise ist also unverzichtbar, will man in der Gemeinde/Region, über die man schreibt, auch etwas bewirken.

Die Möglichkeiten einer »neuen Regionalgeschichte« hängen jedoch nicht allein von Sprache und Vermarktung ab. Bücher dieser Art stoßen gerade in der Region, für die sie geschrieben sind, auf mannigfache Widerstände. Dies liegt vor allem daran, daß solche Literatur Anstoß erregt, die Gemeinde »ins Gerede« bringt. Dazu ein konkreter Fall aus unserer eigenen Erfahrung: Der Ausdruck »Provinzialisierung« im Titel des von *G. Zang* herausgegebenen Bandes »Provinzialisierung einer Region« (Zang 1978) stieß auf Ablehnung, weil potentielle Käufer des Buches diesen Begriff als Abqualifizierung ihres heimatlichen Lebensraumes mißverstanden, während ihn die Autoren als wissenschaftlichen Begriff einführen wollten. Noch krasser reagierte die Schwarzwaldgemeinde Triberg auf ein Buch, in dem in einzelnen Beiträgen die Geschichte Tribergs aus der Sicht der Unterschichten erzählt wird (Jahresringe 1980). Insbesondere der Beitrag über die Zeit des Faschismus erregte den Zorn der Bürger: Dort wird u.a. über einen Transport von 300 russischen Kriegsgefangenen berichtet, die am Ende des Krieges von der Stadt nicht aufgenommen wurden und daher möglicherweise einer Massenerschießung zum Opfer fielen. Gegen die entsprechende Passage des Buches geht die Triberger Stadtverwaltung nun sogar mit rechtlichen Mitteln vor (Sattler 1981). Insgesamt bildet die Zeit des Nationalsozialismus eine besonders heikle und konflikträchtige Phase jeder Lokalgeschichtsschreibung (Rebentisch 1981, 127ff.). Erfahrungen, wie schwer für diese Zeit an Informationen zu kommen ist und wie groß das Mißtrauen bei Behörden und Archiven gegenüber neugierigen Fragern oft sein konnte (z.B. Verweigerung der Akteneinsicht unter dem Vorwand des Personenschutzes), machten auch viele Schülergruppen, die sich am Aufsatzwettbewerb des Bundespräsidenten zum Thema »Alltag im Nationalsozialismus« beteiligen wollten (Schülerwettbewerb 1980). — Abgesehen von solch offener Konfrontation wie im Fall Triberg, versuchen die offiziellen traditionellen Kulturträger, ihre Hegemonie gegen die neue Konkurrenz auf verschiedene Weise zu verteidigen. Die erste Strategie ist die des Totschweigens und Ignorierens. Dazu gehört einmal das Verweigern von Druckkostenzuschüssen, was in vielen Fällen bereits zur Verhinderung oder zumindest Verzögerung von Publikationen führte. Man will mit den Ergebnissen nichts zu tun haben. Am Beispiel eines Bibliothekars aus dem schleswig-holsteinischen Kaltenkirchen läßt sich das illustrieren. Zuerst hatte die Gemeinde für ein geplantes Buch mit dem Titel »Zwölf wiedergefundene Jahre« einen Zuschuß versprochen, der auch schon für eine Broschüre über das KZ-Außenkommando Kaltenkirchen gewährt worden war. »Doch auf einmal blätterte viel neuer Putz von alten Fassaden: Angesehene Mitbürger waren stramme Nazis gewesen, 51% der Kaltenkirchener hatten schon 1930 Hitler gewählt ... Und alle wußten von einem KZ-Lager in der Nähe ... Das Buch kommt vielleicht nie heraus, der Zuschuß wurde inzwischen gestrichen. So hatte man sich die geschichtliche Aufarbeitung nicht gedacht.« (Südkurier, 18.10.1980) Inzwischen ist das Buch zwar erschienen, aber wohl ohne Zuschuß der Stadt (Koch 1980).

Ähnlich verliefen die Auseinandersetzungen um die Veröffentlichung einer Arbeit über die KPD-Kommunalpolitik am Ende der Weimarer Republik in Solingen dar (Wünderich 1980). Zunächst war von der Stadt Solingen dem Autor die Veröffentlichung seiner Arbeit in der stadtgeschichtlichen Reihe »Anker und Schwert« zugesichert worden. Dann erhob sich jedoch massiver Widerstand bei den Gemeinderatsfraktionen der CDU und FDP, die dem Autor »Einseitigkeit« und »neo-marxistisches Gedanken-gut« vorwarfen. Trotz Einsatz des Solinger Kulturamtsleiters und positiver wissenschaftlicher Gutachten für die Arbeit, war der Gemeinderat nicht umzustimmen. In diesem Fall lösten die Auseinandersetzungen auch heftige Debatten in der lokalen Öffentlichkeit aus (Solinger Morgenpost 1980). In der Regel aber reagiert die lokale Öffentlichkeit gar nicht oder mit Verzögerung. Lokalzeitungen halten sich in ihrer Berichterstattung zurück, obwohl sie sonst über alles die Gemeinde betreffende Schriftgut in epischer Breite berichten. Man weicht einer kontroversen, aber vielleicht fruchtbaren Diskussion aus. Das freilich bedeutet: Man weicht »unliebsamen« Aspekten der eigenen Geschichte aus. Läßt sich diese Strategie des Totschweigens nicht durchhalten, weil die Arbeit doch publik geworden ist, kann man eine andere beobachten: Man versucht, mit Hilfe des Marxismus- und Kommunismusverdachts die Veröffentlichung in eine Ecke zu drängen, die einem die weitere Diskussion erspart. Sie ist nicht mehr diskussionswürdig, eine inhaltliche Diskussion wird so wieder vermieden.

Da wir versucht haben, aus den Erfahrungen mit der Vermittlung regionalhistorischer Ergebnisse in der Region Konsequenzen zu ziehen, sollen diese Erfahrungen kurz geschildert werden. Der schon oben genannte Band »Provinzialisierung einer Region« wurde im Herbst 1978 in einer Konstanzer Buchhandlung vorgestellt. Es fanden zwei Leserdiskussionen statt, das Publikum kam jedoch vorrangig aus dem universitären Bereich. Welche Schwierigkeiten einer Verbreitung über diesen Kreis hinaus entgegenstehen, wurde trotzdem deutlich: Aufmachung und Preis wirkten, zumindest am konventionellen Käufer- und Leserverhalten gemessen, nicht förderlich, einzelne Beiträge waren für den Normalleser theoretisch überfrachtet. Zumindes ein Teil der Gründe, die einer breiteren Rezeption entgegenstanden, waren also letztlich selbstverschuldet. Um solche Fehler in Zukunft rechtzeitig zu erkennen und gleichzeitig aus dem Universitätsghetto wenigstens teilweise auszubrechen, wurde in Konstanz ein Verein »Arbeitskreis für Regionalgeschichte e.V.« gegründet. In erster Linie sollten Lehrer und interessierte Laien angesprochen und zur Mitarbeit gewonnen werden. In den Sitzungen des Vereins werden Arbeiten zur Regionalgeschichte vorgestellt, bei Wanderungen und Stadtführungen die jeweilige, bisher vernachlässigte Geschichte aufgearbeitet (z.B. Stätten des Bauernkrieges in der Region etc.). Der Verein hat außerdem die Aufgabe, kleinere Arbeiten in Broschürenform herauszugeben, mit einer Arbeit über die Entstehung der Sozialdemokratie in Konstanz 1869-1878 wurde ein Anfang gemacht (Zang 1980). Die Erforschung der Lokalgeschichte in Arbeitskreisen und die Unterstützung von Geschichtslehrern bei der Konkretisierung ihres Geschichtsunterrichts sind weitere Ziele. Hilfe erhielt so z.B. eine Konstanzer Schülergruppe bei ihrer Arbeit über ein Altstadtviertel, die inzwischen ebenfalls als Broschüre veröffentlicht wurde (Faden 1980). Die Zusammenarbeit mit lokalen Gewerkschaftsgliederungen und Parteien, örtlichen Vereinen soll ebenfalls zur Verbreitung kritischer Regionalgeschichte beitragen. Ebenso bietet die Durchführung von ausgedehnten »Oral History«-Programmen und Befragungen nicht nur eine Möglichkeit, sich in die lokale Gesellschaft einzubringen, sondern trägt auch zur Sicherung

mündlicher Quellen bei. Vereine oder Arbeitskreise ähnlicher Art gibt es auch in anderen Städten, Beispiele sind die »Geschichtswerkstatt« in Berlin sowie die an verschiedenen Orten mittlerweile gegründeten »Franz-Mehring-Gesellschaften« (z.B. Stuttgart), die sich, wie die Stuttgarter, der Erforschung der Demokratie- und Arbeitergeschichte widmen.

Bei dem Versuch, Geschichte den Betroffenen zurückzubringen und längerfristig Geschichtsschreibung selbst zu »demokratisieren«, d.h. die Betroffenen anzuleiten, ihre Geschichte selbst aufzuarbeiten, wie es derzeit in Schweden mit der »Grabe wo Du stehst«-Bewegung und in England mit den »History Workshops« schon ansatzweise der Fall ist, sollte es nicht nur um eine Veränderung der Wissenschaft, sondern vielmehr um eine Verbindung von Wissenschaft und politisch-kulturellem Engagement gehen. Dabei müssen auch, will die »neue Regionalgeschichte« über das Bildungsbürgertum hinaus wirksam werden, neue Formen der Vermittlung historischer Ergebnisse gesucht und entwickelt werden. Erste diskussionswerte Schritte dazu sind durch Ausstellungen (z.B. Arbeiterkultur 1918-1934 in Wien) und alternative Stadtführer (Berlin) schon getan.

### 3. Regionalgeschichte in der Schule

#### 3.1 Wandel des Heimatbegriffs in den Lehrplänen?

Im alten Bildungsplan für die Mittelschulen Baden-Württembergs vom 29.4.1963 hieß es in den allgemeinen Leitgedanken: »Die Schüler sind in Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Gewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen.« (Artikel 12) »Erziehung und Unterricht erfolgen auf der Grundlage christlicher und abendländischer Kulturwerte und sind durchdrungen vom Geiste der Duldsamkeit und der sozialen Ethik.« (Artikel 16 und 17; Bildungsplan, 5) Und speziell im Fach Geschichte ist z.B. der Bezug zur »Heimat« so dargestellt worden: »Die Heimat- und Landesgeschichte ist überall dort einzubeziehen, wo sie durch ihre Ereignisse und Persönlichkeiten, ihre Zeugnisse und Quellen den gesamtgeschichtlichen Verlauf beispielhaft veranschaulichen kann.« (ebd., 78) Kostprobe aus der Erdkunde: »Der Einblick in den Bau des Weltalls soll im Schüler Staunen und Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung wecken.« (»Bildungsziel«) ... »Der Erdkundeunterricht muß immer wieder an die Heimatlandschaft anknüpfen. Dabei müssen dem Schüler Sinne und Herz für deren künftige Beobachtung und Betrachtung aufgeschlossen werden ...« (»Bildungsweg«; ebd., 89). Die konkrete Ausgestaltung der im Geschichts- und Erdkundeunterricht aufgestellten Leitlinien des zu verwirklichenden Heimatprinzips (vgl. 79, 89) schien dann im Musikunterricht in den alten Liedern zum Ziel zu kommen. »Ich hab mir mein Weizen am Bergl gesäet« und »Grüß Gott, du schöner Maien«; solcherart Lieder sind fünf pro Schuljahr auswendig zu lernen, schrieb der Bildungsplan vor (ebd., 129, 132, 133).

In den erdkundlichen Lehrbüchern lagen Stadt und Land einträchtig beisammen. Keines schien das andere zu stören, es gab keinen Stadt-Land-Gegensatz, und Umweltverschmutzung war noch kein Thema. Stadt und Land bildeten nahezu eine sanft ineinander übergehende, fast ideale Harmonie, — harmonisch auch in der Beschreibung des historischen Wandels. Das Lied »Kein schöner Land in dieser Zeit« kommt einem wie von selbst von den Lippen. Mit der schönen Heimat im Rücken konnte man getrost und

mutig in die Welt schreiten. In den neuen Lehrplänen dagegen ist die Heimatkunde als moralisierende und beschönigende Instanz verschwunden. Der baden-württembergische Bildungsplan für die Grundschulen von 1977 läßt dem Lehrer theoretisch die Möglichkeit, Heimat ohne Einschränkung auf bestimmte sittlich-religiöse Grundlagen nach bestem wissenschaftlichen wie pädagogischen Wissen und Gewissen, sowie nach grob vorgegebenen Strukturmustern abzuhandeln. Unter den Zielen des Sachunterrichts, der die Heimatkunde ersetzt, wird gefordert, »Erscheinungen der Lebenswirklichkeit auch in geschichtlich-kulturellen Zusammenhängen sehen zu lernen«. Es ist versachlichend die Rede von »besonderer Berücksichtigung heimatlicher Bezüge« (Bildungsplan, 85).

Man sieht, vor die traute Heimat- und Naturbeschwörung haben sich andere Probleme geschoben. Die zugespitzte ökonomische und gesellschaftlich-moralische Krise des Systems sowie der in enger Verbundenheit von Staat und Kapital initiierte Modernisierungs-, Effektivierungs- und Zentralisierungsschub findet verspätet seinen widersprüchlichen und verzerrten Niederschlag im soziologisch verschlüsselten Ton der Bildungs- und Lehrpläne. Kommunikationstheorie in Deutsch (ebd., 19ff.), die Handlungsbereiche Familie, Schule, Wohnen usw. im Sachkundeunterricht (ebd., 85) gehören in gewisser Weise zum alle Bereiche umfassenden »Krisenmanagement« des Systems. Dies letztendlich in der Absicht, die individuelle und zwischenmenschliche Störanfälligkeit im krisengeschüttelten gesellschaftlichen Getriebe herabzusetzen. Recht signifikant erscheint z.B. die Anpassung der Unterrichtsinhalte und Ziele im neuen Fach Weltkunde in »Vorläufige Lehrpläne für die Klassen 5 und 6 der Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien der Normalform«. Zur didaktischen Konzeption heißt es: »Die Gestaltung des Lebensraumes steht jedoch in der ständigen Diskussion der gesellschaftlichen Gruppen. Um den Schüler in ein sachgerechtes und mitmenschliches Verhältnis in diesem Bereich einzuführen, ist es notwendig, den Unterricht in Weltkunde so zu gestalten, daß er dem komplizierter werdenden Verhältnis zwischen Raum und Gesellschaft besondere Beachtung schenkt« (ebd., 62). Natursysteme (Klima, Untergrund u.a.), sozioökonomische Systeme (Staaten u.a.), Gruppen (Ziele, Bedürfnisse u.a.), Daseinsfunktionen (in Gemeinschaft leben, wohnen, arbeiten, sich erholen, sich versorgen, am Verkehr teilnehmen, sich bilden) und Raumsysteme bzw. Raumausprägungen (natur- und sozioökonomische Faktoren) werden in einem graphischen Verbund angedeutet. Der geographische Raum wird unter dem Aspekt von Wohnsiedlungen, Verkehrslinien und Erholungsräumen betrachtet. Die Lernbereiche sind jetzt realistischerweise: Orientieren in der Welt, Gefährdete Umwelt, Freizeit- und Erholungsräume, Landwirtschaft und Ernährung, Industrie, Rohstoffe, Energie, Verkehrsteilnahme und Verkehrsräume, Wohnstandorte und Siedlungsräume (ebd., 62, 63).

Die beschriebene »Versachlichung« der Lehrpläne war die Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen seit Mitte der sechziger Jahre. Diese Veränderungen führten im Hauptschulbereich zu einer Situation, die mit dem Schlagwort »Hauptschule als Restschule« umschrieben wird: hohe Mißerfolgsquoten bei Hauptschülern, steigende Jugendarbeitslosigkeit für Hauptschulabgänger, Verschlechterung des Schulklimas (»Vandalismus«) usw. Die bundesdeutsche Bildungsverwaltung begriff diese Tendenzen aber nicht als Folgen der sozioökonomischen Veränderungen, sondern versucht seit einiger Zeit, die »Defekte« innerbetrieblich zu »reparieren«. Weiterhin wird gerade von konservativen Ideologen (»Mut zur Erziehung«) die sozialintegrative Kapazität der zunächst als »entmythologisiert« und »entideologisiert« gefeierten Lehrpläne der 70er Jahre in Frage

gestellt. Flankiert von Lehrerarbeitslosigkeit als Drohmittel und politischer Überwachung sollen nun auch im Lehrplanbereich 'alte Werte' wieder in ihr Recht eingesetzt werden. Heimatgeschichte soll wieder eine bruchlose Identifikation mit der gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt herstellen — auch wenn diese schon teilweise zerstört ist. Die Entwicklung in Baden-Württemberg ist ein Lehrbeispiel dafür. Am 18.7.1980 wandte sich die CDU-Landtagsfraktion mit einer großen Anfrage zum Geschichtsunterricht an die Landesregierung. Diese antwortete am 15.12.1980 mit einer ausführlichen Bestandsaufnahme (Landtagsdrucksache 8/782). Darin wird der Landes- und Regionalgeschichte eine wichtige illustrative Funktion zugeschrieben. Der Geschichtsprozeß wird als klar und seine Ergebnisse als gut vorausgesetzt. Geschichte wird erschlossen in Gestalt ringförmiger Räume, vom großen zum kleinen Ereignis hierarchisch geordnet. Insgesamt werden Ziele und Inhalte des Geschichtslehrplans als »ausgewogen und angemessen« bezeichnet, da »monokausale und andere einseitige Betrachtungsweisen nicht vorhanden sind«. Damit gibt sich G. Mayer-Vorfelder noch nicht zufrieden. Auf dem CDU-Landesparteitag am 5.7.1981 forderte er außerordentlich aggressiv (wie auch von bürgerlichen Zeitungen vermerkt) ein bildungspolitisches Roll-back. Die Gesellschaft soll an »christlichen Werten« (im CDU-Sinne) ausgerichtet werden. Die Heimatkunde, die er in der Schule wiederbeleben möchte, soll zur Durchsetzung dieser Werte einen entscheidenden Beitrag leisten (Stuttgarter Zeitung vom 6.7.1981).

### 3.2 Praxis kritischer Regionalgeschichte: Möglichkeiten für den Schulunterricht

Dieser Abschnitt kann die mannigfaltigen Schwierigkeiten und Probleme, die der Realisierung eines von uns aus gesehen fortschrittlichen Heimatunterrichts in politischer, organisatorisch-struktureller und didaktisch-methodischer Hinsicht usw. entgegenstehen, nicht annähernd erschöpfend behandeln. Trotzdem: Ein Beispiel aus dem besprochenen Buch über die Unterstadtbewohner Tübingens im 19. Jahrhundert soll illustrieren, wie Veröffentlichungen der neuen Regionalgeschichte dazu beitragen können, Problembewußtheit von Schülern auf dialektische Weise zu schulen (Das andere Tübingen). Das Aufeinanderprallen gegensätzlicher Interessen zeigt besonders eindrücklich die Episode eines Streits um ein Gebiet, das den Unterstadtbewohnern als Allmende diente. Um die Nutzung dieses Gebietes kam es nacheinander zum »Weide- und Pappelkrieg« in der lokalen Presse. In Leserbriefen bekundete anlässlich der Abholzung der Pappeln zur landwirtschaftlichen Nutzung durch die Weinbauern der Ästhetikprofessor *Theodor Vischer* sein Interesse an einem Spaziergang unter Pappeln. Frühes Umweltschutzbemühen oder Privileg? Im Unterricht könnte der diesem Konflikt zugrundeliegende soziale Gegensatz und die Wandlung des Naturverständnisses unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen veranschaulicht werden. Für die Weinbauern war die Nutzung des Gebietes als Allmende von elementarem Lebensinteresse, für Professoren und Studenten bedeutete es Naherholungsraum, wo der von der Landwirtschaft erzeugte »Dreck« sie nun beim Lustwandeln und Reflektieren stören würde.

Ein exemplarischer Unterricht, der sich an der Dialektik der Tübinger Dokumentation inspiriert, vermag — wir argumentieren hier wie im folgenden idealtypisch — die wesentlichen Verzweigungen eines bestimmten geschichtlichen Abschnitts in seiner ganzen Komplexität auf spannende Weise konkret anschaulich zu machen, und er könnte umso mehr von Erfolg gekrönt sein, wenn es sich um die Vertrautheit und Bekanntheit der jeweils eigenen Umgebung handelte. Das historische Subjekt, in diesem Fall der



Schüler, hätte von der Basis des eigenen, schon weithin bekannten Lebensraumes die größten Möglichkeiten, diesen in seiner ganzen vielfältigen Bedingtheit für sich greifbar zu machen. Ein Unterricht, der sich diesen Möglichkeiten der Vermittlung sowohl inhaltlich als auch methodisch bedient, legt eine Grundlage für ein neues Selbstverständnis: daß geschichtliches Wissen zur realistischen Erkenntnis der Lebensgrundlagen und der sich darauf aufbauenden lokalen Gesellschaft führen kann. Das verschont vor der trügerischen Illusion einer falschen Idylle und befähigt — berücksichtigt man den widersprüchlichen kulturellen Eigencharakter des Regionalen —, zur Schaffung einer neuen, bewußteren Identität.

#### 4. Heimat und Identität — Chancen und Gefahren einer neuen Regionalgeschichte

Fragt man nun nach den Chancen, Funktionen, aber auch Gefahren der »neuen Regionalgeschichte«, so stößt man hierbei auf die Kategorien »Heimat« und »Subjektivität«. Denn regionale Gesellschaftsanalyse als Wiedergewinnung gesellschaftlicher Ganzheit, als eine Voraussetzung der Aufhebung gesellschaftlicher Entfremdung führt uns zum Heimatbegriff — nicht umsonst tritt der Begriff der »Heimatgeschichte« gerade unter diesem Vorzeichen wieder aus der Versenkung. Wir haben hier nicht die Möglichkeit, die in letzter Zeit neubelebte Heimatdiskussion ausführlich darzustellen, wollen aber einige zentrale Gesichtspunkte dieser Diskussion erwähnen. Wesentlicher Bestandteil der jüngeren Diskussion ist die Frage nach früheren Bedeutungen, Wertungen und Nutzungen der »Heimat«.

Im »Heimat-Almanach« des Hammer-Verlages weist *H. Kundler* darauf hin, daß der Heimatbegriff vom Nationalsozialismus und von den Heimatvertriebenen stark mißbraucht worden sei. »Heimat« sei als »systemkonformes Herrschaftsidiom vereinnahmt« (Kundler 1980, 63). Kann man damit die Akte Heimat schließen? Wir meinen — nein. Hinter der seit einiger Zeit verstärkt geführten Heimatdiskussion stecken konkrete Probleme, die in zweifacher Hinsicht wichtig sind: Der Konflikt Zentralstaat — Region, der zur Zeit in den Auseinandersetzungen um Großtechnologien (Atomkraft u.a.) und Verkehrspolitik (Autobahnen, Startbahn-West) aufbricht, weist über diese Auseinandersetzungen hinaus. Von ihren bürgerlichen Gegnern hatte die Arbeiterbewegung — die deutsche in besonderem Maß — die zentralstaatliche Orientierung übernommen. Veränderungen sollten zentral durchgesetzt werden. Dieser zentralistischen Veränderungsstrategie fielen nicht nur regionale Bewegungen im engeren Sinn zum Opfer. Auch genossenschaftliche, gewerkschaftliche und kommunale Basisinitiativen wurden untergeordnet und so oft gelähmt; der Kommunalpolitik sprach man lange Zeit überhaupt den politischen Stellenwert ab (Knüpfer 1979). Gerade angesichts der zunehmenden Wichtigkeit von neuen sozialen Bewegungen kann eine Diskussion über die Heimat als kommunaler und regionaler Lebensbereich dazu beitragen, die zentralistisch-staatsbezogene Orientierung der Arbeiterbewegung zu überwinden. »Eine Heimat- und Regionalbewegung von unten« (Bosch 1980, 77) birgt auch Widerstandspotentiale gegen Umweltzerstörung, Zentralisierung und kapitalistische Rationalisierung in sich. Positiv gewendet, kann aus der Heimatdiskussion ein Plädoyer für die lokale und regionale Verankerung der Linken werden — »Beheimatung« im Sinn des Einlassens auf die konkrete Umwelt und ihre Probleme (Beispiel: Stadtteilarbeit).

In der neueren Heimatdiskussion (z.B. Greverus 1979; Bausinger 1978; Jeggle 1980; Hey 1980) zeigte sich, daß Heimat mit Defizit, Verlust zu tun hat. Ein Begriff von Hei-

mat wird gebildet und artikuliert, wenn das, was er bezeichnet, bedroht ist. Heute ist räumlich-soziale Identität aufgrund erzwungener Mobilität, Zersiedlung, »Sanierung« usw. in Auflösung begriffen. Psychische und soziale Heimat wird durch Entfremdung und Vereinzelung im Produktions- und Reproduktionsbereich verunmöglicht. Wie wir in *Argument 126* verdeutlicht haben, ist inzwischen auch Konsumismus und scheinbarer Wohlstand nicht mehr in der Lage, diese Identitätsprobleme zu kompensieren. »Politische Heimat« hatten im 19. Jahrhundert die Liberalen, das Zentrum und die Sozialdemokratie zu schaffen versucht. Für die Arbeiterschaft sollte die neue »Heimat« die Entheimatung durch die kapitalistische Produktionsweise kompensieren. Sozioökonomische Entwicklungen und die Anpassungsstrategie der SPD ließen nach dem 2. Weltkrieg diese »Heimat« verschwinden.

Wichtig ist zu erkennen, daß diese Defizite zusammenhängen: Sie resultieren allesamt aus der spezifischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Erkenntnis dieses Zusammenhangs muß gegen einen verengten Politikbegriff gewendet werden. Aus einer »Politisierung«, d.h. eines bewußten Verständnisses und einer Bemächtigung aller Bereiche des Alltagslebens (Beispiel: Wohnen) kann Heimatgewinnung werden. Räumliche, soziale, psychische und politische Heimat müssen zu einem Ganzen werden.

»Heimat« im umfassenden Sinn, weist als strategische Vorgaben in die Zukunft, beinhaltet den Vor-Schein eines Lebens und einer Gesellschaft, die wir anstreben. Ernst Bloch hat das schon 1959 so formuliert:

»Marx bezeichnet als sein letztes Anliegen 'die Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur'; dieser menschliche Reichtum wie der Natur insgesamt liegt einzig in der Tendenz-Latenz, worin die Welt sich befindet — vis-à-vis de tout. Mit diesem Blick also gilt: Der Mensch lebt überall noch in der Vorgeschichte, ja alles und jedes steht noch vor der Erschaffung der Welt, als einer rechten. Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.« (Bloch 1968 , 1628)

Wir stellen heute — als Reaktion auf gesellschaftliche Entwicklungen — eine Renaissance des Begriffes »Heimat« (wohlgernekt des Begriffes — aber mit anderen Inhalten), der »Heimatgeschichte« fest. Heimat schaffen im einen oder anderen Sinne wollen wir alle: Ökologen, Hausbesetzer, Antimilitaristen, Alternative, die Linke allgemein. Orte — irgendwo, konkrete Utopien, in denen wir »ganze Menschen« sein können und Entfremdung aufgehoben ist, stehen uns im Sinn, wir fühlen uns — vergleichen wir ruhig mit Christa Wolfs Kleist und Günderode (Wolf 1979) — in dieser Welt durchaus fremd. Wenn wir heute also von »Heimat« reden, so meinen wir damit eine Welt ohne Entfremdung zwischen uns und unserer Umwelt, zwischen uns und in uns selbst. Wir meinen damit die Durchbrechung etwa jener von Reto Häny beschriebenen »zweiten Realität«: »... ihre eigene Haut nicht mehr spürend, ist ihnen (den friedlichen Bürgern) die Spiegelung fremder Geschäfte und nobler Cafés teurer Ersatz geworden, zu schützende Hülle ...« (Häny 1981, 141). Heimat ist also durchaus die Forderung nach einer Ganzheit, die der konservative Heimatbegriff ebenfalls für sich beansprucht. Aber wir gelangen dorthin nicht durch rückwärtsgewandte Idyllisierung, Eingrenzung, Abkapselung, sondern indem wir die Konflikte, Widersprüche dieser Gesellschaft und unsere eigenen suchen, zeigen, durchkämpfen. Und zwar überall: Heimat ist nicht nur in der Reproduktion, der »Freizeit« zu schaffen — wir müssen auch unseren Ort in der Arbeit wiederfinden.

Ziel ist so die »Wiedergewinnung von Heimat« in einem doppelten Sinne: der Heimat-Geschichte und zum zweiten durch diese Wiederentdeckung die Herausarbeitung der utopischen, zukunftsorientierten Komponente des Heimatbegriffs im Bloch'schen Sinne. Dieser zweite Aspekt zielt darauf ab, den Monopolanspruch der Rechten auf Heimat in Frage zu stellen. Daß ein derartiges Vorhaben nicht völlig aussichtslos ist, zeigt der immer deutlicher zutage tretende Widerspruch zwischen der offiziellen Heimatpflege der von der Rechten geförderten Heimat-Vorzeige-Kultur und der von ihr betriebenen »modernen« Politik, die im Begriff steht, die letzten Reste »heimatlicher« Strukturen zu zerstören. Dieser Widerspruch wird in lokalen/regionalen Konflikten deutlich und auch von wachsenden Teilen der Bevölkerung erkannt, was sich u.a. an den regionalen Wahlerfolgen der Grünen/Bunten und an der Bürgerinitiativbewegung zeigt. Die vielgestaltige Alterantivkultur stellt auch in der Provinz die traditionelle ideologische Hegemonie in Frage.

Kritische regionalhistorische Vereine und deren Publikationen, die allen Interessierten offenstehen, und die in der Lage sein müßten, vom akademischen Wissenschaftsbetrieb die Brücke zum gesellschaftlichen Alltag zu schlagen, sind dabei wichtig für die Weckung eines neuen historischen Bewußtseins als Voraussetzung selbsttätigen Handelns. In diese Richtung weist auch praktisches Engagement im Sinne der Wahrung allgemeiner demokratischer Bedürfnisse in der kommunalen/regionalen Politik, das Hervorholen und Aktualisieren echter demokratischer Traditionen, kurzum die Bildung einer neuen kulturellen und sozialen Infrastruktur. Das alles nicht nur zur Verteidigung der Heimat, sondern um dem alten Begriff langfristig ein neues Bewußtsein, eine neue Heimatkultur entgegenzusetzen.

Diese »neue Heimat« darf nicht nur als Schaffung besserer gesellschaftlicher Bedingungen verstanden werden, sie beinhaltet ebenfalls die Frage nach der Identität des einzelnen im gesellschaftlichen Zusammenhang.

Die Neugeburt der Regionalgeschichte ist — wie die Entdeckung der Psychohistorie, der Familiengeschichte, der oral history, der »Geschichte von unten« allgemein, nicht zuletzt als eine Reaktion auf den Identitätsverlust, die sowohl kollektive wie individuelle Entsubjektivierung zu betrachten. Überall in unserer Gesellschaft sind diese Reaktionen spürbar: der alternative Medizinerkongreß in Berlin, der u.a. die Stellung des Patienten in der »Gesundheitsfabrik« Krankenhaus zum Thema hatte, verzeichnete 1980 10.000 Teilnehmer. Der 20. Deutsche Soziologentag in Bremen entdeckte das Subjekt wieder (Frankfurter Rundschau, 30.9.1980). Dem Thema »Leben und Überleben in der Schule« werden ganze Zeitschriftenausgaben gewidmet (z.B. Ästhetik und Kommunikation Nr. 38, 3/80). Der Einfluß der großen gesellschaftlichen Sozialisatoren und der verschiedenen Teile des Reproduktionsbereichs auf den einzelnen rückt ins Zentrum der Betrachtung. Das Subjekt ist »in«, weil es immer mehr verformt und letztlich zerstört wird. »Die allerorten zum Vorschein kommende Subjektivität — sei es in Form von 'human relations', Grenzerfahrungen oder anderem — ist eine Reaktion auf ihr Elend, gerade weil das Individuum seiner Existenz beraubt wird und damit seiner individuellen Erfahrungen und Gefühle, unternimmt es mehr denn je die Anstrengung, die letzten Überreste am Leben zu erhalten« (Jakoby 1978, 40). Regionalgeschichte als Geschichte der historischen Subjekte, als »Geschichtsschreibung von unten« ist damit Gefahr und Möglichkeit zugleich: Die Gefahr, daß mit der Wiederentdeckung der Subjektivität die Ablehnung von Theorie und Theoriebildung einhergeht, da Theorie als »... politisch ohn-

mächtig (erscheint) und unter individuellen Gesichtspunkten als unwirklich und esoterisch« (Jakoby 1978, 123).

Daß diese Gefahr nicht nur die linke politische Szene (Alternativen, Basisgruppen usw.) ergriffen hat, sondern auch Einzug in die Geschichtswissenschaft hält, mag die Rezension der Arbeit von *Taubert* und *Henkel* (vgl. *Argument* 126, 239ff.) durch *Cora Stephan* belegen. Da heißt es nach einem langen Lob dafür, daß die Autoren endlich den Ballast der Marx'schen Theorie von sich warfen, daß die Arbeit

»ein Stück Geschichtsschreibung fast im Sinne 'einfühlsamen Nachempfindens' sei«, daß »... hier ... auf Gebrauchswert und Nutzbarmachung für die Nachgeborenen verzichtet« wird. Fazit: »Tradition und Geschichte abschütteln zu dürfen, mag selbst für die Nachfolger der alten Arbeiterbewegung eine Erleichterung sein. Da kann man endlich ganz ohne Rücksicht auf den Gang der Weltgeschichte oder auf den strengen Blick von Marx und Bebel mal einen Schraubenschlüssel ins Getriebe werfen« (Frankfurter Rundschau, 26.4.1980).

Zitieren wir als treffende Antwort hierauf Jakoby:

»Der Kult der menschlichen Subjektivität ist nicht die Negation der bürgerlichen Gesellschaft, sondern ihre Substanz. Gegenüber einem marxistischen Dogma, das im Namen der Wissenschaft jegliche Subjektivität verbannte, war ihre Artikulation innerhalb der Linken ein Fortschritt; wenn diese indes zur ausschließlichen Beschäftigung wird, huldigt sie einer Rückbildung, die den eigentlichen Fortschritt der bürgerlichen Gesellschaft (nämlich das Zurückwerfen des menschlichen Subjektes auf sich selbst, d.A.) ausmacht« (Jakoby 1978, 123/124).

Damit ist gleichzeitig die konstruktive Möglichkeit der Besinnung auf das Subjekt und die Subjektivität angesprochen: Die Veränderung des Blickwinkels in dieser Richtung und unter bestimmten, oben skizzierten methodischen Prämissen vermag zur Kritik einer dogmatischen Geschichtsschreibung und zu einer gesellschaftlichen Theoriebildung beizutragen, die letztlich unserer Meinung nach eine notwendige Voraussetzung gesellschaftlicher Veränderung ist. Der Versuch, gesellschaftliche Totalität unter diesem neuen Blickwinkel zu erfassen, enthält in sich eine prinzipielle Veränderung gesellschaftlicher Theoriebildung, die ihrerseits zur Lösung der aktuellen Krise beitragen könnte.

Statt eines Schlußwortes vielmehr ein Appell: Wir fordern alle, die sich von diesem Aufsatz herausgefordert, angegriffen oder bestätigt fühlen, zur Stellungnahme auf. Dies insbesondere mit dem Ziel einer Kontaktaufnahme zu Gruppen oder Einzelnen, die an ähnlichen Problemen arbeiten wie wir und gleichfalls ihre Vereinzelung überwinden wollen.

#### Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe des Projekts Regionale Sozialgeschichte (Alfred Frey, Joshua Klindtworth, Reinhold Reith, Kurt Richter, Dieter Schott, Thomas Warndorf) 1981: Neue Regionalgeschichte: Linke Heimattümelei oder kritische Gesellschaftsanalyse. In: Das Argument 126, 239-252.*
- Bausinger, Hermann, 1970: Zur Problematik historischer Volkskunde. In: Bausinger, Korff, Scharfe, Schende (Hrsg.), Abschied vom Volksleben. Tübingen.*
- Bausinger, Hermann, 1978: Grundzüge der Volkskunde. Darmstadt.*
- Bausinger, Hermann, 1969: Kontinuität? Berlin.*
- Bloch, Ernst, 1968: Das Prinzip Hoffnung, (3 Bde.), Frankfurt/M.*
- Bosch, Manfred, 1980: Nicht zu Kreuze kriechen. Utopie Heimat — das historisch Fällige. In: Almanach 14 für Literatur und Theologie: Heimat. Wuppertal. 68-77.*
- Erler, Sattler (Hrsg.), 1980: Die unterlassene Ehrung des Reichskanzlers Josef Wirth. Freiburg.*
- Faden, Gerhard, u.a., 1980: Wohnen in der Niederburg. Schriften des Arbeitskreises für Regionalgeschichte e.V. Nr. 2. Konstanz.*
- Greverus, Ina-Maria, 1979: Auf der Suche nach Heimat. München.*
- Hänny, Reto, 1981: Zürich, Anfang September. Frankfurt/M.*
- Hey, Richard, 1980: Heimat, deine Sterne. In: Almanach 14, a.a.O., 124-128.*

- Hoch, Gerhard, 1980:* Zwölf wiedergefundene Jahre. Kaltenkirchen unter dem Hakenkreuz. Bad Branstedt.
- Jakoby, Russell, 1978:* Soziale Amnesie. Eine Kritik der konformistischen Psychologie von Adler bis Laing. Frankfurt/M.
- Jahresringe — Geschichte und Geschichten um Triberg, Freiburg 1980.*
- Jeggle, Utz, 1977:* Kiebingen — eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem schwäbischen Dorf. Tübingen.
- Jeggle, Utz, 1980:* Wandervorschläge in Richtung Heimat. In: Vorgänge 47/48 (Schwerpunkt-Heft Heimat und Identität), 55-62.
- Knüpfer, Uwe, 1980:* Die Wohnungspolitik der SPD zwischen 1900 und 1933. Sozialdemokratische Kommunalpolitik auf dem Wege zur Verwaltung der bürgerlichen Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebiets. Bochum.
- Kundler, Herbert, 1980:* Von Heimat spricht behutsam. In: Almanach 14, a.a.O., 62-66.
- Peukert, Detlef, 1978:* Zur Regionalgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung. In: *Das Argument* 110, 546-565.
- Sattler, Karl-Otto, 1981:* »Das können wir uns nicht bieten lassen.« Badische Zeitung vom 7.5.1981.
- Scharfe (Hrsg.), 1978:* Das andere Tübingen. Kultur und Lebensweise der Unteren Stadt im 19. Jahrhundert. Tübingen.
- Solinger Morgenpost, Ausgaben vom 14. und 16.2.1980.
- Wolf, Christa, 1979:* Kein Ort, Nirgends. Berlin.
- Wünderlich, Volker, 1980:* Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung, KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Wuppertal.
- Zang, Gerhard, 1978:* Provinzialisierung einer Region. Frankfurt/M.
- Zang, Gerhard, 1981:* Das neue Konstanz. Die Anfänge der Sozialdemokratie im Konstanz der liberalen Ära (1869-1878). Schriften des Arbeitskreises für Regionalgeschichte e.V. Nr. 1. Konstanz.



**FRAUEN-  
STUDIEN**

Gulliver, Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 10  
**Frauenstudien**  
 Theorie und Praxis in den USA und Großbritannien  
 16,80 DM (f. Stud. 13,80 DM) AS 71: ISBN 3-88619-022-6

Gulliver 10 erschließt Studierenden und Lehrenden Problem- und Arbeitsgebiete der Frauenstudien und will damit zugleich einen aktuellen Beitrag zur Diskussion in der Frauenbewegung leisten. Eine Unterrichtseinheit, in der die Alltagswirklichkeit der Frauen den Weiblichkeitsbildern gegenübergestellt wird, bereitet anti-sexistische Materialien für den Englisch-Unterricht auf.

GULLIVER erscheint zweimal jährlich und kann abonniert oder im Rahmen eines AS-Auswahlabos (mind. 3 aus ca. 20 einer Jahresproduktion) bezogen werden. Informationen gibt der Argument-Vertrieb. (Abo-Preis: 14,80 DM/12,80 DM f. Stud., jeweils incl. Versandkosten)

**Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65**  
**ARGUMENT-VERLAG BERLIN**

## Rüstung in Ost und West

*Wo sind die Unterschiede, wo die Ähnlichkeiten der militärischen Prozesse in Ost und West? Wie rational oder irrational ist das militärische Verhältnis zwischen den beiden Systemen? Das sind gegenwärtig besonders wichtige Fragen. Die Auffassungen gehen auseinander, und nur in der Form der wissenschaftlichen Kontroverse wird mehr Aufklärung zu gewinnen sein. Edward P. Thompson hat sein Exterminismus-Konzept in einem vieldiskutierten Aufsatz in *Argument 127* vorgetragen. Nach der Thompson-Kritik von Raymond Williams (*Argument 127*, S.352ff.) bringen wir in diesem Heft Wolfgang Harichs Stellungnahme. Hans-Heinrich Nolte untersucht, wie sich die Rolle des Militärs in der Sowjetunion seit dem Ende der Stalinzeit entwickelt hat. Ob man in Bezug auf die Sowjetunion tatsächlich von »Militarismus« sprechen kann — wie Nolte es tut —, dieser Frage wird Stefan Tiedtke in einem der nächsten Hefte nachgehen. — Für alle, die sich in den gegenwärtigen Stand von Friedensforschung und -politik einarbeiten wollen, werden wir im nächsten Heft eine Reihe »Kommentierte Bibliographie: Friedensfragen« beginnen, analog zur laufenden Kommentierten Bibliographie »Umweltfragen«.*

Wolfgang Harich

### Zur Problematik der »Exterminismus«-Theorie\*

Unter den jüngsten Beiträgen zur Soziologie der Kriegsgefahr<sup>1</sup> findet in der neuen Friedensbewegung die Exterminismus-Theorie Edward P. Thompsons besonders starke Resonanz. Kein Wunder: Die Theorie geht von zutreffenden Feststellungen über den Stand der waffentechnischen Entwicklung aus, sie scheint die klassische Imperialismus-Analyse Lenins nicht gänzlich preiszugeben, sondern bloß zeitgemäß ergänzen zu wollen, und gleichwohl werden in ihr die kompliziertesten technologischen, ökonomischen, sozialen, militärischen und politischen Sachverhalte über den Leisten einer einzigen, sehr eingängigen Vereinfachung geschlagen, die den Denkgewohnheiten des abstrakten Pazifismus in hohem Maße entgegenkommt. Da überdies in dem Schlagwort »Exterminismus« wissenschaftliche Prätentation mit universaler Todesmystik respektheischend nebulos ineinanderfließt, entsteht ein Effekt, ähnlich dem, den wir aus Andersens Märchen von des Kaisers neuen Kleidern kennen.

\* E.P. Thompson: Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation. In: *Das Argument 127*, 23. Jg. (1981), 326-351. — Der Beitrag ist das Konzentrat der polemischen Teile eines Vortrags zum Thema »Zur Soziologie der Kriegsgefahr«, den ich am 15.9.1981 in Köln gehalten habe. In dem Vortrag waren der Polemik versöhnliche Bemerkungen vorangestellt, die unterstrichen, daß die Meinungsverschiedenheiten von Teilen der Friedensbewegung mit E.P. Thompson zwar nicht verwischt werden sollten, aber auch unter keinen Umständen die Einheit insgesamt und die Gemeinsamkeiten in Frage stellen dürften. Ich bedaure, daß meine Kölner Ausführungen zu diesem Punkt aus technischen Gründen bei Redaktionsschluß nicht mehr eingearbeitet werden konnten. — W. H.

Es ist wahr: Ein Weltkrieg könnte heute versehentlich ausbrechen durch schlichtes Versagen überforderter Menschen oder überkomplizierten technischen Geräts. Mehrmals wäre es um Haaresbreite zu einer derartigen Katastrophe bereits gekommen, und mit Klassen- und Systemgegensätzen hat das wenig zu tun. Desgleichen ist die Verlagerung des Wettrüstens auf Treffgenauigkeit und auf Verkürzung der Vorwarnzeiten geeignet, im Krisenfall auf *allen* Seiten die Psychose zu nähren, bei Strafe des eigenen Untergangs sofort, als erster losschlagen zu müssen. Je mehr der Präventiv- zum Präemptivschlag sich zusammendrängt, in desto stärkerem Maße könnte unversehens das Militär aufhören, Drohmittel der Politik zu sein und die Politik in den Sog militärischer Sachzwänge geraten.<sup>2</sup> Systemneutral wäre auch das.

Es sind diese unbestreitbaren Möglichkeiten, an denen offenbar Thompson auf der Suche nach einer Zusatzhypothese angesetzt hat, mit der er die traditionelle marxistische Erklärung von Kriegsursachen auf neuesten Stand zu bringen gedachte — an sich ein legitimes Unterfangen. Indes hat Thompson das antikommunistische Brett vor dem Kopf, und so nimmt das Resultat, zu dem er im Zuge seiner Überlegungen gelangt ist, sich mehr als fragwürdig aus. Sein spekulativer Rückschluß auf einen Drang zur Auslöschung allen Lebens, der den vermeintlich verselbständigten, das jeweilige Wirtschaftsleben dabei total beherrschenden militärisch-industriellen Komplexen in den USA und in der Sowjetunion<sup>3</sup> gleichermaßen innewohnen und somit das Endstadium der Zivilisation überhaupt kennzeichnen soll, überbietet an idealistischer Verstiegtheit noch weit jenes »Freischweben«, das einst Karl Mannheim der reflektierenden Intelligentsia zutrauen zu dürfen glaubte. Denn in ein freischwebendes, von eigenursprünglicher Schubkraft bewegtes Institutionengefüge deutet Thompson den drohenden Menschheits-suicid um.

Wo Idealismus solchen Kalibers hingenommen wird, pflegt pure Mystifikation nicht lange auf sich warten zu lassen. Flugs sind denn auch tiefer bohrende Denker bei der Hand. Schon hat mancher, gebildet rundum, hinter dem Exterminismus den Freud'schen Todestrieb aufgestöbert. Schon wirft jemand auf den Science-Fiction-Markt gar eine von wohlmeinenden Doppelagenten vermittelte Weltverschwörung, die mit den derzeitigen Kriegsvorbereitungen dem Homo sapiens Sterbehilfe leisten möchte, damit er sich nicht, auf dem Umweg über die ökologische Krise, langsamer und qualvoller umbringe.<sup>4</sup> Unschwer ist zu ermessen, wie lebensermutigend dergleichen auf eine Jugend wirken muß, für die es zum organisierten Kampf um ihr Daseinsrecht, um ihre Zukunfts-Chancen als alternativen Ausweg ja noch den goldenen Schuß des Fixers gibt.

Zurück zu Thompsons eigenem Text, so ist der freilich in einigen Aspekten bereits auf massive Kritik gestoßen. Namentlich Raymond Williams<sup>5</sup> hat mit dem Nachweis, daß selbst unter kapitalistischen Voraussetzungen von *absoluter* Prädominanz des militärisch-industriellen Komplexes keine Rede sein könne, Thompson als schrecklichen Vereinfacher überführt, der mit höchst oberflächlichen Argumenten arbeitet. Wohl bringe, meint Williams, das gegenwärtige atomare Wettrüsten Bedingungen hervor, unter denen die Möglichkeit solcher Vorherrschaft tendenziell zunehme. Aber die herrschende Klasse als ganze habe noch andere Interessen, sowohl bezogen auf ihre eigenen unmittelbaren Belange als auch im Hinblick darauf, daß es ihr um die weitere Absicherung ihrer Herrschaft über das gesamte Leben der Gesellschaft zu tun sei, und eben diese Interessen müßten die Befriedigung ziviler ökonomischer Bedürfnisse der Bevölkerung mit einschließen. Symptomatisch sei dafür, daß mitunter »Kampagnen gegen den militärisch-

industriellen Komplex aus den Reihen der herrschenden Klassen inszeniert« würden.<sup>6</sup> Evidentermaßen kann eine Theorie, die für derartige Differenzierungen keinen Raum läßt, die Friedensbewegung an der Wahrnehmung wichtiger bündnispolitischer Chancen nur hindern.

Noch bedeutungsvoller ist, daß Williams, obwohl selbst nicht frei von antisowjetischen Vorbehalten, dem konvergenztheoretischen Konzept energisch widerspricht, das bei Thompson der Annahme eines Exterminismus *beider* Supermächte zugrunde liegt. Im Kapitalismus wird an Rüstung immerhin enorm profitiert. In den zentralisierten sozialistischen Systemen wirkt demgegenüber »offensichtlich der Umfang der militärischen Ausgaben ökonomisch lähmend und bringt im Grunde genommen niemandem irgendwelche Vorteile«. Thompson, dem dieser Einwand selbstredend wohlbekannt gewesen ist, hat sich anscheinend eingebildet, ihn vorwegnehmend dadurch entkräften zu können, daß er ihn höhnisch auf eine »A-priori-Haltung« zurückführt. Deren empirische Verifizierbarkeit muß er selbst jedoch, angesichts des gesamten Rüstungswettlaufs seit dem ersten Atombombenabwurf, einräumen, da er schlechterdings nicht umhin kann, den Waffenzuwachs in den USA »aktiver und innovativer«, den in der UdSSR »reaktiver und nachahmender, mehr in Form von Nachfolge-Modifikationen« zu nennen.<sup>7</sup> Nur: Statt zuzugeben, daß allein dieses Zugeständnis seine Grundthese hinfällig macht, schiebt er es so an den Rand, als sei es eine Unerheblichkeit, bei der länger zu verweilen nicht lohne.

So richtig und verdienstvoll Williams' Kritik in diesen wie in anderen Punkten auch ist, sie genügt nicht, sondern bedarf gewisser Ergänzungen. Methodologisch ist Thompson vor allem vorzuwerfen, daß er an die Stelle geschichtsdiagnostischen Begreifens der von ihm behandelten Erscheinungen eine krude, mechanische Gegenüberstellung von Rationalität und Irrationalität setzt, die bei nicht wenigen Lesern abwechselnd bald fatalistische Ohnmachtsgefühle, bald eine Unterschätzung der ärgsten Gefahren hervorrufen dürfte.

Thompson unterstellt etwa, daß die Widersprüchlichkeit von Absicht und Resultat im Geschichtsprozeß ein vollständig neues Phänomen sei, das erst mit den gegenwärtigen Exzessen des atomaren Wettrüstens auftrete. Natürlich ist nicht zu bestreiten, daß es sinnlos wäre, radioaktiv verseuchte Trümmerwüsten besetzen und ökonomisch ausbeuten zu wollen. Doch wenn daraus gefolgert wird, nunmehr sei der Krieg irrational geworden, so ist das abermals eine Simplifikation. In konventionellen Kriegen sind nach 1945 ungefähr 25 Millionen Menschen gefallen. Sie haben ihr Leben für imperialistische und antiimperialistische Ziele gelassen, die, unter Umständen, von der einen oder anderen Seite durchaus erreicht worden sind. Und das geht bis auf den heutigen Tag so weiter: Wie der Krieg zwischen Irak und Iran, beispielsweise, ausgehen wird, ist ungewiß. Es könnte Sieger und Besiegte ebenso geben wie einen Frieden durch Erschöpfung beider Parteien. Andererseits hat noch nie in der Geschichte jemand einen Krieg angezettelt oder auf ihn sich eingelassen, ohne subjektiv Anhaltspunkte dafür zu haben, daß der eigene Sieg zumindest möglich sei. Also hat auch noch nie der Verlierer eines Kriegs zu Beginn desselben *völlig* rational gehandelt. Für die Romanows, die Habsburger und die Hohenzollern, die 1914 ihren baldigen Sturz allesamt nicht voraussahen, gilt das ebenso wie für Hitler, der 1940 im Plan Barbarossa gewiß nicht das Vordringen der Roten Armee bis zur Elbe einkalkuliert hat. Grundsätzlich neu ist in der Gegenwart folglich nicht der Widerspruch von Zielsetzung und tatsächlichem Ergebnis. Neu wäre in einem drit-



ten, mit ABC-Waffen geführten Weltkrieg das nie dagewesene Ausmaß der Zerstörung, das dem Ende der Menschheit gleichkäme.

Und die Gefahr, daß es dazu kommen kann, ist nicht zuletzt deswegen so groß, weil inmitten der Irrationalität — wenn man die Geschichtsdiagnostik denn so nennen und auffassen will — Momente rationalen Kalküls sehr wohl noch erhalten geblieben sind. Seit dem Übergang zur Flexible response spekulieren z.B. die herrschenden Kreise der USA darauf, den Krieg von ihrem Territorium gerade so fernhalten zu können, wie ihnen dies 1914-18 und 1939-45 gelungen ist, und aus eben diesem Motiv wollen sie, um den auch für sie tödlichen Schlagabtausch mit Interkontinentalraketen vermeidbar zu machen, die Pershing II, die Cruise Missile sowie die Neutronenwaffe in Westeuropa, in-sonderheit auf dem Territorium der Bundesrepublik stationieren. Sicher sind derartige Pläne verbrecherisch bis zum äußersten. Aber wenn sie nichts als irrational wären, und das hieße: der reine Wahnsinn, dann hätte die Friedensbewegung es um vieles leichter. Die Strategie des Pentagon zum reinen Wahnsinn zu erklären, ohne die verführerischen Einsprengsel rationalen Kalküls darin *auch* zu sehen, läuft mithin auf eine Bagatellisierung der uns bedrohenden Gefahren hinaus. Und eben diesen horrenden Fehler zu begehen, wird der Friedensbewegung durch die Pauschalurteile der Exterminismus-Theorie, durch deren Irrationalitätsbegriff nahegelegt.

Ferner vergißt — oder unterschlägt — diese Theorie außergesellschaftliche, naturgegebene Bedingungen, die es, auch unabhängig vom Systemgegensatz, nicht zulassen, Ost und West als Quelle der Bedrohung einander gleichzusetzen. Namentlich geographische Faktoren kommen bei Thompson einfach nicht vor, obwohl ihnen als Konstanten in der Interessenlage der jeweils betroffenen Völker eine schlechthin fundamentale Bedeutung beizumessen ist. Rußland, egal ob sozialistisch oder nicht, ob weltrevolutionäres Zentrum oder Großmacht herkömmlichen Stils, müßte die Auslösung einer atomaren Kriegskatastrophe in Europa mit der radioaktiven Verseuchung umfangreicher eigener Gebiete erkaufen, Amerika keineswegs. Zugleich ist Rußland tödlich verwundbar bereits durch den Einsatz gegnerischer Mittelstreckenwaffen, Amerika dagegen nur durch interkontinentale ballistische Raketen. Wer einen solchen Unterschied eskamotiert, vermag wichtige Motivationen weder der einen noch der anderen Seite zu verstehen und wird dadurch unfähig, die geopolitisch bedingten Sonderinteressen unseres alten Kontinents wahrzunehmen, der im Zeitalter der Atomraketen bei Strafe der eigenen Auslöschung mehr denn je auf den friedlichen, freundschaftlichen Zusammenhalt aller seiner Völker und Staaten, von Portugal bis zum Ural, angewiesen ist, wohingegen er gut daran täte, sich von Amerika zu lösen, die USA, wenn möglich, im Weltmaßstab isolieren zu helfen.

Damit ist noch kein Wort gefallen über die zu beachtenden innerimperialistischen Widersprüche, zumal die Konkurrenzantagonismen, die, ungeachtet aller Kapitalverflechtung, zwischen erheblichen, wenn nicht gar dominierenden Fraktionen der amerikanischen und westeuropäischen Bourgeoisie bestehen. Enthüllungen des Admirals a.D. Sanguinetti zufolge, ehemaligen Befehlshabers der französischen Mittelmeerflotte, legen die herrschenden Kreise der USA es insgeheim darauf an, den immer lästiger werdenden Wirtschaftskonkurrenten Westeuropa atomar zu zerstören, wobei sie die Sowjetunion dazu provozieren möchten, daß sie diese Aufgabe zu übernehmen gezwungen wird.<sup>8</sup> Man mag diese These für übertrieben halten, für anfechtbar auf Grund der amerikanischen Kapitalinvestitionen in Westeuropa, für die Verwechslung einer bloßen Option mit einem feststehenden Plan — die Exterminismus-Theorie jedenfalls gibt keinerlei Katego-

rie her, die dazu taugen würde, den Wahrscheinlichkeitsgrad derartiger Behauptungen auch nur zu erörtern, bezugnehmend etwa auf das Zusammentreffen der für die EG-Wirtschaft so ruinösen amerikanischen Hochzinspolitik mit der Entschlossenheit der Reagan-Administration, Westeuropa unter allen Umständen die Dislozierung ihrer neuen Mittelstreckenraketen aufzuzwingen. Aber auch wenn man den amerikanisch-westeuropäischen Interessenkonflikt in der Art des italienischen Generals a.D. Nino Pasti unter rein militärischen Gesichtspunkten, ohne den Versuch einer wirtschaftswissenschaftlichen Fundierung, auf den Begriff bringen möchte<sup>9</sup>, hilft einem Thompson um kein Deut weiter, da er ausschließlich auf die Großmächte, ohne eigenständige Analyse von Vorgängen, die in ihren Einflusssphären sich vollziehen, fixiert ist.

Am wenigsten annehmbar indes erweist seine Theorie sich dort, wo sie die aus ihr abzuleitenden Schlußfolgerungen für die Praxis präsentiert. Aus der behaupteten exterministischen Konvergenz von USA und Sowjetunion, die beide, unterschiedslos militärisch-industrielle Komplexe nicht nur haben sollen, sondern vielmehr *sein*, ergibt sich das Projekt einer die Blockgrenzen überschreitenden Friedensbewegung, die gleichzeitig in West und Ost die machtausübenden Exterministen von unten anzugreifen habe, loyal weder zur NATO noch zur Warschauer Vertragsorganisation, sondern einzig untereinander. Wer erlauben will, worauf diese Idee faktisch hinausführt, muß sie vor dem Hintergrund der globalen Kräftekonstellation sehen, in die Thompson sie hineinstellt. Reagan, Haig, Weinberger und das hinter ihnen stehende Großkapital zielen auf Weltherrschaft ab. Sie wollen die Rückkehr zu den »herrlichen Zeiten« von einst erzwingen, da die USA bei der Beherrschung und Ausplünderung unseres Planeten, seiner Ressourcen und seiner Arbeitskräfte, noch kaum auf Widerstand stießen. Deswegen werden rassistische und faschistische Folterdiktaturen von der Art Südafrikas und Südkoreas unterstützt und aufgewertet, werden in labilen Gebieten wie der Türkei reaktionäre Militärregime errichtet, in Libyen militärische Provokationen verübt, in Mittelamerika direkte Interventionen praktiziert, werden Feldzüge in Afrika gegen die Swapo, Überfälle in Nahost auf die PLO abgesehen usw. usf. Am meisten im Wege steht dem ganzen Vorhaben die Sowjetunion, die von Anbeginn allen antikolonialistischen Befreiungsbewegungen Rückhalt bot — man denke an ihre Haltung zu den Vietminh, zum Freiheitskrieg Algeriens, zur Verstaatlichung des Suezkanals, zur Regierung Arbenz in Guatemala, zu Lumumba im damaligen Kongo, um nur einige Triumphe und Tragödien aus dem Entkolonialisierungsprozeß der fünfziger und sechziger Jahre, der ohne die Existenz der UdSSR überhaupt nicht denkbar gewesen wäre, herauszugreifen und zur Erinnerung zu empfehlen. Die Dritte Welt erneut unter das Joch des Imperialismus zu beugen, wird nur möglich sein, wenn es gelingt, die Sowjetunion dem Diktat Amerikas gefügig zu machen. Einkreisen und Totrügen heißen die Mittel, mit denen das erreicht werden soll. Zu dem Zweck paukt die Reagan-Administration den größten Militärhaushalt in Amerikas Geschichte durch, beginnt sie China wie einen militärischen Verbündeten zu behandeln, den es mit modernster Bewaffnung auszustatten gilt, nimmt sie die EG-Länder und Japan immer stärker in die Pflicht, sucht sie den Zuständigkeitsbereich der NATO unabsehbar auszuweiten.

Nähme nun die Sowjetunion einen entscheidenden Rüstungsvorsprung der Amerikaner hin, so wäre für die USA alsbald ein Atomkrieg, konzentriert auf Europa, führbar und gewinnbar. Zöge die Sowjetunion jedoch im Rüstungswettlauf abermals nach, dann müßte sie dem eigenen Volk und ihren Verbündeten Belastungen und Entbehrun-

gen aufbürden, die schwere innere Unruhen zur Folge haben könnten. Es genügt, daran zu erinnern, daß allein für die Ausschaltung von Marschflugkörpern des Typs Cruise Missile nach amerikanischen Schätzungen Investitionen in Höhe von 40 Milliarden Dollar erforderlich wären. Und es genügt, zu fragen, ob etwa Gewerkschaften vom Schlage der »Solidarność« bereit sein würden, Finanzmittel in solcher Größenordnung aufbringen zu helfen.

So stehen die Dinge just in dem Augenblick, da Thompson mit seiner Exterminismus-Theorie den Vorschlag begründet, den überlegenen militärischen Druck von außen, der auf den umzingelten Ländern des Realsozialismus jetzt bereits lastet, noch zu kompletieren durch ein innere Subversion, zu der ausgerechnet die Friedensbewegung informelle, sprich: illegale Kommunikationsstränge von West nach Ost herstellen soll. Worum es »autonomen«, sprich oppositionellen Elementen innerhalb der Länder der WVO auch immer gegangen sein mag und geht, an der Aufrichtigkeit des Friedenswillens der dort herrschenden Staatsparteien haben die Opponenten bislang keine Zweifel gehegt. Das soll sich von nun an offenbar ändern. Die den östlichen Regimen im Innern zu schaffen machende Unzufriedenheit — über schlechte Versorgung, Bürokratismus, Einschränkung politischer Rechte und Freiheiten u.dgl., das heißt, über Mißstände, welche die amerikanische Strategie der Einkreisung und des Totrüstens nur noch steigern kann —, diese Unzufriedenheit soll künftig zur Unterminierung der Verteidigungspotenzen des Realsozialismus genutzt werden, und es ist die westliche Friedensbewegung, an die der Ruf ergeht, sie möge dies im Zeichen besagter »Loyalität untereinander« bewerkstelligen helfen, wohlgemerkt: »in behutsamer und nicht provokativer Weise.«<sup>10</sup>

Thompson meint, daß »allgemein die westliche Friedensbewegung und die Bewegung für Demokratisierung und Bürgerrechte in Osteuropa zusammenarbeiten müssen«<sup>11</sup>, und er erklärt: »Die Loyalität zum Warschauer Pakt schränkt den Spielraum für Demokratisierung und soziale Veränderung in den Staaten Osteuropas ein.«<sup>12</sup> Fragt sich, wieso er dann die »Strategie Sacharows« verwirft, »den Menschenrechten in der Sowjetunion durch Resolutionen des USA-Senats zum Durchbruch zu verhelfen«?<sup>13</sup> Die Antwort fällt leicht: Jede offen einbekannte Verbindung zu staatlichen Instanzen der Gegenseite würde insofern nur schaden, als sie das eigene Anliegen kompromittierte. Aber sieht Thompson denn nicht, daß er mit eben dieser Argumentation die Friedensbewegung, wie sie ihm vorschwebt, weit gefährlicheren, weil klammheimlichen Manipulationen auszuliefern empfiehlt, die hinter dem Rücken des USA-Senats ausgeheckt zu werden pflegen? Hat er noch nie etwas vom Pentagon, Abteilung für psychologische Kriegsführung, gehört, um von der CIA ganz zu schweigen? Gäbe es sein famoses Konzept der »Loyalität untereinander« nicht bereits, es müßte von einer obskuren Institution dieser Art erfunden werden. Denn es stört die Politik des Einkreisens und Totrüstens nicht im geringsten; im Gegenteil, es ergänzt sie.

### Anmerkungen

- 1 Nicht zu verwechseln mit einer allgemeineren Soziologie des Krieges überhaupt, wie die materialistische Geschichtsauffassung sie einschließt. Nur von der heute aktuellen Gefahr eines Dritten Weltkriegs ist im folgenden die Rede, ein Thema, dem bürgerlich-reaktionäre Soziologie sich freilich längst zugewandt hat, spätestens seit Raymond Arons schon 1976 veröffentlichtem Werk über Clausewitz (deutsch: »Clausewitz. Den Krieg denken«, Frankfurt/M. 1980).

- 2 Um zu dokumentieren, daß Thompsons Ausgangsüberlegungen mir selbst schon zu einer Zeit nicht fremd gewesen sind, als ich seinen Aufsatz »Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation« noch gar nicht kannte, lehne ich mich hier bewußt sehr eng an Formulierungen an, die ich bereits in meinen um die Jahreswende 1980/81 entstandenen »Fünfzehn Thesen zur Friedenspolitik« gebraucht habe; siehe *Das Argument 127*, S.319.
- 3 Über diesen konvergenztheoretischen Ansatz geht Cornelius Costariadis noch weit hinaus, indem er glaubhaft zu machen sucht, daß heute die Sowjetunion — und nur sie allein — von einer »Stratokratie« beherrscht werde, die sich die Parteiführung unterworfen habe und sie nur noch als Staffage benutze. Glänzende Widerlegungen dieses gemeingefährlichen Nonsens haben Erhard Eppler und Alfred Mechttersheimer geliefert, weshalb es sich erübrigt, hier darauf auch noch einzugehen. Alle drei Beiträge stehen in »Transatlantik«. Nr. 9, September 1981.
- 4 Gemeint ist natürlich die von Horst Eberhard Richter für den »Spiegel« verfaßte Serie »Das geplante Inferno«. Nr.39ff., 35.Jg. Da mir bei Niederschrift des vorliegenden Beitrags erst die Fortsetzung in Nr.40 a.a.O. bekannt sein kann, gebe ich noch nicht die Hoffnung auf, daß der Autor am Ende seiner Story Gedanken darlegen mag, in der die hier befürchtete Wirkung aufgehoben, ja ins Gegenteil verkehrt wird. Schließlich gehört Richter zu den prominenten Unterzeichnern des Krefelder Appells, sollte also eher die Mobilisierung von Gegenkräften im Sinn haben, die den drohenden Gefahren Widerstand leisten.
- 5 Raymond Williams: Die Politik der atomaren Abrüstung, in: *Das Argument 127* (1981), S.352ff.
- 6 Ebd., S.363.
- 7 A.a.O., S.326ff.
- 8 Ebd., S.318f.
- 9 »Die amerikanischen Interessen laufen darauf hinaus, daß Europa nicht unter sowjetische Kontrolle gerät, solange seine gesamte Produktionskapazität noch intakt ist. Im Konfliktfall ist die Vernichtung Europas für die Vereinigten Staaten weitaus vorteilhafter, insbesondere, wenn diese Vernichtung dazu führt, daß die USA solche wichtigen Ziele erreichen wie die Vernichtung der Sowjetunion.« So Pasti, ehemals Stellvertreter des Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa, verantwortlich für den Bereich Kernwaffen, in »Generale für den Frieden. Interviews von Gerhard Kadec«, Köln 1980.
- 10 *Das Argument 127*, S.347.
- 11 Rede, gehalten in Frankfurt/M. am 6. März 1981, abgedruckt in der von der Russell-Friedens-Kampagne herausgegebenen Broschüre »Für ein atomwaffenfreies Europa«, Berlin 1981, S.6ff., besonders S.10.
- 12 Ebd., S.11.
- 13 *Das Argument 127*, S.348.

Günther Anders

### **Aufruf an die Rüstungsarbeiter der Welt 1982**

Nicht nur Eure Ketten habt Ihr zu verlieren. Sondern auch den schmählichen Zwang, diese Ketten selbst zu schmieden! Und die schmähliche Gläubigkeit, mit der Ihr Euch diesen schmählichen Zwang als ein »Anrecht« aufschwätzen laßt. Und das schmähliche Pathos, mit dem Ihr für dieses schmähliche »Anrecht« zu kämpfen bereit seid. Und sogar zu sterben!

## Militarismus in der sowjetischen Gesellschaft und internationaler Rüstungswettlauf

1. Schichten und Gruppen in der sowjetischen Gesellschaft
2. Funktion und Einfluß des sowjetischen Militärs
  - 2.1 Deutschlandpolitik und Roll-back (nach 1953)
  - 2.2 Militärreformen und Kubadebakel (nach 1957)
  - 2.3 Entspannungspolitik und weitere Rüstung (nach 1969)
3. Auf dem Weg zu Mutual Assured Destruction
4. Der sowjetische Beitrag zur Irrationalität des Internationalen Systems

### 1. Schichten und Gruppen in der sowjetischen Gesellschaft

Eine der Schwierigkeiten der Diskussion über Rüstungswettlauf und Exterminismus<sup>1</sup> ist die Einordnung der sowjetischen Gesellschaft. Ist diese Gesellschaft ihrem Wesen nach friedlich, ist sie insgesamt militaristisch, oder gibt es Gruppen innerhalb dieser Gesellschaft, die Träger eines partikularen Militarismus sind?

In der UdSSR wird offiziell die Auffassung vertreten, daß die sowjetische Gesellschaft keinen antagonistischen Charakter mehr hat — d.h., daß gegensätzliche unterschiedliche Interessen innerhalb dieser Gesellschaft gar nicht mehr entstehen und entsprechend auf die Außenpolitik auch nicht einwirken können. Nach ihrem Selbstverständnis ist die sowjetische Gesellschaft homogen, und entsprechend wird auch die Außenpolitik nach einheitlichen Kriterien durchgeführt; sie dient — so ihr Anspruch und die Selbstdarstellung in der Geschichte — z.B. immer dem Frieden.<sup>2</sup> Der Primat der Innenpolitik, den die UdSSR so für sich in Anspruch nimmt, wird im Zusammenhang der Totalitarismuskritik im Westen allerdings genau umgedreht: aus dem weltrevolutionären Anspruch der sowjetmarxistischen Ideologie wird abgeleitet, daß die UdSSR in ihrem Wesen, grundsätzlich, expansiv sei.<sup>3</sup> Auch im Rahmen der Totalitarismustheorie wird die sowjetische Außenpolitik als homogen, nach einheitlichen Kriterien erklärt.

Zugunsten der Vorstellung von der homogenen Gesellschaft UdSSR kann man ins Feld führen, daß die sowjetische Gesellschaft eine institutionalisierte Gewaltenteilung genausowenig kennt, wie Parteien oder gar offizielle Lobbyisten. Das politische Monopol der KPdSU ist eines der bestimmenden Merkmale der sowjetischen Gesellschaft, die hier deshalb als monopolsozialistisch charakterisiert wird. Das politische Monopol der KPdSU hat einen durchgreifenderen Charakter als ein politisches Monopol in kapitalistischen Ländern — anders ausgedrückt: als in Diktaturen im Westen —, weil es auch die Ökonomie umfaßt. Im Monopolsozialismus werden auch die wichtigsten Wirtschaftsentscheidungen im Rahmen der Partei gefällt<sup>4</sup>, während z.B. in faschistischen Diktaturen Wirtschaftsentscheidungen von kapitalistischen Eigentümern gefällt werden. Die Frage ist also berechtigt, ob das politische Monopol nicht doch zu einem Primat der Innenpolitik in der UdSSR führt.

Das politische Monopol der KPdSU hat jedoch nicht verhindern können, daß die sowjetische Gesellschaft von einem starken Differenzierungsprozeß erfaßt worden ist, je stärker die sowjetische Industrie nicht nur quantitativ vermehrt, sondern qualitativ diversifiziert worden ist.<sup>5</sup>

Daß politische Differenzierungen in der UdSSR eine Rolle spielen und unterschiedliche Positionen auch in der sowjetischen Presse Ausdruck finden, ist zuletzt deutlich geworden, als die Regierungszeitung *Izvestija* dem schweren Angriff nicht folgte, den die Parteizeitung *Pravda* gegen Bundeskanzler Schmidt gerichtet hat. Daß in der sowjetischen Gesellschaft eine vor allem literarisch bedeutende Opposition entstanden ist, ist im Westen seit langem bekannt.<sup>6</sup> Nicht genügend bekannt ist im Westen wohl, daß es neben der liberalen, sozusagen westlerischen Opposition auch konservative und nationalistische Dissidenten gibt, welche die Kontinuität des russischen nationalen Geistes über die Jahrhunderte hinweg und eben auch über die Oktoberrevolution hinweg betonen. Sie ziehen zwischen dem Sieg Alexander Nevskis über den Deutschen Orden auf dem Eise des Peipussees im Jahr 1242 und dem Sieg bei Stalingrad 1942 eine unmittelbare Linie und sind gegen die Entspannungspolitik, gegen Blue-Jeans und Rock, und überhaupt gegen Annäherungen an den Westen. Hier wird die Auffassung vertreten, daß der Westen, seit der Eroberung Konstantinopels durch den 4. Kreuzzug 1204, den Osten eben schon immer verraten habe. Solche Positionen haben Michail Lobanov und Viktor Chalmaev immerhin im für die Entspannung entscheidenden Jahr 1969 sogar in der Zeitung des Komsomol vertreten können, bevor die Redaktion »gesäubert« wurde.<sup>7</sup>

Man darf die Rolle der Dissidenten in der UdSSR jedoch nicht überschätzen. Zahlmäßig fallen die Dissidenten nicht sehr ins Gewicht, weder die liberalen noch die nationalistischen, und ihre Zuordnung zu sozialen Gruppen fällt schwer. Für die Frage, welche Gruppeninteressen für die aktuelle sowjetische Außenpolitik wichtig sind, sind jene Gruppen wichtiger, die ihre politischen Ziele innerhalb der sowjetischen Gesellschaft und ihres Systems durchzusetzen versuchen.

Die sowjetische Gesellschaft hat sich zu einer Leistungsgesellschaft eigener Art entwickelt. Daß Einkommen und Ansehen in der UdSSR von der Leistung abhängig sind, ist seit dem späten Lenin unbestritten. Zwar wird das Ausmaß der Differenzierung in den Löhnen in der offiziellen Lohnstatistik, die nur Differenzen im Verhältnis von 1:2 ausweist<sup>8</sup>, nicht deutlich gemacht — was auf ein schlechtes Gewissen hinweist. Aus den Angaben der inzwischen ja sehr zahlreichen Emigranten haben amerikanische Politologen jedoch eine Lohndifferenzierung errechnet, die ungefähr im Verhältnis von 1:10 liegt. Die Lohndifferenzierung wird durch die Statusdifferenzierung noch verschärft. Wer einen jener Posten innehat, auf deren Besetzung Parteiorgane entscheidenden Einfluß nehmen, der hat, zusätzlich zu dem höheren Gehalt, Zugang zu Sonderläden, Sonderferienheimen etc. und kann deutlich mehr »vom Leben haben« als der einfache Arbeiter oder gar der Kolchosbauer.<sup>9</sup>

Diese Gruppe der »Nomenklatura« ist die politisch entscheidende Schicht in der sowjetischen Bürokratie. Politisch und auch außenpolitisch relevant sind — zur Zeit — nicht die Auseinandersetzungen um die Dissidenten und auch nicht das Verhältnis zwischen Bürokratie und »übriger« Bevölkerung, sondern die Auseinandersetzungen, die zwischen den Gruppen *innerhalb* der Nomenklatura stattfinden.<sup>10</sup>

Die Leistungen, die man erbringen muß, um in diese Schicht der Nomenklatura aufzusteigen, werden nach zwei Kriterien gemessen: Qualifikation und Identifikation. Identifikation wird gemessen am Engagement für Aufgaben der Partei, Sondereinsätze etc.; für die Qualifikation ist der erreichte Studienabschluß das Ausgangsdatum, zu dem die beruflichen Erfolge hinzukommen. Dabei werden jedoch die Berufszweige sehr unterschiedlich eingeschätzt. Z.B. erhält ein Techniker ein deutlich höheres Gehalt, als etwa

ein Lehrer — obgleich ja beide einen ähnlichen Studienabschluß haben.

Die Berufszweige im allgemeinen und die großen Institutionen der Bürokratie im einzelnen haben in der sowjetischen Gesellschaft eine spezifische Vorstellung von ihrer Rolle und ihren Aufgaben entwickelt. Neben den nach wie vor wichtigen Religionen und Nationalitäten — hier sind die Probleme in Zentralasien aktuell<sup>11</sup> — sind Berufszweige und Institutionen Gruppen, von denen aus Einzelinteressen in die sowjetische Politik hineingetragen werden.<sup>12</sup> Diese These sollen die folgenden Beispiele belegen. Vorher jedoch noch eine Anmerkung zu den benutzten Quellen. Das politische Monopol der KPdSU fördert — da es auch ein Informationsmonopol umfaßt — den Eindruck der Geschlossenheit, der von der sowjetischen Gesellschaft vermittelt wird. Es gibt keine Parteien und keine nach politischen Kriterien organisierte Presseorgane, welche sich bemühen, Konflikte auszugraben und möglichst auffällig zu publizieren — im Gegenteil, Konflikte werden eher unter den Tisch gekehrt. Der Anspruch, daß die UdSSR keine antagonistische Gesellschaft mehr sei, erzeugt ein Bild in der Öffentlichkeit, das diesen Anspruch zu rechtfertigen scheint. Die direkte politische Auseinandersetzung wird in der UdSSR oft nur dann geführt, wenn die Sache schon entschieden ist, und auch dann oft als Auseinandersetzung um eine Person. Will man hinter diese Fassade der Geschlossenheit sehen, ist man z.T. auf indirekte Belege angewiesen.

## 2. Funktion und Einfluß der sowjetischen Militärs

Daß es im Rahmen der sowjetischen Gesellschaft Militarismus gibt, wenn man die UdSSR mit Begriffen und Erfahrungshorizonten untersucht, die an westeuropäischer Militarismus-Kritik geschult sind<sup>13</sup>, das kann kaum in Zweifel stehen. Jeder Besucher der UdSSR sieht nicht nur die große Zahl von Militärpersonen, die das Straßenbild der sowjetischen Städte mit prägen; er erlebt auch einengende Fotografierverbote, durch die jeder Bahnhof, jede Eisenbahnlinie zum militärischen Geheimnis deklariert wird; und er erfährt, daß gewaltige Gebiete der UdSSR und eine Millionenstadt wie Gorkij aus militärischen Gründen dem offenen Zugang der Gesellschaft und insbesondere der Besucher aus dem Ausland entzogen sind. Er sieht die vielen, pathetischen Denkmale für militärgeschichtliche Ereignisse und erlebt eindringlich jene Gedenkstätten für Opfer und Helden des Zweiten Weltkrieges, an denen junge Komsomolzen im Stehschritt aufmarschieren und eine Viertelstunde regungslos Wache stehen. Die Frage liegt nahe, ob es in der Sowjetunion einen »Militärisch-Industriellen Komplex« gibt oder ob sie sogar ein MIK ist.<sup>14</sup>

Der erste Augenschein wird auf ideologischem Gebiet bestätigt. Im Schulunterricht der UdSSR hat militärische Bildung einen weit größeren Platz, als in dem der Bundesrepublik, im Geschichtsunterricht z.B. spielt die Darstellung siegreicher Schlachten eine deutlich überproportionale Rolle.<sup>15</sup> Aber man muß auch sehen, daß es neben militaristischer und großrussischer Geschichtsschreibung auch internationalistische und kritisch-marxistische Historiographie gibt, sowie vor allem vielfältige, fruchtbare Detailforschung.<sup>16</sup> Das Bild ist also viel zu differenziert, als daß man es insgesamt als militaristisch kennzeichnen könnte; eine solche Kennzeichnung würde Vielen Unrecht tun. Wenn man den Begriff »Militärisch-Industrieller Komplex«, da er an der Zusammenarbeit privater Industrie und öffentlicher Hand ansetzt und deswegen auf eine sozialistische Gesellschaft nur schwer übertragbar ist, auf die sowjetische Gesellschaft nicht anwendet, so muß man doch von Militarismus sprechen — ohne gleich die gesamte Gesell-

schaft unter diesen Begriff zu subsumieren.

Weder Sozialismus noch Kapitalismus sind von ihrem Selbstverständnis her militäristisch; beide erheben den Anspruch, ein »an sich« friedliches Wesen zu haben.<sup>17</sup> Da es historisch aber niemals Gesellschaftsordnungen gab, die dem Selbstverständnis von Sozialismus oder Kapitalismus entsprachen, wurden Militär (und andere Institutionen für Außenbeziehungen wie die Diplomatie) mit ihrer Funktion für die Abwehr »älterer« Gesellschaften begründet. So wurde auch, durchaus der Lage der RSFSR im Jahre 1918 angemessen, die Gründung der Roten Armee als notwendig erkannt.<sup>18</sup> Damit wurde eine Institution geschaffen, die fraglos für die Selbstbehauptung der UdSSR nötig war, die aber auch ihr eigenes Gewicht erlangte. Um auf die Komsomolzen vor den Gedenkstätten des zweiten Weltkrieges zurückzukommen: sie erinnern an eine Situation, in der die Rote Armee die Völker der UdSSR vor faschistischer Unterdrückung rettete. Aber indem die jungen Leute heute sich in völligem Schweigen und strammer Haltung mit jenen Helden identifizieren — lernen sie da nicht etwas anders, als die Verteidiger von 1941-45 bewegte (die ja nicht vor Gedenkstätten strammgestanden hatten)?

Wie eine Gesellschaft mit ihrer Geschichte umgeht, was für eine — wessen — Geschichte sie lernt, das ist ein wichtiger Hinweis auf den Charakter dieser Gesellschaft. Aber das Bild der Geschichte einer bestimmten Institution läßt selbstverständlich nur indirekte Schlüsse auf die Rolle dieser Institution in der gegenwärtigen Gesellschaft zu. Anhaltspunkte für die tatsächliche Rolle von Armee und Militär in der Rüstungspolitik der UdSSR sollen in einem historischen Rückblick seit dem Ende der Stalinzeit ermittelt werden.

### 2.1 Deutschlandpolitik und Roll-back (nach 1953)

Die Periode nach Stalins Tod am 5. März 1953 ist innenpolitisch als Beginn des »Tauwetters« und des »Neuen Kurses« gekennzeichnet.<sup>19</sup> Dabei kann hier außer Betracht bleiben, wie weit dieser Kurs schon vor Stalins Tod eingeleitet war — sicher ist, daß er nach dem Tod des Diktators mit größerer Überzeugungskraft und auch weitergehendem Anspruch eingeschlagen wurde. Im ökonomischen Bereich zielte der »Neue Kurs« auf eine Veränderung der Investitionsschwerpunkte des Wirtschaftsplans. Georgij Maksimilianovic Malenkov, der am 6. März zum Vorsitzenden des Ministerrats gewählt wurde, betonte in seiner Begräbnisrede auf Stalin, daß man »unnachgiebig nach einer weiteren Verbesserung des materiellen Wohlstands der Arbeiter, Kolchosbauern, der Intelligenz, aller sowjetischer Menschen« streben müsse. Eine Erhöhung des Lebensstandards setzte ökonomisch eine Umleitung von Ressourcen aus dem weiteren Ausbau der Investitionsgüterindustrie in die Förderung der Konsumgüterindustrie voraus — die ökonomische Auseinandersetzung im »Neuen Kurs« erinnert an die frühsowjetische Diskussion um die Industrialisierungsschwerpunkte und damit daran, daß diese Problematik eine der grundlegenden der UdSSR ist.

Rüstungspolitisch bedeutete die Umleitung von Ressourcen aus der Investitionsgüterindustrie in die Konsumgüterindustrie ein Einfrieren, wenn nicht sogar langfristig eine Verminderung der Rüstungsausgaben. Diese Politik erforderte außenpolitisch einen Abbau der Konfrontation mit dem Westen. Wichtigster erster Erfolg dieser neuen Außenpolitik war die Beendigung des Koreakrieges mit dem Waffenstillstand von Pammunjon am 27. Juli 1953; in den Zusammenhang gehören auch die formelle Rücknahme territo-



riale Ansprüche gegen die Türkei im Gebiet von Kars am 30. Mai und die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Israel am 15. Juli 1953. — Die wichtigste strategische Frage für die Außenpolitik des neuen Kurses war jedoch weder die koreanische Front noch die Situation gegenüber der Türkei in Kaukasien. Die empfindlichste strategische Stelle der UdSSR ist Mitteleuropa; die Bedeutung Mitteleuropas für die UdSSR läßt sich höchstens mit der Bedeutung Kubas oder Mexikos für die USA vergleichen. Nur von Mitteleuropa aus kann gegen die UdSSR ohne allzugroße Umstände eine konventionelle Intervention geplant werden, und nur von Mitteleuropa aus können strategische Waffen, auch mittlerer Reichweite, die wirtschaftlichen Zentren der UdSSR mit atomarer Vernichtung bedrohen. Dies liegt sowohl an der dichten verkehrsmäßigen Verbindung zwischen Mittel- und Osteuropa als auch einfach an den Entfernungen; von Korea aus läßt sich sicher Vladivostok, aber doch nicht Moskau angreifen — von Berlin und Warschau aus ist Moskau zweimal (1610 und 1812) erobert und drei weitere Male — im Nordischen sowie in den beiden Weltkriegen — ernsthaft bedroht worden.

Die Regelung der deutschen Frage war deshalb für die Durchsetzung des neuen Kurses eine zentrale Frage. Dabei lag es im Interesse der Malenkov-Gruppe, das bedeutende westdeutsche militärische Potential dem westlichen Bündnis zu entziehen und den mitteleuropäischen Raum dem befürchteten Aufmarsch für einen roll-back unzugänglich zu machen. Die sowjetische Regierung hielt deshalb an dem ja schon unter Stalin gemachten Angebot der Neutralisierung Restdeutschlands, d.h. des Deutschlands zwischen Oder und Saar, fest. Sowohl die USA wie die Regierung Adenauer bestanden jedoch auf dem Kurs der Integration der Bundesrepublik in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Trotzdem schienen die Chancen der sowjetischen Politik zu steigen, als Frankreich am 30. März 1954 den EVG-Vertrag ablehnte. Schon im Oktober 1954 wurde jedoch die Bundesrepublik direkt in die NATO aufgenommen. Auch wenn der Aufbau der Bundeswehr erst 1956 größere Zahlen erreichte, war sofort absehbar, daß allein auf Grund des westdeutschen Potentials die Stellung des Westens in Europa in einem Maß verstärkt werden würde, das die Aufrüstung der DDR nicht ausgleichen konnte.

Mit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und dem Scheitern der Versuche, Deutschland zu neutralisieren, war eine entscheidende außenpolitische Voraussetzung der Innenpolitik Malenkovs entfallen. Nikolai Sergejevic Chrusčev, seit dem 13. September 1953 Sekretär des ZK der KPdSU und damit in einer der zentralen Machtpositionen, machte sich schon von Anfang 1954 an zum Kritiker der Malenkov-Politik, indem er, zusammen mit dem führenden Militär Marschall Žukov, die andauernde Aggressivität des Westens hervorhob. Im Dezember 1954 eröffnete die Parteizeitung Pravda den direkten Angriff auf Malenkov, indem sie die Einkreisung der Sowjetunion durch die westlichen Militärpakte aufzählte und auf die Aufrüstung der Bundesrepublik hinwies. Die Pravda forderte die besondere Förderung der Investitionsgüterindustrie, welche »die wichtigste Grundlage der sozialistischen Wirtschaft und der Verteidigungsbereitschaft des Landes ist«. Demgegenüber betonte die Regierungszeitung Izvestija noch einmal die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz und die Notwendigkeit, »die maximale Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft« zu erreichen. Aber die Deutschlandpolitik des Westens entzog der Regierung der UdSSR die außenpolitische Absicherung dieser innenpolitischen Position. Am 4. Februar 1955 wurde — verspätet — das Budget für 1955 veröffentlicht, in dem die Investitionen im Bereich der Investitionsgüterindustrie um 27%, im Bereich der Rü-

stung um 12% gesteigert — die Investitionen im Bereich der Konsumgüterindustrie um 23% gesenkt wurden. Am 8. Februar 1955 bat Malenkov um seine Entlassung. Indem der Westen die UdSSR als militaristisch behandelt hatte, hatte er ihre weitere Militarisierung gefördert.

In welchen gesellschaftlichen Zusammenhängen stand die innenpolitische Diskussion um die angemessene Einschätzung der außenpolitischen Lage der UdSSR? Hierzu hat Milton C. Lodge wichtige Kenntnisse erarbeitet<sup>20</sup>, indem er die Zeitschriften der Berufe, die Fachzeitschriften, analysiert hat. Dem politischen Monopol der Partei entspricht ja in der UdSSR, daß die politischen Zeitungen nur selten direkte Kontroversen austragen — so wie das 1954/55 zwischen Pravda und Izvestija einmal geschah. Lodge untersuchte, ob in den Berufszeitschriften Unterschiede an politischer Einschätzung deutlich wurden, und stellt fest, daß die literarischen und die juristischen Zeitschriften in diesen Jahren niemals für eine Erhöhung der Rüstungsausgaben plädierten. 1952 setzten sie den Schwerpunkt bei Bildungsinvestitionen und 1953 bei Investitionen in der Landwirtschaft. Die Zeitschrift der Wirtschaftsfachleute trat 1952, also vor Stalins Tod, noch für Investitionsschwerpunkte bei der Investitionsgüterindustrie, der Landwirtschaft und der Rüstung ein. 1953 plazierte sie Investitions- und Konsumgüterindustrie gleich, 1954 ist nicht untersucht, und 1955 plazierte die Zeitschrift die Forderung nach Investitionen in der Konsumgüterindustrie an erster Stelle. Die Parteizeitungen dagegen betonten nach wie vor die Notwendigkeit von Investitionsgüterindustrie und Rüstung. Die Parteizeitungen — nicht die Pravda, sondern z.B. Partijnaja Žižn — sind hier als Fachzeitschriften eingeordnet, weil sie sich an jene wenden, die beruflich Parteiarbeit machen.

## 2.2 Militärreformen und Kubadebakel (nach 1957)

Chruščev war also 1954 nicht zuletzt mit Hilfe des Militärs an die Macht gekommen.<sup>21</sup> 1957 kam er aber wohl zu der Überzeugung, daß der Einfluß des Militärs zu groß geworden war; Marschall Žukov verlor seine Stellung als Mitglied des ZK. Im folgenden Jahr begann die Partei mit Hilfe ihres Instrumentes, des Komsomol, den Einfluß der Berufsmilitärs in der Armee in Frage zu stellen. Ziel war es, die alleinige Befugnis der Offiziere zur Befehlsausgabe, die »edinonačalie« einzuschränken und für viele Fälle an die Zustimmung der jeweiligen Parteiorganisation innerhalb der Armee zu binden. Diese Veränderung der Kommandostruktur — welche faktisch an Vorkriegsstrukturen wieder anknüpfte — wurde mit dem Mittel des Auswechslens eines Teiles der Kader verfolgt und führte natürlich zu beträchtlichen Unruhen unter den Offizieren, die z.B. in der Militärzeitschrift »Roter Stern«, auf der Meinung bestanden, daß allein Militärs Fachleute genug seien, um in militärischen Angelegenheiten Befehle zu geben.

Zwischen Chruščev und den führenden Militärs kam es jedoch erst zum Bruch über die strategischen Reformen der Jahre 1960-62. Chruščev vertrat damals die Position, daß der Krieg nicht mehr unvermeidlich sei; daß jedoch selbst für den Fall eines Krieges die interkontinentalen Raketen den Krieg entscheiden würden. Es wurde deshalb eine Reduktion der Mannschaftsstärke der Roten Armee von 3,6 auf 2,4 Millionen Mann und eine Kürzung der Militärausgaben um 16-17 Mrd. Rubel durchgeführt. Diese gesparten Summen sollten in die sowjetische Wirtschaft investiert werden. Damit wird ein grundlegendes Motiv aller Auseinandersetzungen um das Ausmaß der sowjetischen Rüstung innerhalb der UdSSR deutlich. Der Wille der sowjetischen Führung, die Sowjetunion in Richtung auf eine Überflußgesellschaft zu entwickeln — zumindest die steigen-

den Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen —, stieß immer wieder — unter Malenkov nicht anders, als unter Breznev — an die Grenze der hohen, unproduktiven Militärausgaben. Chruschtschovs Reformen bedeuteten innenpolitisch jedoch auch, daß über 250.000 Offiziere ihre Stellung verloren. Der Verteidigungsminister stellte selbst fest, daß nur 35% dieser Offiziere eine gleich gute Stellung in der Industrie finden konnten; die übrigen mußten eine Statusminderung hinnehmen. Die Opposition des Militärs fand wiederum in der Militärzeitung »Roter Stern« ziemlich offen Ausdruck. Im November 1960 schrieb dort z.B. ein sowjetischer General, daß auch in der Zukunft Kriege durch Massenarmeen entschieden würden, für deren Rüstung man Schwerindustrie benötige — und nicht Konsumgüterindustrie, die Chruschtschov förderte.

Weder der General, noch die Generäle, noch selbst der Verteidigungsminister konnten den Generalsekretär der Partei stürzen. Der Sturz Chruschtschovs wurde vielmehr durch die internationale Politik in die Wege geleitet: durch die Niederlage der Sowjetunion in Kuba 1962. Zwar versüßte die Regierung Kennedy diese Niederlage durch den Abzug von Mittelstreckenraketen aus Mitteleuropa und der Türkei, womit die damalige amerikanische Regierung akzeptierte, daß Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa ungefähr denselben strategischen Stellenwert hätten, wie in Kuba. Aber die sowjetische Niederlage hatte doch deutlich gemacht, daß die interkontinentalen Raketen in einer regionalen, begrenzten Auseinandersetzung nicht einsetzbar waren und also kein Machtmittel darstellten. Die sowjetische Marine, bis dahin mit ihrer Rolle als Küstenverteidigungsmarine einverstanden, setzte nun unter Admiral Gorstkov auf den Ausbau zur weltweit einsetzbaren Hochseeflotte, mit dem nach dem Sturz Chruschtschovs begonnen wurde.

Daß Chruschtschov so sehr auf die neue Waffe der strategischen Raketen gesetzt hatte, hatte jedoch schon vor der Niederlage in Kuba eine zweite, vielleicht sogar wichtigere Folge. In der ihm eigenen Art des Bluffs hatte der Generalsekretär von einem umfangreichen strategischen Waffenarsenal gesprochen. Sei es, weil der CIA schlecht informiert war, sei es, weil er bessere Informationen nicht weitergeben wollte: die amerikanische Regierung jedenfalls glaubte dem Generalsekretär und begann nun, zur Abschreckung, ein gewaltiges Nachrüstungsprogramm, um die vermeintliche »Raketenlücke« zu füllen. Es ist heute sicher, daß die Raketenlücke gar nicht bestand. Nachdem die USA allerdings der UdSSR nicht nur vor Kuba gezeigt hatte, was eine anständige Hochseeflotte ist, sondern außerdem durch das Raketen-Nachrüstungs-Programm der UdSSR gezeigt hatte, was die amerikanische Wirtschaft vermag, und die Zahl der amerikanischen Interkontinentalraketen zwischen 1961 und 1964 von wenig über 50 auf über 800 gebracht worden war, zogen die UdSSR nach 1964 nach. Während die Zahl sowjetischer Interkontinentalraketen zwischen 1961 und 1964 nur von etwa 50 auf vielleicht 200 stieg, wurde diese Zahl zwischen 1964 und 1969 auf fast 1.600 verachtfacht — während die USA ab 1967 bei etwa 1.200 nicht mehr den Bestand vergrößerten.<sup>22</sup>

Von den internationalen Zusammenhängen der sowjetischen Entspannungspolitik jedoch zurück zu den nationalen. Es wurde schon gezeigt, daß in der Armeeweitschrift »Roter Stern« die Positionen des sowjetischen Militärs in einzelnen Beiträgen sehr deutlich vertreten wurden. Lodge<sup>23</sup> hat in einer quantitativen Inhaltsanalyse und im Vergleich mit den Zeitschriften anderer Berufszweige festgestellt, daß dies nicht nur ein Einzelfall war, sondern die Regel. Zum Beispiel traten in der wichtigen Frage, wo mehr Mittel investiert werden sollten, im Jahr 1961 die Militärzeitschriften wie »Roter Stern« in 67% der Aufsätze dafür ein, mehr Mittel in die Rüstung zu stecken; und in 33% für

stärkere Investitionen in der Schwerindustrie. Im selben Jahr plädierten die Parteizeitschriften nur in 10% der Artikel für mehr Investitionen bei der Rüstung und nur in 19% der Artikel für mehr Investitionen bei der Schwerindustrie; die Parteizeitschriften forderten in 38% der Artikel mehr Investitionen im Bildungsbereich. Die Zeitschriften des literarischen Publikums, der Lehrer, Künstler etc. veröffentlichten in dem Jahr niemals einen Artikel, in dem für mehr Rüstung oder mehr Investitionen in der Schwerindustrie plädiert wurde, und sie setzten den Schwerpunkt auch nicht allein bei Investitionen in der Bildung (28%) — sie forderten mehr Geld für die Landwirtschaft (43%).

Entsprechen diese unterschiedlichen Schwerpunkte der Zeitschriften Stimmungen oder gar direkten politischen Mehrheitsmeinungen in den Berufen, an die sie sich wenden? Es ist keine Leseranlyse bekannt, mit der sich das beweisen oder widerlegen lassen könnte. Meine These läßt sich jedoch mit einem Begriff von Karl Deutsch erläutern: dem Begriff der »kognitiven Korruption«. <sup>24</sup> Eigene Interessen führen demnach selten dazu, daß man Realität gar nicht mehr wahrnimmt <sup>25</sup> — aber sie führen oft dazu, daß man die Realität so wahrnimmt, daß die eigenen Interessen zur Geltung kommen. Die Militärs tendierten dazu, die Schwächen des Chruščevschen Kurses mit besonderer Schärfe zu sehen, weil dieser kurz ihre Stellung in Frage stellte. In der *Intelligencija*, welche die literarischen Zeitschriften las, wurde die Hoffnung auf eine Erhöhung des Lebensstandards mit der Hoffnung auf weitere Festigung des »Neuen Kurses« verbunden.

Haben diese unterschiedlichen Positionen der Zeitschriften, in welchen m.E. berufsorientierte Erwartungen zum Ausdruck kommen, auf die Entscheidungen des ZK eingewirkt? Auch hier wäre der letzte Beweis nur zu führen, wenn die Protokolle veröffentlicht wären. Aber: Wenn man die Mitglieder des ZK daraufhin untersucht, welche Ausbildung sie haben und in welchem Berufszweig sie sich vor der eigentlichen Parteikarriere ihre Sporen verdient haben, stellt man eine sehr ungleichmäßige Verteilung sowohl nach den Ausbildungen wie den Berufen fest. <sup>26</sup> Die häufigste Ausbildung ist Ingenieurwissenschaften, und die meisten Karrieren, abgesehen von denen im Parteipararat selbst, sind in der Schwerindustrie, also der Investitionsgüterindustrie verlaufen. Eine mit 8% kleine, aber in sich geschlossene Gruppe bilden jene ZK-Mitglieder, die im Militärapparat Karriere gemacht haben und auch an Militärschulen studiert haben.

Meine Annahme ist, daß die Fachleute jeweils für solche Argumente besonders empfänglich sind, die als fachlich begründete Argumente vorgetragen werden, und daß sie darin mit den Berufsgenossen im Verlauf von Ausbildung und Karriere ähnliche Bewertungsmuster entwickeln. Die Auseinandersetzung zwischen Chruščev und den Militärs hat klar gezeigt, daß die Militärs z.B. beanspruchen, in militärischen Fragen als Fachleute sprechen zu können. Sobald argumentiert wird, daß die Bedrohung aus dem Westen nicht ganz so groß ist, wird implizit für eine Verringerung der Rüstung, einen Abbau des militärischen Apparats, eine Verringerung der Offiziersstellen und eine Verminderung der Aufstiegschancen junger Offiziere argumentiert. Militärs sind am ehesten geneigt, jenen Argumenten Glauben zu schenken, welche die Bedrohung hervorheben und damit den weiteren Ausbau des militärischen Apparats legitimieren. Aus Chruščevs Erinnerungen kann man diese außenpolitisch »harte« Position der sowjetischen Militärs auch direkt belegen.

Unter den Karrieren, welche ZK-Mitglieder 1966 gemacht hatten — und dies hat sich bis heute nur wenig verändert —, waren jene, die berufliche Affiliationen zur Schwerindustrie gebracht hatten, so eindeutig überrepräsentiert, daß es im ZK immer schwer fal-

len dürfte, *gegen* diese Gruppe Entscheidungen durchzusetzen. Dies hat übrigens auch ökonomische Gründe — Investitionsgüterindustrie ist mit den Methoden zentraler Planung leichter erfolgreich zu betreiben, als Konsumgüterindustrie (oder gar Landwirtschaft).<sup>28</sup>

### 2.3 Entspannungspolitik und weitere Rüstung (nach 1969)

Brežnev kam in einer Koalition an die Macht, die auf stärkere Betonung der Rüstung festgelegt war. Die UdSSR machte zunehmend rüstungspolitische Parität auf allen wichtigen Gebieten zum konkreten Ziel ihrer Politik und gestand der Ressourcenallokation für Rüstung Priorität zu. Trotzdem wurden die späten 60er und die 70er Jahre zur Periode der Entspannung. Die weltpolitischen Fronten in Mitteleuropa und gegenüber China lagen fest und wurden nicht mehr in Frage gestellt. Die USA waren tief in die Intervention in Vietnam verstrickt, wo sie militärisch keine Siege errangen und moralisch schwere Niederlagen erlitten. Die sowjetische Führung konnte im Zeichen der Entspannungspolitik darangehen, ihre strategisch schwächste Stelle, Mitteleuropa, mit diplomatischen Mitteln zu decken, und die westeuropäischen Mächte konnten in diesem Prozeß größere Selbständigkeit gegenüber den USA entwickeln. Insbesondere für die Bundesrepublik ergab sich die Möglichkeit, mit der »Neuen Ostpolitik« einen Nachholbedarf an Normalität zu erfüllen<sup>29</sup>, sowie die Verbindungen zur DDR und zu Berlin zu festigen. Europa atmete auf, als die deutschen Ansprüche auf die Gebiete jenseits Oder und Neiße aufgegeben wurden, und es war gern bereit, einem Willy Brandt zu glauben, daß Deutschland nun »mehr Demokratie wagen« werde.<sup>30</sup>

Für die SPD-FDP-Koalition war der Entspannungsprozeß an die Hoffnung auf Abrüstung gebunden. Daß diese Hoffnung bisher gescheitert ist, ist Teil des Machtproblems innerhalb der SPD; kein Mitglied ist in diese Partei gegangen, um den Rüstungsanteil am Haushalt wachsen zu sehen. Falls noch mehr Rüstung sich als außenpolitisch unerlässlich erweisen sollte, wird die SPD die Macht verlieren, denn die Bundesrepublik braucht dann keinen Sozialdemokraten als Kanzler. So rechts kann Helmut Schmidt sich gar nicht geben, daß er die Erinnerung an Brandt auslöschen könnte. Es könnte ein Menetekel sein, daß Brandt nicht an der CDU und auch nicht am Unwillen Wehners, sondern an einem Spion der DDR gescheitert ist. Der innenpolitische Erfolg der SPD ist davon abhängig, daß jenes Bild von der Sowjetunion richtig ist, das ihrer Außenpolitik zugrundeliegt — und wenn die Sowjetunion doch jener ewig auf Überfall sinnende Bär ist, den die Presse angelegentlich zeigt<sup>31</sup>, dann braucht die Bundesrepublik die SPD nicht als Regierungspartei.

Für die sowjetische Führung stellte sich die Frage, ob die Entspannungspolitik mit dem Westen im allgemeinen und der Bundesrepublik im besonderen Erfolg haben könne, als Frage nach dem Charakter des Westens und hier eben der Bundesrepublik. Je imperialistischer und aggressiver die Bundesrepublik dargestellt wird, desto weniger sind die Verträge mit ihr glaubwürdig — desto mehr muß man sich auf die eigene Kraft verlassen, muß man rüsten.

Die literarische Zeitschrift »Novyj Mir« hat schon während des Jahres 1970 herausgestellt<sup>32</sup>, daß der spezifische Antikommunismus der Bundesrepublik im Schwinden begriffen sei und der Kalte Krieg abgeschwächt werde. Die Veränderung des Charakters der Bundesrepublik wurde in dieser Zeitschrift auf die gesellschaftlichen Kräfte der Bundesrepublik selbst, insbesondere die Studentenbewegung und den Wahlsieg der

SPD/FDP Koalition 1969 zurückgeführt. Obgleich die Bundesrepublik sich theoretisch im letzten und aggressivsten Stadium des Kapitalismus, im Imperialismus befindet, konstatiert diese literarische Zeitschrift in der Bundesrepublik früh eine positive Entwicklung. Auch die Zeitschrift »Wirtschaftsfrage« betont 1970, daß auch im Kapitalismus nach wie vor Fortschritte in der Entwicklung der Produktivkräfte erreicht würden, die es lohnend machen, in der Wirtschaft mit kapitalistischen Ländern zusammenzuarbeiten.

Ganz anders die Militärzeitung »Roter Stern«. Während des Jahres 1970 werden die Gefährlichkeit und der faschistische Charakter der Bundesrepublik betont. Der Bericht über die bundesrepublikanischen Rüstungsausgaben im Jahr 1970 stellt die Bundeswehr in eine ungebrochene Tradition des Nationalsozialismus; im Bericht über die Übergabe des Raketenzerstörers mit dem Namen »Rommek« wird die Vermutung angestellt, daß bald auch einmal ein Raketenzerstörer den Namen Hitler tragen werde. Im Januar 1971 widmete die Zeitung der politischen Rechten in der Bundesrepublik einen ausführlichen Aufsatz. Hierbei wurden »Aktion Widerstand«, NPD, CSU, CSU-Freundeskreise und Wiking-Jugend in eine Reihe gestellt, als ob sie alle in gleicher Weise eingestuft werden könnten — den kleinen wirklich rechtsradikalen Gruppen wird damit eine Bedeutung zugemessen, die sie nicht haben; und die CSU wird damit politisch verunglimpft. Erst im Februar 1972 veröffentlichte »Roter Stern« den ersten umfangreichen, mit Namen gezeichneten Artikel zur Entspannung; bis zu diesem Datum waren selbstverständlich offizielle Kommuniqués der Regierung publiziert worden — aber die Berichterstattung über die Bundesrepublik hatte immer wieder die Gefahr von dort betont.

Eine quantitative Analyse der Darstellung macht das unmißverständlich.<sup>33</sup> Jene Nachrichten, in denen die Bundesrepublik als revanchistisch oder faschistisch dargestellt wird, d.h. als unmittelbare Bedrohung, überwiegen am Anfang des Jahres 1970 deutlich. Da in dieser Zeit ja schon verhandelt wurde zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, ist die Skepsis des »Roten Stern« gegenüber diesen Verhandlungen unübersehbar. Jeweils zu den großen Ereignissen, der Ost-West-Beziehungen nimmt der Anteil dieser Gruppe 1 an den Gesamtnachrichten ab, unmittelbar darauf springt er aber jeweils wieder in die Höhe: die Gefährlichkeit der Bundesrepublik wird betont. Erst im Verlauf der drei Jahre werden jene Nachrichten seltener, welche über als faschistisch eingestufte Ereignisse in der Bundesrepublik berichten, erst Ende 1972 gibt es Monate, in denen solche Nachrichten nicht mehr vorkommen.

Die Gewichtung der Darstellung wird noch deutlicher, wenn man sie mit der Darstellung Frankreichs im »Roten Stern« vergleicht. Hier macht der Anteil von Nachrichten über französisch-sowjetische Zusammenarbeit regelmäßig den größten Teil aus, neben Nachrichten über die KPF; Nachrichten über rechtsradikale Gruppen, etwa die OAS, kommen kaum vor. Während Nachrichten über französische Atomversuche mit einem Zweizeiler davonkommen, werden Nachrichten über die — bekanntlich nicht realisierten — Pläne für Atomminen in der Bundesrepublik Anlaß zu monatelangen Pressekampagnen.

Meine Analyse der unterschiedlichen, wenn nicht gegensätzlichen Position der Fachzeitschriften zum Entspannungsprozeß, und besonders die harte Linie der sowjetischen Militärzeitschriften, ist durch eine Untersuchung bestätigt worden, die William Zimmermann und Robert Axelrod ohne Kenntnis von meiner Arbeit an der Universität Michigan durchgeführt haben.<sup>34</sup> Sie haben die Darstellung des Vietnam-Kriegs in sowjetischen Zeitschriften untersucht, und dabei danach gefragt, wie die USA dargestellt wer-

den. Während die USA im »Roten Stern« und einer anderen, von mir nicht untersuchten Militärzeitschrift — »Kommunist Vooruzennyh Sil« — so dargestellt werden, als hätten sie nichts gelernt in Vietnam und seien allein vor der überlegenen Militärmacht zurückgewichen, wurde z.B. in Literaturnaja Gazeta breit über die Vietnam-Opposition in den USA berichtet; die USA wurden also als eine lernfähige Gesellschaft gezeichnet, mit der man in Zukunft doch vielleicht auch ohne allzuviel Gewalt auskommen könne.

### 3. Auf dem Weg zu Mutual Assured Destruction

Dies führt mich zur Frage nach der Angemessenheit des politischen Konsensus, der in der UdSSR nun schließlich durchgesetzt worden ist. Die in literarischen Zeitschriften als realistisch gesehenen Veränderungen im Westen allgemein und in der Bundesrepublik im besonderen, als deren Ausdruck auch die Ostverträge im Juli 1972 schließlich positiv beurteilt werden, werden im »Roten Stern« nicht auf innere Entwicklungen im Westen zurückgeführt, sondern auf die sowjetische militärische Stärke. Wenn man daraus schließen kann, daß das Militär schließlich seine Skepsis gegen die Vertragspolitik zurückgestellt hat, dann muß man daraus zugleich schließen, in welcher Form das Militär dem außenpolitischen Konsensus schließlich zugestimmt hat. Denn, wenn der Realismus im Westen allein auf die sowjetische Rüstung zurückzuführen ist, dann ist es nur sinnvoll, zumindest denselben Grad von Rüstung auch nach der Ratifizierung des Moskauer Vertrags im Bundestag 1972 und auch nach dem Rückzug der USA aus Vietnam 1973 aufrecht zu erhalten. Genau dies hat die sowjetische Regierung bekanntlich auch getan. Während die Rüstungsquote der westlichen Länder, insbesondere der USA, in der Mitte der 70er Jahre deutlich zurückgegangen ist, ist die der UdSSR gleichgeblieben; im Verhältnis zur USA sind die sowjetischen Rüstungsaufwendungen also deutlich angestiegen.<sup>35</sup>

Nun ist Rüstungspolitik ein Teil von Außenpolitik, bei dem es nicht allein darauf ankommen kann, einen Konsens jener Interessen zu erreichen, die in der Innenpolitik artikuliert werden können und berücksichtigt werden müssen (was auch in der UdSSR nicht automatisch zusammenfällt). Rüstungspolitik muß vielmehr auch jene internationalen Bedingungen angemessen kalkulieren, von denen ihre Wirkung letztenendes abhängt. Indem die UdSSR auf das Nachlassen der Rüstungsanstrengungen in den USA in der Mitte der 70er Jahre nicht antwortete, nicht auch selbst Abstriche an ihrer Rüstung machte, beeinflußte die UdSSR das amerikanische Sowjetunion-Bild. Durch ihre eigenen Rüstungsanstrengungen schuf die UdSSR eine Voraussetzung für jene Wendung der amerikanischen Öffentlichkeit zu einer härteren Außenpolitik und insbesondere zu einer Verstärkung der Rüstung, die sich schon auf den Rüstungshaushalt der Regierung Carter im letzten Jahr ausgewirkt hat und die zum Hintergrund des Wahlsieges von Reagan gehört. Selbstverständlich gehören in diesen Zusammenhang auch andere Fälle sowjetischer Außenpolitik als die Rüstungspolitik, insbesondere die Besetzung Afghanistans. Weiter gehört die Außenpolitik anderer Mächte in diesen Zusammenhang, wie die Außenpolitik Irans. Und vor allem ist der Sieg Reagans auch im Rahmen der amerikanischen Innenpolitik zu erklären. Aber in der Rüstungspolitik, vor allem der Aufrüstung zur See, wurde ein sowjetischer Beitrag zur Legitimation erneuter amerikanischer Rüstung geleistet, die dazu tendiert, den Effekt der sowjetischen Rüstungsanstrengungen langfristig wieder aufzuheben. Der Konsens, der zwischen den verschiedenen innenpolitischen Positionen zur Rüstung in der UdSSR durchgesetzt wurde, hat also die außenpo-

litischen Bedingungen sowjetischer Rüstung nicht angemessen kalkuliert — auch abgesehen davon, daß die Politik der »Mutual Assured Destruction« auf eine noch höhere, noch gefährlichere Ebene gehoben wurde. Die Fehlerhaftigkeit der Konsensbildung und der aus ihr hervorgehenden politischen Entscheidung hat einen seiner Gründe, so scheint mir, wieder im Bereich der politischen Verfassung. Das politische Monopol der Partei verhindert zwar nicht, daß in den verschiedenen Zeitungen der UdSSR sehr unterschiedliche Positionen zum Ausdruck kommen — aber es behindert, daß die Konsequenzen sowjetischer Politik mit aller Härte und bis in alle Einzelfakten hinein offen diskutiert werden. Und dies macht in der Tat gerade für kritische, intellektuelle Beobachter von Außenpolitik eine der Fremdheiten sowjetischer Innen- wie Außenpolitik gegenüber den westlichen Gesellschaften aus.

#### 4. Der sowjetische Beitrag zur Irrationalität des Systems

Das Internationale System funktioniert schon in dem ganz vordergründigen Sinne irrational, daß die in ihm wichtigen Entscheidungen nicht auf Grund rationalen Disputs, sondern als Resultanten vieler partikularer Entscheidungen bzw. der Durchsetzung partikularer Macht oder Herrschaft<sup>36</sup> entstehen.<sup>37</sup> Die UdSSR trägt vor allem durch den Mangel an Informationen über das Zustandekommen ihrer Entscheidungsprozesse zu dieser politischen Irrationalität bei. Der politischen entspricht die ökonomische Irrationalität des Weltsystems, die ihren vielleicht eindringlichsten Ausdruck in der Tatsache findet, daß die sozialistischen Länder in der Gestaltung ihrer Rohölpreise den Kalkülen der Herrscher von Mekka und Medina folgen.<sup>38</sup> Der Weltmarkt ist nach wie vor anarchisch, aber dies ist nur noch teilweise Ausdruck kapitalistischer Konkurrenz. Die neue Situation des Weltsystems kann in den Kategorien der Diskussion um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nur teilweise erklärt werden; neue Erklärungsmodelle aber sind noch kaum ausformuliert<sup>39</sup>, geschweige denn erprobt. Im Bereich der Rüstungspolitik aber hat die Irrationalität des Systems aktuelle, bedrohliche Folgen.<sup>40</sup>

Die westliche, insbesondere die amerikanische Politik hat in der Nachkriegszeit in einer Richtung auf die sowjetische Politik eingewirkt, welche die militärischen Sektoren der sowjetischen Gesellschaft förderte. Die UdSSR zahlt mit gleicher Münze heim. Die sowjetische Hochrüstung in der Mitte der 70er Jahre ist darum so wichtig, weil die Niederlage der USA in Vietnam gerade die Stärke regionaler Verteidigungskapazität belegt hatte. Daß die USA heute nicht die Macht hat, das Territorium der UdSSR konventionell zu bedrohen, ist sicher; und globalstrategisch heben die gegenseitigen Drohungen sich auf. Warum also das sowjetische Rüstungsprogramm, das SS 20 am laufenden Band produziert? Am Gleichgewicht der Intercontinental Ballistic Missiles ändert sich nichts Entscheidendes, aber Westeuropa und insbesondere die beiden Teile Deutschlands werden in einer vorher nicht vorhandenen Weise neu bedroht. Die Sorge vor dieser andauernden sowjetischen Rüstung ist verständlich. Meine Kritik an der bundesrepublikanischen Politik betrifft das mangelnde Augenmaß der Reaktion. Mit Dieter Lutz<sup>41</sup> bin ich der Auffassung, daß die bisherige Abschreckung im kontinentaleuropäischen Bereich, die auf den Mittelstreckenraketen Frankreichs und Englands beruht (die Kosten der Modernisierung der englischen, unterwasserstationierten Raketenwaffe bringen gerade den Haushalt des Königreiches durcheinander), ausreichend ist, und daß es dem europäischen Interesse nicht entspricht, die Pershing II zu stationieren. Aber es ist die UdSSR, die durch Ausbau und Modernisierung ihrer Mittelstreckenraketen die Overkill-



Drohung für Mitteleuropa zuerst vervielfältigt hat. Und es entspricht leider nur zu sehr dem Militarismus innerhalb der sowjetischen Gesellschaft, daß Leonid Brežnev auf die — geplante! — Aufstellung der Pershing II mit der Drohung antwortete, dann eben noch entsetzlichere Massenvernichtungsmittel auf Westeuropa zu richten. Wer im Westen für Abrüstung ist, kann nicht übersehen, daß die gegenwärtige sowjetische Führung dafür ein schlechter Partner ist, der nach der Logik des »auf einen Schelmen anderthalbe« verfährt — eben jener Logik, mit welcher die Welt immer mehr an »Mutual Assured Destruction« herangebracht wird.

Der Terminus »Exterminismus«, den Thompson vorschlägt<sup>42</sup>, macht die immanente Logik des Irrationalen deutlich. Er ist jedoch zu ausschließlich pessimistisch und apokalyptisch; um im biblischen Bild zu bleiben: er nennt bloß das letzte Buch der Bibel, nicht die pragmatischen Briefe an verstreute Gemeinden und nicht die Bergpredigt. Die Aufrufe Kennans<sup>43</sup> scheinen mir überzeugender, weil sie auch die Hoffnung benennen: die Hoffnung, welche die Menschen trotz allem auf die Vernunft von Mitmenschen setzen müssen — darauf, daß dreißig Jahre lang der große Krieg vermieden wurde, auf den zunehmenden Einfluß weltweiter Öffentlichkeit, auf die Stärkung internationalen Rechts.

Wer allerdings, wie Harich das tut<sup>44</sup>, einen Präventivkrieg in sein normales Kalkül aufnimmt, der denkt in sehr deutscher Gründlichkeit etwas »zu Ende«, was zu Ende zu denken in den stärker pragmatischen Denktraditionen beider Weltmächte zumindest in der kritischen Intelligenz vermieden wird. Leider kennen beide Weltmächte den Präventivkrieg als Mittel der Politik; die UdSSR suchte ihren Überfall auf Finnland 1939 und zuletzt ihre Intervention in Afghanistan so zu rechtfertigen — im Nachhinein. Das ist schlimm genug. Aber vorweg den Präventivkrieg als »normales« Mittel von Politik einzukalkulieren, mindert noch die geringen moralischen Barrieren, die gegen dies Mittel bestehen. Keiner meiner sowjetischen und amerikanischen Freunde oder Bekannten würde die Verletzung eines so zentralen Punkts des Völkerrechts in seine Überlegungen einbeziehen, ohne mindestens in moralischer Abwehr zu sagen, daß die eigene Seite zu einer derartigen Rechtsverletzung nicht willens sei.

Da der Rüstungswettlauf aktuell und konkret ist, sowie in der Auslöschung der Menschheit Folgen haben kann, welche Theorie überflüssig machen, ist, in der Theorie Recht behalten, ihm gegenüber kein angemessenes Verhalten. Für die Bundesrepublik geht es darum, zu verhindern, daß sie weiter als Übertragungsriemen der amerikanischen Mittelstreckenrüstung in Europa fungiert. Wenn durch die Aufstellung von Pershing II die Stadt Moskau von der Bundesrepublik aus mit Zerstörung bedroht würde, hätte die bundesdeutsche Politik einen beträchtlichen Anteil an der Verschärfung des Rüstungswettlaufes zu verantworten. Nicht eine Modernisierung der französischen und englischen, sondern die Wiedereinführung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa ist die spezifische, vor allem politisch wirksame Überreaktion der westlichen Seite. Daß die westeuropäischen Mächte dies im Grunde wissen, ist daran deutlich, daß sie bei diesen amerikanischen Waffen nicht auf einem »Zwei-Schlüssel-System« bestehen, sondern im Gegenteil darauf dringen, daß die USA allein die Einsatzbefugnisse für diese Waffen haben. Vor dem Rückzug solcher Waffen nach der Kubakrise haben Italien und die Türkei gerade umgekehrt darauf bestanden, daß die amerikanischen Raketen von ihrem Territorium nicht ohne die eigene Zustimmung abgefeuert werden konnten.<sup>45</sup>

Weder eine Zerstörung der SPD als politisch potenter Partei noch ihr Rückzug aus der Macht kann im Ernst das Ziel praktischer Friedenspolitik sein. Für die Ideen von Af-

heldt und Ebert, auf die Harich mit guten Argumenten verweist, läßt sich zumindest so lange keine Mehrheit in der Bevölkerung der Bundesrepublik gewinnen, wie die UdSSR ihre gegenwärtige Rüstungspolitik fortsetzt und eine Intervention in Polen als möglich erscheinen läßt. Daß auf die von Sozialdemokraten betriebene Rüstungspolitik eine wirkliche alternative Rüstungspolitik folgt, liegt außerhalb des zur Zeit politisch Realisierbaren; wenn die SPD gescheitert ist, wird die CDU die Rüstungspolitik bestimmen. Allerdings kann die SPD auch inhaltlich scheitern, ohne als Regierungspartei abgelöst zu werden, und die Folgen davon für den Rüstungswettlauf in Mitteleuropa wären noch negativer, weil sie langfristiger wären.

Wer immer aber in der Sowjetunion vielleicht Gehör findet, der hat die Pflicht, dort vorzutragen, daß ohne eine Änderung auch der sowjetischen Rüstungspolitik und ohne ein Zurückdrängen des Militarismus in der sowjetischen Gesellschaft, eine Abkehr von dem Weg zur gegenseitigen Vernichtung nicht möglich sein wird.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. Die Beiträge von Wolfgang Harich, Edward P. Thompson und Raymond Williams, in: *Argument* 127 (Mai/Juni 1981), S.315-366.
- 2 Vgl. die offiziöse Darstellung bei: B.N. Ponomarev, A.A. Gromyko, V.M. Chvostov, Geschichte der sowjetischen Außenpolitik in zwei Teilen, dt. Übers. Berlin 1969.
- 3 Vgl. etwa Boris Meissner, Gotthold Rhode (Hrsg.), Grundfragen sowjetischer Außenpolitik, Stuttgart 1970. Eine »Abkehr vom Sowjetimperialismus« hält Meissner dort (S.34) jedoch für eine denkbare Zukunft der UdSSR.
- 4 Dies gilt für die allgemeinen Richtlinien, auch wenn Heiko Haumann, Geschichte und Gesellschaftssystem der Sowjetunion, Köln 1977, S.51ff., hier S.60, zu Recht darauf hinweist, daß das Ausmaß der Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb noch nicht genügend untersucht ist.
- 5 H. Gordon Skilling, Franklyn Griffiths (Hrsg.), Pressure Groups in der Sowjetunion, dt. Übers. Wien 1974; zur beruflichen Differenzierung in der UdSSR A.N. Jefimow, Die Industrie der UdSSR, dt. Übers. Berlin 1969, S.146ff.
- 6 Borys Lewytkyj, Politische Opposition in der Sowjetunion 1960-1972, Analyse und Dokumentation, München 1972; Roy Medwedjew, Sowjetbürger in Opposition, Plädoyer für eine sozialistische Demokratie, dt. Übers. Hamburg 1973; sowie die vielfältige Literatur der folgenden Jahre bis zu Lew Kopelew.
- 7 Alexander Yanov, The Russian New Right, Right-Wing Ideologies in the Contemporary USSR, Berkeley 1978.
- 8 Nur solche Daten sind wiedergegeben bei: Gert Meyer (Hrsg.), Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR, Köln 1976, S.390ff.
- 9 Einführend Hans-Heinrich Nolte: Gruppeninteressen in der klassenlosen Gesellschaft, Beispiel Sowjetunion, in: *Gegenwartskunde* 1977/2, S.145-154; umfassender Mervyn Matthews, Privilege in the Soviet Union, Boston 1978.
- 10 Boris Harasymiw: Die sowjetische Nomenklatur, in: *Osteuropa* (im Folgenden OE) 27/7-8 (1977), S.583-598, S.665-681.
- 11 Informativer, als der Titel verspricht, ist: Hélène Carrère d'Encausse, Risse im roten Imperium, Das Nationalitätenproblem der Sowjetunion, dt. Übers. Wien 1979; einführend Hans-Heinrich Nolte, Gruppeninteressen in der Sowjetunion, in: *Gegenwartskunde* 1980/2, S.203-209.
- 12 Hans-Heinrich Nolte, Gruppeninteressen und Außenpolitik, Die Sowjetunion in der Geschichte Internationaler Beziehungen, Göttingen 1979 (im Folgenden Nolte, Gruppeninteressen), S.58-61.
- 13 Vgl. zum methodischen Problem ebd., S.37-42. Wer von der Unvergleichbarkeit von kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft ausgeht und jede Übertragung von Begriffen und Erfahrungshorizonten ablehnt, kommt methodisch in beträchtliche Schwierigkeiten

- und muß sich in der praktischen Politik zum Schluß doch damit auseinandersetzen, daß die Waffentechnik beider Seiten zu sehr ähnlichen Ergebnissen führt. Vgl. auch Andreas Hege-  
 dus, Zwei Ideologien — nur ein Tod, in: Vorwärts, 14.8.1980.
- 14 Vgl. Egbert Jahn, Die Rolle des Rüstungskomplexes in der Sowjetgesellschaft, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden 1979, S.163-188, zu diesem Zitat eines amerikanischen Autors S.175. Vgl. weiter die Beiträge von David Holloway und Ver-  
 non Aspaturian, ebd., S.189-272.
  - 15 Der Ausgangspunkt meiner Arbeiten über die UdSSR waren Studien über Geschichtsunter-  
 richt, vgl. Hans-Heinrich Nolte, Deutsche Geschichte im sowjetischen Schulbuch, Göttin-  
 gen 1972, hier S.103; zuletzt ders., Der sowjetische Lehrplan für den Geschichtsunterricht,  
 in: OE 1981/3, S.216-224.
  - 16 Ders., »Drang nach Osten«, Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpans-  
 sion, Köln 1976, S.164-188.
  - 17 Man vergleiche nur Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden (1795), in: Kurt von Raumer  
 (Hrsg.), Ewiger Friede, München 1953, S.419-460, oder Jeremy Bentham, ebd., S.379-418.
  - 18 Aus westlicher Sicht Michel Garder, Die Geschichte der Sowjetarmee, dt. Übers. Frank-  
 furt/M. 1968; aus sowjetischer Sicht J.I. Korabljow, W.A. Anifilow, W.A. Mazulenko,  
 Kurzer Abriss der Geschichte der Streitkräfte der UdSSR von 1917 bis 1972, dt. Übers. Ber-  
 lin 1976; als systematischer Abriss des Verhältnisses zwischen Partei und Armee: Partija i  
 Armija, pod redakcij: A.A. Episev, <sup>2</sup>Moskva 1980.
  - 19 Die Belege sind nachgewiesen bei: Nolte, Gruppeninteressen, S.62-73. Grundlegend für die  
 Darstellung sind Gerd Meyer, Die sowjetische Deutschlandpolitik im Jahr 1952, Tübingen  
 1970; Hans Wassmund, Kontinuität im Wandel, Köln usw. 1974; Dietrich Geyer, Von der  
 Kriegskoalition zum Kalten Krieg, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik,  
 hrsg. v. Dietrich Geyer, Köln usw. 1972, S.343-381. Vgl. jetzt Bernd Bonwetsch, Möglich-  
 keiten und Grenzen inneren Wandels der Sowjetunion nach Stalin, Paper Garmisch 1980.
  - 20 Milton C. Lodge, Soviet Elite Attitudes since Stalin, Columbus/Ohio 1969.
  - 21 Roman Kolkowicz, The Soviet Military and Communist Party, Princeton/NJ. 1967; dt.  
 Teilübersetzung in: Skilling, Griffiths, a.a.O., S.129-164.
  - 22 Vgl. Manfred Görtemaker, Die sowjetisch-amerikanische Politik im Atomzeitalter, in: Die-  
 ter S. Lutz (Hrsg.), Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden 1979, S.17-46, hier S.29,  
 S.33; weiter Richard J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn oder die Ökonomie des  
 Todes, dt. Übers. Reinbek 1971.
  - 23 Lodge, a.a.O., S.76f.
  - 24 Karl W. Deutsch, Abschreckungspolitik und gesellschaftliche Ordnung, in: Jahrbuch für  
 Friedens- und Konfliktforschung 1 (1971), S.41-53, hier S.45.
  - 25 Für solche extremen Fälle vgl. Dieter Senghaas, Zur Analyse von Drohpolitik in internati-  
 onalen Beziehungen, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung 1 (1971), S.89-194,  
 hier S.105ff. mit dem Begriff »Autismus«; sowie Nolte, »Drang nach Osten«, a.a.O.,  
 S.114-117 zum sowjetischen Deutschlandbild 1939-1941.
  - 26 Michael P. Gehlen, Michael McBride, The Soviet Central Committee, in: The Behavioral  
 Revolution and Communist Studies, Ed. Roger E. Kanet, New York 1971, S.103-124. Ak-  
 tuelle Analysen der Veränderungen in Zentralkomitee und Politbüro erscheinen regelmä-  
 ßig, meist von Boris Meissner, in »Osteuropa«.
  - 27 Bonwetsch, a.a.O., S.7. Die Paper zum Weltkongreß der Osteuropastudien in Garmisch  
 1980, von denen dieses eines ist, werden in Kürze publiziert.
  - 28 Antonio Carlo, Politische und ökonomische Struktur der UdSSR (1917-1975), dt. Übers.  
 Berlin 1972, S.66-69.
  - 29 Vgl. Manfred Knapp, Zusammenhänge zwischen der Ostpolitik der BRD und den deutsch-  
 amerikanischen Beziehungen, in: Die Ostpolitik der Bundesrepublik, hrsg. v. Egbert Jahn,  
 Volker Rittberger, Opladen 1974, S.157-180, hier S.164f.
  - 30 Eine alte Dame und Kommunistin sagte mir in einem Gespräch in Moskau, Brandt habe  
 eben die richtige Biographie. Dies betrifft einen Punkt, den wir immer wieder zu gering ein-  
 schätzen: die persönliche Verbindung unserer höchsten politischen Repräsentanten zum III.  
 Reich wirkt im Ausland abschreckender, als auf uns — und wenn jemand nur Major in der  
 Wehrmacht war.

- 31 Vgl. *Zeitmagazin* vom 15.2.1980 mit dem Titel »Wann ist der Bär satt?«; sowie Gerhard Simon, Russischer und sowjetischer Expansionismus in historischer Perspektive, in: Heinrich Vogel (Hrsg.), *Die sowjetische Intervention in Afghanistan*, Baden-Baden 1980, S.93-117.
- 32 Nachweise im Folgenden bei Nolte, *Gruppeninteressen*, S.74-121.
- 33 Ebd., Tabellen S.116f.
- 34 William Zimmermann, Robert Axelrod, *The lessons of Vietnam*, Paper Garmisch 1980.
- 35 Nach den Schätzungen des Stockholm-Peace-Research-Instituts sind die sowjetischen Militärausgaben, gemessen an den amerikanischen, zwischen 1970 und 1974 von 80,9 auf 94,9% gesteigert worden. Die Forschungsinstitute in Washington und London errechnen Steigerungen auf mehr, als die USA in dieser Phase für Rüstung ausgab; vgl. Franz Walter, Umfang und Trend der sowjetischen Militäraufwendungen, in: *Militärwesen in der Sowjetunion*, München 1977, S.54-65, hier S.61. Siehe auch das Ergebnis dieser beiden Rüstungspolitiken in *Rüstungsjahrbuch '80/81*, Reinbek 1980, S.13: Zwischen 1965 und 1979 ist der Anteil der USA an den Weltrüstungsausgaben nach diesen SIPRI-Angaben von 36,1 auf 24,7% gesunken, während der Anteil der UdSSR von 22,2 auf 23,7% gestiegen ist.
- 36 Diese Differenzierung ist nach wie vor ergiebig; vgl. Werner Hofmann, *Stalinismus und Antikommunismus* <sup>4</sup>Frankfurt/M. 1970; anders als bei Hofmann wird von vielen Soziologen jedoch die durch bürokratische Institutionalisierung legitimierte Macht genauso unter Herrschaft gerechnet, wie durch Privateigentum gesicherte Macht; vgl. zuletzt Kurt Lenk, *Macht, Herrschaft, Gewalt*, in: *aus politik und zeitgeschichte*, 13.6.1981, S.13-29.
- 37 Morton Schwartz, *The Foreign Policy of the USSR*, Eucino/Cal. 1975, S.5.
- 38 Die Länder des RGW haben auch untereinander kein rationales Verfahren für die Ermittlung der Preise im Handel innerhalb des RGW entwickelt, diese Preise folgen vielmehr in einem gewissen Abstand den Weltmarktpreisen; im Fall der Rohölpreise also den von der OPEC durchgesetzten Preisen; vgl. Halina Jaroslawska, *Ökonomische Aspekte der friedlichen Koexistenz*, München 1974, hier S.115ff. Die relativ zu andern RGW-Ländern gute Wirtschaftslage der UdSSR ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die UdSSR Erdöl im Umfang von jährlich etwa 90 Mio t exportiert; vgl. die aktuelle Übersicht in: *Osteuropa — Wirtschaft* (25), 1980/3, S.165-198, bes.S.168f. und S.187f. Die UdSSR kommt ihren Partnern im RGW im Handel mit Energierohstoffen entgegen, indem sie sich für Vertragszeiten an Preise bindet und nicht etwa auf West-Valuten besteht; allgemein aber folgen ihre Preise für Energierohstoffe dem OPEC-Niveau.
- 39 Verweisen darf ich vielleicht auf meinen Formulierungsversuch: Hans-Heinrich Nolte, *Bahros Sozialismuskritik und Perspektiven von Emanzipation im Weltsystem*, erscheint in: *Menschliche Emanzipation*, hrsg. v. Thomas Meyer, Hans Kremendahl, Frankfurt/M. 1981.
- 40 Vgl. gerade zum Zusammenhang von Forschung und irrationaler Politik den glänzenden, selbstkritischen Aufsatz von George Kennan: *Wissenschaftliche Forschung, Politik und Ost-West-Verhältnis*, dt. Übers. in: *Osteuropa* 1981/2, S.99-108.
- 41 Pointiert: Dieter S. Lutz, *Kriegsgefahr und Kriegsverhütung in den 80er Jahren*, in: *aus politik und zeitgeschichte*, 17.1.1981, S.23-38; vgl. auch den Aufsatz von Alois Riklin ebd., S.3-22. Ausführlichere Argumentation bei Lutz, *Rüstung*, a.a.O.
- 42 Edward P. Thompson, *Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation*, dt. Übers. in: *Das Argument* 127 (Mai/Juni) 1981, S.326-351.
- 43 George Kennan, *The only way out of the nuclear nightmare*, in: *The Guardian*, May 31, 1981.
- 44 Wolfgang Harich, *Fünftzehn Thesen zur Friedenspolitik*, in: *Das Argument* 127, (Mai/Juni) 1981, S.315-325, S.319f., mit den aus dieser Unterstellung sowjetischen Kalküls folgenden Unterstellungen amerikanischen Kalküls, die m.E. oversophisticated und horrende sind.
- 45 Michel Tatu, *Pershings versus SS-20s: a strategic unbalance?* in: *The Guardian*, May 10, 1981 (aus: *Le Monde*).

## Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (9)

Karin Gauer-Krusewitz/Knut Krusewitz

### Internationale Umweltpolitik

Kein Vertreter der umwelt- und wissenschaftspolitisch vorherrschenden Richtungen in der BRD-Umweltdiskussion — der konservativ, technokratisch, gewerkschaftlich oder alternativ argumentierenden — kann behaupten, man habe sich nennenswert verdient gemacht um eine empirisch-systematische Darstellung und Bewertung der Entstehungs-, Begründungs- und Praxiszusammenhänge von globalen (und), blockspezifischen (NATO, OECD, EG/WVS, RGW), intersystemaren (KSZE, UN-ECE) und nationalen (BRD) Umweltpolitiken. Dieser Befund darf deshalb großes umweltpolitisches Interesse beanspruchen, weil er die fatale Schlußfolgerung zuläßt, daß die Vertreter der unterschiedlich stark ökologiepolitisch engagierten Denk-Schulen hierzulande der *umweltpolitisch-strategisch entscheidenden Fragestellung* nach den *Ursachen der Politisierung* der Umweltkrise und ihrer *ökologie-thematischen Formierung* ausgewichen sind. Sieht man von einigen Untersuchungsergebnissen marxistisch argumentierender Umweltwissenschaftler ab, dann wurde der Kontext von Herrschaft, Interessen, Macht und Krise in der Weltpolitik als strukturbestimmende Voraussetzung intra- und internationaler Umweltpolitiken in der umweltpolitisch interessanten BRD-Literatur kaum thematisiert. Für die bei weitem überwiegende Zahl der nicht-marxistisch argumentierenden Umweltforscher beginnt und endet die Frage nach dem Entstehungszusammenhang der Umweltpolitik dort, wo er nach regierungsamtlicher Lesart aus politisch-ideologischen Gründen verortet werden soll. »Eine der zentralen Diagnosen des (Umwelt-)Programms, die auch zugleich die explizite Begründung für die Aktivitäten der (SPD/FDP-)Regierung im Bereich des Umweltschutzes darstellte, war, daß die Industrialisierung ein solches Ausmaß erreicht habe, daß die gesamte Ökosphäre irreversibel beeinflußt wurde, die Rohstoffe knapp würden und Boden, Luft und Wasser sowie Tiere und Pflanzen vor den menschlichen Eingriffen in das natürliche Gleichgewicht geschützt werden müßten.« (Peter Weingart, *Wissensproduktion und soziale Struktur*, stw 155, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1976, S.173) Eine genauere Ursachenbestimmung der Politisierung der Umweltproblematik könnte erweisen, daß *in keinem Staat der Welt* bestimmte regierungsamtliche, administrative oder wissenschaftliche Einsichten in das »Ausmaß der Industrialisierung« oder den objektiven Gefährdungszusammenhang der globalen Ökologie *ursächlich* zur Begründung, Organisierung und Entwicklung staatlicher Umweltplanungen geführt haben. Dies dürfte einer der wichtigsten Gründe dafür sein, daß einerseits der *ökologische Kern der Umweltpolitik* noch kaum erforscht ist und daß andererseits staatliche Umweltpolitik sehr schnell dem *Primat der Wachstumspolitik* untergeordnet werden konnte. Der ökologische Kern der Umweltpolitik, darauf versuchen die ausgewählten Materialien aufmerksam zu machen, bleibt die umweltpolitisch und umweltwissenschaftlich noch immer kaum praxisbestimmende Erkenntnis, derzufolge die Gefährdungen der Umwelt gesellschaftlich verursacht werden, »systemarer Natur und nicht isoliert sind, daß sie globalen und nicht nur nationalen Umfang haben und daß sie politische, rechtliche, soziologische, biologische, physikalische, chemische und technologische« sowie medizinische »Probleme berühren« (Weingart, a.a.O., S.175).

Kaum praxisbestimmend: In seinem letzten »Umweltgutachten« (1978) faßte der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (RVSU) die Ergebnisse einer damals fast zehnjährigen staatlichen Umweltpolitik zusammen.

Die »bisherige rasche Steigerung des allgemeinen Wohlstandes, die gerade den hohen Grad an Konsens und Stabilität gesichert hat«, ist »seit einiger Zeit deutlich an ökonomisch-finanzielle und ökologische Grenzen« gestoßen. »Stabilisierungserfolge der Vergangenheit wurden vor allem durch eine Politik der Konfliktminderung unter Beibehaltung gewachsener Struktur- und Verteilungsbedingungen erzielt ... Der nunmehr offenbar gewordene Zwang zu Umweltschutz und Umweltvorsorge auch im Sinne einer Politik der Sicherung nichtreproduzierbarer Ressourcen kann jedoch mittelfristig nicht ohne Auswirkungen auf das bisherige Politikverhalten bleiben. Wirksamer Umweltschutz muß zu Änderungen bei bisherigen Allokationszielen führen und traditionelle Investitions- und Konsumgewohnheiten verändern. Umweltschutz schafft zwar die Basis für weiteres Wachstum; jedoch bedeutet er zugleich, daß verstärkte Anstrengungen erforderlich sind, um ähnliche Wachstumsraten wie in der Vergangenheit zu erzielen.« (RVSU, Umweltgutachten 1978, Ziff.1925)

Vom methodologischen und thematischen Erkenntnisniveau Weingarts bleibt beim RVSU übrig: »Umweltpolitik, wird in Zukunft nicht als isolierte Ökologiepolitik, sondern stärker als Bestandteil der gesellschaftlichen Stabilitätspolitik verstanden und betrieben werden müssen.« (Ziff.1928).

Es gibt anscheinend eine tiefe Kluft zwischen wissenschaftlich ermittelten (ermittelbaren) Einsichten in den ökologischen Kern der Umweltpolitik und deren Unterordnung unter den Primat stabilitätspolitischer Imperative von Kapital und Staat. Staatliche Umweltpolitik kann demnach nicht als das bereits Erklärte gelten, sondern muß als das zu Erklärende begriffen werden, will man nicht den Ursachentopoi der Kritisierten aufsitzen. Da zumindest in den Mitgliedsländern der NATO, der OECD und der EG keine widerspruchsüberwindende Kurskorrektur staatlicher Umweltpolitik und Umweltforschungsstrategie erkennbar ist — das Gegenteil wird zu Beginn der 80er Jahre durch die global angelegte militärische Konfrontationspolitik der USA prognostizierbar —, muß nach den Ursachen für den sich verschärfenden Widerspruch gefragt werden.

Tut man dies, stellt sich die Frage nach den tatsächlichen Ursachen der Umwelt-Politisierung als die nach den *weltpolitischen Bedingungen*, die auf unterschiedliche Weise die Politisierungsphase der globalen ökologischen Krise beeinflußt und geprägt haben. Um welche weltpolitischen Daten und Zusammenhänge es sich in den 60er Jahren handelte, kann hier nur abstrakt benannt werden: Modernisierungsprogramm der US-Industrie durch eine staatlich abgesicherte Politik des »qualitativen Wachstums« der Industrieproduktion für die Nach-Vietnam-Phase (mit entsprechenden macht-, wirtschafts- und handelspolitischen Konsequenzen für die OECD-, NATO- und EG-Mitgliedsländer, das Ost-West-Verhältnis und die sogenannte Nord-Süd-Politik), das Scheitern der 1. Entwicklungsdekade der UNO (1960-69) und die Herstellung des militärstrategischen Gleichgewichts zwischen den USA und der UdSSR (SALT I, 1972) begünstigten die Herausbildung des neuen internationalen Politikbereiches »Umwelt«. Umweltpolitik war zwar von Anfang an eingebunden in den widersprüchlichen, komplizierten und labilen Entwicklungsprozeß von globaler Ökologie, Systemkonkurrenz, internationalen Wirtschaftsbeziehungen und Klassenauseinandersetzungen. Gleichwohl schien ihr Vollzug in der *Perspektive rationaler Umweltplanung* — präventive Umweltpolitik — einen krisendämpfenden Realitätsgehalt zu ermöglichen. Im globalen, intersystemaren, und nationalen Vollzug der wesentlichen Umweltinteressen der Völker sollten die krisenhaften Be-

dingungen tradierter Wachstums-, Handels-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitiken überwunden werden.

In dieser Bibliographie kann der Kausalzusammenhang von Politisierungsursachen der Umweltproblematik, staatlich-administrativer und forschungspolitischer Formierung sowie der Herausbildung widersprüchlicher Praxismuster intra- und internationaler Umweltpolitiken weder hinreichend dokumentiert noch kommentiert werden. Sie wurde methodisch und thematisch so organisiert, daß mit ihrer Hilfe umweltpolitisch-strategisch wichtige Kausalzusammenhänge (vor allem) der Entwicklung bundesdeutscher Umweltpolitik problemadäquat rekonstruiert werden können. (Zur Illustration: Allein der vom Umweltbundesamt herausgegebene Umweltforschungskatalog von 1979 umfaßt fast 2000 Seiten!)

### **USA-Umweltpolitik, Monopole und Ökologieproblematik**

Anfang 1972 urteilte die »Abteilung für Umweltfragen im Bundesverband der Deutschen Industrie«: »Das in den USA erstellte (Umwelt-)Material ist in vieler Hinsicht repräsentativ und deshalb für viele Länder von Bedeutung.« Die vielfältigen Gründe können nur abstrakt zusammengefaßt werden. — Bereits Mitte der 60er Jahre gab es in den USA eine entwickelte wissenschaftliche und politische Debatte über den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum, technischem Fortschritt und struktureller Arbeitslosigkeit. Diese Diskussion lieferte den Bezugsrahmen für die Politisierung der Umweltproblematik. Deren Auslöser war indes der wechselseitige Zusammenhang von zunehmender Verschärfung des Indochinakrieges durch die Johnson- und Nixon-Regierungen und ständig wachsender innenpolitischer Opposition. Für die Nixon-Administration bot die durchaus reale ökologische Krise in weiten Gebieten der USA ein innenpolitisches Thema (ab 1969/70), das die Aufmerksamkeit der Opposition vom Indochinakrieg ablenken sollte. Umweltpolitik begann Millionen gewöhnlicher »white middle-class people« zu interessieren, wie es kein anderes politisches Thema (issue) seit Jahren getan hatte (Ridgeway 1970, 14). Das Argument vom umweltpolitischen Bezugsrahmen, den die vorausgegangene Wachstumsdiskussion geliefert hatte, bedeutet: Wirtschaftswachstum und Industriepolitik wurden fortan nicht mehr nur verantwortlich gemacht für die »strukturelle« Arbeitslosigkeit, sondern auch für Umweltverschmutzung (pollution), Ressourcenvergeudung, Nahrungsmittelvergiftungen und die Verschlechterung der Lebensbedingungen in den industriellen Agglomerationsräumen.

Weitsichtige Industrie-, Bank- und Geschäftskreise in den USA sahen in der umweltpolitisch (ökologisch) vorgetragenen Wachstums- und Industriekritik eine hervorragende Chance, neue Kapitalverwertungssektoren zu entwickeln: Next Big Industry — Environmental Improvement (James B. Quinn 1971).

Sowohl die Ökologiebewegung als auch das »Ökologie«-Kapital erwarteten von der Nixon-Administration schnell wirksame Umweltgesetze. In einem Special Report der Business Week vom 11. April 1970 zum Thema »The trade-offs for a better environment« konnte man damals lesen: »While there are many points of view how to attack the problem, on one point there is near unanimity: There ought to be a law.« Genau vier Jahre später lautete die entsprechende Erkenntnis in der BRD zum Thema »Umweltschutz — ein expansiver Markt«: »Gesetze bestimmen die Umsätze.« (Umwelt, Jg.4, April/Mai 1974, 34f.) In einer frühen Analyse der »Techniken zur Umweltplanung« (USA) stellte *Erich Hödl* fest, daß die US-Umweltpolitik (»Management der Natur«)

vor allem verstanden wird »als Mittel zur Erhöhung der Produktivität« (in: Bauwelt, Jg.63, Heft 12/13, März 1972, 65), wodurch eine ökologisch-ökonomische Gesamtstrategie, die »konsequent an der Verhinderung von Schäden ansetzt« (ebd. 68), politisch ausgeschlossen worden sei. Im Zentrum der US-Umweltpolitik (nicht ihrer programmatisch-ideologischen Begründungen) stand von Anfang an die ökologisch-technische Modernisierung des einheimischen Industriepotentials (Kapitalstock). Damit war der politische und forschungsstrategische Zugang zum ökologischen Kern der Umweltpolitik grundsätzlich versperrt. »Die sozial-ökonomische Grundstruktur des Produktionsbereiches wird — obwohl sie in weiten Bereichen die Umweltprobleme mitverursacht hat — beibehalten und zur Herstellung umweltgerechter Technologien eingesetzt.« (Hödl, ebd. 64)

Nicht nur die in den USA erstellten Umwelt-Materialien, sondern vor allem die *dort entwickelte Umweltpraxis*, sind in »vieler Hinsicht repräsentativ und deshalb für viele Länder von Bedeutung«. Dies gilt auch für die ideologische Begleitmusik aus den USA: »Meadows, Forrester und die profitable Krise« nannte *Johan Galtung* 1973 seine gründliche Abrechnung mit den »Grenzen des Wachstums« (in: *Leviathan*, Jg.1, Heft 2, 1973, 268ff.).

Barnet, Richard und Ronald Müller: Die Ökologie der Konzerne und die Wachstumsqualität, in: dies: Die Krisenmacher. Die Multinationalen und die Verwandlung des Kapitalismus, Rowohlt Sachbuch, Reinbek 1977, 439 S. (zuerst: 1974).

Betriebswirtschaftliche Kosten von Umweltschutzmaßnahmen und ihre gesamtwirtschaftliche Auswirkung. Ausgearbeitet für den Rat für die Umweltbeschaffenheit, das US-Handelsministerium und die Umweltschutzbehörde in den USA, Erich Schmidt Verlag, Berlin (West) 1972, 227 S.

Bott, Gerhard: »Konzerne, die die Welt regieren. Die Herrschaft der sieben Schwestern«, ARD-Film, gesendet am 17. April 1974 (20.15 Uhr), Ms. 37 S.

Bott, Gerhard: »Konzerne, die die Welt regieren. Herrschaft ohne Kontrolle«, ARD-Film, gesendet am 30. Oktober 1974 (20.15 Uhr), Ms. 37 S.

Bühl, Walter Ludwig: Ökologische Knappheit. Gesellschaftliche und technologische Bedingungen ihrer Bewältigung, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1981, 348 S.

Cahn, Robert, und Patricia Cahn: Lehren aus der Vergangenheit, in: *Global 2000*, 1297-1351.

Commoner, Barry: Wachstumswahn und Umweltkrise. Bertelsmann Verlag, München-Gütersloh-Wien 1973, 294 S. (zuerst: 1971).

*Global 2000*, hrsg. v. Council on Environmental Quality et.al. Der Bericht an den Präsidenten, Verlag Zweitausendeins, Frankfurt/M. 1980, 1432 S.

Gärtner, Edgar: Von der Achema zur Ölkrise: Umweltschutz als neue Profitquelle. Institut für Marxistische Studien und Forschung (IMSF), Frankfurt/M. 1974, 69 S.

Gellen, Martin: Das Entstehen eines ökologisch-industriellen Komplexes, in: Manfred Glagow (Hrsg.): Umweltgefährdung und Gesellschaftssystem. Piper Verlag, München 1972, 207-217.

Gerau, Jürgen: Zur politischen Ökologie der Industrialisierung des Umweltschutzes, in: *Leviathan*, Jg.5, Heft 2 (1977), 239-270.

Graham Jr., Frank: Seit dem »Stummen Frühling«. Biederstein Verlag, München 1971, 317 S. (zuerst: 1970).

Heilbronner, Robert L.: Wachstum und Überleben, in: Henrich v. Nussbaum (Hrsg.): Die Zukunft des Wachstums. Kritische Antworten zum »Bericht des Club of Rome«. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1973, 259-276.

K. William Kapp: Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft, Mohr (Paul Siebeck)/Polygraphischer Verlag, Tübingen-Zürich 1958, 228 S. (zuerst 1950).



- Kütting, Karlheinz: Unternehmerische Wachstumspolitik. Eine Analyse unternehmerischer Wachstumsentscheidungen und die Wachstumsstrategien deutscher Unternehmungen, Erich Schmidt Verlag, Berlin (West) 1980, 514 S.
- Maier, Lutz: Globale Probleme und internationale Monopole (am Beispiel der Energie- und Rohstofffrage), in: Kade, Gerhard, und Max Schmidt (Hrsg.): Frieden, Rüstung und Monopole, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980, 233-245.
- Mooney, Pat Roy: Saat-Multis und Welthunger. Wie die Konzerne die Nahrungsschätze der Welt plündern. Rowohlt-aktuell, Reinbek 1981, 171 S.
- Naumann, Michael (Hrsg.): Ein Konzern hält die Luft an. Der Steag-Konflikt. Rogner & Bernhard, München 1976, 183 S.
- Pöhl, Karl Otto: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Fortschritts in den USA. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1967, 219 S.
- Quinn, James B.: Next Big Industry: Environmental Improvement, in: Harvard Business Review, Jg.49, Heft 5 (Sept./Okt. 1971).
- Ridgeway, James: The Politics of Ecology, Dutton & Co. Inc., New York 1970, 222 S.
- Schwarzes Kollektiv: Ökologie und Macht, in: Kursbuch 33 — Ökologie und Politik oder Die Zukunft der Industrialisierung. Berlin (West) 1973, 187 S.
- Siemens AG (Hrsg.): Siemens zum Thema Umweltschutz. Berlin (West)-München 1975, 38 S.
- Tetzlaff, Rainer: Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer? Zur Geschichte und Struktur der modernen Weltgesellschaft. Weltforum Verlag, München-London 1980, 570 S.
- Ward, Benjamin: Die Idealwelt der Ökonomen: Liberale, Radikale, Konservative. Campus Verlag, Frankfurt-New York 1981, 544 S. (zuerst: 1979); die Umweltpassagen: 101-105; 177-184; 292-294; 441-443.

### OECD-, NATO- und trilaterale Umweltpolitiken

Die Vertreter des »modernen« Umweltkapitals (»ökologisch-industrieller Komplex«) und der konservativen Umweltpolitik in der Nixon-Administration planten *bereits in der Phase der ökologischen Programmformulierung* die militärpolitische und handelspolitische Absicherung des amerikanischen »way of environmental improvement«. Der Kontext von USA-Umweltinteressen und NATO-Umweltpolitik wurde bereits in *Argument 128 (565-575)* dokumentiert. Dem 1970 gegründeten OECD-Umweltausschuß obliegt die Aufgabe, aus den sich zyklisch verändernden und tendenziell verschlechternden Bedingungen des Wirtschaftswachstums (Industriewachstums) in den Mitgliedsstaaten jeweils aktualisierte umweltpolitische Lösungskonzepte und -alternativen abzuleiten und zu begründen.

Anfang der 70er Jahre entwickelte der Umweltausschuß der OECD das Konzept des »Verursacherprinzips«, wonach sich kein Land auf Kosten eines anderen umweltökonomische Wettbewerbsvorteile verschaffen soll. Das »Umweltplanungsinstrument« zur Harmonisierung der nationalen Umweltpolitiken der Mitgliedsländer war ursprünglich als Zurechnungskalkül für volks- und weltwirtschaftlich auftretende »ökologische Kosten« der Produktion begründet worden. In den kapitalistischen Ländern hat es aber weniger planungsrelevante als vielmehr ideologische Bedeutung gehabt, worauf ein Blick auf die Finanzierungsstruktur der Umweltschutzkosten verweist. Eine ähnliche Einschätzung wird man über die Erfahrungen mit dem ebenfalls von der OECD entworfenen Modernisierungskonzept der »Sozialindikatoren« formulieren dürfen, das den konzeptionellen und instrumentellen Rahmen für die Debatte über »qualitatives Wachstum« (»Lebensqualität«) lieferte. Ende der ersten Umweltdekade der OECD stellte sich der Zusammenhang von Umweltpolitik und Wirtschaftswachstum dann so dar:

»The current economic situation does provide a new set of conditions for environment policy. Slower growth, with a slower replacement of capital, can reduce the rate at which newer, less-polluting processes find their way into the system. (...) Slower growth in public expenditures could also have its impact on environment policy. Major structural and sectoral shifts, and shifts in the pattern of international economic relations, can also affect future environment policy — and the political capacity of governments to apply it. We must, therefore, take a fresh look at these impacts and their possible consequences for policy, especially anticipatory and preventive policies.« (OECD Observer, No.97, March 1979, 41)

Ironie der kurzen Geschichte internationaler kapitalistischer Umweltpolitiken: 1979 empfahl die OECD genau jene antizipatorisch-präventive Umweltpolitik, die von der SPD/FDP-Regierung 1970 ausdrücklich verworfen worden war.

Hinter der Internationalisierung der USA-Umweltinteressen über die 1973 gegründete Trilaterale Kommission (TLK) verbargen sich allerdings noch umfassendere als Umweltinteressen. Gleichwohl hat der »Trilateralismus als internationales Politikmanagement« eine ökologisch dimensionierte Modernisierungsfunktion. So schließen die Politikempfehlungen der Trilateralen ausdrücklich ein: »Industrie- und Ausbildungspolitiken, um eine konfliktreduzierte Restrukturierung der westlichen Volkswirtschaften zu ermöglichen«. (Albrecht Rothacher: Der Trilateralismus als internationales Politikmanagement, in: Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, 6/81 v. 7. Febr. 1981, 27).

Arbeitsgruppe »Alternative Wirtschaftspolitik«: Memorandum: Gegen konservative Formierung — Alternativen der Wirtschaftspolitik. Bund-Verlag, Köln 1980, 315 S.; hier: Langfristige Entwicklungstendenzen der Kapitalistischen Wirtschaft, 118-139.

Bungarten, Harald: Umweltpolitik in Westeuropa. EG, internationale Organisationen und nationale Umweltpolitiken. Europa Union Verlag, Bonn 1978, 400 S.

Fröbel, Folker et.al. (Hrsg.): Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie. Rowohlt-aktuell, Reinbek 1981, 236 S.

Glastetter, Werner: Grundsatzfragen einer zukunftsorientierten Wachstumspolitik. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 19 (6. Mai 1972), 31 S.

Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1973, 196 S.

Jänicke, Martin (Hrsg.): Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung. UTB 189, Westdeutscher Verlag, Opladen 1973, 236 S.

Kade, Gerhard: Wirtschaftswachstum — Geschichtliche Dimension und soziale Implikationen, in: Brennpunkte (gdi-topics), Jg.4, Heft 1 (1973), 19-27.

Kühne, Karl: Die Wende der Siebziger Jahre, in: Werner Meißner et.al. (Hrsg.): Für eine ökonomische Reformpolitik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1981, 181-222.

Kuczynski, Jürgen: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1976, 127 S.

Lecher, Wolfgang: Die Gewerkschaften und die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel — ein Lehrstück?, in: WSI Mitteilungen, Jg.30, Heft 3 (März 1977), 172-188.

Lutz, Burkart: Die Harmonie von Stabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung: Das Ende einer Illusion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg.27, Heft 8 (Aug. 1976), 479-488.

Matzner, Egon: Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise. Rowohlt-aktuell, Reinbek 1978, 227 S.

OECD (Hrsg.): OECD-Report: Die Zukunftschancen der Industriegesellschaften. Wissenschaft und Technik im neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1981, 188 S.

Ott, Alfred O., et.al.: Folgen reduzierten Wachstums. Kohlhammer, Stuttgart 1981, 181 S.

Projektgruppe im WSI: Grundelemente einer Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre. Ein Beitrag zur politischen Ökonomie der Unternehmung. Bund-Verlag, Köln 1974, 350 S.

Schröder, Wilhelm, und Reinhard Spree (Hrsg.): Historische Konjunkturforschung. Klett-Cotta, Stuttgart 1980, 419 S.

Walterskirchen, Martin P. v.: Umweltschutz und Wirtschaftswachstum. Erstes Symposium für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der Hochschule St. Gallen (19.-21. Okt. 1971). BLV, München-Bern-Wien 1972, 309 S.

Walterskirchen, Martin P. v. et.al. (Hrsg.): Umweltpolitik in Europa. Zweites Symposium (s.o.; 31.Okt. - 2.Nov. 1972). BLV, München-Bern-Wien 1973, 318 S.

Wellmann, Burkhard: Wachstum — Die langfristigen Perspektiven, in: der arbeitgeber, Jg.29, Heft 6 (25. März 1977), 200-202.

### UNO-Umweltpolitik

Der Anlaß für die Mitgliedsländer der UNO, sich mit der globalen »Umwelt«-Problematik zu befassen, dürfte den Einsichten der UN-Mehrheit in das Scheitern des Programms der 1. Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1960-1969) geschuldet sein. Vor allem die Erfahrungen mit den ökologischen Prinzipien der westlichen Entwicklungspolitik, die im wesentlichen eine die Umwelt der »Entwicklungsländer« sowie die Gesundheit ihrer Bewohner raubbauartig und militärisch zerstörende Infrastruktur-, Industrie-, Rohstoff- und Landwirtschaftspolitik multinationaler Konzerne war (und ist), die von den westlichen Staaten durch entsprechende militärische »Entwicklungshilfe«-Programme abgesichert wird (Indochinakrieg, Shaba-Invasion, Angola-Invasion oder El Salvador), erklären das Interesse der betroffenen Staaten an einer neuen »Umweltpolitik«. — Aber auch auf UNO-Ebene war die Bereitschaft zur Politisierung der Umweltproblematik nicht kollektiver Einsicht in die Existenz einer weltweiten ökologischen Krise geschuldet. Ursächlich verantwortlich war vielmehr — wie in den kapitalistischen Ökonomien und Staaten — die Erkenntnis, daß die Funktionsbedingungen des Akkumulationsmodells der Nachkriegszeit geändert werden mußten. Anlaß für die globale Umweltdiskussion waren mithin »die seit Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre beobachtbaren tendenziellen Rückgänge der Wachstumsraten von Inlandsprodukt, industrieller Produktion und (mit einiger zeitlicher Verzögerung) Außenhandel erst in den Industrie- und dann abgeschwächt in den Entwicklungsländern« (Folker Fröbel et.al.1981, 16).

Dieser Trend mußte die innenpolitischen Verhältnisse in den meisten »Entwicklungsländern« erheblich verschärfen, ein Tatbestand, auf den der ehemalige Präsident der Weltbank, Robert McNamara, bereits Anfang der siebziger Jahre aufmerksam machte. Das kapitalistische Wachstumsmuster in Ländern der Dritten Welt habe in den sechziger Jahren die innergesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse krisenhaft verschärft. Eine Untersuchung der Einkommensverteilung in über »40 Entwicklungsländern kommt zu dem geschätzten Ergebnis«, daß die »stark verzerrte Einkommensverteilung nicht nur fortbesteht, sondern in vielen Ländern womöglich noch schlimmer wird«. Seine Schlußfolgerung: »Wo es eine Handvoll Privilegierter und ein Millionenheer verzweifelter Armer gibt — und sich die Einkommensschere, statt sich zu schließen, immer weiter öffnet —, ist es nur eine Frage der Zeit, wann eine Entscheidung zwischen den politischen Kosten einer Reform und dem politischen Risiko einer Rebellion getroffen werden muß.« (Robert McNamara: Die Jahrhundertaufgabe — Entwicklung der Dritten Welt. See-wald Verlag, Stuttgart 1974, 117-132).

Vor diesem Hintergrund wird das »Umweltbewußtsein« vieler Länder der Dritten Welt verständlich, das eine Gruppe junger Wissenschaftler aus »Entwicklungsländern«

auf der Stockholmer Umweltkonferenz der UN (Juni 1972) vortrug. In einer damals publizierten Erklärung las man:

»Wir lehnen entschieden Stagnationsmodelle ab, wie sie von gewissen westlichen Ökologen, Wirtschaftswissenschaftlern, Industrievertretern und Computer-Fans zu Alarmzwecken bereitgestellt werden, und wir behaupten, daß ein Abschieben der Umweltprobleme auf das Wirtschaftswachstum *an sich* darauf hinausläuft, von den wirklichen Ursachen des Problems abzulenken. Diese liegen in den Profitantrieben der Produktionssysteme in der kapitalistischen Welt. Ebenso behaupten wir, daß das Niveau des Konsums (affluence) *an sich* noch nicht die Ursache des Umweltproblems ist. Deshalb laufen im Kern die sogenannten 'Umwelt-Bewegungen' in den meisten Industrieländern, die eine Individualethik des recycling und des Konsumverzichts forcieren, bestenfalls auf Ablenkungsmanöver hinaus, die ihr Hauptziel nicht in der Zerstörung des profitorientierten Produktionssystems sehen wollen.«

Und über die MIT-Studie »Grenzen des Wachstums« notierte dieselbe Gruppe: »Warum wurden in dem Modell der Meadows-Studie Krieg, Waffenhandel, Kolonialismus, Imperialismus« ausgeblendet, »also spezifische Faktoren, die Zusammenbrüche verursachen bzw. verursacht haben? Warum wurde in die Analyse nicht die ungleiche Ressourcen-Verteilung zwischen und innerhalb der Staaten einbezogen? Warum konnte ein derartiges Modell, das ausdrücklich die weithin als die Wurzel des Übels angesehenen Faktoren ausschließt, von seinen Konstrukteuren als 'a-politisch' angesehen werden?« (Diese Positionen sind nachzulesen bei Galtung: Meadows, Forrester und die profitable Krise, 271f.).

Dams, Theodor (Hrsg.): Entwicklungshilfe — Hilfe zur Unterentwicklung? Eine Auseinandersetzung mit den Thesen der radikalen Kritik. Kaiser/Grünwald, München-Mainz 1974, 216 S.

Dams, Theodor, und Gerhard Grohs (Hrsg.): Kontroversen in der internationalen Rohstoffpolitik, Kaiser/Grünwald, München-Mainz 1977, 255 S.

Esters, Günther (Hrsg.): Nord-Süd-Politik. Überlegungen zu aktuellen weltwirtschaftlichen Problemen, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1977, 110 S.

Matthies, Volker: Neue Weltwirtschaftsordnung. Hintergründe, Positionen, Argumente. Leske Verlag, Opladen 1980, 137 S.

Michaelis, Hans: Europäische Rohstoffpolitik. Verlag Glückauf, Essen 1976, 129 S.

Naumann, Jens (Hrsg.): Auf dem Weg zur sozialen Weltwirtschaft. Verlag R. Sperber, Berlin (West) 1978, 176 S.

Pawelka, Peter: Vereinte Nationen und strukturelle Gewalt. Piper Verlag, München 1974, 143 S.

Spröte, Wolfgang (Hrsg.): Resolutionen zu Grundfragen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen: Die Vereinten Nationen und ihre Spezialorganisationen. Dokumente Bd. 5. Staatsverlag der DDR, Berlin (DDR) 1978; hier: Probleme des Umweltschutzes, 609-631.

Stockholmer Resultate: Bericht von der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen (5.-16. Juni 1972). Erich Schmidt Verlag, Berlin (West) 1973, 379 S.

UNO-Entschließung 2398 (XXIII) vom 3. Dez. 1968: Probleme der menschlichen Umwelt, in: Bredow, Wilfried v. (Hrsg.): Geschichte und Organisation der UNO. Ein Studien- und Arbeitsbuch. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980, 250-252.

### Intersystemare Umweltpolitik

Läßt sich das Interesse an der Herausbildung des neuen Politikbereiches »Umwelt« in den kapitalistischen Ländern vor allem mit *industrie- und wachstumspolitischen*, das der »Entwicklungsländer« vor allem mit *umverteilungspolitischen* Ursachen erklären, dann wäre das der sozialistischen Länder (außer ökologischen) *entspannungspolitischen* Gründen geschuldet. Vor dem Hintergrund des Salt-I-Prozesses, der das strategisch-mi-

litärische Gleichgewicht zwischen den USA und der UdSSR zur Kenntnis nahm, ergriffen die sozialistischen Länder seit 1969 umweltpolitische Initiativen, um den sich abzeichnenden Entspannungsprozeß auch »ökologisch« zu fundieren. Das Interesse der NATO-Staaten und das der Warschauer Vertragsstaaten an intensiverer Umweltkooperation reflektierte von Anfang an unterschiedliche Umwelt-Philosophien. Die westlichen Teilnehmerstaaten an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, Helsinki 1975) waren daran interessiert, ihre östlichen Vertragspartner in ein Konzept intersystemarer Umweltkooperation einzubinden, das entscheidend nach Maßgabe westlicher Industrie- und Handelsinteressen (Export von Umweltechnologie) gestaltet werden sollte. Die sozialistischen Länder waren daran interessiert, den Entspannungsprozeß durch Vereinbarungen auf Gebieten von gemeinsamen Interessen zu materialisieren, die am wenigsten kontrovers schienen (Export der Entspannungs- und Abrüstungspolitik). In der Nach-Helsinki-Politik geht es darum, das *Primat umwelt-ökonomischer Interessen* mit dem *Primat entspannungs- und abrüstungspolitischer Interessen* zu vermitteln. Seit November 1979, als auf der 1. Gesamteuropäischen Umweltkonferenz in Genf im Rahmen der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UN-ECE) erste Vereinbarungen zur Verbesserung der Umwelt Europas (und Nordamerikas) vertraglich fixiert werden konnten, haben sich die entspannungspolitischen Bedingungen nachhaltig verschlechtert. Intersystemare Umweltkooperation und Detente bedingen aber einander. Scheitert die Helsinki-Politik — eine Befürchtung, zu der die USA- und NATO-Hochrüstungspolitik, die geplante Stationierung der Euro-Atomwaffensysteme und der Bau der Neutronenbombe allen Anlaß geben —, braucht man über die intersystemare Umweltkooperation in Europa nicht mehr zu reden.

Becher, Karl: Gesamteuropäischer Umweltkongreß — ein Beitrag zur Entspannung und zum internationalen Umweltschutz, in: Deutsche Außenpolitik, Jg.25, Heft 3 (März 1980), 99-107.

Doernberg, Stefan et.al. (Hrsg.): Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit. Beiträge aus West- und Osteuropa. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975, 355 S.

Groll, Götz v., und Bernd Wiskemann: Umweltpolitik in den Ost-West-Beziehungen, in: Hansjürgen v. Kries (Hrsg.): Friede durch Zusammenarbeit in Europa. Berlin Verlag, Berlin (West) 1980, 272-284.

Füllenbach, Josef: Umweltschutz zwischen Ost und West. Umweltpolitik in Osteuropa und gesamteuropäische Zusammenarbeit. Europa Union Verlag, Bonn 1977, 273 S.

Füllenbach, Josef, und Eberhard Schulz (Hrsg.): Entspannung am Ende? Chancen und Risiken einer Politik des Modus vivendi. R. Oldenbourg Verlag, München-Wien 1980, 381 S.

Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung. Piper Verlag, München 1977, 395 S.

Mylnikow, Anatolij: Die internationale Zusammenarbeit beim Umweltschutz in Europa, in: Deutsche Außenpolitik, Jg.25, Heft 3 (März 1980), 87-98.

Volle, Hermann, und Wolfgang Wagner (Hrsg.): Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Beiträge und Dokumente. Verlag für Internationale Politik, Bonn 1976, 339 S.

Volle, Hermann, und Wolfgang Wagner (Hrsg.): Das Belgrader KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des Entspannungsprozesses in Europa. Beiträge und Dokumente. Verlag für Internationale Politik, Bonn 1978, 212 S.

## Kongreßberichte

### »Kultur ist wie der Mensch lebt und arbeitet«

Ein Symposium zur demokratischen Kulturarbeit, Heidelberg, 30.10. bis 1.11.1981

Aufgerufen zu dieser Tagung hatten der DGB (Landesbezirk Baden-Württemberg), der Bund demokratischer Wissenschaftler, »Das Argument« und »Kürbiskern«. Es gehört noch nicht zu den Selbstverständlichkeiten, daß so unterschiedliche Institutionen gemeinsam auffordern, in einer Diskussion über »Kultur ist wie der Mensch lebt und arbeitet« neue Akzente zu setzen. Daß selbst auf einem Kongreß kulturelle Aktivitäten möglich sind, bewiesen Abendveranstaltungen der Gruppe »Signale« und des Chors »Grüne Welle«. Sie haben jedoch gleichzeitig demonstriert, daß Kultur ist, was man abends macht oder zusätzlich und außerhalb. Der erste Tag verlief recht unkulturell. Lange Grußadressen und Referate wurden hintereinander vorgetragen und mühsam waren die verschiedenen, zum Teil sehr gegensätzlichen Positionen zur Kultur herauszufinden. *K. Maase* führte aus, daß es ihm um die 80% Arbeiter und einfachen Angestellten gehe, die nicht am Kulturellen teilhaben; sie zu gewinnen hieße, sie selbst tätig werden zu lassen. *P. Scherer* (IG Metall Frankfurt) wollte den Arbeitnehmern kulturelle Teilnahme ermöglichen und die politische Arbeit durch Kulturarbeit unterstützen, und *O. Todtenberg* (DGB) setzte sich zum Ziel, die Kluft zwischen professioneller und Laientätigkeit zu schließen. *W.F. Haug* forderte auf, die kulturelle Dimension des täglichen Lebens dort, wo »sich der Mensch selbst als Zweck setzt«, selbstbestimmt auszubauen.

Am zweiten Tag gab es sieben Arbeitsgruppen, deren Themen von kulturellen Momenten des Arbeitsprozesses bis zur Theaterarbeit reichten. In der AG, in der ich diskutierte, ging der Streit darum, welche Musik für ein jugendliches Publikum gespielt werden soll. Die Position, man sollte mit Musik auf die Bedürfnisse des Publikums eingehen, sich einfühlen und aufnehmen, was es hören mag (»ohne Rock geht halt nichts mehr«), stand der Auffassung gegenüber, die eigenen musikalischen Bedürfnisse zum Ausgangspunkt zu nehmen.

Der dritte Tag begann damit, daß Peter Janssens Vertonung eines Briefes von Ernesto Cardenal aufgeführt wurde. Der starke emotionale Eindruck bestimmte die Beiträge der anschließenden Podiumsdiskussion, die leider nicht als Zusammenfügung und Streit um die Ergebnisse der Arbeitsgruppen konzipiert war. Es ging um die Frage, ob demokratische Kulturarbeit »subversiv, alternativ oder konstruktiv« sein solle. Daß diese Frage nicht alternativ zu beantworten ist, verdeutlichten die sieben Podiumsteilnehmer. Anknüpfend an das Cardenalstück nahm *W.F. Haug* die dort formulierte Verknüpfung von Revolution und Liebe als Herausforderung für unsere politischen Kämpfe an, diese nicht so trocken und ärmlich, reduziert auf Klassenkampf, Verhältnisse und Interessen, zu fassen. *W. Jantzen* (Bremen) reagierte mit der Forderung, das Private politisch zu machen (eine Forderung aus der feministisch-sozialistischen Frauenbewegung). Alle anderen Podiumsteilnehmer setzten ihren Schwerpunkt darauf, das Verhältnis von Kultur und Politik zu begreifen als eines des ganzen Lebens und als Selbstbestimmung, unter Einbeziehung aller Menschen und ihrer Erfahrungen.

Daß solchen Auffassungen von Kultur und Politik zuzustimmen sei, sie jedoch ohne die Frauen nicht entwickelt werden können, machte *Frigga Haug* »von unten« aus dem Plenum deutlich. Sie verwies zugleich darauf, wie eigentümlich doch ein Podium mit 7 Männern aussieht, wenn diese gleichzeitig eingefahrene Politikstrukturen als Kulturarbeit verändern wollen. Zwei Männer (*W. Jantzen* und *P. Janssens*) verließen das Podium und forderten *Frigga Haug* auf, ihren Platz einzunehmen (einfacher Rollentausch?). Erstaunen und Betroffenheit bei den anderen Männern, daß ihnen das passieren konnte. Beteuerung, daß man sich diesen Fehler merken würde und die Frauenbewegung und

andere Alternativen in Zukunft mehr berücksichtigen werde, und die Aufforderung, jetzt weiter am Thema zu diskutieren (*K. Maase*). Ganz abgesehen davon, wäre den Frauen kein guter Dienst erwiesen, wenn man ihnen ein Platz auf dem Podium anbieten würde, das ganze sei ein strukturelles Problem (*W.R. Willms*), und überhaupt seien die Männer die Diskriminierten, denn sie seien gezwungen, Positionen zu übernehmen, die Frauen wollten gar nicht (*U. Karl*).

Dem Mißverständnis, daß es »nur« um eine angemessene Vertreterin der Frauenbewegung auf dem Podium gehe, setzte *Frigga Haug* entgegen, daß die Frage, wie das Geschlechterverhältnis gelebt wird, und wie es von der herrschenden Kultur zur Befestigung der ökonomischen Verhältnisse benutzt wird, wesentlich eine kulturelle Frage sei. Die herrschende Kultur würde die Frauen im doppelten Sinn diskriminieren. Wie das Geschlechterverhältnis konzipiert werde, habe das Stück der »Grünen Welle« vom Vorabend deutlich gemacht. Im Aufstieg und Fall des Schlagerstars Stina Vaplaytex — ein Musiktheaterstück gegen das »Jahr der Behinderten« — ging es um die Indienstnahme des weiblichen Sexes für die Verdummung der Menschen und gleichzeitig für den Profit: ein dümmliches Mädchen vom Lande wird zum Schlagerstar gemanagt, für ihre Karriere werden sogar Behinderte »eingesetzt«. Das Stück hatte viele schwungvolle und lustige Einfälle und wurde hervorragend gespielt. Die Geschichte allerdings vermittelte dabei den Eindruck, Mädchen seien nur verführbar, ohne Lernmöglichkeiten und Veränderungsmut. Es wurde nicht gefragt, warum ein Mädchen Schlagerstar wird, was ihr dabei gefallen könnte, was sie hätte anders machen können und warum sie dem sexistischen Anmachen permanent zustimmt. Fragt man, wie Brecht, ob die Zuschauerinnen nach diesem Stück eingreifender denken werden, so wird man eher feststellen müssen, daß sie sich erhaben fühlen könnten (»so sind wir nicht«) statt darüber betroffen zu sein. Ganz im Gegensatz zur Klage eines Podiumsvertreters, daß die Diskussion durch die Intervention der Frauen blockiert sei, war dies Teil eines kulturellen Kampfes nach Mitbestimmung, Selbsttätigkeit und schöpferischem Eingreifen. Wir konnten doch lernen, daß wir uns jetzt und in Zukunft einmischen müssen. Anke Bünz-Elfferding (Berlin/West)

### **Workplace Democracy, Ownership, And The Quality Of Working Life In Comparative Cultural And Historical Perspective**

The First Annual Conference In Kibbutz Studies. Cambridge/USA, 9.-11.6.1981

Der Leiter des Projekts für Kibbutzstudien an der Harvard Universität, J. Blasi, stellte als Organisator die Frage nach dem Zusammenhang von Arbeitsplatzdemokratie, Besitzverhältnissen und der Qualität des Arbeitslebens in den Mittelpunkt einer Tagung, auf der, ausgehend von den Ergebnissen der Kibbutzforschung, sowohl die historische Entwicklung der Mitbeteiligung und Mitbestimmung von Beschäftigten (in den USA) als auch gegenwärtige Ansätze in anderen Ländern diskutiert werden sollten.

Auf den fünf Arbeitssitzungen wurden im Verlauf der Konferenz (1) Perspektiven des Verhältnisses von Demokratie und Arbeitsplatz, (2) diesbezügliche Erfahrungen in den Kibbutzim, (3) Mitbestimmungsmodelle in anderen Ländern (Schweden, BRD, USA und Israel), (4) psycho-soziale sowie ökonomische Aspekte und (5) einzelne Fallbeispiele behandelt.

Während die Diskussion über mehr Demokratie am Arbeitsplatz in der Bundesrepublik von Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zum Thema »Mitbestimmung« beherrscht wird, werden in den Vereinigten Staaten andere Demokratisierungsstrategien im Wirtschaftsbereich diskutiert und zu praktizieren versucht. Zunehmende Bedeutung erlangt dabei die Auffassung, daß sowohl der Besitz der Produktionsmittel als auch die Kontrolle über betriebliche Entscheidungen bei den

jeweiligen Belegschaftsmitgliedern liegen sollte. Als historische Vorläufer werden dabei die Produktionskooperativen des 19. Jahrhunderts aufgefaßt.

In den 70er Jahren erfuhren Mitarbeiterunternehmen in den USA eine Renaissance. Initiiert durch eher konservative Interessenvertreter verabschiedete der Kongreß 1974 ein Gesetz über Vermögensbildung bzw. die Altersversorgung von Arbeitnehmern durch betriebliche Beteiligungsformen (Employee Retirement Income Security Act, ERISA). Es bringt den Unternehmern steuerliche Vergünstigungen, ohne daß sie ihre Kapitalmehrheiten und damit ihre Entscheidungsgewalt in betrieblichen Angelegenheiten aufgeben müssen. Die verbreiteste Verfahrensweise, der »Employment Stock Ownership Plan (ESOP)« ist eine indirekte Beteiligungsform, in der auch steuerlich abzugsfähige Beiträge des Unternehmers in den Beteiligungsfond der Beschäftigten fließen, dieser Beteiligungsfond aber zunächst der Kreditbeschaffung für den Unternehmer dient. Das ESOP-Modell wird inzwischen in über 3000 Firmen angewandt, u.a. bei Mobil, Atlantic Richfield und als Sondergesetz bei Chrysler.

Da die Arbeitnehmerbeteiligung auf lange Zeit passiv monetär bleibt und auch später nur Minderheitsbeteiligungen am Stammkapital entstehen, sowie zudem die Altersversorgung durch die Koppelung an das betriebliche Überleben risikoreicher wird, kritisieren viele, die an einer Demokratisierung des Wirtschaftslebens interessiert sind, diesen Ansatz. Eine langanhaltende Demokratisierung wird aber meist auch nicht durch direkte Mehrheitsbeteiligungen der Betriebsangehörigen erreicht, wie die Erfahrungen zeigen. Denn falls diese Unternehmen prosperieren, so überstehen sie in der kooperativen Form meist nicht die nächste Generation von Beschäftigten, da die Arbeiter, die den Betrieb verlassen, meist ihre Anteile verkaufen und die neu eintretenden Arbeiter kaum in der Lage sind, die gestiegenen Preise für diese Anteile zu bezahlen. Die Betriebsanteile werden dann von betriebsfremden Personen oder Firmen aufgekauft.

Um solche wirtschaftsdemokratischen Fehlgeburten zu vermeiden, sahen viele Tagungsteilnehmer in dem Modell der »worker cooperatives« eine machbare und demokratische Lösung. Hierbei wird das Firmenvermögen von den durch die (Dauer der) Betriebszugehörigkeit erworbenen, aber unverkäuflichen Mitsprache- und Gewinnrechten getrennt, die ihrerseits beim Ausscheiden aus dem Betrieb erlöschen. Daß es sich bei diesem Modell nicht um eine utopische Fiktion handelt, beweisen die Erfahrungen in den Kibbuzim und vor allem in dem in der Bundesrepublik weitgehend unbekanntem Firmenkomplex von Mondragon im spanischen Baskenland. Die Kooperativen von Mondragon wurden Anfang der fünfziger Jahre von den Absolventen einer Technikerschule aufgebaut, die der baskische Priester Arizmendi gegründet hatte, der auch als der geistige Vater dieser Kooperativen angesehen werden kann. Heute umfaßt »Mondragon« nahezu 80 Betriebe mit knapp 20000 Beschäftigten bzw. Teilhabern. In industrieller Produktion werden u.a. Werkzeugmaschinen und elektrische Großgeräte hergestellt. Zu den Einrichtungen der Kooperativen zählen ebenso eine technische Fachhochschule, eine Bank und ein Beraterstab, der an technischen und ökonomischen Problemen vorwiegend neuer Kooperativen arbeitet. Neben einem breit angelegten Delegations- und Entscheidungssystem (z.T. im Rotationsverfahren) bis in höchste Managementpositionen praktiziert Mondragon das System der unverkäuflichen Teilhaberrechte qua Betriebszugehörigkeit.

In diesem Ansatz liegt die Chance, erfahrbar und nachvollziehbar zu machen, daß die im Betrieb Arbeitenden sich die Kompetenz aneignen können, die betrieblichen Entscheidungen selbst zu treffen. Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß es sich um eine Version kapitalistischer Eigentumsverhältnisse handelt, die ausdrücklich gegen sozialistische Formen des Volkseigentums gerichtet ist.

Untersuchungen zu psycho-sozialen und ökonomischen Aspekten, sowie zu einzelnen Betrieben, über die auf der Tagung berichtet wurde, kamen zu folgenden Ergebnissen:



Im allgemeinen ist eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in Mitarbeiterunternehmen festzustellen. Je weniger Einfluß jedoch die Beteiligungsform auf die Gestaltung bzw. Qualität des Arbeitsplatzes und die Veränderung der hierarchischen Betriebsstruktur hat, desto geringer sind die Auswirkungen im Motivationsbereich, so daß die Arbeitsproduktivität auch unter die von konventionellen Betrieben sinken kann.

Wilfried Spang (Berlin/West)

### **Frieden schaffen — aber wie? Auf der Suche nach neuer Gemeinschaft und neuem Sinn**

Achter Achberger Jahreskongreß, Internationales Kulturzentrum Achberg

Essersweiler b. Lindau, 5.-11.9.1981

»Alle Macht der Phantasie« mochten sich die Veranstalter gesagt haben. Von den vielen Gruppierungen mit Respekt erheischenden Namen, die uns zu diesem Kongreß eingeladen hatten, hörte ich an Ort und Stelle gar nichts. Ich erwähne deshalb nur den »Achberger Kreis in den *Grünen*«, um dessen Position im Komplex Nachrüstung — Friedensbewegung — Grüne für den IV. Parteitag hier hauptsächlich gerungen wurde. Der genannte Kreis versteht sich als eigenständige Kraft im pluralen Spektrum der *Grünen* Baden-Württembergs; aber auch im weltanschaulichen Spektrum der Antroposophie, dem er eingegliedert ist, bildet »Achberg« eine kämpferische und heftig umstrittene Fraktion. Mit dem Stichwort »Antroposophie« ist auch das Netzwerk genannt — Schulen, alternative Unternehmen, sogar Krankenhäuser —, aus dessen Umgebung die etwa 50 Kongreßteilnehmer stammten. Ich bin zu diesem Kongreß gegangen, weil die Ankündigung eine Art »grüner Volksuni« erwarten ließ (der Achberger Kreis ist an der sogenannten »Freien Internationalen Universität« beteiligt). Damit hatte das Ganze nichts zu tun. Man spürte eher ständig den Druck einer »umarmenden Bewegung«, als daß sich Tätigkeit von unten frei entfalten konnte. Dennoch mag ein Bericht über diese grüne Gruppierung von Interesse sein.

Die erwähnte Hauptstoßrichtung wurde fast ausschließlich von *Wilfried Heidt*, dem spiritus rector des gesamten Kongresses, getragen. Bevor ich näher auf Heidt's Ausführungen eingehe, seien die wenigen erwähnt, die sich die Gelegenheit nicht stehlen ließen, selber vor das Publikum zu treten. Da war *Wilhelm Schulte*, ein traditionsreicher Kämpfer in den *Grünen*. Er stellte der weiteren Aufrüstung »eine grüne Initiative« entgegen. Er riet zur unverzüglichen Einführung eines auf »Getreide-Preis-Währung« fußenden »Leistungs-Scheck«-Systems. Stellte Schulte den Zins als Wurzel des »zerstörerischen Kampfes um die Sicherung der Kapitalrendite« — mithin allen sozialen Übels — hin, so *Reinhold Beckeschat* die »Konfliktgesellschaft«, in der kein gemeinsames Handeln mehr möglich sei. In seinem Referat »Die Zeit zum Handeln neigt sich dem Ende zu« sprach er deshalb die Hoffnung auf das Kommen eines Messias aus, der unserer »geistigen Zersplitterung und Verwirrung« ein Ende bereite.

Als weiteren Baustein im vielgliedrigen Kampf um den Frieden wollte *Karl Maria Schulte* sein referiertes Konzept für »Ökosiedlungen als Universitäten« neuen Typs verstanden wissen. Kerngedanke ist wohl die nicht-entfremdende Anordnung wissenschaftlicher und künstlerischer Lern- und Lehrprozesse um ein gemeinsames Projekt des »Siedelns« herum.

Zum Auftakt sprach ein Sowjetdissident, der hierzulande für die Nachrüstung agiert. — Der Dreh- und Angelpunkt von Heidt's »Plädoyer für eine neue Argumentationsweise der Friedensbewegung« stellt der »ideologische Anti-Kommunismus« dar. Zwar spreche diese Ideologie Teilwahrheiten aus — etwa, was die zwangsherrschaftlichen Charaktere und die »Weltbeherrschungsziele« des sowjetischen Systems betreffe —, wesentli-

cher für eine Strategie der Friedensbewegung aber sei die Einsicht, daß der Anti-Kommunismus »jener Argumentationshintergrund ist, der die gesamte *etablierte Politik*« pseudo-demokratisch »seit Jahrzehnten zusammenhält«. Voraussetzung für den Erfolg der Friedensbewegung und der — heute mit dieser untrennbar verknüpften — *Grünen* sei die *bewußte Aneignung des Anti-Kommunismus*, als ehrliche Kritik des Totalitarismus-Bürokratismus-Zentralismus. Auf dieser Grundlage hätten dann die fortschrittlichen Kräfte eine »soziale Offensive« zu führen. Diese richtet sich zunächst gegen das Konzept der »sozialen Verteidigung«, das mittlerweile allerdings im »Friedensmanifest« der *Grünen* anläßlich des IV. Parteitags verankert wurde. Aus »Achberger« Sicht bedeutet dies wohl ein neuer Sieg des »Krefelder Bündnisses«, das den bereits wieder »bürokratisierten Parteiapparat« der *Grünen* »monopolisiere«. Laut Heidt geht es dagegen darum, in »Mitteleuropa endlich *Bedingungen des Friedens* zu schaffen, damit die Waffen verschrottet werden können«. *Abrüstung sei »also der zweite Schritt*, Herstellen der Bedingungen des Friedens der erste«.

»Soziale Offensive« bedeutet in »Achberg«, »daß wir *unser kapitalistisches Gesellschaftssystem in eine liberale und demokratische, soziale, friedfertige und naturkonforme klassenlose Lebensordnung umbilden*.« Diese Umbildung wäre das Werk einer Bewußtseinsrevolution, für die Zeit und Menschen wie noch nie in der Geschichte »reif« seien. Nach einer alle Medien einbeziehenden, öffentlichen Diskussion sollte — »sagen wir, spätestens 1983 — durch eine Volksabstimmung darüber entschieden« werden, ob »eine nachkapitalistische Entwicklung eingeleitet« werden und ob Waffensysteme neu installiert, beibehalten oder abgebaut werden sollten. In »Achberg« wird viel vom »Dritten Weg« gesprochen, einem Weg gesellschaftlicher Ordnung und Entwicklung, auf dem sozusagen alle Tugenden beider Systeme sowie überhaupt aller geistigen Errungenschaften abendländischen Wirkens gebündelt und dann gegen alle Laster eben dieser Systeme gerichtet werden. Die Erläuterung dieses hochkomplizierten Gebildes, das im übrigen seit 1977 in Gestalt des »Unternehmerverbandes *Aktion Dritter Weg*« exemplarisch »materialisiert« wurde, nahm denn auch den breitesten Raum in Anspruch. In dieser Atmosphäre wirkte der Besuch *Erich Knapps*, eines Mitglieds des Bundesvorstandes der *Grünen*, belebend. Hier wurden Anzeichen eines Bündnisses zwischen Knapp, dem »Linksozialisten« — so nennt er sich selbst —, und den »Dritten Weglern« deutlich Für Knapp, der sich kraftvoll anti-marxistisch äußerte, stellt »der Staat *die Sozialismusfalle*« dar. Diese gründliche Staatsfeindlichkeit, die sich heute als besonders bündnisfähig erweist, zusammen mit Antikommunismus und Antimarxismus war denn auch das gemeinsame Feld dieser Strategien unterschiedlicher Traditionen. Sebastian Hefti (Zürich)

### **Umweltwissenschaft — Umweltpolitik. Positionen, Ergebnisse, Perspektiven**

Fachtagung des Bundes demokratischer Wissenschaftler e. V.,  
Marburg, 18.-20.11.1981

Zur zweiten umweltwissenschaftlichen Fachtagung des BdWi kamen ca. 160 Wissenschaftler. Den Auftakt bildete eine Podiumsdiskussion zur Frage: »Was ist ökologisch orientierte Wissenschaft?« (Bechmann, Bossel, Kreeb und Krusewitz); in vier Arbeitsgruppen wurden die Problemkomplexe »Energiepolitik und Energieversorgung«, »Wasser«, »Raumentwicklung« und »Umwelt und Gesundheit« behandelt. Den Abschluß bildeten Vorträge zu den Themen Ursachen der Politisierung der Umweltprobleme (Krusewitz) sowie Schwerpunkte und Perspektiven der Umweltpolitik in den 80er Jahren aus der Sicht der Ökologiebewegung (Bechmann), der Friedensbewegung (Müller) und der Arbeiterbewegung (Tjaden).

Die Teilnehmer der einführenden Podiumsdiskussion konnten sich recht schnell auf ei-

ne Definition der Naturwissenschaft Ökologie einigen. Kontrovers wurde das Problem der Übertragbarkeit ökologischer Gesetzmäßigkeiten auf menschliche Gesellschaften diskutiert. Es blieb allerdings bei den bereits bekannten Positionen der Ableitung einer haushälterischen Rücksichtnahme im Sinne einer ökologisch-sozialen Partnerschaft einerseits, und den Hinweisen auf deren fragwürdige politische Konsequenzen andererseits. Die Frage nach der Existenz einer ökologisch orientierten Wissenschaft wurde daher weniger durch theoretische Überlegungen als vielmehr pragmatisch durch die beispielhafte Vorstellung kritischer Umweltwissenschaft in den vier Arbeitsgruppen beantwortet. Deren Aufbau und Ergebnisse verdeutlichten, daß die kritische Aufarbeitung der Umweltsituation in einigen Bereichen schon recht fortgeschritten ist. Zu nennen ist hier v.a. die Energiepolitik, wo mit der bekannten Studie »Energiewende« die prinzipielle Möglichkeit alternativer Energieversorgungskonzepte bewiesen wurde. Die AG »Wasser« zeigte die durch die sozialliberale Umweltpolitik veranlaßten Problemverschiebungen und -verschärfungen auf. Wird demnächst der — medizinisch immer noch bedenkliche — EG-Höchstwert für Nitrat-Konzentration in der BRD eingeführt, müsse ein erheblicher Teil der Bundesbürger in Gebieten mit unzulässiger Trinkwasser-Qualität leben. Die AG »Raumentwicklung« informierte über die Behandlung umweltpolitischer Aspekte im Arbeitskreis »Arbeiternehmerorientierte Raumordnungspolitik«. Strategischer Kern ist das Belastungs-Konzept, das erlaubt, soziale und stoffliche Beeinträchtigungen der Arbeits- und Lebensbedingungen zu bewerten und Handlungskonzepte abzuleiten. Ausgehend von der Erkenntnis, daß ca. 80-90% aller Krebserkrankungen durch Umwelteinflüsse hervorgerufen werden, setzte sich die AG »Umwelt und Gesundheit« für eine Umweltpolitik als präventive Medizin ein, der schon der begründete Verdacht eines Gesundheitsrisikos als Anlaß zu entsprechenden Eingriffen gilt, und nicht erst der endgültige Beweis.

Nachdem die Hauptarbeitsbereiche der kritischen Umweltwissenschaft benannt waren, blieb es der Abschlußveranstaltung vorbehalten, die Perspektiven der Ökologie-Bewegung zu diskutieren. Krusewitz belegte mit zahlreichen Hinweisen die These, daß der weltpolitische Wandel die Konstitution der bundesrepublikanischen Umweltpolitik entscheidend geprägt hat: Die USA exportierten eine ökologische Variante der Sozialpartnerschaft, die auch von den Vertretern eines alternativen Theorie- und Praxis-Verständnisses noch nicht hinreichend analysiert wurde. Den Streit der verschiedenen Wissenschaftsauffassungen in der Ökologie-Bewegung brachte Bechmann auf die Formel: »Es gilt, einen Weg zu finden, der die Systemfrage unserer Gesellschaft konsequent stellt, ohne ihre Lösung zur Vorbedingung für das gewollte politische Handeln zu erklären.«

Warum dies ein tragfähiges Konzept ist, zeigt sowohl die Praxis der Friedensbewegung als auch die Arbeit des genannten Arbeitskreises zur Raumordnungspolitik. — Daß es aber 1981 als Botschaft für die kritische Umweltwissenschaft gelten muß, wirft ein Schlaglicht auf deren gegenwärtige Verfaßtheit. Zwar sind Kritik und Alternativstrategien für einzelne Problembereiche recht fortgeschritten, insgesamt bleibt das umweltpolitische Niveau jedoch hinter der wissenschaftlichen Diskussion um die Begründung für die Notwendigkeit alternativer Wirtschafts- und Raumordnungspolitik zurück. Während die große Zahl von anwesenden Naturwissenschaftlern auf einen Trend zu deren Politisierung hindeutet, wirkten die gesellschaftswissenschaftlichen Beiträge in der Mehrzahl wenig orientierend. Obwohl die Bonner Umweltpolitik kritische Umweltwissenschaft geradezu herausfordert und Bürgerinitiativen und Gewerkschaften nachdrücklicher als je zuvor nach einem ökologischen Gesamtkonzept fragen, konnte eine Aufbruch-Stimmung zur Integration des gemeinsamen Sachverstandes unter eine qualifizierte Fragestellung nicht ausgemacht werden. Dies wird wohl anderen Gelegenheiten vorbehalten bleiben.

Günther Bachmann (Berlin/West)

## Besprechungen

### Philosophie

**Mittelstraß, Jürgen (Hrsg.): Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie, Band 1 (A-G). Bibliographisches Institut, Mannheim/Wien/Zürich 1980 (835 S., Ln., 128,— DM zur Subskription)**

Über mehrbändige Lexika, zumal wenn sie sich den erwartungsbehafteten Namen »Enzyklopädie« zulegen, kann abschließend erst nach Erscheinen des letzten — hier dritten — Bandes geurteilt werden. Das Programm zumindest ist ambitioniert: Die 'Enzyklopädie' soll »das, was die Philosophie, vor allem auch wissenschaftsbezogen, weiß, umfassend und, so weit wie möglich, im erforderlichen Detail« wiedergeben (5). Der Schwerpunkt liegt, erkennbar, auf moderner Logik und Wissenschaftstheorie.

Herausgeber wie Mitarbeiter gehören einer spezifischen philosophischen »Schule« an: dem Konstruktivismus. Dementsprechend findet man ausführliche Erklärungen konstruktivistischer Begriffe (etwa: Chronometrie); ansonsten wird dort, wo es möglich ist, die eigene Position vermerkt, ohne aber andere Theorien zu vernachlässigen. Die Rolle von Wörterbüchern im Prozeß der Konsolidierung und Durchsetzung einer »Schule« mag dahingestellt bleiben; hier jedenfalls wird nicht versucht, das eigene Programm rigide gegen andere Positionen abzugrenzen und zu verteidigen.

Im Unterschied etwa zum »Historischen Wörterbuch der Philosophie« verzeichnet die »Enzyklopädie« auch Personen und philosophische Schulen. Dies ist für eine erste Information über einen Denker (darunter fallen auch berühmte Mathematiker und Naturwissenschaftler) begrüßenswert, vor allem, da fast jedem Stichwort ein weiterführendes Literaturverzeichnis beigegeben ist. Ansonsten wirkt das Lexikon teilweise ungleichgewichtig. Ein extremes Beispiel mag das Stichwort »Allgemeines« bieten: Im Historischen Wörterbuch wird das Begriffspaar »Allgemeines/Besonderes« detailliert in seiner Entwicklung von der Antike bis heute abgehandelt; hier findet man lediglich jeweils eine Spalte zu »Allgemeines« und »Besonderes« (in Letzterem ist zudem nur die Bedeutung des Begriffs bei Hegel dargestellt). Ob das Stichwort »Eselsbrücke« ebensoviel Platz, das Stichwort »arbor porphyriana« doppelt so viel benötigte wie der Begriff »Allgemeines«, möchte ich bezweifeln.

Gesellschafts- und Sozialphilosophie ist in dieser »Enzyklopädie« nur am Rande vertreten; die entsprechenden Stichworte geben durchweg nur magere Informationen. Ethische Begriffe werden, den Interessen der Konstruktivisten entsprechend, ausführlicher behandelt. Aber auch hier stellt die »Enzyklopädie« keinen Ersatz für das Historische Wörterbuch oder die »Geschichtlichen Grundbegriffe« dar. Daß die indische und chinesische Philosophie mit Begriffen und Personen angemessen vertreten ist, konnte erwartet werden.

Mehr Glück hat man bei Begriffen aus der Geschichte von Naturwissenschaft und Logik/Mathematik. So informiert etwa das Stichwort »Alchemie« präzise über die Entwicklung dieser Kunst/Wissenschaft und über ihre Funktionen. Der Schwerpunktsetzung gemäß nehmen Begriffe und Theoreme der Logik und Mathematik einen erheblichen Platz ein, ebenso Begriffe der (analytischen) Wissenschaftstheorie. Hier erhält der Benutzer kurze und präzise Informationen, auch wenn nicht alle Stichworte auf dem neuesten Stand sind (etwa: weder unter »extensional« noch unter »analytisch« bzw. »a priori« findet man einen Verweis auf Kripkes grundlegende Arbeit »Naming and Necessity« von 1972).

Ob auch die neueren Entwicklungen in der Physik, der Biologie (das Stichwort »Genetik« fehlt), der Astronomie/Kosmologie usw. den ihnen angemessenen Platz erhalten

werden, kann noch nicht beurteilt werden; die beiden folgenden Bände werden darüber Auskunft geben müssen. Insgesamt richtet sich die »Enzyklopädie«, ohne wahrhaft enzyklopädisch zu sein, an einen speziellen Benutzerkreis: An Wissenschaftler im weiteren Umkreis von Logik und Wissenschaftstheorie und an außerhalb dieser Disziplinen arbeitende Interessenten daran. Für diesen Kreis erscheint dieses Lexikon angemessen (ebenso der Preis).  
Wilfried Kunstmann (Marl)

**Speck, Josef (Hrsg.): Handbuch wissenschaftstheoretischer Begriffe. UTB, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1980 (Bd.1: 239 S., br., 24,80 DM; Bd.2: 291 S., br., 24,80 DM; Bd.3: 250 S., br., 24,80 DM)**

Der Herausgeber lehrt Philosophie an der Pädagogischen Hochschule Ruhr, Abt. Hamm/Dortmund. Er hat bereits ein »Handbuch pädagogischer Grundbegriffe«, eine »Problemgeschichte der Pädagogik«, eine »Geschichte der Pädagogik des 20. Jahrhunderts« und eine Reihe »Grundprobleme der großen Philosophen« herausgegeben. In diesem Handbuch sollen Grundbegriffe der Wissenschaftssprache definiert, ihre Bedeutung in ihrer Genese dargestellt und ihre gegenwärtige Verwendung aufgezeigt werden. Die Begriffe reichen von »Abbildtheorie« über »Erklärung«, »Geisteswissenschaften«, »Gesetz«, »Hypothese«, »Interpretation«, »Kritische Theorie«, »Praxis« bis zu »Raum«, »Struktur«, »Weltanschauungsanalyse«, »Zeit« und »Zufall«. Die Artikel umfassen bisweilen nur wenige Zeilen, andere wieder mehr als zehn Seiten. Einer dieser längeren Artikel ist der über »Gesetz in Natur- und Geisteswissenschaften«. Neun von elf Seiten sind einer mathematisch-physikalischen Definition gewidmet. Auf einer Seite werden kurz geisteswissenschaftliche Fragestellungen zum Problem »Gesetz« angedeutet. Der Rest ist Literaturhinweisen vorbehalten. Was an diesem Artikel besonders auffällt, ist die mangelnde historische Betrachtungsweise, die kennzeichnend für das gesamte Handbuch ist. Von welchem Vorteil begriffsgeschichtliche Erläuterungen sein können, macht ein Blick in das »Historische Wörterbuch der Philosophie« deutlich, worin auf über fünfzig Seiten eine gründliche Darstellung zum Thema »Gesetz« gegeben wird; Gesetze als Rechtsnormen werden dort ebenso behandelt wie die theologische, neuzeitlich-naturwissenschaftliche und marxistische Begrifflichkeit, auch ethische, philosophische und natürliche Gesetzesauffassungen werden vorgestellt. Auch der zwölf Spalten umfassende Abschnitt »Gesetz« im »Philosophischen Wörterbuch« (Klaus/Buhr) ist demjenigen im »Handbuch wissenschaftstheoretischer Begriffe« vorzuziehen. Das »Handbuch wissenschaftstheoretischer Begriffe« kann Informationen beisteuern, die naturwissenschaftliche Betrachtungen in den Vordergrund stellen. Relativ umfangreich werden im »Handbuch wissenschaftstheoretischer Begriffe« jeweils »wissenschaftstheoretische Probleme ...« z.B. der Anthropologie, der Biologie, der Erziehungswissenschaft, der Geschichtswissenschaft, der Kunstwissenschaft, der Medizin, der Sprachwissenschaft, der Wirtschaftswissenschaft usw. behandelt. In manchen, wenn auch relativ wenigen Artikeln, nehmen aber auch sozial- und geisteswissenschaftliche Fragestellungen den Hauptteil der Erörterungen ein. Man findet u.a. Ausführungen zu Wörtern wie: »Hermeneutik«, »Norm«, »Verstehen«, »Werturteilsstreit« und »Wissenschaftsethik«. Der Artikel »Hermeneutik« im »Handbuch wissenschaftstheoretischer Begriffe« entspricht etwa demjenigen im »Philosophischen Wörterbuch«; beidemale wird man auf zentrale Fragestellungen aufmerksam gemacht. Freilich ist die Gewichtung und Einordnung von Denkpositionen wie auch die Literaturlauswahl verschieden: wird z.B. im Artikel des »Philosophischen Wörterbuchs« auf existenzialistische und dialektisch-materialistische Ansätze verwiesen, so fehlen diese im »Handbuch wissenschaftstheoretischer Begriffe«, wohingegen dann Autoren wie Max Weber und v.Wright erwähnt werden.

Thomas Kornbichler (Berlin/West)

**Ströker, Elisabeth, Karl Püllen, Rainald Hahn und Hans Gerhard Neugebauer: Wissenschaftstheorie der Naturwissenschaften. Grundzüge ihrer Sachproblematik und Modelle für den Unterricht. Karl Alber-Verlag, Freiburg-München 1981**

(408 S., br., 58,— DM)

Das Buch besteht aus zwei Teilen, einer wissenschaftstheoretischen Grundlegung und einer didaktisch-unterrichtspraktischen Konzeption, die in einer Folge von Unterrichtsreihen mit einer größeren Zahl von Unterrichtseinheiten konkretisiert wird. Der Anspruch der Autoren ist es, Unterrichtskurse über Wissenschaftstheorie der Naturwissenschaften im Philosophieunterricht theoretisch zu fundieren, d.h. »zwischen einem jeweils neuesten Stand der wissenschaftlichen Forschung und seiner didaktisch und pädagogisch verantwortbaren Präsentation im Schulunterricht« zu vermitteln (16).

Teil I gliedert sich u.a. in Kapitel über »Erfahrung«, »Erklärung und Voraussage«, »Begriffsformen«, »Wissenschaftssprache« und »Geltungsprobleme«, wobei ausschließlich neopositivistische Wissenschaftstheoretiker zu Rate gezogen werden. Im Anschluß an eine Darstellung von Poppers Verständnis des Wissenschaftsfortschritts werden die Kuhnsche Wissenschaftshistoriographie, die konstruktive Wissenschaftstheorie sowie die kritische Theorie ausschnittsweise erörtert. Neueste Entwicklungen fehlen durchweg ebenso wie marxistische Konzepte.

Gegenüber dem ersten Teil fällt der zweite, »Wissenschaftstheorie der Naturwissenschaften im Unterricht«, mit einem dreimal so großen Umfang ins Gewicht. Er enthält außer einer didaktisch-methodischen Begründung drei Unterrichtsreihen zu den Themen »Naturgesetz«, »Prognose und Planung« und »Theorien als hypothetisch-deduktive Systeme«. Wie diese Themenformulierungen bereits signalisieren, werden im wesentlichen gemäß empirisch-analytischer Schulmeinung ca. 20 Unterrichtseinheiten jeweils nach dem Schema »Lehrziele — Erläuterung — Unterrichtsmethodische Hinweise« entworfen. Unter »Lehrziele« heißt es stets: »Die Kursteilnehmer sollen ...« »kennen«, »erklären können«, »Einsicht gewinnen« u.ä.; — ein zweifellos einprägsames Vorgehen normativer Didaktik. Positiv machen sich im allgemeinen einschlägige Literaturhinweise bemerkbar.

Durchbrochen wird dieses eindimensionale Theorie- und Didaktikverständnis erst in einem Schlußkapitel über »Die Naturwissenschaften im Spannungsfeld von Geschichte und Gesellschaft«. Hier werden die sozioökonomischen Bedingungen der Wissenschaftsentwicklung ansatzweise diskutiert. Marxistischen Auffassungen werden nicht-marxistische gegenübergestellt (326ff.). Ihren eigenen Standort geben die Autoren zu erkennen, wenn sie in Bezug auf die Geschichte der neuzeitlichen Naturwissenschaften schreiben: »Viele Bedürfnisse waren zu allen Zeiten gleich und sind daher von der ökonomischen Situation im Frühkapitalismus unabhängig. Außerdem entspringt die Wissenschaft theoretischen Fragen und religiösen Motiven. Die Wissenschaftler der Neuzeit streben nach wahrer Erkenntnis und nicht nur nach höherer technischer Effizienz. Man darf ihnen, bis zum Beweis des Gegenteils, keine anderen Motive unterstellen.« (337) Mit dieser eindimensional-simplifizierenden Ansicht verbunden ist die Überzeugung, daß »die Wissenschaft« wertfrei sei (348f.). Das hindert die Verfasser aber keineswegs, selbst unentwegt Wertungen vorzunehmen. Ist das noch »wissenschaftlich«?

Michael Ewers (Münster)

**Kofler, Leo: Geistiger Verfall und progressive Elite. Sozialphilosophische Untersuchungen. Germinal Verlag, Bochum 1981 (167 S., br., 15,— DM)**

Die in diesem Buch zusammengestellten überarbeiteten Aufsätze und Vorlesungen dienen dem Versuch, die politischen, religiösen, ästhetischen und philosophischen Erscheinungsformen bürgerlicher Ideologie auf der Erkenntnisebene des historisch-dialektischen Materialismus zu analysieren.

Im Aufsatz über die »Dialektik der konservativen und progressiven Intelligenz« leitet Kofler die Definition des progressiven Intellektuellen von dessen Fähigkeit ab, die »Totalität«, das Ganze des Weltprozesses durchschauen zu können. »Erst durch eine solche Erkenntnisform wird der Intellektuelle frei von den ideologischen Identifikationen mit der verdinglichten Wirklichkeit« (94). Der Intellektuelle, der seine erkenntnistheoretischen Prämissen »abseits des Totalitätsstandpunktes« setzt, muß deshalb ins konservative Lager geraten, weil diese Prämissen »aus der Totalität des Geschehens herausgehobene einseitige Prämissen« sind, aus denen dann alle weiteren Aussagen »systemgerecht abgeleitet werden« (94). Im Gegensatz zur progressiven Intelligenz, die dem »Humanismus« verpflichtet ist, bleibt die konservative im »Nihilismus« stecken (106f.).

Mit Hilfe dieses Maßstabes beurteilt Kofler z.B. Gehlen und Heidegger als »traditionelle Konservative« (107), Horkheimer und Adorno »als zum Nihilismus Konvertierte« (108), dagegen Brecht, Lukács und Bloch »als der progressiven Intelligenz« (106) zugehörig. Auch die übrigen Aufsätze oszillieren um diese Grenzlinie zwischen Humanismus und Nihilismus mit dem Zweck, der »Krise der Soziologie« (152) entgegenzuwirken.

Unter dem Titel »Die Gesellschaftsauffassung des Historischen Materialismus« (131) entwickelt Kofler auf der Grundlage des Marx'schen Arbeitsbegriffes ansatzweise eine marxistische Anthropologie, um seinen Humanismusbegriff abzusichern. Er folgert, daß »die geschichtliche Entwicklung als solche des Fortschritts, ... als die fortschreitende Selbstverwirklichung der menschlichen Freiheit« zu werten ist, die trotz der »negativen, tragischen, düstern Momente ... Zusammenbrüche und Rückfälle ... (die) Fortentwicklung ... zu einem Neuen, Höheren« (146) bedeutet.

In dem Aufsatz »Das Apollinische und das Dionysische in der utopischen und antagonistischen Gesellschaft« entwirft Kofler ganz im Sinne von Ernst Bloch (37) eine Utopie, die seinen positiven Geschichtsbegriff stützen soll. Er verankert sie als die utopische Sehnsucht des Menschen nach ungestörter Harmonie und ewigem Frieden (33) im Bewußtsein (39), also anthropologisch. Dieses »utopische Bewußtsein« speist sich aus folgenden vier Wurzeln: dem »Triebhaften (Eros)«, der »Urerinnerung an das Goldene Zeitalter«, den »historischen Tendenzen«, der »zukunftsgerichteten Phantasie« (39). Der Oberbegriff Utopie wird in zwei Unterbegriffe zerlegt: das »Apollinische« und das »Dionysische«, womit einerseits die rationale, andererseits die irrationale Ebene des menschlichen Bewußtseins bezeichnet wird. Die Klassengesellschaft verhindert die vom utopischen Bewußtsein seit jeher angestrebte Identität beider Ebenen und zwingt das Apollinische zur asketischen und das Dionysische zur orgiastischen, je einseitigen Entartung, sei es in den Formen magischer Religiosität (wovon der 7. Aufsatz handelt) oder denen der totalen Verweigerung, worunter Kofler z.B. den Anarchismus der Baader-Meinhof-Mahler-Gruppe faßt (113; siehe hierzu den 6. Aufsatz).

Der letzte Aufsatz des Buches ist zugleich Koflers aktuellster Beitrag zur marxistischen Ideologiekritik. Unter dem Titel »Kritische Psychologie? — Ouvertüre zu einer Kritik an einer angeblich neuen marxistischen Richtung« setzt er sich mit dem »Forum Kritische Psychologie« und dessen Begründer Holzkamp auseinander. Dem »Forum Kritische Psychologie« wird die marxistische Originalität und Novität abgesprochen. Einer zukünftigen kritischen Auseinandersetzung zwischen marxistischer Anthropologie (Kofler) und kritischer Psychologie (Holzkamp) wird hoffentlich die nähere Eingrenzung des sog. »missing link« zu verdanken sein, des bis heute nicht erkannten fehlenden Gliedes in der Evolutionskette der Menschwerdung. Karin Bruns-Weingartz (Düsseldorf)

**Habermas, Jürgen: Philosophisch-politische Profile. Erweiterte Ausgabe. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981 (479 S., br., 40,— DM) [zit.: A]**

**Habermas, Jürgen: Kleine Politische Schriften I-IV. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981 (535 S., br., 40,— DM) [zit.: B]**

Ähnlich wie im Film »Unheimliche Begegnung der dritten Art« kleine bunte UFOs das kommende Mutterschiff der Außerirdischen melden, so schickt der flinke Suhrkamp-Verlag zwei Aufsatzsammlungen auf den Markt, die das magnum opus von Habermas, die »Theorie des kommunikativen Handelns« ankündigen sollen. A enthält neben den in der bisherigen Ausgabe (1971) enthaltenen Aufsätzen (bis auf einen) noch einmal soviel Beiträge, die aber zum großen Teil schon in anderen Habermas-Sammelbänden abgedruckt waren: über Gehlen, Mitscherlich, Hannah Arendt, Abendroth, Marcuse, Benjamin, Scholem, Gadamer, Schütz, Horkheimer und Löwenthal. B umfaßt die Aufsätze aus »Protestbewegung und Hochschulreform« (1969), einige weitere Beiträge zu politischen Anlässen der 70er Jahre sowie drei Interviews mit Habermas.

Habermas' kritische Interpretation aktueller gesellschaftlicher Probleme ebenso wie seine Auseinandersetzungen mit der philosophischen Tradition verweisen auf die Kontinuität seiner Suche nach dem »Ort einer unbeschädigten Intersubjektivität« (B 507). Auch wenn ein Großteil der in den beiden Bänden versammelten Schriften »Gelegenheitsarbeiten« sind, wird in ihnen — stärker als in den Arbeiten seit »Erkenntnis und Interesse« — die geduldige aufklärerische Intention von Habermas deutlich, durch die er sich von denen abhebt, deren Liberalismus je nach Konjunkturlage die Farbe wechselt.

Wilfried Kunstmann (Marl)

**Alfred Lorenzer: Das Konzil der Buchhalter. Die Zerstörung der Sinnlichkeit. Eine Religionskritik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1981 (314 S., br., 29,80 DM)**

Drei Schwerpunkte besitzt diese Untersuchung. Einmal möchte der Autor faktisch nachweisen, daß das II. Vatikanische Konzil nicht zur Liberalisierung und Demokratisierung der katholischen Kirche geführt hat, wie zumal Kreise linker Katholiken gelegentlich vermeinen. Die nachkonziliare Praxis, vornehmlich die Argumentation gegen die Reform des §218 in Deutschland — Lorenzer gelingt es vortrefflich, diese Scheinargumentation zu zerpfücken —, beweist, daß der katholische Christ immer noch nicht »aus der Unmündigkeit des Untertans in den Rang eines frei Mitwirkenden« erhoben wurde (51). Gewiß hat sich die Kirche modernisiert; aber es haben lediglich solche Veränderungen Platz gegriffen, »wie sie für die Umstellung von einem patriarchalischen Familienbetrieb zum straff geführten Unternehmen mit modernem Management charakteristisch sind« (74). Der Obertitel des Buches resultiert aus dieser These. Zu diesem ersten Schwerpunkt zählt auch eine ans Ende gerückte Diskussion der Theologie Hans Küngs, deren scheinkritische Attitüde die gebührende Zurechtrückung erfährt. Solche Textanalysen stellen die gelungensten Partien des Buches dar.

Zweites Ziel des Verfassers ist es, »Grundlinien einer nachfamilialen *Vergesellschaftungstheorie* zu ziehen« (14). Was der Autor der Aufmerksamkeit nahebringen will, ist, daß im Sozialisationsprozeß neben der auf Versprachlichung, auf Rationalität und Bewußtheit abzielenden eine vorsprachliche, sinnlich-symbolische Komponente von einschneidender Relevanz ist. Die Bildung der Persönlichkeitsstruktur vollzieht sich in eins mit der Vermittlung gesellschaftlicher Bedeutungen (Lorenzer geht es darum, dieses Zusammentreffen zu konkretisieren); diese werden aber nicht nur sprachlich vermittelt, sondern gleichermaßen »über Gegenstände und Bilder (also gegenständliche Szenen)« eingebracht (157). Mehr noch: »die Schicht der sinnlich unmittelbar einsozialisierten Interaktionsformen (ist) die Basis der nun mit Bewußtsein betriebenen menschlichen Praxis« (161). Die so beschriebene Struktur ist allerdings fragil und nicht vor Beschädigungen geschützt; Lorenzer benennt mögliche Defekte und erörtert die politisch-gesellschaft-



lichen Konsequenzen, die sich daraus ergeben können. Vereinfacht gesagt: Der Mensch, dessen Sinnlichkeit frühkindlich beschädigt wurde, ist für Ersatzlösungen stets der Empfänglichere; vom Konsum als individueller bis zum Faschismus als politischer Ersatzlösung.

In diesem Zusammenhang gewinnt der dritte Schwerpunkt Umriss. In einer Zeit, die sich mittels Technologie und Bürokratie die »Vertreibung der Phantasie aus der Lebenswelt« (19) zur Pflicht gemacht zu haben scheint, geht auch die katholische Kirche, bisher in Ritual, Liturgie und Kirchenschmuck opulent der Sinnlichkeit zugetan, daran, diese durch Rationalisierungen zu zerstören. Freilich handelt es sich um Rationalisierung des Irrationalen, und ein solches Unterfangen kann nur prekär sein. Lorenzers Hauptthese des dritten Komplexes lautet: Durch die rationalisierende Liturgiereform »wird der Charakter der Darstellung von Grunderfahrungen menschlicher Lebensentwürfe (= Ritual, M.S.) ersetzt durch Welterklärung und Einübung in ideologische Handlungsanweisungen« (184). Die Catholica reiht sich damit ein in die »Front der Manipulateure« (177). Aber gehörte sie dieser nicht schon längst an? Überschätzt Lorenzer nicht (wie vor ihm andere) maßlos die Befähigung von Religion, »als Protest gegen bloße sozialtechnische Vernunft« (181) zu fungieren? Läßt sich nach dieser allzu konzilianter Einschätzung überhaupt der Anspruch des Buches aufrechterhalten, »eine Religionskritik« zu sein? Gewiß kommt der Autor in diesem dritten Komplex zu wichtigen Einzelbeobachtungen — etwa zu der, daß nach Maßgabe der Liturgiereform (der theoretischen Anleitung zur Zerstörung der Sinnlichkeit) eine »umfassende Zerstörung der Kirchenräume in allen Kontinenten« (207) vorgenommen wurde, skandalöse Traditionsvernichtung mithin: »eine Barbarei, die eigenmächtig ruiniert, was allen gehört« (238). Aber die zugrundeliegende Bestimmung des katholischen Kultus (freilich nicht der Lehre) als »subversive Phantasie von unten her« (238) dürfte doch unhaltbar sein (zumal etwaige *Folgen* dieser Subversivität durchaus defizient sind). Bedenklich gar wird die Argumentation da, wo Lorenzer die »kirchliche Organisation« als möglichen »Schutzraum für Prozesse der Selbstbehauptung, der Artikulation von Bedürfnissen gegen die menschenzerstörenden Zugriffe der Machthaber« (241) anbietet. Sollte religiöses Ritual wirklich die gesellschaftlich angegriffene Sinnlichkeit stützen können? Aber trotz dieser Einwände ist das Buch ausgesprochen instruktiv: es ist vielschichtig und steckt voller anregender Gedanken. — Unverständlich indes bleibt, wie die Konfusion und Unvollständigkeit des kombinierten Literaturverzeichnisses/Anmerkungsapparates in Druck gehen konnte!

Michael Schneider (St. Augustin)

### Sprach- und Literaturwissenschaft

*In diesem Heft ist zum dritten Mal der Versuch unternommen, eine ganze Rezensionenrubrik vom Standpunkt der Frau in der jeweiligen Disziplin zu gestalten. Da wir erst in den Anfängen stecken, die Frauenredaktion noch diskutiert wird, längerfristige Arbeit schon gar nicht möglich war, bitten wir Euch Leser, uns an unseren Absichten zu messen, unsere Taten als erste Schritte zu beurteilen, nicht als Einlösung des ganzen Konzepts. Indem wir so um Euer Verständnis bitten und auch um Eure Mitarbeit, möchten wir an dieser Stelle noch einmal unsere bisherigen Diskussionsstand zu diesen Rezensionsschwerpunkten und unsere bisherige Planung vorstellen.*

*Unter der Voraussetzung, daß die Frauenfrage nicht bloß einen Bereich betrifft (etwa »Politik und soziale Bewegungen«), sondern ein Standpunkt ist — ein vielfach vergessener — in allen Disziplinen, wollen wir alle Rezensionssparten im Argument nacheinander besetzen. Eine solche »Sparte« umfaßt durchschnittlich etwa sieben Rezensionen.*

Da kann man viel machen und auch wenig. Für's Erste, so dachten wir, wäre es notwendig, den Diskussionsstand, wie er in den veröffentlichten Texten aus der Frauenbewegung sich darstellt, zusammenfassend vorzutragen. In solch einem Schwerpunkt — etwa Philosophie — Bücher zur Frauenfrage im Zusammenhang mit dieser Disziplin zu rezensieren. Sammelrezensionen wären sicher das Beste; ein solches Konzept scheitert aber an unseren Kräften. Wir gehen umgekehrt vor, organisieren die Arbeit um den weiblichen Standpunkt in den Wissenschaften auch dadurch, daß wir — zumeist in Arbeitsgruppen — neu hinzukommende Frauen, die daher nicht über den souveränen »sammelrezensierenden« Überblick verfügen, um einzelne Rezensionen bitten. Aus den verstreuten Arbeiten der Vielen wollen wir einen allgemeinen Überblick für Viele herstellen. Ein Problem ist die Auswahl der Texte: sollen wir nur die allerneuesten rezensieren, wie bei Rezensionen sonst üblich? Oder, da wir ein Gebiet aufarbeiten, alle die, die kontrovers und einflußreich die Diskussion bestimmten (wie wir z.B. im Rezensionsteil »Soziale Bewegungen und Politik« in Heft 129 verfahren)? Tendenziell wollten wir einen Schwerpunkt umfassend vorstellen, ohne Rücksicht auf das Alter der Bücher. Das würde uns auf die Bücher aus der Frauenbewegung selber beschränken, um umfangmäßig machbar zu sein. Schon bei unserem zweiten Schwerpunkt »Frau und Familie« (im Soziologieteil von Heft 130) erwies sich ein solches Konzept als unbrauchbar. Gibt es überhaupt ein ganz eindeutiges und richtiges Vorgehen?

Vorläufig wechseln wir die Kriterien. Es soll nützlich sein und vielfältig, einen Einblick geben bis hin zum Überblick. Im vorliegenden Teil »Frau und Literaturwissenschaft« sind es hauptsächlich »ganz neue« Bücher und — da wir uns so kurzfristig entschlossen — nur wenige. Eine bessere Planung wird bessere Ergebnisse bringen. Für die kommenden Hefte sind folgende Schwerpunkte vorgesehen:

Heft 132 (April '82): Frau und Philosophie

Heft 133 (Juni '82): Frau und Psychologie

(Schwerpunkt: die Auseinandersetzung mit der Psychoanalyse)

Heft 134 (August '82): Kunst und Kulturwissenschaft

Heft 135 (Oktober '82): Frau und Arbeit

Heft 136 (Dezember '82): Geschichte

Das ist jetzt schon ein Plan für das ganze Jahr 1982. Dabei sind noch einige Sparten unbearbeitet: Erziehungswissenschaft, Medizin und Ökonomie. Bevor wir in den anderen Sparten wieder von vorn beginnen, bevor wir also wieder »Politik und Soziale Bewegungen« besetzen, haben wir uns vorgenommen, diese letzten Gebiete uns anzueignen. Vielleicht könntet Ihr Eure Arbeitsplanungen auf diesen »Kalender« einrichten?

**Geiger, Ruth-Esther, und Sigrid Weigel: Sind das noch Damen? Vom gelehrten Frauenzimmer-Journal zum feministischen Journalismus. Frauenbuchverlag, München 1981 (240 S., br., 29,80 DM)**

Die Frauenbewegung ist so viel älter, als es jedesmal, wenn sie erneut unübersehbar gesellschaftliche Bedeutung erlangt, vor allem ihren Gegnern erscheint, die sich — ob 1848, 1918 oder 1975 — mit Marginalien der Geschichte, Nebenwidersprüchen für die Arbeiterbewegung oder mit feuilletonistischen Aperçus in den heiligen Hallen der Wissenschaft konfrontiert sehen. So ist es denn sicher für manchen überraschend, Artikel zu finden, z.B. über weibliche Sexualität, Prostitution oder 'Lohn für Hausarbeit', die brisant und aktuell sind, obwohl 1903 oder 1910 geschrieben. Die Frauenbewegung ist als historische nicht nur eine subjektiv-private, biographisch und literarisch überliefert in der Lebensgeschichte einer Hedwig Sidonia Zäunemann oder Franziska zu Reventlow; oder eine (politisch)organisiert-kollektive, deren Beginn mit der Gründung des »Allgemeinen Deutschen Frauenvereins« 1886 von Louise Otto(-Peters) und Auguste Schmidt datiert. Sie ist als historische Bewegung auch eine, die von jeher im öffentlichen Medium

das Forum erkannt hat, den Diskurs des Weiblichen zu führen. Die fortschrittlichen Frauen der öffentlichen Meinung haben der 'Emancipation' und der Frauenfrage zum Fortschritt verholfen. Dokumentierte dies schon die Salonkultur einer Germaine de Staël oder Rahel Varnhagen, so gewinnt man diesen Eindruck mit den Autorinnen des vorliegenden Bandes über Journalistinnen z.B. von Frauenzeitschriften der Weimarer Republik.

»Frauen und Öffentlichkeit: Von den Um- und Irrwegen des Weibes aus den männlichen Räumen zum Ort der Frau« berichten die Autorinnen in 9 Kapiteln: drei Jahrhunderte umspannt die Entwicklung einer weiblichen Publizistik, die ihren Ausgangspunkt im 18. Jh. mit 'Moralischen Wochenschriften' für Frauen der Sophie Mereau oder Marianne Ehrmann nimmt, und die ihre politischen Differenzen schon Mitte des 19. Jh. durch sehr verschiedene Frauenzeitschriften ausdrückt. In den Gegensätzen, die Louise Aston und ihre »Frauenzeitung« 1849 vom »Freischärler« der 'emancipierten' Louise Aston trennt, zeigen sich die Kontroversen um ein Frauenbild, die die Frauenbewegung und ihre Zeitschriften bis in die Gegenwart kennzeichnen. Die Frauenstimmrechtskampagne und die Forderungen nach Bildung und Recht auf politische Betätigung, ließ die Frauen sich gegen Ende des 19. Jh. organisieren. Die Diskussionen um Sexualreform, die Lage der Arbeiterinnen und der drohende Krieg waren Umstände, welche die Frauen zunehmend parteipolitisch integrierte und ihre Zeitschriften zu frauenspezifischen Organen der SPD oder KPD oder der Konservativen werden ließ. Diese Entwicklung offenbart jedoch, daß ein traditionell gebundenes Frauenbild beständig zitiert wird, dessen Grundlage und Wesen die 'Mütterlichkeit' der Frau ist, sprich: ihre fürsorgliche, familiäre, soziale gesellschaftliche Bestimmung und entsprechend psychologische oder kulturhistorische Ableitungen, monogame Veranlagung oder lyrisches Talent. Dieses Frauenbild ist den unterschiedlichsten Frauenvereinigungen und ihren Zeitungen gemeinsam. Dies mag eingeschränkt gelten für die radikalen Feministinnen in der Nachfolge Louise Atons, wie Anita Augspurg oder Lida Gustava Heymann; es gilt für die revolutionäre Halbherzigkeit im Familien- und Frauenbild von SPD oder KPD, der ihre Frauenorgane *nicht* entgegentraten. (Man lese hier die Begründung des Baumeisters B. 1921 in der sozial-demokratischen »Kämpferin« nach, warum eine gleichberechtigte Ehe erst mit den revolutionären Sternen vom Himmel falle!) Zu sehr und viel zu schnell haben sich die Frauen in der Folge von 1848 einer allgemeinen politischen Auseinandersetzung unterstellt. Dies ist die andere Seite des Eindrucks, der respektvoll erkennt, wie kontinuierlich und kompetent sich eine fortschrittliche Frauenöffentlichkeit geäußert hat. Zugleich scheint hier der Schlüssel zu liegen für jenen Umstand, »stolz und freudig unter das Gesetz des National-Sozialismus« getreten zu sein. Jener Anti-Faschismus vor 1933, den die sozialdemokratische und kommunistische Frauenpresse oder die »Blätter des jüdischen Frauenbundes« aufweisen, mußte hilflos sein, perfektionierte und stilisierte der National-Sozialismus doch ein Frauenbild, dessen Substanz die Frauenbewegung selbst im Begriff weiblicher Opferbereitschaft und bewahrender Mütterlichkeit verteidigt hat. Der Lebenslauf einer Gertrud Bäumer exemplifiziert diese fatale Kontinuität.

Dies als historische Auskunft zu finden, sollte gegenwärtig notwendig herausfordern. Eine solche Auseinandersetzung und ein Interesse für die Geschichte der Frauenbewegung findet im vorliegenden Band aufs beste die weibliche Publizistik historisch dokumentiert in repräsentativen großzügigen ausschnittweisen Wiedergaben von Artikeln, anschaulich dazu durch faksimilierte Titelseiten. Übersichtlich zusammenfassend und präzise in der Kennzeichnung des Zusammenwirkens gesellschaftlicher Prozesse und einer weiblichen Publizistik haben die Herausgeberinnen das Material angeordnet und kommentiert. Einschränkend leider für die Kapitel über das 18. Jh. und über den »Neuen Aufbruch nach 1945?«, die offensichtlich zu kurz gekommen sind, liegt hier eine wertvolle Frauengeschichte vor.

Heike Klapdor (Berlin/West)

**Vogt, Marianne: Autobiographik bürgerlicher Frauen. Zur Geschichte weiblicher Selbstbewußtwerdung. Verlag Königshausen und Neumann, Würzburg 1981 (94 S., br., 18,— DM)**

Auf gedrängtem Raum faßt die Autorin die wesentlichen Ergebnisse vorheriger Autobiographieforschung zusammen und geht in fast jeder Hinsicht über sie hinaus. Zunächst wird anhand einiger, hier erstmals untersuchter Textbeispiele ein ausgezeichneter Abriß der Sozialgeschichte weiblicher Autobiographik bis zum 19. Jahrhundert gegeben. Daran anknüpfend wird eine — auch historisch reflektierte — Gattungstypologie entwickelt und an Texten aus dem 20. Jahrhundert exemplifiziert. Dabei ist das Überraschende an den Thesen von M. Vogt, daß sie neu sind. Beispielsweise prägt sie für einen allseits bekannten Typus weiblicher Autobiographien den treffenden Begriff der »Partnererinnerungen« (74ff.). Gemeint sind Schriften, in deren inhaltlichem Mittelpunkt nicht die Autobiographin selbst, sondern deren Lebensgefährte steht. So verbreitet solche Texte von Alma Mahler-Werfel, Katja Mann etc. sind, so verwunderlich ist, daß sie mit den begrifflichen Mitteln bisheriger Autobiographietheorie tatsächlich nicht faßbar waren. Für Autobiographien sind sie, kurz gesagt, zu wenig selbstbezogen und für Memoiren zu privat. Das ergab für die Theoriebildung jedoch kein Problem, da man fast nur Texte männlicher Autoren in Betracht zog, und die haben nie so geschrieben. Auf die doch naheliegende Idee, der besonderen gesellschaftlichen Lage der Frauen könnten bei Schriftstellerinnen auch besondere autobiographische Formen korrespondieren, ist die Literaturwissenschaft vor M. Vogt nicht gekommen.

Die Evidenz solcher Thesen unterscheidet die Studie wohltuend von überzogenen Weiblichkeitstheorien. Die differenzierte, rationale Argumentationsweise bewahrt die Autorin bzw. ihre Leser außerdem vor vager Polemik und good-will-Manifestationen, wie sie im Umkreis beliebiger 'Bewegungen' immer wieder auftauchen. Ihr Buch ist ein fundierter Beitrag zu einem neuen Verhältnis von Frau und Wissenschaft; für die Autobiographietheorie sollte es ein Standardwerk werden, und sogar methodisch ist es als eine gelungene Verbindung historischer und systematischer Überlegungen bemerkenswert.

Wilfried Ihrig (Heidelberg)

**Vilar, Esther: Helmer oder Ein Puppenheim. Variation über ein Thema von Henrik Ibsen. Ullstein Verlag, Frankfurt/M.-Berlin-Wien (91 S., br., 4,80 DM)**

Esther Vilar greift zurück auf Ibsens Drama, in dem Nora am Ende ihren Mann Torvald Helmer und ihre Kinder verläßt, um sich aus der materiellen Abhängigkeit und menschlichen Nichtachtung ihres Mannes zu befreien. In ihrem Einpersonenstück — als Fortsetzung des Dramas zu lesen — hat sich der verlassene Helmer ebenfalls befreit und »das Wunderbare«, das Nora suchte, für sich gefunden: »die Liebe zu dem Kind, das sie (Nora) bei ihm zurückgelassen hat, das freie Leben zu Hause, die Absage an eine Gesellschaft, in der Männer auf der Jagd nach Prestige jede Integrität verlieren« (22). Helmer will nun seine Zukunft mit seinem Kind teilen und nicht mehr — wie im literarischen Vorbild — das Geld verdienen. Dies soll stattdessen Nora tun, ohne jedoch zu ihm und dem gemeinsamen Säugling zurückzukehren. Auf diese Weise hofft Helmer, dem entfremdeten Arbeitsbetrieb zu entgehen und zu einem menschlichen Leben und Lieben zurückzufinden.

Zunächst scheint Helmer wirklich einen befreienden Schritt aus seiner bisherigen Rolle heraus gemacht zu haben, auch wenn Esther Vilar selbst in ihrem Essay anmerkt, daß sie hier keine reale Lösung anbietet, sondern nur verfremdet, um »die Vorteile der heute so verteufelten weiblichen Rolle sichtbar zu machen und dem Kind wieder den Stellenwert einzuräumen« (19), der ihm ihrer Meinung nach zusteht. Doch trotz des radikal anmutenden Ausstiegsversuchs Helmers hat sich eigentlich nichts geändert: Vilar's Helmer denkt nicht anders als der 'Held' Ibsens über die Rolle der Frau und weigert sich ebenso

wie jener, Nora zu verstehen. Zwar hat die Trennung eine Reflexion seiner eigenen Situation ausgelöst, doch seine Frau bleibt nach wie vor Sexualobjekt für ihn. Ihrer Freundin Christine erzählt er am Telefon: »... Ich war verrückt nach ihr, falls Sie's genau wissen wollen ... Nach ungefähr hunderttausend Ehejahren war ich immer noch verrückt nach meiner eigenen Frau! ... Nein, für ihre Gedanken hab' ich mich tatsächlich nicht interessiert, geb' ich zu ... Jedenfalls nicht so, daß ich sie abends gefragt hätte: Und was hast du heute gedacht, mein Liebling — wollen wir lieber gleich darüber diskutieren oder später?« (65) Noras Versuch, aus der häuslichen Enge auszubrechen und zusammen mit anderen Frauen zu einer eigenen Identität zu finden, quitiert er mit hilflosen Angriffen. Für Helmer bleibt Nora eine Frau, die das angenehme und unentfremdete Leben in 'seinem' Haushalt ebenso kaltblütig und herzlos egoistischer Motive wegen verlassen hat, wie es Esther Vilar von Ibsens Nora behauptet (9f.).

Hinter der Unbelehrbarkeit Helmers steht die Verständnislosigkeit seiner Schöpferin. Die Wünsche Noras entstehen auch für Esther Vilar aus Egoismus und Dummheit, ihr Denken erscheint ihr ebenso alogisch wie das der »Väterchen der Frauenbewegung«: »Die langlebigere, entweder gar nicht oder nur zeitweise erwerbstätige und insgesamt trotzdem vermögendere Mehrheit wird einem als Opfer der kurzlebigeren, immer erwerbstätigen und insgesamt trotzdem ärmeren Minderheit präsentiert.« (14) Dabei zeigt sich in der Kritik an den Gedanken Ibsens die verkehrte Sichtweise der Autorin selbst. Nur weil sie die Mehrheit sind, sind Frauen offenbar auch die Stärkeren. Nur weil Frauen für die ständige Reproduktionsleistung zu Hause kein Geld bekommen, arbeiten sie auch nicht. Weil sie auf das Geld des Mannes angewiesen sind, nutzen sie ihn aus.

Esther Vilar verwechselt hier Abhängigkeit mit Ausnutzung. Sie präsentiert 'die Frau' als Urheberin der Sklavenrolle des Mannes, die sich wie ein Ungeheuer nur über das Leiden des Mannes reproduziert.

Deshalb auch bleibt die Lösung, die sie in ihrem Essay — nicht etwa im Stück selbst — anbietet, auf einen moralischen und individualistischen Ratschlag beschränkt: »ein wenig Arbeit und ein wenig Zeit zum Leben für beide« (19). Ihre Figur Helmer zeigt, daß sie es damit bewenden lassen will. Die Rollen der Geschlechter werden nicht hinterfragt, das häusliche, aus der Gesellschaft ausgegliederte Leben mit Kindern wird zum Ideal, die Macht des Geldes verschwindet für sie hinter der Gewalt, die vom raffinierten Gebrauch der Waffe Sexualität ausgeht. Ursache und Wirkung verkehren sich hier. Mir scheint, Esther Vilar hat genausowenig von den Wünschen Noras und der Frauenbewegung verstanden, wie ihr Held Helmer. Brunhilde Janßen (Marburg)

**Heinrich, Jutta: Mit meinem Mörder Zeit bin ich allein, Verlag Frauenoffensive, München 1981 (155 S., br., 16,80 DM)**

Der Roman beginnt mit einem Brief, der Programm wird für das gesamte Buch: »Wie macht mich dieser Schock, das Wechselbad aus Lebenslust und Lebensangst müde und schlapp; das herumirrende Bewußtsein, das keine einzige Nische in dieser Weltfinsternis mehr findet, verschleißt meine gesamten psychischen Antriebe bis zur Quelle hin ... Seit Harrisburg martert mich die Frage, warum ich mit einer solchen Panik, ja fast mit einer Körper- und Gemüteskrankung auf unser ungeheuerliches, wahnwitziges Zeitgeschehen reagiere.« (8) Der Grund erscheint simpel: »Mein ganzes Leben versuchte ich doch, mittels eines anderen Lebensgefühls mich am 'Rande' entlangzuwinden, dank meiner auf-sässigen Kraft und meiner 'bunten' Sinne konnte ich untertauchen und mich in dem versteinigten Leben einigermaßen lebendig erhalten. Aber jetzt — umzingelt und umstellt von atomarer Vernichtung — bleibt nichts mehr; der Irrsinn weniger wird das Grauen aller!« (8) Angesichts der Unmöglichkeit, auch weiterhin an den 'Rand' auszuweichen, in der Konfrontation mit der Unausweichlichkeit atomarer Bedrohung verschließt sich der Erzählerin die Möglichkeit einer distanzierten schriftstellerischen Arbeit, hat sie das,

»was gemeinhin mit 'Kunst' bezeichnet wird« (134) verloren. Stattdessen kommt sie zu dem Ergebnis, »daß ich momentan nichts anderes veröffentlichen kann und will als diese wirren, verzagten, flehenden Klopfschreie aus meiner unterirdischen Lebensqual, diesem aufreibenden Windmühlenkampf gegen ein Ungeheuer, das sich Zeitgeist nennt« (13).

In Romanpassagen, Traumprotokollen, Gedichten, Tagebuchnotizen und anderem wird die Fundamentalität dieser »Lebensqual« deutlich. Die Autorin beschreibt ihre existenzielle Angst vor dem Unvorstellbaren, das dennoch zur alltäglichen Gefahr für die Menschheit geworden sei. Die Natur wird zerstört und vergiftet, die atomare Katastrophe wird sie in ein Nichts auflösen. Die Menschen aber vegetieren blind und ohnmächtig unter der Gewalt der Obrigkeit, sie verdrängen ihre Angst und verstecken sich vor der Realität. Widerstandslos warten sie auf die Apokalypse. Obwohl es die Intention der Autorin ist, sich durch den geballten Ausdruck von Angst »mit heilsamer Wut (...) gegen die Zerstörung ihres Lebensantriebs, gegen den Verlust von Zukunft, gegen ein unwürdiges Leben in einem Klima erstickender Angst und Ohnmacht« (Klappentext) zu kämpfen, strahlt das Buch eine beängstigende Ziel- und Hilflosigkeit aus. Der verzweifelte Aufschrei verliert sich in Nebel und leeren Straßen, wird geschluckt wie das weiße Schiff, das Hoffnung hätte bedeuten können (25ff.), und bleibt von den Menschen ungehört.

Für den/die Leser/in wird der Ausdruck des leidenden Gefühls vehement, doch statt Wut vermittelt sie eher Hoffnungslosigkeit. Der Grund mag für die Autorin in der Unfaßbarkeit der Ursachen der Umweltzerstörung ebenso wie der atomaren Bedrohung oder der Zerstörung der Menschen selbst liegen. Ist es einmal der »Zeitgeist« (13), so ein andermal »der Mann«, der für das, was ist, als verantwortlich zu zeichnen hat: »Wie danke ich dir, du unmenschlicher Mann auf Erden, daß du mir erst Jahrtausende verspätet die Möglichkeit und die Chance geschenkt hast, mich aus meinem Nichtvorhandensein wie ein Maulwurf in dein Leben hochzuarbeiten; jetzt bin ich oben und schon bürdest du mir deinen Untergang ins Dasein, deinen ewigen Fortschritt, geboren aus einem Wolfsbewußtsein.« (59)

»Es ist der Mord an Eurem langen Totsein, den ich Euch wünsche, nicht weniger« (150), schreibt Jutta Heinrich am Ende des Buches, doch sie trägt — so meine Befürchtung — zu diesem »Mord« nicht viel bei. Die extensive Beschreibung der Angst reicht nicht aus, um die Vernunft zu beleben. Brunhilde Janßen (Marburg)

**Gauthier, Xavière: Surrealismus und Sexualität. Die Inszenierung der Weiblichkeit. Aus dem Französischen von Heiner Noger. Medusa-Verlag, Berlin 1980 (302 S., br., 29,80 DM)**

Die Kritik Gauthiers am Surrealismus ist weder Denunziation noch Verteidigung. Ihre Position ist ambivalent, schwankt von Kapitel zu Kapitel. Die Nichteinlösung des Versprechens universeller Emanzipation ist es, die Gauthier nach den Gründen des Scheiterns fragen läßt. Es ist keine systematische Analyse, was die franz. Kunstkritikerin — die Originalausgabe erschien bereits 1971 bei Gallimard — vorlegt, auch kein Beitrag zur Diskussion ästhetischer Bewertung der Avantgarde. Surrealistische Literatur und Malerei sichtet Gauthier in ihrem spannenden Essay ausschließlich nach dem Verhältnis von Sexualität und Revolution. Die Sexualität wird ihr zum Prüfstein, »der die inneren Widersprüche eines revolutionären Willens enthüllt« (215). Sie betont die subversive Kraft des Eros, ordnet die Sexualität nicht der sozialen Revolution unter, wie die marxistischen Klassiker. (»Die Bedeutung der Sexualität bei den revolutionären Marxisten«, S.28ff.) Hier steht sie zu den Surrealisten, deren revolutionärer Wille sich insbesondere gegen die traditionellen moralischen Werte richtete und die im Gefolge Freuds den sexuellen Charakter aller Handlungen betonten, nicht im Widerspruch. Kunst und Revolution sind für

Gauthier identisch, beide sind auch ein Akt der »körperlichen Gewalt«: »Es ist die Kraft des Surrealismus, in seine Voraussetzungen eingeschrieben zu haben, daß die Kunst, wie die Revolution, eine Gewalt ist, ein Raub und eine schmerzliche Metamorphose des Körpers« (45). Gauthier sieht den »scandale erotique« jedoch nur als Oberfläche, unter der sich die repressiven Sexualnormen der bürgerlichen Gesellschaft verbergen.

Das surrealistische Kunstwerk wird ihr zum Palimpsest. Die ursprüngliche Bedeutung versucht sie — mit Hilfe Freudscher Kategorien — herauszuarbeiten. Die Weiblichkeit im surrealistischen Kunstwerk erscheint ihr ebenso inszeniert, auf den gleichen Verdrängungen beruhend, wie in der traditionellen bürgerlichen Kunst. (»Der Frau entgegen«, S.49ff.) Bretons — sehr verkürzte — Wiederaufnahme des platonischen Mythos vom Androgyn entlarvt sie als das, »was man populär 'Liebe auf den ersten Blick' nennt« (51). Dahinter verbirgt sich ein Frauenbild, in dem Frau und Natur identisch gesetzt werden. Die Frau ist Natur, »und alle Hilfsquellen der Botanik werden aufgeboden, um eine Vorstellung von den verschiedenen Teilen ihres Körpers zu geben« (67). Die Frau erscheint — in der Malerei bei Bellmer, Ernst, Labisse, Molinier u.a. — aber auch als bedrohendes »instrumentum diaboli«: »Eine andere Figuration der Frau als 'instrumentum diaboli', die übrigens gleichzeitig auch Prostituierte sein kann, ist die 'Femme Fatale'. Die surrealistischen Kunstwerke fließen über vor Evokationen dieser Zauberin, dieser Circe, die mit einem ihrer Blicke den Mann gefangennimmt und ihn in die Knie zwingt.« (132) Die Frau erscheint im surrealistischen Kunstwerk mit all den Mythen besetzt, die ihre Unterdrückung auch in der bürgerlichen Gesellschaft absichern. Die Frau ist nichts »als eine Erfindung des Mannes.« In der Literatur — bei Breton, Aragon, Eluard — verliert sich der »Begriff der Sexualität in dem vageren Begriff der Liebe.« (145) In dem Kapitel »Die verallgemeinerte Libido« (S.145ff.) geht es Gauthier um die »Haltung der Surrealisten zur Sexualität«. Sie kommt zu dem Schluß, daß bei allen Formen »der 'verallgemeinerten' Libido sich herausgestellt hat, welch trauriges Schicksal ihnen von den Surrealisten meist bereitet wurde. Wie für die gesamte bürgerliche Gesellschaft gelten ihnen 'Perversionen' als Abschaum, als beschämende Krankheit.« (215) Gauthiers Einschätzung der Surrealisten — nicht der surrealistischen Kunstprogrammatis — steigert sich letztlich zur Ablehnung. Auf die Surrealisten wendet sie einen Satz Bretons, den er aussprach, als er die Leute auf der Straße beobachtete: »Genug, das waren doch nicht jene, die man zur Revolution bereit finden würde.«

Hansgeorg Schmidt (Mardorf/Amöneburg)

## Soziologie

**Honneth, Axel, und Hans Joas: Soziales Handeln und menschliche Natur. Anthropologische Grundlagen der Sozialwissenschaften. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1980 (170 S., br., 18,— DM)**

»Unser Ansatz, der Anthropologie als Selbstreflexion der Sozial- und Kulturwissenschaften auf ihre biologischen Grundlagen und ihre normativen Gehalte in bestimmten historisch-politischen Problemlagen versteht, orientiert sich an der Perspektive einer Humanisierung der Natur.« (16) Das ist der Leitfaden einer kritischen Revue zwölf teils miteinander konkurrierender Theoriestränge. Während die siebenbändige »Neue Anthropologie« von *Gadamer* und *Vogler* ein Panoptikum von Erkenntnissen und Spekulationen über das Menschsein ist, haben die Berliner Soziologen *Honneth* und *Joas* wesentliche anthropologische Theorien — ausgenommen verhaltenswissenschaftliche, biologische und psychoanalytische — konzeptionell durchgearbeitet. Die Autoren lassen sich leiten von den Grundüberlegungen zum Zusammenhang von wachsender Naturbeherrschung und Persönlichkeitsentwicklung, wie sie seit *Feuerbach* und *Marx* diskutiert

und entwickelt wurden (Teil I, 19-47). Anhand der Entwürfe von *A. Gehlen*, *G.H. Mead*, *H. Plessner*, *A. Heller* und *K. Holzkamp* werden dann Versuche zur Klärung des »gattungsgeschichtlichen Zivilisationsprozesses« diskutiert, in dem der Mensch »die Natur in ihm selbst« bearbeitet (16). In diesem zweiten Teil (48-113) finden sich sozialphilosophische Entwürfe neben Hellers Theorie der Bedürfnisse und Holzkamps Aneignungskonzept, die aus der Vielzahl eher psychologischer Versuche wegen ihres Bezugs zur historisch-materialistischen Grundlegung des Themas ausgewählt wurden. *J. Piagets* »empirisch ungleich reicheren« Überlegungen (97) und die implizite Anthropologie anderer Psychologien bleiben auf der Strecke. Ein dritter Teil (115-160) verhandelt »historische Anthropologie« anhand der Zivilisationstheorie von *N. Elias* (die sich »wertfrei« gibt) neben der — an marxistische Überlegungen anschließenden — strukturalistischen Geschichtsanalyse *M. Foucaults* und *J. Habermas'* Theorie der Evolution von Kommunikationsfähigkeiten.

Der Leitfaden wird im *Mead*-Kapitel präzisiert: »Praktische Intersubjektivität«, d.h. die Aussichten der zum Perspektivenwechsel fähigen Subjekte werden zum »gemeinsamen Bezugspunkt der Fragen und Einwände« (71), die die Autoren an Theorien richten. Über Kritik entwickeln sie eigene anthropologische Vorstellungen. Darin erscheint das Offenhalten von Chancen zur Selbstbestimmung in überschaubaren sozialen Bezügen als die Richtung, in der das Reich der Freiheit am ehesten zu finden ist. So wenden sie gegen *Elias* ein, er fasse die Entwicklung des gesellschaftlichen Gestaltwandels »nicht als Ergebnis einer wieder einholbaren Verselbständigung der Institutionen« auf (120). *Foucaults* »Annahme einer Allgegenwart produktiver Machtstrategien« halten sie die »systematische Ausblendung eines Bereichs nicht-strategischen, nämlich kommunikativen Handelns« vor (140). Und *Habermas*, der eben dort ansetzt: »Die faktische Geschichte sozialer Bewegungen tritt ... völlig hinter die logische Sequenz zurück, in der sich moralisch aufeinander aufbauende Normensysteme evolutionär durchgesetzt haben« (155). Honneth und Joas möchten den Begriff der Arbeit »wie bei Marx in seinem historisch-transitorischen Charakter durchsichtig« halten, »eine Perspektive auf eine Gesellschaft reduzierter Arbeitszeit« eröffnen (107). So trifft ihre Kritik *Holzkamps* Konzept der zunehmenden »Aneignung« von Natur durch Entwicklung gesellschaftlicher Arbeit mit voller Schärfe. Weil Holzkamp nicht Intersubjektivitätstheorie treibe und keinen »Begriff individueller Partizipationschancen und herrschaftsfreier Willensbildungsprozesse« entwickle, verfehle seine »Kritische Psychologie ... einen zeitgenössisch akzeptablen Sinn historisch-materialistischer Anthropologie« (108). Hier sind die Autoren über das Ziel einer gleichzeitigen Präsentation und Kritik von Theorien hinausgeschossen. Sie unterstellen Holzkamps These, Arbeit sei »als fundamentales Bewegungsmoment der historischen Entwicklung« anzusehen, die Bedeutung, »daß die gesellschaftliche Arbeit als das einzig determinierende Moment geschichtlicher Entwicklung aufzufassen sei« (105). Das wäre nicht nötig gewesen.

Abgesehen von dieser Überreaktion und dem damit kontrastierenden Fehlen von Kritik im *Heller*-Kapitel (88-96) sind die Autoren konsequent im Anlegen eines gleichen Maßstabs an anthropologische Konzeptionen. Sie haben gezeigt, daß wissenschaftlich begründete Anthropologie eine wichtige Aufgabe in der »Verteidigung eines sinnvollen Begriffs historischen Fortschritts im Rahmen sachhaltiger Argumentationen gegen modische Zivilisations skepsis ebenso wie gegen technokratische Zivilisationsgläubigkeit« hat (17). Den gelegentlich von Marxisten geäußerten Verdacht, Anthropologie leiste »ahistorischem Denken Vorschub« (9), entkräften sie durch eine Präsentation marxistischer Diskussionsbeiträge von *L. Althusser* über *L. Séve* bis zu *G. Márkus* (30-43). Schade ist, daß man über die Position der Autoren nicht viel mehr erfährt, als daß für sie der Fortschritt zum Reich der Freiheit über ein Zwischenreich der Freizeit führt.

Traugott Schöfthaler (Berlin/West)



**Rüthers, Bernd: Universität und Gesellschaft, Thesen zu einer Entfremdung. Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1980 (56 S., br., 16,80 DM)**

Die »Thesen zu einer Entfremdung«, zur Entfremdung von »Universität und Gesellschaft«, gehen auf ein Interview zurück, das das Institut für Demoskopie in Allensbach mit dem ehemaligen Rektor der Konstanzer Universität führte und das als Grundlage für die Erstellung eines Fragebogens zu diesem Thema diente. Die Thesen sind 3 Hauptgliederungspunkten zugeordnet: »I. Veränderungen und Ursachen«, »II. Die Ausbildung als Teil des politischen Systems« und »III. Die Zukunft der Universität«.

Auf Fragen zum Verhältnis von Universität und Gesellschaft (wie die Gesellschaft angesichts der Arbeitsmarktsituation mit der Bildungsexpansion fertig werden soll, und ob diese Expansion überhaupt wünschenswert sei, welche Aufgaben die Universität, die dort Lehrenden und Forschenden sowie die Studenten und Absolventen wahrzunehmen haben) gibt der Autor Antworten, in denen das Interesse am politischen »roll back« und konservativer Herrschaftssicherung nicht nur zwischen den Zeilen steht, und die auch vor pauschaler Diffamierung ganzer Gruppen nicht haltmachen. Die dabei auftauchenden Widersprüche und interessierten Einseitigkeiten meint der Autor dadurch zu entschuldigen, daß er »das Thema nicht mit der Absicht einer wissenschaftlich-systematischen Analyse« (5) zu behandeln beansprucht. Sein Interesse: die Hochschulen haben Dienstleistungen zum Erhalt der Gesellschaft im status quo beizusteuern und nicht zu fragen, »was sein soll, wie das Gemeinwesen zu entwickeln sei« (49).

Nun ist nicht zu übersehen, daß der Autor Gedanken darüber verbreitet, »was sein soll«: Wenn die Universitäten »Führungseliten für Staat und Gesellschaft« ausbilden sollen (29), diese »Eliten ... also fachliche wie ethische Leistungseliten sein« sollen (30), »ethische Standards« (31) vertreten, »dienend mehr leisten« (30) sollen, so ist damit eine Elitenkonzeption angesprochen, und dem Autor scheint klar zu sein, wem sie dienen sollen, bzw. wie dieser Staat und diese Gesellschaft auszusehen habe; die Auszubildenden und Auszubildenden sollen dagegen nicht danach fragen, was und für wen sie etwas tun.

Im Arbeitsmarkt entdeckt und begrüßt Rüthers ein Regulativ, das diese Gedanken in die richtigen Bahnen lenkt: »zwar gibt es immer noch global antigesellschaftliche und antistaatliche Zellen an den Universitäten«, aber »der gewandelte akademische Arbeitsmarkt verändert das Studierverhalten in vielen Bereichen« (50). Trotzdem sollte seines Erachtens der Zugang zu den Hochschulen erschwert, »die 'Überproduktion' von in der Gesellschaft nicht Gefragten« (17) gedrosselt werden; denn stiegen »die Zahlen der erst am Arbeitsmarkt 'durchgefallenen' Akademiker, wird das dem sozialen Frieden nicht dienen« (40). Gesellschaftlicher Bedarf an Qualifikation ist — folgt man dem Autor — lediglich eine Marktgröße, über die nicht zu diskutieren ist, alles andere führe zu »bedarfswidrigen, künstlich errechneten und gesteigerten Planzahlen« (44), durch die nur Leistungsunfähigen und Leistungsunwilligen der Hochschulzugang eröffnet werde (17f., 40f., 43). Mehr Wettbewerb und Prüfungen versprechen nach Rüthers Abhilfe: durch »zusätzliche universitäre Eignungsprüfungen oder -tests« (wobei den Universitäten eingeräumt werden solle, die Studenten in den Numerus-Clausus-Fächern selbst auszuwählen), soll der »Qualitäts-Wettbewerb der Universitäten (Fakultäten) untereinander« (42f.) gefördert werden. Zugangsprüfungen sollten so angelegt sein, daß »bereits auf die Gymnasien (...) nur eine leistungsfähige und leistungswillige Elite der Schülerschaft (gelangt)« (43). Beschreite man diesen Weg zur Eliteuniversität nicht, so führe dies wiederum zu abnehmender Leistungsbereitschaft auch begabter Studenten, die fürchten, »unbeliebt zu werden« (41). Diese Furcht gründe auf einem starken Kommunikations- und Rückhaltsbedürfnis, das zu einem »kollektiven Habitus« führe, dem sich auch viele Dozenten und Professoren anbiehern: »so kommt es zu Protokollnotizen in Prüfungsberichten: 'Prüfling duzt Prüfer'« (41). Diese Ausführungen verdeutlichen die oben ange-deutete Führungs- und Elitekonzeption, auf diese Weise taucht nicht die sich aufdrän-

gende Frage auf, was denn derartige Notizen in Prüfungsberichten zu suchen haben. In den Reihen der so skizzierten Dozenten und Professoren, zu erkennen an der Gleichförmigkeit »angefangen bei Kleidung und Haar- oder Barttracht ...« (41), sind dann wohl auch jene zu suchen, die er als universitäre Theoretiker des Terrorismus bezeichnet, »auch wenn sie sich später gewunden uminterpretierten« (20). Dies erinnert an Töne, die man sonst eher aus Produkten eines gewissen Zeitungshauses gewohnt ist.

Dieter Grünh (Berlin/West)

**Mitterauer, Michael: Grundtypen alteuropäischer Sozialformen. Haus und Gemeinde in vorindustriellen Gesellschaften. Verlag Frommann-Holzboog, Stuttgart-Bad Cannstatt 1979 (258 S., br., 58,— DM)**

Der österreichische Sozialhistoriker Mitterauer dürfte dem bundesrepublikanischen Publikum in erster Linie bekannt sein durch das — zusammen mit Reinhard Sieder verfaßte — Buch »Vom Patriarchat zur Partnerschaft« (München 1977), in dem versucht wird, den Strukturwandel der Familie vom 16. bis zum 20. Jahrhundert in einigen zentralen Bereichen zu erfassen. Der allgemein gehaltene Titel der jetzt vorliegenden Veröffentlichung könnte daher beim Leser den Eindruck entstehen lassen, es handle sich um einen Versuch Mitterauers, seine Arbeiten zur historischen Familienforschung auf eine zeitlich und strukturell breitere Basis zu stellen. Dies ist jedoch nicht der Fall: Mit Ausnahme des ersten Beitrages enthält der vorliegende Band ausschließlich Aufsätze, die bereits an anderen Stellen veröffentlicht wurden, und deren innerer Zusammenhang mehr oder weniger zufällig bleibt. Die einzelnen 'Kapitel' lauten: »1. Zur Struktur alteuropäischer Gesellschaftssysteme am Beispiel des mittelalterlichen Österreich« (13-34), »2. Vorindustrielle Familienformen. Zur Funktionsentlastung des 'ganzen' Hauses im 17. und 18. Jahrhundert« (35-97), »3. Zur familienbetrieblichen Struktur im zünftischen Handwerk« (98-122), »4. Pfarre und ländliche Gemeinde in den österreichischen Ländern. Historische Grundlagen eines aktuellen Raumordnungsproblems« (123-147), »5. Produktionsweise, Siedlungsstruktur und Sozialformen im österreichischen Montanwesen des Mittelalters und der frühen Neuzeit« (148-193) und »6. Grundlagen politischer Berechtigung im mittelalterlichen Ständewesen« (194-215). Die Anmerkungen finden sich — nicht sehr leserfreundlich — am Ende des Buches (216-258). Bibliographie und Register fehlen.

Auffallend ist der Materialreichtum der einzelnen Beiträge, wobei regionale Besonderheiten in der Entwicklung feudaler Strukturen deutlich zutage treten. Andererseits muß darauf hingewiesen werden, daß der Leser bisweilen Gefahr läuft, im 'Meer der Fakten' regelrecht zu ertrinken, da eine adäquate Analyse der Spezifika, die deren Einordnung in allgemeinere Prozesse erlauben würde, nicht geleistet wird. So ist denn die Lektüre des Buches auch nur 'eingeweihten' Sozialhistorikern und Familienforschern zu empfehlen. Vom Kauf ist angesichts des unangemessen hohen Preises auf jeden Fall abzuraten!

Hans-Jürgen Hildebrandt (Mainz)

**Brech, Joachim, und Rainer Greiff (Hrsg.): Bürgerbeteiligung mit Experten. Berichte und Analysen zur Anwaltsplanung, Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1978 (290 S., br., 24,— DM)**

Als Ende der 60er Jahre das Versagen der bundesdeutschen Stadtentwicklungspraxis immer deutlicher wurde, führte man in einigen Kommunen die in den USA 1965 entwickelte und von der Pluralismus-Theorie abgeleitete Advokaten- bzw. Anwaltsplanung ein. Die Anwaltsplanung ist eine Tätigkeit »von Planungsfachleuten für organisierte Bewohnergruppen, die durch kommunale oder staatliche Planungen in ihren materiellen Lebensbedingungen betroffen sind. Anwaltsplanung wird als fachliche Unterstützung professionell gegen Honorar durchgeführt, ohne daß Anwaltsplaner anderen Weisungen

als solchen der Betroffenen selber unterworfen sind. Gegenstand der Anwaltsplanung sind im Kern stadtplanerische Fragen und die damit verknüpften sozialen Konflikte.« (11) Die Anwaltsplaner sollen eine längerfristige Planungskontrolle im Sinne der Bewohnergruppen gewährleisten sowie alternative Planungen ermöglichen.

Die Publikation versteht sich als Lesebuch und legt das Schwergewicht auf praktische Erfahrungen, die in Darmstadt-Kranichstein, Wiesbaden, Hannover Linden-Süd und im Darmstädter Martinsviertel gewonnen wurden. Die Fallstudien verdeutlichen die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Anwaltsplanung. Sie fungiert als Frühwarnsystem für die Verwaltung, die frühzeitig über Planungskonflikte informiert wird und folglich rechtzeitig Konfliktregulierung betreiben kann. Die kommunale Verwaltung ist bemüht, über den von ihr bezahlten Anwaltsplaner die vorherrschenden Interessen, d.h. die Verwertungsinteressen des Kapitals, unter Zustimmung der Betroffenen durchzusetzen. Trotzdem kann die Anwaltsplanung die Durchsetzungschancen von »bisher benachteiligten Interessen« und Bedürfnissen bestimmter Bewohnergruppen verbessern, auch wenn sie erst auf der Ebene der Ausführung kommunaler Planung einsetzt: Die fachliche Argumentation und die juristischen Kenntnisse des Anwaltsplaners bieten Einwirkungsmöglichkeiten. Die Grenzen der Anwaltsplanung werden erreicht, wenn der Anwaltsplaner mehr als Störfaktor denn als Vermittler auftritt. Die angeführten Beispiele zeigen deutlich, daß das anfänglich aufgrund von negativen Erfahrungen mit städtischen Institutionen entstandene Mißtrauen der Bewohner nur abgebaut werden kann, wenn der Anwaltsplaner für sie Partei ergreift und auch unterprivilegierten und nicht organisierten Personen und Gruppen zur Artikulation ihrer Interessen verhilft. Hiermit ist aber der Konflikt mit der Stadt vorprogrammiert, da diese von einem von ihr bezahlten Planer nur maßvollen Widerstand erwartet.

Das Lesebuch zeichnet sich durch Anschaulichkeit und überzeugende Theorie-Praxis-Verbindung aus; in den Beiträgen, die der Praxis der Anwaltsplanung gewidmet sind, kommen die Vertreter der Städte, die Betroffenen und die Anwaltsplaner zu Wort. In dem den Band beschließenden theoretischen Teil werden noch einmal die Probleme und Grenzen der Anwaltsplanung vorgeführt: Die Tätigkeit des Anwaltsplaners mache zwar Stadtplanung transparenter und ermögliche wichtige Lernprozesse bei den Betroffenen, da aber die Qualifikation des Planers aufgrund seiner Ausbildung durch bürgerliche Interessen geprägt sei, kämen Unterschichten zu kurz; er vertrete meist die Interessen des sich artikulierenden Mittelstandes. Der Band schließt mit einer Kritik an der Ausbildungspraxis und der Forderung, Basisinitiativen zu unterstützen, mit dem Ziel, den professionellen Arbeits- und Lösungsansätzen der Stadtplaner zu begegnen und Stadtplanung »von unten« zu ermöglichen.

Joachim Petsch (Bonn)

**Reese, Jürgen, Sibylle Brückel, Winfried Heinrich, Paul Kevenhörster, Helmut Krauch und Friedhelm Wollner: Die politischen Kosten der Datenverarbeitung. Hrsg.: Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, Inst. für Planungs- und Entscheidungssysteme. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1979 (215 S., br., 32,— DM)**

Die »rasche Verfügbarkeit millionenfacher Daten (Speicherkapazität), ihre informativere Analyse (Rechenkapazität) und ihre — selektive — Erreichbarkeit über große Distanzen (Übertragungskapazität)« (5) machen die elektronische Datenverarbeitung (im folgenden DV) zu einem willkommenen Instrument der Rationalisierung (Kosteneinsparung und Leistungssteigerung) der öffentlichen Verwaltung. Der »soziale Friede als zentraler Orientierungspunkt der Politik in den westlichen Industrieländern« (1) wird heute zunehmend reproduziert mit Hilfe von »Informationen 'höheren' technischen Niveaus« (Statistiken, Sozialindikatoren, Kosten-Nutzen-Analyse, Systemanalyse, Simulationsmodelle etc.), die von den Durchschnittsbürgern, ja noch nicht einmal von den Parlamentariern nachvollziehbar und damit kontrollierbar sind. Aufgabe dieser durch ein

gemeinsames, von *J. Reese* entwickeltes »wirkungsanalytisches Programm« theoretisch verbundenen Beiträge ist es, die Auswirkungen des z.T. bereits unverzichtbaren Einsatzes von DV im Politikbereich, vor allem unter dem Aspekt der Veränderungen im »gegliederten System von 'Check and Balances'«, das die politische Organisation der Demokratie kennzeichnet (vgl. Einleitung), zu untersuchen. Da bisher als verborgene Nebenwirkungen des DV-Einsatzes fast ausschließlich Fragen des Datenschutzes behandelt wurden, wird dieser Komplex explizit ausgespart.

Um die Vermutung, DV-Einsatz befestige den gesellschaftlichen status quo und nütze somit den jeweils Herrschenden, auch empirisch abzusichern, wurden von einigen der Autoren in den Jahren 1976/77 insgesamt 33 Interviews mit Praktikern aus verschiedenen Verwaltungsbereichen (Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherungsträger etc.) durchgeführt. Dabei wurden v.a. Aussagen über Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes von DV erhoben, um daraus ein realistisches Bild über DV-technische Restriktionen politischen Handelns zu gewinnen. Die von den befragten DV-Experten fast einmütig geäußerte Klage, Politiker würden Gesetze ohne Rücksicht auf technische Probleme verabschieden (158), scheint darauf hinzuweisen, daß die Politik sich den technischen Restriktionen der DV-gestützten Gesetzesdurchführung offenbar noch entziehen kann. Nach Auffassung der Autoren greift diese Schlußfolgerung jedoch zu kurz, weil der »... Politiker sich über seinen Handlungsspielraum und die Optionen mehr und mehr anhand von Daten informiert ..., die zu einem gewichtigen Teil mit Hilfe von DV-Programmen gewonnen werden« (159) und weil die gesetzesvorbereitende Verwaltung tendenziell solche Gesetzentwürfe produziert, die DV-technisch kompatibel sind. Da aber mit Hilfe von DV nicht bearbeitbar ist, was nicht in formal-logischen Algorithmen, also widerspruchsfrei auszudrücken ist, werden die politikrelevanten Erkenntnisgrenzen des politisch Handelnden erheblich verengt (vgl. 159).

*P. Kevenhörster* setzt sich damit auseinander, daß der zunehmende Orientierungsverlust von Politikern, was die unmittelbare Wahrnehmung und Erfahrung sozialer Verhältnisse angeht, immer stärker mit »synthetischer Information« auszugleichen versucht wird. Einerseits wird »... das Orientierungsvermögen des politisch-administrativen Systems mehr und mehr vom institutionalisierten Wissenschaftssystem ... abhängig« (110), wodurch steigende Anforderungen an die Kritikfähigkeit der Politiker und Planer gegenüber wissenschaftlichen Aussagen erwachsen. Andererseits erzeugt die Gewöhnung an synthetische Information eine Entwertung unmittelbar erfahrungsbezogener subjektiver Anschauung. Gefahren werden vor allem im unqualifizierten Umgang mit synthetischer Information gesehen: mangelnde Kritikfähigkeit gegenüber ihren Methoden sowie eine theorieleere Interpretation kann zu Fehlentscheidungen führen, die später aufwendiger Korrekturen bedürfen.

Inwiefern DV-technisch aufbereitete, synthetische Informationen über Lebensverhältnisse im öffentlichen Bewußtsein ein Denken in Quantitäten befördert, das sich restriktiv auf die Entwicklung von Bedürfnissen und entsprechenden politischen Forderungen auswirkt, untersucht *F. Wollner* im letzten Beitrag. Er betont ebenfalls, daß der neue Typus von Information hohe intellektuelle Anforderungen auch an die Konsumenten stellt, wodurch die politische Öffentlichkeit strukturell gespalten wird: in die wenigen, die solche Informationen haben, verstehen und erstellen lassen können (183), und die vielen, die von diesen Möglichkeiten ausgeschlossen sind. Über diese die strukturelle Ungleichheit der Chancen vertiefende Wirkung der DV-Technologie hinaus werde das Phänomen der Computergläubigkeit bei den vielen zur Erzeugung politischer Legitimität eingesetzt. Es werden aber auch Gegentendenzen festgestellt: die politische Einschüchterung mit DV-unterstützter Observation ist bereits zu einem offenen Problem für das Verhältnis Bürger-Staat geworden (193); diese Form des DV-Einsatzes wirkt eher delegitimierend, was die von *J. Reese* konstatierte »Ambivalenz der Wirkung« der DV-Tech-

nologie beweist (197). — *J. Reese* erwähnt in seinem Beitrag über die Unwiderruflichkeit mit Hilfe von DV erzeugter politischer Komplexität auch die Möglichkeit des DV-Einsatzes zu Zwecken der Entschlüsselung komplexer Strukturen der Massenverwaltungen des Sozialstaates, wodurch »demokratische Transparenz und Kontrolle« möglich werde (161). Leider wird nicht erforscht, was dieser Nutzung der DV als Gegenmittel für die alles überwuchernde, immer komplexer werdende Staatsbürokratie im Wege steht, wie das für eine solche Nutzung notwendige Wissen verallgemeinert werden kann, damit nicht nur die Bürokratie, sondern vor allem die »DV-Elite«, die »formalen Abstrakteure« kontrollierbar werden. Stattdessen wird ein »Entrinnen aus der sich so unentrinnbar präsentierenden Entwicklung« im abstrakten Postulat einer »teilweisen Rückverlagerung staatlicher Aufgaben auf Kommunen und Nachbarschaften« (175) gesehen, denn wo alles noch für jeden überschaubar sei, könne auf DV getrost verzichtet werden.

*S. Brückel* untersucht die Entwicklung des DV-Einsatzes in Rechtsetzung und Rechtsanwendung v.a. unter dem Aspekt einer etwaigen Vernachlässigung des Ziels der Einzelfallgerechtigkeit. Während sich letzteres nicht nachweisen läßt, wird festgestellt, daß juristische Informationssysteme — indem sie zur Einheitlichkeit der Rechtsanwendung beitragen — eine Gleichbehandlung erst ermöglichen (100).

*H. Krauch* untersucht am Beispiel einiger Bundesbehörden und -ministerien, auf welchen unterschiedlichen technischen und methodischen Niveaus DV eingesetzt wird, und versucht nachzuweisen, daß die Computernutzung dort einen Machtzuwachs ermöglicht hat, wo mit Hilfe von DV eine höhere Informiertheit wie auch eine verbesserte Organisationsfähigkeit erreicht werden konnte.

*W. Heinrich* führt vor, wie der Einsatz von DV, vor allem in Form komplexer Prognosemodelle, Kosten-Nutzen-Analysen etc., in der planenden und gesetzsvorbereitenden Verwaltung den institutionellen Informationsvorsprung der Regierung vor dem Parlament noch vergrößert. Als Ausweg aus diesem Dilemma wird vorgeschlagen, von der Verwaltung erkannte Probleme bereits vor die Öffentlichkeit zu bringen, noch bevor Problemlösungen erarbeitet sind, wodurch der Prozeß der Lösungsfindung zu einer öffentlichen Angelegenheit werden kann. »Rücksichtnahmen« auf eine vermeintlich überforderte öffentliche Meinungsbildung würden lediglich dazu dienen, technokratische Selbstherrlichkeit zu legitimieren (147).

Insgesamt kann nicht schlüssig nachgewiesen werden, daß die aufgezeigten »politischen Kosten« dem Instrument Datenverarbeitung zu verdanken sind; vielmehr wird in fast jeder Einzelanalyse betont, daß DV-Technologie von bestehenden Institutionen lediglich strukturkonservativ eingesetzt wird und insofern zur Absicherung und Effektivierung vorhandener Herrschaftsverhältnisse beiträgt. Den Blick auf die »Kosten«, die negativen Folgen gerichtet, können die Autoren der Tatsache, daß DV nirgends völlig bruchlos etabliert werden konnte, daß hierarchische Strukturen und feudalistische Selbstherrlichkeit von Bürokraten oftmals erst durch den Einsatz von DV aufgebrochen wurden, zu wenig Aufmerksamkeit zuwenden; vernachlässigt wird somit die Erörterung von Möglichkeiten für eine emanzipatorische DV-Nutzung bzw. der Nutzbarmachung des Demokratisierungspotentials der Informationstechnologie. Hier erwarten kritische DV-Leute wie auch für gesellschaftspolitische Alternativen kämpfende Menschen zentrale Ansatzpunkte bzw. Eingreifmöglichkeiten, um die Potenzen dieser Technologie menschlich nutzen zu können. Für die Autoren selbst kommt eine einfache Negation der DV-Technologie explizit nicht in Frage, weshalb sie stets bemüht sind, Widersprüche als solche zu erkennen und nicht zu vereinseitigen. Aufgrund des benannten Mangels kann eine sich dem Leser aufdrängende »Weg-mit-Haltung« gegenüber dieser Technologie jedoch nicht gänzlich ausgeräumt werden.

Beate Guthke (Berlin/West)

**Ziegler, Jean: Die neue Kolonisation. Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1980 (288 S., br., 32,— DM)**

Jean Ziegler als Autor hatte aufgrund seiner bisherigen Arbeiten Vorschußlorbeeren. Doch, um es gleich vorweg zu nehmen: Die werden nach Lektüre dieses Werkes gründlich verspielt. — Wer aufgrund des Vertrauens in die Qualität kritischer Analyse des Schweizers, angesprochen vom Titel und der attraktiven Umschlaggestaltung des Buches ohne vorherige genauere Prüfung der Inhalte das nicht gerade billige Opus erwirbt, der dürfte bei anschließender genauere Lektüre ähnlich ärgerlich gestimmt sein wie der Rezensent (der zum Glück ein Besprechungsexemplar erhielt).

Ziegler entwickelt als theoretisches Kernstück dieser Arbeit eine Theorie der »Protonationen«, die er im ersten Teil (19-63) zu begründen versucht. Seine Kernaussage zur Unvollständigkeit afrikanischer Nationalstaaten gipfelt in der These: »... eine freie und unabhängige afrikanische Nation wird es nur dann geben, wenn die Gesetzmäßigkeiten des internationalen Kapitals und sein System der symbolischen Gewalt keinen Einfluß mehr haben werden.« (41f.) — Wird diese Behauptung ernstgenommen, so stellt sich die Frage, wo es dann überhaupt eine unabhängige Nation gibt.

Sehr wirr sind auch Zieglers Äußerungen zur Rolle der Sowjetunion. Auf knapp einer halben Buchseite schafft er es spielend, zwei tendenziell widersprüchliche und zugleich eindimensionale Aussagen unterzubringen: »Ohne ihre (der Sowjetunion, H.M.) wirksame und regelmäßige Unterstützung ... wäre es keiner einzigen Befreiungsbewegung gelungen, den Sieg in ihrer eigenen Heimat zu erringen. (...) Ist der Sieg aber errungen, stehen die Befreiungsbewegungen völlig verwaist da. Einer Sowjetunion gegenüberstehend, die nur ihre eigene Staatsraison anerkennt, haben die siegreichen Indochinesen, Kubaner und Angolaner nur die Wahl zwischen zwei Alternativen: sich entweder der sowjetischen Staatsraison zu unterwerfen und damit ihre Freiheit zu verlieren oder einen eigenen Staat, eine völlig unabhängige Nation aufzubauen.« (47) — Wer zuvor mit Erstaunen die Begründung der »Protonation« gelesen hat, muß diese Relativierung nun schmerzlich vermissen, denn ganz so einfach ist der Aufbau einer völlig unabhängigen Nation wohl nicht (wie war das noch mit dem Einfluß des internationalen Kapitals fünf Seiten zuvor?) ...

Begriffsverwirrungen und Widersprüchlichkeiten gibt es noch mehr. Da spricht Ziegler über eine »der kapitalistischen Überausbeutung ausgelieferte Arbeiter-Aristokratie« (49). — Also was nun: »überausgebeutet« oder »arbeiteraristokratisch«?!

Und Gatsha Buthelezi, Bantustan-Chief des südafrikanischen 'homeland' Kwazulu, wird einmal als Prototyp des aufrecht antikolonialen, traditionellen Stammesführers charakterisiert (42) und ein andermal als ein Stammesoberhaupt, das mit der südafrikanischen Regierung zusammenarbeitet (165). Auch hier kann das einzige Resultat mehr oder weniger starke Ratlosigkeit sein. Ratlosigkeit, die sich auch aus den Überlegungen ergibt, warum der zweite Teil des Buches den »Vorfahren unserer Zukunft« gilt (65-150) und die Biographien von N'Krumah, Lumumba und Nasser umfaßt. Die Aussagen mögen zeitgeschichtlich von Interesse sein — die Relevanz dieses Teils für die Gesamtargumentation des Buches dagegen bleibt weitgehend unergründliches Geheimnis des Autors.

Immerhin weiß Ziegler manchmal erstaunliche Dinge zu berichten. Beispielsweise: »Wie Maximilian Robbespierre starb auch Lumumba mit 36 Jahren. Er lebt ein Jahr weniger als G. Babeuf und zwei Jahre weniger als Che Guevara.« (125) Wichtig auch darum zu wissen, daß der KP Südafrika — eine »außergewöhnlich kämpferische Partei« (sic!) — »zahlreiche Persönlichkeiten angehört« (168) ... Konsequenter bleibt das Buch in der harmonischen Ergänzung von inhaltlichen Wirrheiten und erbärmlicher Übersetzung, von den Schreibfehlern bzw. Wortentstellungen ganz abgesehen. Da gibt es die »Goldminenarbeiter von Rand« (51) und das Kind, »das in der Dritten Welt in den Tongruben Süd-Mexikos schuftet« (55).

Bloß noch am Rande sei erwähnt, daß die Transkai (159, 186) eigentlich Transkei heißt, Bophuthswana (159, 165, 186) eigentlich Bophuthatswana, Prätoria (184) genau genommen Pretoria geschrieben werden sollte, so wie Häuptling Mantazima (165) richtig Matanzima heißt, die 'svaarte Gevaar' (177) korrekt zitiert die 'swarte Gevaar' ist und die 'Natsionale Partie' (181) 'Nasionale Party' geschrieben wird.

Daß Bram Fisher nicht, wie von Ziegler behauptet, im Straflager von Robben Island starb (191), sondern letztlich vom Krebstod gezeichnet an den Folgen der Haft nach seiner frühzeitigen Entlassung, ist eine Bagatelle, die schon gar nicht mehr stört. Ziegler meinte sinngemäß sicherlich das Richtige. — Aber für 32,— DM kann einen auch dies ziemlich fuchsen!

Henning Melber (Berlin/West)

## Erziehungswissenschaft

### **Koch, Friedrich: Gegenauflklärung — Zur Kritik restaurativer Tendenzen in der Gegenwartspädagogik. päd-extra-Buchverlag, Bensheim 1979 (158 S., br., 35,— DM)**

Die historische Auseinandersetzung mit der Wissenschaft der Pädagogik bzw. unterschiedlichen erziehungswissenschaftlichen Ansätzen ist in der BRD unterentwickelt. Andererseits haben gerade die Pädagogen des deutschen Sprachraums ihre Rolle als Interpreten gesellschaftlicher Wertentwicklung mit der Funktion wissenschaftlicher Politikberatung so ernst genommen, daß die Behauptung einer spezifisch »deutschen Wissenschaft« nicht von der Hand zu weisen ist. Gleichzeitig ist der Entwicklungsstand des westdeutschen Bildungswesens der scheinbar ausufernden Programmatik der Pädagogen umgekehrt proportional, wenn man einen nüchternen Vergleich mit den Realitäten anderer westeuropäischer Bildungssysteme zieht, die auf eine nationale Wissenschaftstradition in der Pädagogik verzichten, ohne daß dies hier als positive Abgrenzung verstanden wird: die Wirkungsgeschichte der deutschen Pädagogik erfaßt historisch erklärbar, dennoch zunächst schwer zu entschlüsseln, gerade Bereiche außerhalb des eigentlichen Bildungswesens, nämlich die Transformation der herrschenden Ideologie in verschiedene Bewußtseinssebenen (während anderswo ein stärker »realitätsbezogener« und insofern ideologisch leichter zu determinierender Empirismus als Erziehungswissenschaft vorherrscht).

Diese Vorbemerkung läßt dem Buch von Friedrich Koch doppelte Bedeutung zukommen: zum einen wird hier die restaurative Tendenz einer »Pädagogik« der 70er Jahre in ihrem Kampf gegen die kritisch-emanzipatorische Pädagogik empirisch dargestellt und in einen ideologiekritischen Zusammenhang eingefügt: wenn die Annahme der Vorbemerkung stimmt, wonach die Programme der Pädagogik sich in relativer Unabhängigkeit von der aktuellen Schulentwicklung gesellschaftlicher Verbreitung erfreuen, dann muß die tendenzielle Gefährlichkeit der kritisch-emanzipatorischen Programme die konservativen Pädagogen nachträglich besonders herausgefordert haben: sie bekämpfen hier Programme mit dem Schrecken, den der Reiter über den Bodensee empfunden haben muß.

Die zweite Bedeutung des Buches liegt in einer Systematik, die über der Ideologiekritik nicht vergißt, spezielle Formbestimmungen, wie etwa die Techniken der Diffamierung einer emanzipatorischen Erziehung, darzustellen.

Es geht dem Verfasser nicht um eine blinde Verteidigung erziehungswissenschaftlicher Programme, die unter den Schlagworten emanzipatorisch und kritisch nur ungenau umschrieben werden. Deshalb werden die Wurzeln jener kritischen Erziehungswissenschaft zwar in Absetzung zum traditionellen Dreigestirn: Normativität, Geistesgeschichte und Empirismus, kurz angerissen, aber nur im Abschlußkapitel (»Versuch einer Richtigstellung; 111f.) exemplarisch vertieft. Dies erscheint zulässig, wenn man den Adressaten-

kreis mit einiger Kenntnis der pädagogischen Programme der kritischen Theorie und der neuen Linken in weitestem Sinn versteht, ansonsten findet man den besprochenen Gegenstand überwiegend im Lichte der konservativen Kritik kritisiert (was nebenbei eine sehr brauchbare didaktische Einübung für universitäre Lektürearbeit darstellt).

Die Auswahl der untersuchten Autoren geht von einer angenommenen Repräsentativität ihrer Wirkungsgeschichte aus und reicht von Großprofessoren wie Helmut Schelsky oder Robert Spaemann über die Fortsetzer nationalsozialistischer Ideologie wie Konrad Lorenz bis zu scheinchristlichen Massenaufklärern wie Christa Meves. Daß so wandlungsreiche Ideologieträger wie Erwin Scheuch, Kurt Sontheimer, Karl Steinbuch und Wolfgang Brezinka mit einbezogen wurden, ist für die nachfolgende Untersuchung besonders wichtig, insofern auch solche »ausgewiesene« Wissenschaftler sich mit allen Techniken der Diffamierung kritischer Erziehungsziele wiederfinden. Das Kapitel über diese Techniken (17f.) gibt eine gute Systematik von wissenschaftlichen Denunziationsmethoden an, wobei vor allem die Abschnitte »Klinifizierung« und »Ethologisierung« besonders wichtig sind, weil sie konservative Unterströmungen einer der »Natur« und der natürlichen Normalität zugewandten politischen Bewegung kritisch aufdecken. Der Abschnitt über Konrad Lorenz mag hier exemplarisch gelten. Alle Vorwürfe münden in einen pauschalen und kriminalisierenden Indoktrinationsvorwurf, der es dann leicht macht, einer kritischen Pädagogik Beziehungen zum Terrorismus zu unterschieben (133f.). Koch weist in der Differenzierung seiner Analyse nach, daß die Gegenauflärung zwar in bestimmten begrifflichen Formbestimmungen verharrt (Autorität, Realität, Bejahung usw.), daß aber »die konkrete Zielgruppe weitgehend im Nebel allgemeiner Vorwürfe und Verdächtigungen verschwindet« (56), wobei der Kreis der denunzierten Wissenschaftler und ihrer Opfer unterschiedlich breit gefächert ist. In der Überprüfung der Berechtigung dieser Vorwürfe geht Koch sehr sorgfältig darauf ein, daß etwa der Emanzipationsbegriff innerhalb der kritischen Pädagogik selbst sehr breit und in produktiver Unschärfe entfaltet ist, also einer pauschalen Kritik nicht durch einfache Diffamierung zugänglich (60f.). Diese Beurteilung kann auch für andere Teile des gut lesbaren Buches gelten. Herausheben möchte der Rezensent noch die Richtigstellung der Kritik an den »Techniken der Linken« (106f.), weil hier die in der Tat ambivalente Sprachmacht der neuen Linken Gegenstand der Kritik wird, während »das sprachliche Brimborium der überlieferten Pädagogik — unausgesprochen — als präzises Definitionsinstrument empfohlen wird« (109). Es ist der reflektierten Art Friedrich Kochs zugute zu halten, daß er neben der notwendigen Polemik gegen die besprochenen Autoren jene selbstsichere Distanz sprengt, die seine Bewertungen der kritischen Erziehungswissenschaft und ihrer Kritiker glaubhaft und ungemein praktisch verwertbar machen.

Michael Daxner (Osnabrück)

**Ijzendoorn, Marinus H. van: Moralität und politisches Bewußtsein. Eine Untersuchung zur politischen Sozialisation. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1980 (250 S., br., 34,— DM)**

Ijzendoorn untersucht empirisch die Frage, inwieweit politisches Bewußtsein von Jugendlichen durch moralische und kognitive Entwicklung beeinflusst wird. Dabei stützt er sich vor allem auf die kognitive Entwicklungstheorie Piagets und Kohlbergs. Wie sie versteht er Moralität als »Art und Weise, wie Regeln, Normen, Werte und Prinzipien als Kriterium zur Lösung interindividueller Interessenkonflikte perzipiert und angewandt« werden (11). Moralität entwickle sich — ebenso wie Kognition — altersabhängig in mehreren Stufen invarianter Sequenz; höchste — und daher anzustrebende — Stufe sei die der »prinzipiellen Moralität«, d.h. der Orientierung an »potentiell universellen ethischen Prinzipien« wie Humanität und Gerechtigkeit (40, 53). Als Erziehungsziel für die politische Bildung bestimmt er ein kritisches politisches Bewußtsein im Sinne Negts —



verstanden als die »Fähigkeit, die gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse historisch zu relativieren und eine freiere und gerechtere Organisation der Gesellschaft zu antizipieren« (14). Damit stellt er sich auf die Seite der Kapitalismuskritiker unter den Pädagogen. Ihnen macht er Angebote zur Umorientierung ihrer pädagogischen Praxis: Aus den Ergebnissen seiner Schülerbefragung, nach denen kognitive Entwicklung mit politischer Bewußtseinsentwicklung negativ korreliere, Moralität und politisches Bewußtsein dagegen »signifikant positiv linear« zusammenhänge (174, 179), zieht er den Schluß, daß in der kognitiven Entwicklungstheorie und in der (amerikanischen) politischen Psychologie bislang die kognitive Seite der politischen Bewußtseinsentwicklung überbetont und in der Didaktik der politischen Bildung die Vermittlung von Gesellschaftstheorie überbewertet worden seien. Dem weitaus stärkeren Einfluß der moralischen Entwicklung auf das politische Bewußtsein müsse Rechnung getragen werden durch eine Verstärkung der Moralerziehung der Schüler (11, 172ff., 183ff.).

Die theoretischen Voraussetzungen für die empirische Bestätigung seiner These schafft Ijzendoorn zum einen dadurch, daß er — mit Piaget und Kohlberg — den Kognitionsbegriff auf formal-logische Operationsfähigkeit beschränkt (74ff.). Im Zentrum seines Versuchs der Ausgrenzung wissenschaftlicher Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge aus dem politischen Bewußtsein stehen dann Bemühungen, die »Inkorporation der Moralität in das politische Bewußtsein« (94) nachzuweisen. Er unternimmt besondere Anstrengungen, die Rawlssche Ableitung von Gerechtigkeitsprinzipien aus einer konstruierten Anfangssituation einer Gesellschaft — nach dem Vorbild der Sozialvertragstheorien — auch für Marxisten akzeptierbar zu machen. Während er Rawls' Postulate der »permanenten sozialen Ungleichheit« und der Vereinbarkeit des Kapitalismus mit »gerechten« Verhältnissen kritisiert, hebt er positiv den »höchst brisanten«, »potentiell explosiven« Charakter der Rawlsschen Moralität hervor. Sie konfrontiere »die bestehenden Verhältnisse nicht mit einem widerlegbaren utopischen Idealbild«, sondern entlehne »ihre Prinzipien zum Großteil gleichsam den modernen Grundgesetzen und Menschenrechtserklärungen, so daß ihre Bewertung nicht mehr und nicht weniger beinhaltet, als die Realität der Diskrepanz zwischen idealistischen Ausgangspunkten und geübter Praxis aufzuzeigen« (123). Einwände marxistischer Kritiker, daß Rawls von der Existenz der Klassengesellschaft abstrahiere, wehrt er ab. Der Sinn der Rawlschen abstrakten Methode zur Ableitung der Gerechtigkeitsprinzipien liege nicht darin, mit ihrer Hilfe einen wirklichen Konsens in der Klassengesellschaft zu erreichen, sondern in ihrer Funktion als »Basis zur Bewertung anzuwendender Strategien und als konstruktiver Vorschlag für die gerechtere Gestaltung der Gesellschaft« (119). Auch Marx sei »von der Universalisierbarkeit der konkreten Verhältnisse als moralischem Prinzip ausgegangen« (118); verblüffenderweise meint er, sich bei dieser Behauptung auf W.F. Haug berufen zu können. — Weitere Bausteine zur Untermauerung seiner These liefert ihm zum einen die Habermassche Persönlichkeitstheorie, nach der als wichtigste psychische Bedingungen für ein kritisches politisches Bewußtsein die Persönlichkeitsstruktur-Elemente »Ich-Identität«, »Prinzipielle Moralität« und »reziproke Rollenübernahmefähigkeit« entwickelt werden sollen (101ff.); zum andern die »moralpolitische Argumentationslogik« von Hare, nach der moralische und politische Urteile »miteinander verwoben« sein müssen, wenn aus politischem Urteil Handlungsvorschriften folgen sollen (123ff.).

Für die pädagogische Praxis in der politischen Bildung schlägt Ijzendoorn von Kohlberg übernommene »Stimulanzen« der moralischen Entwicklung der Schüler vor. Durch Diskussion moralischer und politischer Dilemmata sollen Fähigkeiten der »Einführung in die Perspektive anderer Rolleninhaber« (195) und der »Flexibilität im Umgang mit Regeln« (201) entwickelt werden. Dies sei zu unterstützen durch »Optimalisierung der Gerechtigkeitsstruktur der Bildungsinstitution«, damit die Schüler Gelegenheit erhalten, bei der Schaffung von Regeln und Normen aktiv mitzuwirken und die daraus

entstehenden Kontroversen zu verarbeiten (203f.). — Auch wenn Ijzendoorn seine pädagogischen Prinzipien im Namen einer Kapitalismuskritik formuliert, hat seine Forderung nach Verwirklichung von Humanität und Gerechtigkeit die ideologische Form des Utopismus: er ruft die Idealisierung der bestehenden sozialen Wirklichkeit gegen ihre eigene Basis an. Wie sein pädagogisches Konzept den Schülern eine Handlungsfähigkeit ermöglichen soll, die Kräfte mobilisieren kann gegen die im Kapitalismus herrschende Vergesellschaftung von oben, bleibt uneinsichtig. Eher scheint er Lehrer — und über diese vermittelt auch Schüler — zu orientieren auf die Stabilisierung einer im gesellschaftlichen Rahmen befangenen Handlungsfähigkeit, indem der Kompetenzerwerb auf den Umgang mit Normen im »interindividuellen« Bereich, also in kleinen Gruppen und einzelnen Institutionen, beschränkt wird.

Monika Rohloff (Berlin/West)

**Mause, Lloyd de (Hrsg.): Hört ihr die Kinder weinen? Eine psychogenetische Geschichte der Kindheit. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1980 (627 S., br., 18,— DM)**

Die 1974 in New York erschienene »Geschichte der Kindheit« steht in der Reihe der inzwischen zahlreicher gewordenen Versuche, dem in der herkömmlichen Geschichtsschreibung kaum thematisierten Alltagsleben nachzuspüren und daraus Konsequenzen für soziale Zusammenhänge der Gegenwart zu ziehen. Der als »psychogenetisch« charakterisierte Ansatz führt allerdings zu einer Verabsolutierung von Kindheitserfahrungen als Motor sozialen Wandels: er sei »weder in der Technologie noch in der Ökonomie zu finden ..., sondern in den 'psychogenen' Veränderungen der Persönlichkeits- oder Charakterstruktur, die sich aufgrund der Generationsfolge der Interaktionen zwischen Eltern und Kindern ergeben« (14). Wo nun wiederum diese psychogenen Veränderungen ihre Quelle haben, bleibt durchweg unklar, da offensichtlich jede neue Generation »in eine Welt bedeutungsloser Objekte hineingeboren« (86) wird, die erst durch die Erziehung ihren Sinn erhält und dann beginnt, »sich in unvorhersehbaren Richtungen zu bewegen« (86) oder von den »zufälligen Ereignissen und den Maßnahmen der Regierung« (559) abhängt. So wird z.B. die russische Revolution damit erklärt, daß die Intelligenz durch veränderte Erziehungsbedingungen die »Gesellschaft mit ihren Wertvorstellungen unerträglich fand« (560) und sie deshalb durch »kulturelle Umwälzungen oder Revolution zu ändern« (560) versuchte. Über Lenin erfährt man, daß der Vater »seinen Kindern die Kunst des Schachspiels beibrachte und regelmäßig mit seinen Söhnen spielte« (561).

Die Vorstellung von Erziehung als universalem Wirkungsprinzip von Geschichte verbindet sich mit der These, daß die Geschichte der Kindheit eine kontinuierliche Weiterentwicklung aufzuweisen habe, die in der heute beim »psychogenetisch fortgeschrittensten Teil der Gesellschaft« (82) praktizierten »Beziehungsform Unterstützung« (84) ihren Höhepunkt habe. Abgesehen davon, daß die Verherrlichung dieser bürgerlich liberalen Erziehungsform den Alltagserfahrungen nicht immer entspricht, alle aktuellen Tendenzen von Gemeinschaftserziehung ausblendet und das Modell der kleinfamilialen Sozialisation verewigt, bleibt auch unklar, wer Mitglied dieses »psychogenetisch fortgeschrittensten Teils« der Gesellschaft ist und warum gerade er diese Erziehungsform praktiziert. Gerade der Versuch einer Periodisierung der Eltern-Kind-Beziehung verdeutlicht, wie de Mause jeder Epoche einen mit bürgerlichen Kategorien geprägten Stempel aufdrückt und so zwangsläufig zur Rechtfertigung seiner eigenen Erziehungskonzeption als der höchstentwickelten gelangen muß. Es verwundert im Rahmen dieses Modells ständiger Höherentwicklung, daß dennoch seit 2000 Jahren der Anteil derjenigen Eltern, die ihre Kinder weggeben, konstant geblieben ist (vgl. Skizze S.85). De Mause subsumiert unter »Weggabe« jedoch sehr verschiedene Phänomene (Weggabe in ein Kloster, Verkauf als Sklaven oder Diener, zeitweilige Weggabe zu einer Amme, in ein Internat, zu einer Tagesmutter), die man aufgrund verschiedener sozialer Bedingungen

nicht alle gleichermaßen mit dem Verdikt der mangelnden Kindesliebe beim »psychogenetisch weniger entwickelten Teil der Bevölkerung« belegen kann. Nicht umsonst versteht de Mause sein Projekt als Gegenentwurf zu Ariès' »Geschichte der Kindheit«, die ja erst zu Beginn der Neuzeit »Kindheit« als eigenständiges und besonders zu beachtendes Stadium der menschlichen Entwicklung ansiedelt.

Die hier formulierte Kritik an der Übertragung bürgerlicher Kategorien auf frühere Gesellschaftsformationen und an der Verabsolutierung der Kindheitseinflüsse gilt in Abstufungen auch für die von zehn verschiedenen Historikern verfaßten Einzelbeiträge, die von der Kindheit in spätrömischer Zeit bis zur Kindheit im Europa des 19. Jahrhunderts die historische Entwicklung nachzeichnen. Allen Beiträgen ist eine überwältigende Fülle von Details gemeinsam, die auf intensivem Studium schriftlicher und ikonographischer Zeugnisse beruht. Nur selten wird die Frage thematisiert, ob man solche meist künstlerischen Quellen für die Erforschung der Realität heranziehen kann oder ob sie nicht eher eine kompensierende Funktion haben (285). Entsprechend dieser Orientierung wird meist die Rolle des Kindes in der Oberschicht behandelt, und die aufgeworfenen Fragestellungen bewegen sich auch nur in diesem Rahmen, ohne jedoch z.B. das mit dynastischen und erbrechtlichen Fragen verknüpfte Problem der Bevorzugung der männlichen Nachkommenschaft genauer zu thematisieren. Die Diskussion von demographischen Fragen trägt teilweise groteske Züge: »Die Sterblichkeitsrate von Säuglingen und in den Wehen liegenden Frauen war extrem hoch. Aber angetrieben von einem uralten Drang und durch das biblische Wort 'Seid fruchtbar und mehret euch', akzeptierten die Frauen stoisch ihr Los. Viele Frauen weinten wie Rahel, weil sie niemals Kinder geboren hatten, und sagten zu ihren Ehemännern, was Rahel zu Jakob gesagt hatte: 'Schaffe mir Kinder; wo nicht, so sterbe ich.'« (332; bezogen auf England im 15. und 16. Jh.)

Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die Erforschung des Alltagslebens der Vergangenheit noch in den Anfängen steckt und hinsichtlich der Quellen auf vielerlei Probleme stoßen muß, ist diese »Geschichte der Kindheit« durch ihren eingeschränkten Fokus und ihre fragwürdige Grundhypothese derart geprägt, daß auch die mit Fleiß zusammengetragenen Details nicht als Grundlage einer materialistisch orientierten »Geschichte der Kindheit« taugen.

Claudia Albert (Berlin/West)

## Geschichte

### **Dittrich, Eckhard: Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung im 19. Jahrhundert. päd-extra Buchverlag, Bensheim 1980 (418 S., br., 58,- DM)**

Neuartige Erklärungen für die bereits in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts sichtbaren Anpassungstendenzen und die überwiegend affirmative Haltung der deutschen Arbeiterbewegung zum 1. Weltkrieg werden in Dittrichs Veröffentlichung zur Geschichte der Arbeiterbildung angekündigt. Mit dem Begriffspaar des »funktionalen« und »intentionalen Lernens« (Michael Vester schlägt in seiner Einführung stattdessen die Begriffe Erfahrungs- und Schulungslernen vor) sollen Defizite bisheriger Arbeiten zum Thema, die der Verfasser hauptsächlich in der Abtrennung der Kollektivgeschichte des Proletariats von seiner Bildungsgeschichte sieht, beseitigt werden. Altgedienten Forschern der Arbeiterbildung wie Balsler, Reisig, Markert usw. lastet Dittrich an, in ihren Publikationen keinen Bezug zu den Organisationsstrukturen oder gar zu den kämpferischen Aktivitäten der Arbeiterbewegung hergestellt zu haben (10). Im Gegensatz dazu setzt er sich zum Ziel, proletarische Kämpfe und Organisationsstrukturen, die sich durch eine funktionale Bildungsqualität auszeichnen, in einen Zusammenhang zur intentionalen, d.h. durch planmäßige, institutionalisierte erzieherische Maßnahmen charakterisierten Bildung zu bringen.

Die tradierte Einteilung der Arbeiterbildungsgeschichte im 19. Jahrhundert wird hingegen auch von Dittrich weitgehend übernommen. Im wesentlichen unterscheidet er zwei Entwicklungsphasen, als deren erste der Vormärz, d.h. die Entwicklung bis zur 48er Revolution gelten kann, während die zweite Hauptphase bis zur Konstituierung der Internationalen Gewerksgenossenschaften und Sozialdemokratischen Arbeiterpartei reicht. An den Schluß seiner Arbeit setzt Dittrich eine kritische Betrachtung der programmatischen, die sozialdemokratische Bildungspolitik lange bestimmende Rede Wilhelm Liebknechts zur Arbeiterbildung vor dem Dresdener Bildungsverein im Jahre 1872 und der von August Bebel veröffentlichten Musterstatuten für die Gründung von Gewerkschaften.

Im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht also die Frage, was die Arbeiter in der Arbeiterbewegung nun selbst lernen konnten. In der ersten Phase, in der nach Dittrich die funktionalen und intentionalen Lernprozesse noch nicht auseinandergetreten sind, war die Arbeiterbewegung nicht autonom, sondern bildete einen Teil der bürgerlichen anti-feudalen Emanzipationsbewegung, die im Rahmen ihrer Bildungsvereine durch den Besuch von Theaterveranstaltungen oder das gemeinsame Lesen von deutschen Klassikern den Arbeiter auf die Stufe des gebildeten Bürgers heraufheben wollte und in der Bildung das bewegende Prinzip der Gesellschaft schlechthin sah. Die materielle Lage der Arbeiter wurde in diesen Bildungsvereinen weitgehend ignoriert.

Der bittere Ausgang der 48er Revolution, soziale Verelendungstendenzen und die Verschärfung der politischen Repression in den 50er Jahren erzwangen eine Reorganisation der Arbeiterbewegung. Hatte sie bis zu diesem Zeitpunkt dem progressiven Flügel des Bürgertums politisch assistiert, so schuf sie sich nun mit den Unterstützungskassen und dem Einsatz der Streikwaffe die ersten autonomen proletarischen Organisationen und eigene spezifische Kampfmittel. Dittrich führt aus, daß konträr zu den Bildungsvereinen das Unterstützungswesen im Hinblick auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur Verteidigung und Verbesserung der sozialen Lage viel zur Bewußtseinsbildung der jungen Arbeiterklasse beigetragen hat. Der 1863 gegründete Verband Deutscher Arbeitervereine (VDAV) berücksichtigte diese Veränderung insofern, als nicht zuletzt auf den Verbandstagen konkrete sozial- und bildungspolitische Themen miteinander verknüpft und Bildungsinhalte nicht mehr ausschließlich als Vehikel zu individuellem Fortkommen betrachtet wurden. Die vom VDAV aber weithin sehr stark angebotenen Kurse zur Elementar- und beruflichen Fortbildung, vornehmlich jedoch die Veranstaltungen zur »sittlichen Hebung des Arbeiterstandes«, lassen nach Dittrich jedoch darauf schließen, daß den Arbeitern nicht selten der individuelle Ausweg aus ihrer sozialen Situation gewiesen werden sollte (283). Der Verfasser vermißt weitgehend emanzipative Ansätze in der intentionalen Bildung, während sich im funktionalen Bildungsbereich, speziell ablesbar an Streikaktionen, den Organisationsprozessen und der Ausdifferenzierung des Selbsthilfefimpetus, kollektive und autonome Emanzipationsbestrebungen durchsetzten.

Die Gründung der Sozialdemokratie und der ersten Gewerkschaften eröffnete — so Dittrich — zumindest theoretisch Möglichkeiten, Arbeiterbildung als Einheit funktionaler und intentionaler Lernprozesse neu zu bestimmen. Wilhelm Liebknecht, der 1872 in seiner Dresdener Rede vor dem dortigen Bildungsverein die sozialdemokratische Bildungsstrategie erläuterte, wird von Dittrich vorgeworfen, ein rationalistisches (sic!) und objektivistisches Arbeiterbildungsverständnis zu propagieren, das »den psychischen Unterbau der Arbeiter vernachlässige« (328). In seiner Rede werde Bildung parallel dem bürgerlichen Bildungsbegriff wesentlich als intentionaler Vorgang betrachtet.

Mit dieser Einschätzung läßt Dittrich erkennen — und seine recht polemischen Ausführungen zu aktuellen Schulungskonzepten linker Organisationen in der Bundesrepublik bestätigen diese Vermutung auch (32ff.) —, daß er sich intentionale Lernprozesse wohl nur als seelenloses Agitprop-Getöse vorstellen kann und er das historische Versa-

gen und die zahllosen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung monokausal auf diesen vermeintlichen Tatbestand zurückführen möchte. Liebknecht, Bebel und ihren Nachfolgern wirft er vor, in ihren Bildungskonzeptionen lediglich eine »Hörigkeit durch eine andere, ein Weltbild durch ein anderes ersetzt« zu haben (42).

Dittrichs theoretischer und sozialempirischer Ansatz eröffnet zweifellos neue Räume bei der Aneignung und dem Verständnis proletarischer Geschichte, seine Schlußfolgerungen muten jedoch bisweilen sehr forsch und undifferenziert an.

Norbert Steinborn (Berlin/West)

**Kramme, Monika: Franz Mehring — Theorie und Alltagsarbeit. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1980 (376 S., br., 44,— DM)**

Die Beschäftigung mit den Theoretikern der deutschen Arbeiterbewegung hat sich bisher weitgehend darin erschöpft, deren Verhältnis zu einer Marxismus-Konzeption zu untersuchen, die vom jeweiligen Verfasser als authentisch angesehen wird. Monika Kramme, Assistentin am Historischen Seminar der Universität Göttingen, macht Schluß mit dieser traditionellen Theoriegeschichte. Sie fragt nicht, ob Franz Mehrings Marx-Rezeption »richtig« ist. Sie nimmt diese vielmehr, wie sie in ihrer Zeitgebundenheit war, und untersucht, ob es Mehring gelang, aus seinen theoretischen Grundannahmen Handlungsperspektiven für die Alltagsarbeit seiner Partei zu entwickeln. Das ist ein Schritt in eine Richtung, die neue Erkenntnisse verspricht.

Franz Mehring eignet sich für eine Untersuchung des Verhältnisses von Theorie und Alltagsarbeit besonders gut. Denn mehr als 20 Jahre lang, von 1891 bis 1912, hat er als Leitartikler der »Neuen Zeit« in wöchentlichen Kommentaren den politischen Alltag der Sozialdemokratie begleitet. Seine Leitartikel sind denn auch die Hauptquellen, die Kramme heranzieht. Mehrings politischer Weg, der ihn aus dem Bürgertum erst im Alter von 45 Jahren zur Sozialdemokratie führte, symbolisiert den Lernprozeß einer ganzen Generation. Er war alt genug, um von den Demokraten der Revolution von 1948/49 beeinflusst zu sein und zugleich noch zu jung, um das endgültige Versagen der Radikaldemokraten nach 1871 sowie den Aufstieg der SPD zur Massenpartei zu erleben. So schaffte er es nicht nur, seine Erfahrungen mit dem Bismarck-Staat und dem Bürgertum durch »Rasterelemente« aus dem Denkkontext der Lehre von Marx und Engels zu verarbeiten; er schaffte es auch, die neue Theorie eine zeitlang in plausible Handlungsanweisungen umzusetzen; so lange nämlich, wie die Grunderfahrungen Mehrings noch die der Epoche waren. Mit diesem Ergebnis korrigiert Monika Kramme einige Ansichten über die orthodoxe Marx-Rezeption der klassischen deutschen Sozialdemokratie. Mehrings Journalismus ist nicht durch revolutionären Attentismus gekennzeichnet, er geht nicht von einem automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus aus. Zwar betont er die katastrophische Tendenz des Kapitalismus, fürchtet aber, daß die Arbeiterklasse ihre Chance zur Ablösung der Bourgeoisie versäumt, wenn sie nicht das Richtige tut. Für seine politische Konzeption wird die Marxsche Bonapartismustheorie wichtig. Er sieht das deutsche Reich durch ein Bündnis der besitzenden Klassen, der Junker und der Bourgeoisie, regiert, deren partielle Interessenunterschiede angesichts der Arbeiterbewegung immer wieder zurückstehen müssen. Freiwillig würden sie aber nicht auf ihre Macht verzichten, auch nicht bei einer absoluten SPD-Mehrheit im Parlament, und eher noch den allgemeinen »Weltkrach« riskieren.

Mehring entwickelt daraus eine Handlungsperspektive für die Partei, die mit dem gängigen Rechts-Zentrum-Links-Schema der Vorkriegssozialdemokratie nicht übereinstimmt. Er setzt weniger Vertrauen in den Parlamentarismus als die Reformisten und das Zentrum um Bebel und Kautsky, und lehnt andererseits Massestreikkonzeptionen ab. Er setzt vielmehr auf die Zuspitzung des innenpolitischen Konfliktpotentials: Die Partei muß innerhalb und außerhalb des Parlaments in allen wichtigen Tagesfragen die

Interessen von Junkertum und Bourgeoisie gegeneinander ausspielen, um den Herrschaftskompromiß des Kaiserreichs zu untergraben. Mehrings Handlungsanweisung an seine Partei, den Kampf gegen die Junker zu verschärfen, erweist sich also nicht als Relikt bürgerlichen Bewußtseins in der Arbeiterbewegung; sie ist vielmehr sein spezifischer Versuch, Gesellschaftsanalyse in konkrete Politik umzuwandeln. Sie eröffnete die Chance, die von den Reformisten bevorzugte parlamentarische Alltagsarbeit mit der revolutionären Grundhaltung der Orthodoxie zu verbinden.

Krammes Buch gehört zu den Schriften, die unser Bild über die Meinungsmacher der Vorkriegssozialdemokratie differenzieren. Offenbar gab es für die Partei noch andere Möglichkeiten, als im Parlament wie die Liberalen für Reformen zu arbeiten, als auf der Straße durch Demonstrationen und Streiks die Revolution einzuüben, als die Flügelkämpfe um der Parteieinheit willen zu dämpfen. Karl Liebknecht wollte den Antimilitarismus nicht im Kampf gegen den Kapitalismus aufgehen lassen, Franz Mehring — so wissen wir jetzt — wollte das Parlament nicht den Reformisten überlassen. Immer mehr Handlungsperspektiven, aber war die Partei darum offener als bisher angenommen? Es wäre interessant, zu wissen, wie weit die Partei Mehrings Handlungskonzept zu Zeiten, da er großen Einfluß hatte, in die Tat umsetzte. Monika Kramme gibt dazu keine Hinweise, und ich selber sehe nicht, wie diese Frage untersucht werden könnte. Aber nötig wäre es, um die Abwendung von der traditionellen Theoriegeschichte zu vervollständigen.

In der zweiten Hälfte ihrer Arbeit stellt Monika Kramme dar, wie Mehring nicht nur 1912 in Opposition zum Parteizentrum gerät, sondern in seinen theoretischen Grundannahmen auch zunehmend in Konflikt mit der Wirklichkeit. Er erfährt, was es bedeutet, eine andere Meinung als der Vorstand zu veröffentlichen und Kritisches über Marx zu sagen, bringt es aber nicht fertig, auf den Revisionismus ebenso adäquat zu reagieren wie damals auf die Zeit der Sozialistenverfolgung. Ihrer Meinung nach mußte die alte Globalanalyse ergänzt werden; wenn auch nicht notwendigerweise im Sinne Bernsteins, so doch auch nicht in dem Sinne, wie es Mehring schließlich tat: Je weniger die Haltung der Arbeiter seinem Konzept zu entsprechen schien, desto mehr suchte er Abhilfe durch Erziehung und Schulung. Hatte er früher aussprechen können, was die Arbeiter dachten, so mußte er ihnen jetzt sagen, was sie denken sollten. Verantwortlich für dieses Dilemma ist, so Kramme, Mehrings Homogenisierung von Klassenbewußtsein, das auch in seiner Geschichtsauffassung zum Ausdruck komme. Eine Mehring-Kritik müsse deshalb nicht mit Lukács ein Zuviel an Soziologisierung feststellen, sondern ein Zuwenig.

Axel Kuhn (Stuttgart)

**Warneken, Bernd J., u.a.: Arbeitertübungen. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einer Universitätsstadt. Hrsg. vom DGB Tübingen. Schwäbische Verlagsanstalt, Tübingen 1980 (260 S., br., 15,— DM)**

»Jetzt ist die Zeit zum Handeln und nicht mehr zum Politisieren in dem Wirtshaus«, heißt es im Aufruf des Tübinger Arbeitervereines 1849, der alle »Lusttragenden« zur Teilnahme an der badischen Revolutionsarmee auffordert. Die Arbeiterbewegung ist selten — und in Tübingen nie wieder — so radikal gewesen wie in ihren Anfängen, und also ist ihre Geschichte die der vorgespiegelten Siege und bitteren Niederlagen geworden. Dies alles ist historisch genügend beschrieben, ungenügend analysiert worden für die großen Industriezentren, für die Zentralen von Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Aber wie steht es mit der Ungleichzeitigkeit *in* der Arbeiterbewegung selbst? Wie kämpft es sich in der Provinz? Die Provinz war zu allen Zeiten Basis der Reaktion — aber verhält es sich mit und durch unterschiedliche Lernprozesse in der Arbeiterbewegung ebenso? Gibt es eine Arbeiterprovinz, die wie Blei an den Avantgarden der Industriezentren hängt?

In dem Buch erfährt man, daß die Isolation der Arbeiter in der Provinz, ihre kulturelle Ausgrenzung, bereitwilliger zur Kooperation mit bürgerlichen Sozialreformern führte als anderswo. Man erfährt, daß der historischen Lage unangemessene Forderungen hier einen materiellen Nährboden haben: 1914, 1918 oder 1945 — die Tatsache, daß die Provinz schon froh ist, wenn sich überhaupt irgendetwas bewegt, dient den nationalen Zentralen als Argument, die jeweilige Bewegung auf unterster Ebene zu halten. Begünstigt durch eine extreme Ghettosituation ist der Zwang zur Einheit groß. »Die kleinstädtische Enge ließ ein unversöhnliches Gegeneinander nicht zu« (129), heißt es zu der im 1. Weltkrieg nicht vollzogenen Spaltung der SPD. Aber mit Ausnahme der kommunistischen Landagitatorien der 20er Jahre sahen sich die Zentralen nicht genötigt, dieses Zurückhinken aufzufangen. Vielmehr ergänzten sich ihre Führungen aus diesen politischen Notstandsgebieten. Mit Carlo Schmid z.B., der in der Rede zur Neugründung der SPD 1946 in Tübingen wieder einmal forderte, die Demokratie dürfe »nicht vor den Kassenschranken haltmachen« (239) und paritätische Mitbestimmung forderte. Für Fragen der Arbeiterprovinz jedoch bietet der Band eher eine Materialsammlung, keine Antwort. Die Autorengruppe selbst ist sich über den Zweck ihrer Arbeit unklar. Sie ist an »alle Tübinger« adressiert, will zugleich Arbeitergeschichte schreiben und dem »heimatkundlich Engagierten« proletarisches Lokalkolorit bieten. Diese Unentschiedenheit bringt es mit sich, daß das Buch den Proleten oft als bunten Exoten vorstellt. So heißt es über den in Druckerkreisen erfolglosen Kampf der Arbeiter-Abstinenzlerbewegung, daß nach wie vor »die Frauen ihnen (den Druckern, d.Verf.) manchmal die Sonntagskleidung in die Kneipe bringen mußten, damit sie diese am Sonntagmorgen ohne aufzufallen verlassen konnten« (189). Der Alltag, die Freizeit und die Geselligkeit der Arbeiter werden zu Recht reichhaltig und durchweg gut dokumentiert ausgebreitet. Die Sittengeschichte der Tübinger Arbeiterbewegung beschreibt die Rolle der Frauen in den Organisationen, die Kinderfeste, Turnervereine, Naturfreunde und Bildungsvereine usw. mit großer Liebe zum Detail (so tranken die oben erwähnten Drucker in den 20er Jahren nach dem Ritual der studentischen Verbindungen, deren §12 hieß: »es wird weiter getrunken«). Aber die Details geraten in die Nähe der Exotik durch den Umgang mit den mündlichen Quellen, den Aussagen der Zeitgenossen über die gerade in der Provinz höchst wichtige informelle Organisation der Politik, über Lernprozesse, die sich nicht in Büchern oder Resolutionen niederschlugen. Denn diese Zeugnisse werden nur dort aufgegriffen, wo die Archive gänzlich versagen. Den Vorteil ihrer Wiedergabe sehen die Autoren einzig darin, daß »Geschichte in Form individueller Erfahrung zum Leser meist eine direktere Verbindung herstellen kann als Statistiken« (246). Das ist ein pädagogischer Umgang mit dem Leser, zu dem Geschichte mit dem Flair von Echtheit »spricht«; aber damit wird Geschichte nur besser aufgearbeitet für andere, nicht durch ihre Urheber, die sie machten und erlitten. Nur selten gestatten die Autoren es diesem »Subjekt der Geschichte«, eben diese aus der Distanz selbst neu zu werten, aus ihr herauszutreten, um sie überblicken zu können und um die auch individuelle Bilanz der Kämpfe zu ziehen. Und dann zeigt sich Trauerarbeit an den Niederlagen und auch Wissen um deren Gründe (ein Gewerkschafter heute über 1933: »Ich bin heut' noch der Meinung, ein Bürgerkrieg wäre besser gewesen als ein Adolf Hitler«, 207), das sich seltsam abhebt von der Haltung des DGB-Kreisvorsitzenden, dessen Vorwort von 1980 an politische Positionen von 1851 erinnert. Denn im Jahre 1851, im Streit um eine Industrieansiedlung, bekamen die Bürger Angst vor »der Vermischung mit dem rohen, unsittlichen und wüsten Fabrik-Proletariat«, worauf ihnen der Handwerkerverein antwortete, daß »der Gebildete sich bewußt sein sollte, daß auch der geringste Arbeiter nur für die Bequemlichkeit der höheren Schichten arbeitet und daher jedenfalls ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft ist« (81). Der DGB-Kreisvorsitzende heute, empört über Begriffe wie Arbeitnehmer/Arbeitgeber (denn bekanntlich verhält es sich ja genau umgekehrt): »Wir alle sind die Gesellschaft!

Wann wird dies wohl zum öffentlichen Bewußtsein werden?« (7) Nach wie vor ist Emanzipation der arbeitenden Klassen ihre kulturelle Anerkennung durch die Stützen der Gesellschaft — eine Meinung, der in diesem Buch durch überdachte historische Erfahrung hätte widersprochen werden können. So kommt die Verzweiflung der Handelnden über ihre Niederlagen und die fürwahr ewig gewerkschaftliche Politik, in der tiefsten Krise (1918 und 1945) *erst* die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen *und dann* die Demokratie zu wollen, nur zufällig, unbeabsichtigt zum Ausdruck.

Es geht somit um den Verwendungszusammenhang dieser Arbeit: Soll vor Geschichte immunisiert werden, die, von Vor- und Nachworten eingequetscht, als harmlose Tradition ins Regal gestellt wird? Dafür spricht, neben der Methode auch, daß die Geschichte der Tübinger Arbeiterbewegung mit dem Jahre 1946 endet (ironischerweise mit dem Wiederaufbau und der Neugründung der Gewerkschaften), obwohl doch gerade interessant gewesen wäre, wie sich die Tübinger Arbeiter zu Adenauer, KPD-Verbot, Wiederbewaffnung usw., also zu den Grundlagen dieser Republik, damals und heute verhalten haben. Und zudem hätte der Untertitel selbst (»Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einer Universitätsstadt«) die Fortführung der Darstellung erfordert, zumal es seit 1968 wahrscheinlich Positiveres zu berichten gibt. So ist die Arbeit nicht Ausdruck einer Neubewertung der Geschichte und hat gar etwas Antiquarisches an sich, das befürchten läßt, die Hoffnung eines Tübinger Pfarrers aus dem Jahre 1861 habe sich bewahrheitet: »Der schlimme, gärende Geist der Bewegungsjahre ist beschwichtigt.« (45)

Joachim Bruhn (Freiburg)

### Soziale Bewegungen und Politik

**Hunt, Alan (Hrsg.): Marxism and Democracy. Lawrence and Wishart, London 1980 (188 S., br., 3,50 £)**

Der von Alan Hunt, Mitglied des Beirats der theoretischen Monatszeitschrift der britischen KP (CPGB) »Marxism Today«, herausgegebene und eingeleitete Band versammelt die überarbeiteten Fassungen einer Reihe von Referaten, die unter demselben Titel im Dezember 1978 einer Arbeitskonferenz der Sociology Group der CPGB vorgelegt worden waren. Er steht im Zeichen der Frage, ob der Marxismus — insbesondere die leninistische Tradition, in der die CPGB sich bewegt — *theoretisch* in der Lage ist, »Demokratie ernst zu nehmen« (so der Titel der Einleitung *Hunts*, 7-20). Darin repräsentiert der Band eine bestimmte *theoretische Konjunktur* innerhalb des Marxismus: die Verbindung des Versuchs, im Rückgriff auf Antonio Gramsci eine kommunistische, aber nicht-leninistische Tradition zu rekonstruieren, mit der Rezeption strikt anti-subjektivistischer und anti-evolutionistischer Konzeptionen der sozialtheoretischen und -historischen Forschung, wie sie durch die strukturalistische Ethnologie (Lévi-Strauss u.a.), Sprachwissenschaften (Saussure u.a.) und die französische Epistemologie (Bachelard, Ganguilhem) angeregt worden sind; in Großbritannien war die breite Althusser- der Gramsci-Rezeption vorangegangen.

Gegenüber der leninistischen Tradition bedeutet dies zunächst *thematische* Erweiterung um neue oder bislang unterbelichtete Problembereiche: bei *Barry Hindess* die faktischen Beziehungen zwischen den Staatsapparaten (und nicht die, die sie im »Verfassungsdiskurs« haben; 45f.) und die »Repräsentation« von Interessen und Bedürfnissen durch Parteien und Parlament, bei *Bob Jessop* (im Anschluß an Ernesto Laclau) die von Klassenwidersprüchen nicht determinierten, sondern mit ihnen nur verschränkten Widersprüche von »Machtblock« (oder »Beamtenschaft«) und »Volk«; bei *Anne Showstack Sassoon* die Veränderungen der Produktion, die — mit der Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit — den »Protagonismus der Massen« ermöglichen, und



die politischen Formen, die ihn befördern; bei *Colin Mercer* (im Anschluß an Gramsci und Michel Foucault) die Macht- und Diskursstrukturen, die in der »società civile« den aktiven Konsens der Massen organisieren. Die Beiträge von *Phil Jones* und *Stuart Hall*, die den Band beschließen, gehen dann über bloße Konzeptualisierung hinaus: *Jones* formuliert eine Kritik der ökonomischen und politischen Prämissen von »The British Road To Socialism«, *Hall* — neben einer Einführung Gramscischer Schlüsselbegriffe und einer kritischen Skizze der politischen Ideologietheorie Ernesto Laclaus — eine knappe Analyse der jüngsten politischen Entwicklung Großbritanniens.

Der Band enthält eine Reihe theoretischer Kontroversen, die leider implizit bleiben, da die Beiträge sich nicht aufeinander beziehen. Dennoch folgen die Autoren (mit Ausnahme vielleicht von *Anne Showstack Sassoon*) einem gemeinsamen theoretischen Projekt: die Untersuchung ideologischer und politischer Verhältnisse von den Fragen nach »Bewußtsein« und »Willen« zu lösen und, umgekehrt, zu fragen: wie die Materialität sprachlicher und »apparativer« Strukturen begrenzt, was überhaupt »gedacht« und »gewollt« werden kann (am deutlichsten: *Mercer*, 103-106, 122-125, 127). Dies hat eine Reihe von Konsequenzen. *Erstens* für die Selbstkritik marxistischer Theorie und sozialistischer Politik selbst: Diese Kritik zielt nicht mehr auf »Fehler«, falsche Optionen, sondern auf die begrifflichen Schemata, die sie ermöglicht haben. Für die Überwindung überkommener Spaltungen kann dies insbesondere dann von Bedeutung sein, wenn — wie *Hindess* (23-36) dies versucht — nachgewiesen werden kann, daß kontroverse Positionen (von denen Spaltungen der Arbeiterbewegung theoretisch begründet wurden: *Hindess* untersucht u.a. die Kontroverse von Kautsky und Lenin; 28-36) auf demselben »theoretischen Feld« angesiedelt sind und mit dessen Kritik hinfällig werden. Oder wenn *Jones* an »The British Road To Socialism« zeigen kann (151-54), daß — gegen die explizite Option für ein breites demokratisches Bündnis — sich in diesem Programm eine politische Konzeption durchsetzt, die sich letztlich doch nur auf einen Teil des Bündnisses stützen kann — die lohnpolitisch militanten Gewerkschafter — und allen anderen »Abteilungen« nur deren Unterstützung vorschlägt.

*Zweitens* hat diese Orientierung Konsequenzen für die *Konzeptualisierung* der neu eingeführten oder aufgewerteten Untersuchungsbereiche. Am deutlichsten wird dies an einem der zentralen Themen politischer Theorie: der *Repräsentation*. *Hindess* kritisiert (48-52) den in der Lenin/Kautsky-Kontroverse (darüber, ob gewählte Parlamente die Interessen einer Bevölkerung adäquat oder verzerrt widerspiegeln) von beiden geteilten Begriff der Repräsentation als Reflexion oder Aggregation von Interessen, die vor ihrer Widerspiegelung oder Sammlung »an sich« schon vorhanden seien. Allerdings ist *Hindess'* Gegenvorschlag — aktive Formierung von Interessen durch die Etablierung von »issues« seitens der Parteien — schwach: Ergebnis seines »Ansatzes«, alle Beziehungen zwischen »Ökonomie und Politik« in die bloße Empirie von »Kämpfen« aufzulösen (s. dagegen *Mercer*, 127). Die theoretischen Entwürfe, die in diesem Zusammenhang in »Marxism and Democracy« diskutiert werden, tragen hier weiter: Laclaus mit Veränderungen von Althusser entlehnte Theorie der »Anrufung« (*Hall*, 174-76) und Foucaults Theorie der Konstituierung von Subjekten im Inneren von — als Machtbeziehungen dechiffrierbaren — Diskursformationen (*Mercer*, 122-29). Gemeinsam ist diesen Konzepten, daß Bedürfnisse, Interessen und Subjektivität — die Grundlagen aktiver Zustimmung zu politischer Herrschaft — als »immer schon« sprachlich (bei Foucault auch: politisch-körperlich) organisierte angesehen werden. Dies erlaubt dann, die sprachlichen und nicht-sprachlichen Praktiken der Politik, vor allem: die Formen der Repräsentation, daraufhin zu untersuchen, auf welche Subjekte sie zulaufen, welche Art von Subjektivität sie erzeugen. Die Verknüpfung mit der politischen Diskussion unterschiedlicher Repräsentationsformen, insbesondere des Verhältnisses von parlamentarischer und funktionaler Repräsentation (*Jessop*, 71 u.ö.), bleibt allerdings weitgehend unausgeführt.

Eine *dritte* Konsequenz ist die strikte Orientierung der Untersuchung auf die *Konjunkturen* (und die Situation; *Jessop*, 56; *Mercer*, 120, 131; *Jones*, 150; *Hall*, 161, 164f.); im Zentrum der Untersuchung stehen also nicht mehr die »Epochen« usw. (vgl. 165), von denen dann mit jedem Ereignis eine neue anbricht, sondern der »Moment«, in den politisch eingegriffen werden kann und dessen Heterogenität — Zusammensetzung aus nicht aufeinander zurückführbaren Tendenzen und Umständen — von vornherein anerkannt wird. Damit verändert sich *viertens* der Status allgemeiner Theorien und ihrer Tendenzaussagen: Sie werden auf einen heuristischen oder, wie *Mercer* an anderer Stelle formuliert, »indikativen« Status zurückgestuft: Sie sagen uns, wo wir nach entscheidenden Kampfplätzen zu suchen haben. Aber sie sagen uns nicht, was wir dort finden (vgl. *Hall*, 164). Und *Mercer* formuliert *fünftens* die radikale Konsequenz: »Die Konzentration auf die konjunkturelle Analyse, die 'Anerkennung jedes individuellen Terrains' bei Gramsci, die Vermeidung allgemeiner Modelle, hat zur Folge eine notwendige Regionalisierung und Demokratisierung der Theorie als notwendige Vorbedingung für die Formulierung einer komplexen und verstreuten demokratischen Strategie ...« (120)

In welcher Weise versetzen nun derart veränderte Konzepte in die Lage, »Demokratie ernst zu nehmen«? Dadurch, so läßt sich eine wichtige These des Bandes resümieren, daß jetzt, im Gegensatz zur leninistischen Tradition, das Problem der Demokratie als Problem der »Präsenz der Massen im Staat« (*Sassoon*, 89; *Mercer*, 106, 111, 121) gestellt werden kann. Dies heißt für die Autoren aber gerade nicht, wie *Hunt* »zusammenfassend« formuliert, den Sozialismus als »die Vollendung oder Realisierung des demokratischen Projekts, das die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts initiierten« (17), zu propagieren. *Sassoon* versucht im Gegenteil die Punkte aufzuweisen, in denen Gramsci mit der Tradition bürgerlicher Demokratietheorie bricht (85ff.); und *Mercer* (107ff.) untersucht den Bedeutungswandel des Demokratiebegriffs in England seit Mitte des 19. Jahrhunderts — von der »rule of the mob« zum integralen Bestandteil des liberalen Staats — als Teil der Einbeziehung der Arbeiterklasse in ein politisches System, dessen Interventions- und Repräsentationsformen die Subalternität dieser Klasse organisieren: durch ihre Fixierung auf »korporative« Interessen, durch Spaltungen und Vereinzelung. »Das« demokratische Projekt ist den Autoren also unbesehen weder analytischer Begriff noch normativer Anspruch; »demokratischer Kampf« ist zunächst (nämlich soweit Politik auch ein symbolischer Prozeß ist) der Kampf für und gegen spezifische Bedeutungen von »Demokratie« (*Mercer*, 106).

Diese Aussagen darüber, was demokratische Politik sein *soll*, ergeben sich für die Autoren aus der Kritik der vielfältigen »Macht«-Funktionen des »integralen Staats«; und da diese sich nicht auf eine Funktion — Absicherung der ökonomischen Klassenherrschaft — reduzieren lassen, sind das »demokratische Projekt« und das sozialistische auch nicht identisch, wohl aber aufeinander angewiesen und miteinander zu verbinden (*Jessop*, 77 z.B.). Im einzelnen unterscheiden sich die Bestimmungen und Begründungen demokratischer Politik: Bei *Jessop* etwa, der im Anschluß an Laclau mit einer einfachen Schematik zweier Widerspruchsebenen operiert — Klassenwidersprüche und solche zwischen »Beamtschaft« und »Volk« (56f. u.ö.; kritisch dazu: *Hall*, 175f.) —, ist »Demokratisierung« im wesentlichen die Herstellung der (durch den Staat immer wieder desorganisierten) Einheit des »Volks« und die Aufhebung der Trennung von »Intervention und Repräsentation«; Ansätze hierzu sieht er, noch unter kapitalistischen Vorzeichen, in den funktionalen Repräsentationsformen des Korporatismus (77; im Gegensatz zu *Hall*, der den Zusammenbruch korporatistischer Kompromißformen in der Krise unterstellt und die Analyse auf sie ablösende Formen eines — durch den Populismus Margaret Thatchers abgestützten — parlamentarischen »Caesarismus« konzentriert, 169ff.). *Mercer* betont die vielfältigen »mikrophysikalischen« — »regionalen, 'persönlichen', sexuellen, rassistischen, pädagogischen, umweltbezogenen und lokalen« (134) — Machtbe-

ziehungen und -kämpfe; »Demokratisierung« ist für ihn eher der Name für die »Codierung« der diesen Machtbeziehungen entsprechenden heterogenen Widerstandsformen; ähnlich wie Jones (145f.) ist ihm die überkommene Metaphorik der »Massenmobilisierung« suspekt (vgl. 135).

Ungeachtet solcher Differenzen konvergieren die politischen »Optionen« der Autoren: Die Zurückweisung überkommener Dichotomien (Reform/Revolution, repräsentative/direkte Demokratie u.a.) soll einen »dritten Weg« (Mercer, 101f.) sozialistischer Politik denkbar machen: weder Sozialdemokratie noch Stalinismus, weder »Wir wollen alles — jetzt!« noch Unterstellung unter ein all-umfassendes Endziel. *Ihr gemeinsamer Nenner ist eine anti-etatistische Politik im Staat* (135). Diese Politik der »anti-passiven Revolution« (Buci-Glucksmann soll sich nicht auf allgemeine Sozialismus-Vorstellungen (Jones, 154), sondern auf durchsetzbare »intermediäre Forderungen« (Mercer, 134, 153 u.ö.) stützen, auf bereits vorhandene fortgeschrittene betriebliche und kommunale Alternativen (ebd.), sich nicht auf den Wahlkampf beschränken (Hindess, 54): die breite demokratische Allianz ist etwas anderes als ein Verein zur Unterstützung linker Parlamentsfraktionen (vgl. Jones 140). »Präfigurative Politiken«, die alternative Produktions- und Lebensweisen hier und heute praktisch vorwegnehmen (140 u.ö.), neue soziale Bewegungen, Selbstverwaltungsprojekte sollen verknüpft werden und auf die staatliche Politik übergreifen durch ein System differenzierter und verstreuter Repräsentationen (Mercer, 134), insbesondere die Verbindung von parlamentarischer und funktionaler Repräsentation, die an die politische Rolle der Gewerkschaften innerhalb korporatistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik anknüpfen kann (Jessop, 77). Dies beinhaltet auch die Beibehaltung von Pressefreiheit und Parteienvielfalt (Hindess, 51) und die innere Demokratisierung der Parteien (ebd.): die Entwicklung einer breiten mittleren Führungsebene mit der Tendenz der Aufhebung der Trennung von »Führern und Geführten« (Sassoon, 95 u.ö.).

Diese politischen Schlußfolgerungen bleiben allerdings allgemein. Insbesondere fällt auf, daß kaum Bezug genommen wird auf die Diskussionen um die Verfassung der Labour Party, die den Konferenzen von Blackpool und Wembley ja lange vorangegangen waren und in denen der Kampf zwischen den politischen Flügeln als Kampf um die Formen innerparteilicher »Repräsentation« ausgetragen wurde (welches Gewicht haben in welchen Fragen die einzelnen Parteimitglieder gegenüber den lokalen constituencies, den »funktionalen« Gewerkschaften und der »frei repräsentierenden« Parlamentsfraktion?). Neben der Neuartigkeit und Unausgereiftheit der in »Marxism and Democracy« angestellten Überlegungen und eingeleiteten Rezeptionen mag für diese Abstinenz zweierlei verantwortlich sein: *Erstens* fehlt ein Konzept, das die verschiedenen Vergesellschaftungsformen im Bereich der »società civile« mit den »vertikalen« Interventions- und Repräsentationsformen der »società politica« zusammendenkt. Die »Präsenz der Massen im Staat« unter bürgerlicher Hegemonie wäre m.E. im Ausgang von zwei Thesen zu untersuchen: daß mit dem Eintritt der Massen in den Staat ihnen eine *Sprache* gegeben worden ist, die nicht die ihre ist: die der bürgerlichen Legalität (Bernard Edelman, vgl. Mercer, 126) und daß der Eintritt der Massen in das politische Leben die *Geburtsstunde der Parteien* ist (Maurice Duverger). *Zweitens*: Die Autoren versuchen, den Zusammenhang demokratischer und sozialistischer Politik differenzierter zu fassen. Nur ein Autor des Bandes aber, Jones, bezieht sich auf die Diskussion um die Alternative Economic Strategy — immerhin das Feld, auf dem die britische Linke sich zusammenzufassen sucht. Weltmarkt und Außenpolitik sind kaum Thema. Von der ökonomischen Existenz des Staates wird so gut wie nicht geredet. Im Bereich der Staatsfunktionen wird überwiegend mit gängigen Schlagworten operiert (»laissez-faire« versus »intervention«), im Bereich der (ökonomischen) Sozialstruktur mit einfachen Schemata. Wie »korporativ« aber unter den Bedingungen der gegenwärtigen Krise etwa expansive Lohnpolitik ist

(Jones, 151ff.), läßt sich ohne Prognose ihrer ökonomischen Konsequenzen nicht sagen. Allgemeiner: Gerade eine politische Theorie, die »Demokratie« nicht mehr von der »realen Fiktion« der freien Subjekte her konstruiert (vgl. Sassoon, 88ff.; Mercer, 107, 127), sondern im Ausgang von den potentiellen Funktionen, differenzierten Interessen, unterschiedlich weiten Handlungs- und Verantwortungsbereichen *bestimmter* Individuen und *Kollektive* im Zusammenhang des schrittweisen Umbaus ihrer sozialen und ökonomischen Beziehungen, stößt schnell an Grenzen: wenn sie sich auf »das Politische« beschränkt.

Michael Kreutzer (Berlin/West)

**Wiesendahl, Elmar: Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung. Leske Verlag + Budrich GmbH, Opladen 1980 (356 S., br., 61,— DM)**

Wiesendahl erklärt die »Frage nach dem Beziehungsverhältnis von Parteien und Demokratie« zum »ordnenden thema- und problemspezifischen Selektionskriterium ..., anhand dessen ausschnittshaft typische Aussagestrukturen der Parteienliteratur kritisch gesichtet und aufbereitet werden sollen« (17). Er will zeigen, daß die Parteienforscher »vielfach eher den erkenntnisleitenden Maßstäben und Imperativen paradigmatischen Denkens dreier Forschungstraditionen (gehörten) als der vorgefundenen Realität« (11). Das Konstruktionsschema der Paradigmen ist in Wiesendahls Unterscheidung von gesellschaftlichem, parteispezifischem und politischem Variablenfeld enthalten (105): sowohl die parteitheoretischen Ansätze als auch die mit ihnen verbundenen Demokratiekonzepte lassen sich hiernach als Verengungen darstellen, die auf je eines dieser Felder bezogen sind. So gelangt Wiesendahl zur Postulierung der Existenz eines »Integrationsparadigmas« (die Partei erscheint aus der Perspektive des politischen Systems als Integrationsinstrument), eines »Transmissionsparadigmas« (sie erscheint aus der Perspektive des gesellschaftlichen Systems als Willensbildungsinstrument) und eines »Konkurrenzparadigmas« (sie erscheint aus der Perspektive der Parteiführer als Machtwettbewerbsinstrument; 107f.). Der Standort des Autors in diesem Trilemma wird nicht ganz deutlich: teils behauptet er, derartige Verabsolutierungen seien aus erkenntnistheoretischen Gründen unvermeidlich (z.B. 103), teils deutet er an, daß die Lösung darin bestehe, alle drei Variablenfelder zu beachten (306f., 40). Nach der Charakterisierung der Paradigmen wird deren Zusammenhang mit unterschiedlichen Auffassungen über Parteidefinition, Parteifunktionen, Klassifikation von Parteien und innerparteiliche Demokratie untersucht.

Es gelingt Wiesendahl durchaus, einige signifikante Korrelationen nachzuweisen. So wird Partei von Sartori im Sinne des Integrationsparadigmas als gemeinwohlverpflichteter Teil des Ganzen, »balancing of togetherness and separation«, gesehen (175); von Schumpeter im Sinne des Konkurrenzparadigmas als »eine Gruppe, deren Mitglieder willens sind, im Konkurrenzkampf um die politische Macht in Übereinstimmung miteinander zu handeln« (179); von Leibholz im Sinne des Transmissionsparadigmas als »Selbstorganisation der Aktivbürgerschaft im politischen Raum« (181). Nach demselben Muster differieren die Auffassungen über Parteifunktionen: Integrationstheoretiker machen die Stabilität und Entscheidungskapazität des Staates zum Zielproblem der Parteien und ordnen ihnen daher Funktionen wie Legitimation und Alternativenvereinfachung zu; für Konkurrenztheoretiker ist Machterwerb das Ziel und Stimmenmaximierung sowie Interessendurchsetzung die Parteifunktion; Transmissionstheoretiker wollen auf Interessendurchsetzung und Konfliktlösung hinaus und erwarten daher von den Parteien die Gewährleistung von Artikulation, Partizipation und Konfliktaustragung. Bei marxistischer Variante des Transmissionsparadigmas macht Wiesendahl zudem eine Mobilisierungs- und Erziehungsfunktion aus. Bei der Frage der Klassifizierung der Parteien unterscheiden sich Wiesendahls Paradigmen nur in der Bewertung, nicht wesent-

lich in der Benennung unterschiedlicher Parteytypen: Integrationstheoretiker propagieren die Volkspartei und lehnen die Klassenpartei ab, Konkurrenztheoretiker modifizieren die Volks- zur Stimmenerwerbspartei und lehnen ebensosehr die Klassenpartei ab, Transmissionstheoretiker werten jeweils entgegengesetzt. Die signifikantesten Unterschiede treten bei der Einstellung zur innerparteilichen Demokratie auf. Das Integrationsparadigma führt zu der Frage, wie gewährleistet werden kann, daß innerparteiliche Demokratie, auf die wegen des Partezusammenhalts schwerlich ganz verzichtet werden kann, gleichwohl nicht auszufert; ein innerparteiliches Elitenzirkulationsmodell, wie es etwa von Lipset/Trow/Coleman oder von Eldersveld vertreten wird, gibt Antwort. Das Konkurrenzparadigma läßt nur so viel innerparteiliche Demokratie zu, wie der optimal effizient zu führende Machtkampf gestattet: nämlich gar keine. Wiesendahl bemerkt die Ähnlichkeit dieser Konstellation von Effizienz und Polemik gegen »Debattierclubs« (286) mit dem bürokratischen Zentralismus in stalinistischen Organisationen (290), für deren Führer freilich nicht gilt — darin sind sie keine bürgerlichen Demokraten —, daß bei ausbleibendem Stimmenerwerb ihre »Politikerkarriere unweigerlich und pietätlos ein rasches Ende« nimmt (287). Die Sicht des Transmissionsparadigmas beschreibt Wiesendahl als »elitenfeindliches Selbstbestimmungsmodell von Parteamateuren« (295).

In der Pauschalität der letzten Bemerkungen deutet sich eine zentrale Schwäche von Wiesendahls Arbeit an: trotz der Einblicke, die es partiell gewährt, erweist sich das Konstrukt »Transmissionsparadigma« im Ganzen als methodenartefaktischer Fehlgriff. Hier »begegnen sich« angeblich konflikttheoretische und klassentheoretische Ansätze mit der normativ-legitimistischen Theorie über das Verhältnis von Demokratie und Parteien, wie sie besonders von Leibholz vertreten wird (128). Tatsächlich aber werden sie brutal zusammengezwungen. Wiesendahl stellt selbst einmal die Frage nach der »Objektbezogenheit« seiner Kritik am »Transmissionsparadigma«, das »doch im Ansatz und in der Methode erheblich unterschiedliche Varianten« enthalte; aber die Kritik zielt auf Mängel ab, die dem Paradigma »insgesamt zueigen sind«, deshalb würden »bei anderer Zielsetzung allerdings erforderliche Differenzierungen und Begrenzungen der Kritik bewußt vernachlässigt« (140). Im Lichte dieser vernachlässigenden Bewußtheit wird Leibholz' »identitätstheoretische Fixierung und Konzeptualisierung« von Demokratie als »Grundzug« aller, also auch der konflikt- und klassentheoretischen paradigmaspezifischen Ansätze ausgemacht, so daß sich deren besondere Würdigung erübrigt (ebd.). Ferner entdeckt Wiesendahl dann auch eine »Parallele« von »bürgerschaftlichem« und sozialistischem Willensbildungsmodell der Partei, weil »jeweils der Klassenbegriff durch den Bürgerschaftsbegriff ersetzt und damit in die historisch abstrakte Parteienstaats-theorie Leibholz'scher Prägung überführt« werden könne (234). Weshalb der Autor so operieren muß, ist klar: Einmal weil das »Transmissionsparadigma« auf die Frage nach einer Parteiauffassung vom Standpunkt des »gesellschaftlichen Variablenfelds« antwortet. Sie unterstellt, daß alle irgendwie eines Sinnes sind, die nicht an die Allmacht und Anbetungswürdigkeit des Staatsgottes glauben. Zum andern wegen der demokratietheoretischen Perspektive, von der sich erweist, daß sie eben doch kein ordnendes, vielmehr im Kontext der Parteienforschung ein Verwirrung stiftendes Selektionskriterium ist.

Die »erheblich unterschiedlichen Varianten« des »Transmissionsparadigmas« reflektieren nicht zuletzt den Umstand, daß Leibholz und andere hier subsumierte Theoretiker die Partei nach ihrem Legitimationsbeitrag, andere jedoch nach ihrem Beitrag zur Lösung substantieller politischer Probleme befragen (vgl. 131ff.). Deshalb sollte man sie zum Anlaß nehmen, Parteienforschung nicht wie Wiesendahl unter demokratietheoretischer, sondern unter problemtheoretischer Perspektive zu sichten. Das würde auch die nicht dem »Transmissionsparadigma« geltenden Teile von Wiesendahls Darstellung entzerren. Theoretiker, die der Autor dem »Integrationsparadigma« zuschlägt, haben Parteysystemgeschichte als Geschichte nationaler Konflikt- und Problembewältigung ana-

lysiert (Lipsët/Rokkan); darauf wird man nicht hingewiesen.

In dieser Weise fällt die ganze funktionalistische Richtung der Parteienforschung durch die Maschen, während die empirisch unhaltbare Stimmenmaximierungstheorie (128) ein Drittel des Darstellungsraums einnimmt, nur weil sie das einzige ist, worauf man mit einem Konstrukt wie »Konkurrenzparadigma« rekurren kann. Und in diesem Drittel sind nicht einmal Raschke und Offe erwähnt, die der Stimmenmaximierungsthese in der westdeutschen Diskussion einiges Profil gegeben haben — das sind nach Wiesendahls Ansicht reine »Transmissions«-Theoretiker. Man käme vielleicht zu anderen Einteilungen und Gewichtungen, wenn man sich fragte, ob die schwache empirische Basis der Stimmenmaximierungstheorie etwa mit der Unterstellung zusammenhängt, daß Politiker sich für Macht *statt* für politische Probleme interessieren. — Die Frage nach dem Zusammenhang von Partei- und Demokratietheorie ist wesentlich, und man kann von Wiesendahl hierüber einiges lernen. Aber er hätte ihre Grenzen deutlicher markieren müssen und sie vor allem nicht zum Instrument eines Überblicks über die Parteienforschung machen dürfen. Sein Resümee, Parteienforschung erweise sich weitgehend als »charakteristische spezielle Spielart normativer Demokratietheorie« (313), bringt diese methodische Schwäche ans Licht, ohne in der Sache zu überzeugen.

Selbst unter demokratietheoretischem Aspekt ist Wiesendahls Kritikmethode befremdend. Der Autor gibt sie auf Seite 183 beiläufig zu verstehen: man brauche sich »nur der Fundgrube zu bedienen«, die jeweils »implizit in den beiden alternativen Begriffskonzepten enthalten ist«. Nach diesem Prinzip werden Integrations- und Konkurrenzparadigma stets wegen unkritischem Realismus, Legitimation undemokratischer Verhältnisse gescholten, das Transmissionsparadigma aber wegen Realitätsfremdheit, perspektivloser Entlarvung derselben Verhältnisse. Demokratie als Machtlüge oder als kraftloser Traum — wie mag ein Offizier auf solche Weisheit reagieren? Wiesendahl lehrt derzeit an einer Bundeswehrhochschule.  
Michael Jäger (Berlin/West)

**Heinze, Rolf G.: Verbändepolitik und »Neokorporatismus«. Zur politischen Soziologie organisierter Interessen. Mit einem Vorwort von Claus Offe, Westdeutscher Verlag, Opladen 1981 (152 S., br., 24,— DM)**

Mit Heinzes Arbeit liegt zum ersten Mal in deutscher Sprache eine Monographie vor, in der versucht wird, theoretische Ansätze und (BRD-spezifische) empirische Resultate der Verbändeforschung ausgehend von der Neokorporatismus-Hypothese, statt vom Pluralismus-Paradigma zusammenzufassen. Claus Offe resümiert im Vorwort die »zentrale Annahme« der Neokorporatismus-Hypothese: es werde »die staatliche Politikformulierung und Herrschaftsausübung durch ein Verbundsystem von öffentlichen Körperschaften einerseits und 'kooperativen' Großverbänden andererseits programmiert, wobei letztere gleichsam als Gegenleistung für die von ihnen übernommenen 'regierungsähnlichen' (und damit 'staatsentlastenden') Funktionen Bestandsgarantien und Beteiligungsrechte für sich in Anspruch nehmen können. Das liefe im Ergebnis auf einen Mechanismus der formlosen Konzertierung zwischen gesellschaftlichen Machtgruppen hinaus, welcher die 'offiziellen' Formen der politischen Konfliktaustragung und -regelung (z.B. Parteienkonkurrenz, Tarifsysteem, pluralistische Interessengruppenpolitik) nicht so sehr verdrängt wie leerlaufen läßt.« (8)

Der Autor beginnt mit einer theoriegeschichtlichen und systematischen Erörterung des Interessen-Begriffs, wobei er den Unterschied zwischen handlungstheoretischen Ansätzen, wie bei Max Weber, und dem »strukturtheoretischen Interessenbegriff« von Marx herausarbeitet (18) und letzteren im Sinne von Habermas zum Begriff des verallgemeinerungsfähigen Interesses ausweitet (31). Zum Thema Interessen-Organisation werden dann zwei »Stufen der Asymmetrie« konstatiert (41ff.): nur bestimmte, nämlich sowohl organisations- als auch konfliktfähige Interessen können mit Aussicht auf Erfolg

an der Interessengruppenpolitik partizipieren; und noch innerhalb des Systems derart bestimmter Interessen wirken sich sozialstrukturelle Bedingungen dahin aus, daß Verbände des Kapitals mächtiger sind als andere. (Zu ergänzen wäre als dritte Stufe, daß nicht alle Organisations- und Konfliktformen, zu denen Fähigkeit bestünde, zugleich auch »erlaubt« sind.) Es folgt eine Typologie der Interessenorganisationen, in der Heinze dafür plädiert, den Verbandsbegriff für solche Organisationen zu reservieren, die auf »vertikalen, sozialökonomischen Klassen und Schichten« beruhen, während Vereine für horizontale Lebensbereiche zuständig wären (59) und Parteien, »zumal als Volksparteien«, nicht nur bestimmte, sondern alle Schichten zu repräsentieren versuchen (56). Die weiteren Ausführungen sind auf Verbände spezialisiert. Der theoretische Teil der Arbeit wird abgeschlossen mit einem kritischen Rückblick auf die am »einflußtheoretischen Paradigma« orientierte Verbändeforschung, worunter Heinze nicht nur die konservative Verbandskritik der 50er Jahre und die Pluralismusforschung faßt, sondern auch die von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus inspirierten Untersuchungen und die außerwissenschaftliche Polemik gegen den »Gewerkschaftsstaat«. Die Korporatismusdiskussion habe die einseitige einflußtheoretische Perspektive durch Beachtung der »zunehmenden Verflechtung (Symbiose) staatlicher Organe mit den Verbänden« überwunden (82). Indem er diesen Aspekt der Diskussion hervorhebt, setzt sich Heinze »deutlich von einer wesentlichen Richtung in der Korporatismusforschung ab, die als charakteristisches Merkmal die Einbindung der Spitzenverbände von Kapital und Arbeit, besonders die Integration der Gewerkschaften betont« (89). Die Konsequenzen dieser Weichenstellung zeigen sich im empirischen Teil. So stellt Heinze in seinem — sehr kursorischen — Rückblick auf die Entwicklung korporativer Strukturen seit 1870 den Sinn der »Trennung in staatlichen und liberalen Korporatismus«, die auf Schmitter und Lehmbruch zurückgeht, teilweise in Frage, weil z.B. in der BRD, ganz im Sinne seiner Verflechtungs-These, »kein autoritärer Korporatismus zu beobachten ist, sondern liberale Ausprägungen dominieren, obwohl der Staat an der Gestaltung von neokorporatistischen Steuerungsgremien mitwirkt« (104). Und wenn er abschließend die Verbändemacht in derzeitigen korporativen Arrangements mit der Fragmentierung des politischen Systems zu korrelieren versucht — wobei er vertikal nach Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene differenziert und horizontal die Arenen von Wirtschafts-, Agrar- und Sozialpolitik exemplarisch behandelt —, dann werden nicht nur die Berührungspunkte von Staatsmacht, Gewerkschaft und Kapitalverbänden lokalisiert, sondern es wird z.B. auch der Sachverhalt, daß »Lehrerverbände« und Elternvereinigungen sich in bildungspolitischen Fragen eher an die Länder als an den Bund wenden müssen, als korporatistischer abgebildet (114). Am Ende fragt Heinze nach der Zukunftsperspektive korporatistischer Politik. Hierbei stellt er einen Zusammenhang zwischen der Korporatismusdiskussion und der Diskussion über Parteien und neue soziale Bewegungen her. Mit der Einführung korporativer Entscheidungsstrukturen erleiden die Parteien seiner Auffassung nach einen zunehmenden Funktionsverlust (133) und werden andererseits neuartige Protestaktionen provoziert, die sich nicht mehr in traditioneller Weise als Partei oder Verband artikulieren (137). Eben deshalb seien solche Aktionen vom Staat »schwerer zu kontrollieren« als traditionelle Oppositionsformen. Die korporativen Strukturen seien auch von innen bedroht, weil die Gewerkschaftsführung eine dauerhafte Teilnahme an ihnen »vor ihrer Basis wohl nicht verteidigen könnte« (138). Aber warum wird die korporative Strategie, wenn sie derart brüchig ist, denn überhaupt verfolgt? Wegen der »kurzfristige(n) Zeitperspektive der offiziellen Politik« (ebd.), antwortet Heinze und stellt damit Lehmbruchs Argument auf den Kopf. Dieser hatte geschrieben, Korporatismus erlaube den Entscheidungsträgern langfristige Politik, die sonst durch raschen Rhythmus von Wahlen behindert werde.

Die Stärke des Buches liegt weniger darin, daß hier neue und überraschende Sachver-

halte erörtert würden, als in der theoretischen Leistung der Integration bislang weit voneinander entfernt scheinender Thesen und Fakten. Die Thematisierung der Stamokap-Theorie als einer Art linker Pluralismusversion und die Einordnung der Diskussion über neue soziale Bewegungen sind die eindrucksvollsten Beispiele. Wenn die Korporatismus-Hypothese weiter nichts bewirken würde als diesen Integrationseffekt, wäre sie schon als sehr nützlich einzuschätzen, besonders für eine Politikwissenschaft mit kritischem Anspruch, die nicht unter dem Bann der Fragmentierung politischer Herrschaft selbst nur Sammlung theoretischer Fragmente sein will. Es ist Heinze nicht vorzuwerfen, daß sein integrativer Vorstoß auf Grenzen stößt, die durch den Forschungs- und Diskussionsstand bedingt sind. Eine dieser Grenzen hebt er selbst hervor, nämlich die derzeitige Uneinheitlichkeit der Terminologie, in der Begriffe wie »Institutionalisierung«, »funktionale Partizipation« und »Interaktionssysteme« synonym verwandt werden (106). Einer anderen Grenze unterliegt er wegen seiner verbändetheoretischen Perspektive, die sich insbesondere auf die Sicht der Parteien verengend auswirkt. Eine zusammenhängende Durcharbeitung von Verbände- und Parteienforschung unter dem Aspekt der Neokorporatismus-Hypothese könnte zu verschiedenen Korrekturen und Umakzentuierungen führen. Sie könnte Heinzes unrealistische Konfrontation von sozialstrukturell charakterisierten Verbänden und klassenneutralen »Volksparteien« auflösen. Sie könnte vor dem Hintergrund der Resultate innerparteilicher Demokratieforschung zeigen, daß Heinze die Chance von Gewerkschaftsführungen, gegen den Willen der Basis Politik zu machen, unterschätzt. Und sie könnte die Frage aufwerfen lassen, wie gut sich die These vom Funktionsverlust der Parteien im korporativen Herrschaftstypus mit der These von den neuartigen Protestaktionen, die der Staat immer weniger kontrollieren könne, verträgt; wenn nun gerade in der neuartigen Kontrolle neuartiger Bewegungen die neue Integrationsfunktion der Parteien bestünde? Neben solchen auf die Einengung des Untersuchungsfelds zurückführbaren Blindstellen gibt es auch konzeptionelle Probleme. Heinze hat sich m.E. vom Pluralismus-Paradigma doch nicht gänzlich emanzipiert. Seine Beschreibung korporativer Strukturen als Verflechtung von Staat und Verbänden könnte als bloße Kompensation der in der Tat sogar empirisch einseitigen pressure-group-Perspektive angesehen werden, bei der aber theoretisch mit dem Pluralismus-Paradigma weiter nichts geschähe, als daß es gewissermaßen reflexiv, d.h. von der Einfluß zur Hin- und Zurückflußtheorie würde. Die Verflechtungs-These unterscheidet sich der theoretischen Konzeption nach kaum noch von der Stamokap-Theorie; was Heinze dieser vorgeworfen hatte, charakterisiert ihn nun selbst: »die verkürzte handlungstheoretische Perspektive ..., die die Politikformulierung einseitig durch das bewußte Agieren von Akteuren ... determiniert sieht, anstatt die strukturellen Hintergründe der Politikentstehung in die Analyse mit einzubeziehen« (78). Wo bleibt der »strukturtheoretische Interessenbegriff« von Marx, wenn das Verhältnis von Bauernverband und Landwirtschaftsministerium gleichrangig mit dem Tripartismus von staatlichen Wirtschaftspolitikern, Gewerkschafts- und Kapitalvertretern als korporatistisches abgebildet wird, nur weil es auch »symbiotisch« ist (127)? »Strukturtheoretisch« wäre hier doch zu beachten, daß die politischen Güter, die im Landwirtschaftsministerium zur Disposition stehen, von der Aktion der kapitalistischen Hauptklassen bereits präformiert sind. Jene »wesentliche Richtung« der Korporatismus-Diskussion, die die Hauptklassen und besonders die Integration der Gewerkschaften ins Zentrum der Analyse stellt, geht gerade von derartigen Einsichten aus. Bei konsequent »strukturtheoretischer« Betrachtung wären noch andere Überzeugungen Heinzes in Zweifel zu ziehen. Bei Verzicht auf einen bloß handlungsorientierten Verflechtungs-Begriff, mit dem man allzuleicht empirische Belege findet, ist z.B. gar nicht mehr klar, ob Korporatismus in der BRD wirklich schon existiert und ob er wirklich schon allein wegen des staatlichen Alltagsbedarfs an Regierbarkeit in Zeiten unspezifisch ansteigender ökonomischer Konzentration zustandekommt.



Trotz solcher Inkonsequenzen, die in dieser oder jener Form wohl unvermeidlich sind, wenn ein Einzelner heute eine weitreichende integrative Hypothese zu formulieren versucht, läßt Heinzes Arbeit die Konturen bürgerlicher Herrschaft ein Stück deutlicher hervortreten und markiert demnach einen theoretischen Fortschritt.

Michael Jäger (Berlin/West)

**Fryer, Bob, Alan Hunt, Doreen McBarnet und Bert Moorhouse (Hrsg.): Law, State and Society. Croom Helm, London 1981 (231 S., br., 14,95 £)**

Es gibt keine fertige marxistische Theorie des Rechts. Sowohl das Material, als auch die Untersuchungen von Marx widerstreben einfacher Verallgemeinerung. Um die komplexe Wirkungsweise des Rechts zu fassen, reichen Ansätze von hoher Abstraktion nicht aus. Jede halbwegs brauchbare Theorie des Rechts muß sich auf die schwierigen, empirischen Besonderheiten einlassen. Hier setzt der Band an, der das methodische Ziel der Konferenz der britischen Gesellschaft für Soziologie (1979) aufgreift, auf diesem vernachlässigten Gebiet theoretisch informiert, empirische Untersuchungen zu fördern.

*Whelan* untersucht die Rolle der Staatsmacht in den Industriekämpfen und *Fryer* die staatliche Intervention in den Arbeitsmarkt durch »redundancy payment legislation« — diese sichert den als »überflüssig« erklärten Arbeitern eine Abfindung, mit dem Ziel, eine größere Mobilität der Arbeiter bei Abschwächung der sozialen Folgen und damit des Widerstands zu erreichen. In einer Front gegen Ansätze, die die Polizei ausschließlich als repressiven Staatsapparat auffassen, analysiert *Brogden* die im Spannungsverhältnis von Repression und sozialer Dienstleistung geprägte widersprüchliche Beziehung der englischen Arbeiterklasse zur Polizei. *Allatt* wirft ein ungewöhnliches Licht auf den Zusammenhang zwischen Recht und Familie in ihrer Untersuchung des Rechts als eine Form der strukturellen Verstärkung von Stereotypen. Mit *Perkins* begreift sie diese nicht als passive Beschreibungen, sondern als aktive Mechanismen, »kognitive Werkzeuge sozialer Kontrolle« (179). Sie leisten eine selektive Interpretation der Wirklichkeit: die steuerrechtliche Zurechnung des Einkommens der Frau zu dem ihres Mannes z.B. verstärkt das Bild des männlichen Brotgebers; die frühere Pensionierung der Frau korrespondiert mit dem Stereotyp des »schwachen Geschlechts« usw.

Die weiteren Beiträge behandeln die ideologische Dimension in der Entwicklung des Vertragsrechts (*Cotterell*); eine Auswertung der auf die Entstehungsperiode des Kapitals bezogenen neueren historischen Arbeiten im Hinblick auf das Verhältnis von Recht und Ökonomie (*Sugarmann*); das Problem des Rechts als Untersuchungsobjekt der Soziologie (*Stewart*) und eine Auswertung der Arbeiten von Marx zur »Herrschaftsweise des Rechts« (*Corrigan, Sayer*). Diese ungewöhnliche Formulierung des Zusammenhangs von Recht und Herrschaft verrät schon den generell im Band vollzogenen Bruch mit instrumentalistischen und reduktionistischen Ansätzen: das Recht ist kein »unproblematisches Instrument der herrschenden Klasse, das jederzeit manipuliert werden kann« (35). Die englische Fabrikgesetzgebung feierte Marx z.B. als Triumph gesellschaftlicher Kontrolle. Überhaupt kann das Recht zur Hegemonie nur dann beitragen, wenn es eine Unabhängigkeit von grober Manipulation aufweist und als »gerecht« erscheint. Grundlegend ist die »Idealisierung der materiellen Tatsachen der Dominanz« (32) der herrschenden Klasse. Auch begriff Marx das Recht nicht als bloßen Überbau. Er sah »die Trennungen des 'Ökonomischen' vom 'Politischen' und 'Juristischen' als charakteristische Formen der Existenz der Produktionsverhältnisse« (34). Seine Anerkennung der Unabdingbarkeit staatlichen Handelns durch das Recht für die Genesis des Kapitals, zeigt schon, daß er das Recht nicht per se als sekundäres, abgeleitetes Phänomen auffaßte.

Die Autoren schärfen ein, das Recht auch als eine zentrale Arena des Klassenkampfes zu begreifen, und zwar nicht nur gegenüber der physischen Gewalt des Staates. Das Recht ist auch »die Hauptform, in der die moralischen Klassifizierungen reguliert wer-

den können«, weil es zugleich »eine erstaunlich kohärente Ausarbeitung der moralischen Grundzüge der bürgerlichen Zivilisation ... und ein mächtiges Vehikel ihrer Propagierung ist, gestützt mit immenser Autorität durch die physische Gewalt des Staates« (*Corrigan, Sayer, 40*). Die Formierung der materiellen Basis dieser Klassifizierungen ist ein Teil des Klassenkampfes.

Umstritten ist die Anwendbarkeit des Althusser'schen Modells des »Überbaus« als verschiedene, relativ autonome »Ebenen« (politische, religiöse, juristische etc.) auf das Recht. *Cotterell* geht in seinem auf Zivilrecht bezogenen Ansatz davon aus, daß die primäre ideologische Relevanz der Vertragsform in den Ideen juristischer Äquivalenz und Universalität liegt. Daraus leitet er Tendenzen der Anwendung konsistenter Formen juristischen Denkens in allen Gebieten sich entwickelnder juristischer Doktrin ab. Die Auswirkungen der Prozesse juristischen Denkens, die darauf abzielen, eine solche Kontinuität zu fördern, faßt er als »relative Autonomie« des Rechts (67). »Juristische Ideen haben ihre eigene Kraft« (*Milsom, zit. nach Cotterell, 67*). Anders, soweit dem Historiker *E.P. Thompson* gefolgt wird: Erstens sei das Recht »unmittelbarer Bestandteil genau der Basis der Produktionsverhältnisse, welche ohne dieses Recht funktionsunfähig wäre« (zit. nach *Corrigan, Sayer, 35*). Zweitens fand er, daß »das Recht nicht höflicherweise auf einer 'Ebene' blieb, sondern es war auf *jeder* verdammten Ebene zu finden« (zit. nach *Sugarmann, 95*). Daß diese entfremdete gesellschaftliche Macht praktisch alle Bereiche (durch-)regelt, macht gerade ihre komplexe Wirkungsweise aus.

Der Umfang, in dem sich die Autoren gerade in theoretischen Fragen auf *Thompson* berufen, sollte auf seine Arbeiten aufmerksam machen (vgl. insb. »Whigs and Hunters«, das im Anschluß ein rechtstheoretisches Kapitel enthält).

Stephan Dietrich (Bonn)

**Bäcker, Gerhard, Reinhard Bispinck, Klaus Hofemann und Gerhard Naegle: Sozialpolitik. Eine problemorientierte Einführung. Bund-Verlag, Köln 1980 (407 S., br., 38,- DM)**

Das System sozialer Sicherung in der Bundesrepublik ist durch die Beschäftigungskrise und ihre politischen Folgen zunehmend bedroht. Deshalb kann es auch nicht verwundern, wenn in den letzten Jahren die Sozialpolitik über den Kreis spezialisierter Experten hinaus verstärkt thematisiert wird. Dabei muß festgestellt werden, daß in dem heftig entbrannten ideologischen Kampf um die sozialen Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen die auf Leistungsabbau und -verschlechterung sowie Disziplinierung hinarbeitenden Kräfte in einem Maße in die Offensive gelangt sind, das sich nicht allein durch objektive Faktoren wie die allgemeine Wirtschaftslage, Pressekonzentration usw. erklären läßt. Eine nicht unwesentliche Ursache für die Dominanz kapitalorientierter Strategien und Ideologien liegt auch in der Konzeptionsarmut und (damit) Wehrlosigkeit auf Seiten der gewerkschaftlichen und politischen Interessenvertretung der Lohnabhängigen.

Die Tatsache, daß sich seit Mitte der 70er Jahre zunehmend auch fortschrittliche Sozialwissenschaftler sozialpolitischen Themen zugewendet haben, wirkt sich nicht immer hilfreich aus. Zu oft tritt das Interesse an der Sache hinter deren Instrumentalisierung für theoretische Glasperlenspiele zurück, zu oft dient die Sozialpolitik lediglich als Exerzierfeld politologischer Ansätze und wird zum Modethema. Nicht selten kommt es dabei zu unfreiwilligen Konvergenzen zwischen linken und extrem konservativen Auffassungen. Fortschrittlich motivierte Debatten um »Selbsthilfe« oder das »Verrechtlichungsproblem« finden ihre konservativen Entsprechungen in den Forderungen nach Reprivatisierung und dem Abbau von Rechtsansprüchen.

Der Hauptgrund, warum die vorliegende »Problemorientierte Einführung« hier besonders empfohlen werden soll, liegt darin, daß sie geeignet ist für jene, die in diesen

Auseinandersetzungen Boden unter die Füße bekommen wollen. Es wird eine Fülle von empirischem Grundwissen vermittelt, das in einer solchen gut strukturierten Form und so zusammenhängend ansonsten nicht verfügbar ist. Die traditionellen Lehrbücher gliedern die Sozialpolitik nach Institutionen mit dem fragwürdigen Erfolg, daß sich deren historisch gewachsenes Wirrwar in den Köpfen der Leser reproduziert. Dies wird — und das ist der zweite Empfehlungsgrund — zugunsten einer an den gesellschaftlichen Problemlagen sich orientierenden Darstellungsweise überwunden. Entsprechend ist es gegliedert nach den sozialen Risikobereichen: Einkommen, Beschäftigung, Qualifikation, Gesundheit und Alter.

Ein Ausdruck der ideologischen Hegemonie des Marktliberalismus ist auch die Tatsache, daß in unserer Gesellschaft nicht etwa die Verursachung der sozialen Risiken legitimationsbedürftig ist, sondern die finanziellen Aufwendungen zu ihrer (oft nur unzulänglichen) Minderung oder Kompensation. Dem wirken die Autoren dadurch entgegen, daß sie die sozialpolitische Bewältigung der Risiken im Zusammenhang mit deren ökonomischen und sozialen Ursachen entwickeln. Dabei sind jedem Problemfeld mit Gespür für Relevanz Literaturhinweise zugeordnet, die es erleichtern, speziellen Fragen weiter nachzugehen. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis ermöglicht auch den Gebrauch des Buches als Nachschlagewerk.

Nur mit Einschränkungen ist es gelungen, das Lehrbuch für den Hochschulbereich und *zugleich* auch für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit herzustellen. Es scheint, als habe man dem spezifischen Anforderungsdruck des Universitätsbetriebes, mit seiner oft dem Verständnis des Gegenstandes nicht dienlichen Begriffshuberei etwas zuviele Zugeständnisse gemacht. Zum Inhalt wäre kritisch anzumerken, daß der einkommenstheoretische Teil auf die Arbeitswertlehre verzichtet und damit die gedankliche Erfassung der gesamten Sozialpolitik erheblich beeinträchtigt wird. Indem nämlich dadurch die »Reproduktion der Arbeitskraft« in ihren einzelnen Elementen nur noch als abstrakter Anspruch erscheint, kann sie weder als ein in (subjektiven) Bedürfnissen sich niederschlagendes Produkt historischer und politischer Prozesse begriffen werden noch als notwendiger Bestandteil der ökonomischen und sozialen Systemreproduktion. Der Zugang zur Analyse der Entwicklungsdynamik der Sozialpolitik ist damit verbaut.

Ungeachtet dessen ist dem Lehrbuch eine weite Verbreitung zu wünschen. Durch den sinnvollen Aufbau und die sorgfältige theoriegeleitete Aufbereitung ansonsten weit verstreuter Materialien, kann es bereits jetzt als Standardliteratur für all jene empfohlen werden, die sich für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer engagieren wollen.

Hagen Kühn (Berlin/West)

**Fischer Cornelia, Staatliche Arbeitsförderung. Ein Lehrstück deutscher Sozialpolitik. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1981 (175 S., br., 30,— DM)**

Die Diskussion des gesellschaftlichen Grundcharakters der bundesdeutschen Arbeitsverwaltung hat in den letzten Jahren endlich begonnen. Der Funktionswandel des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) (um nicht von Pervertierung der 1969 proklamierten Ziele zu sprechen) und das Umschwenken der Arbeitsverwaltungspraxis seit der 75er Krise wurde über sechs AFG-Novellen und entsprechende Ausführungsbestimmungen betrieben, und erst die fünfte Novelle zeitigte erste, längst fällige Reaktionen bei Gewerkschaftern und Wissenschaftlern. Gleichwohl ist die Arbeitsmarktpolitik bis heute ein sozialkonzentrierter und pazifizierter Bereich par excellence.

Die inzwischen eröffnete Grundlagendiskussion staatlicher Arbeitsmarktpolitik wird in der vorliegenden Arbeit um die sozialhistorische Dimension erweitert. Sie zeigt die Genesis der Strukturelemente der (typisch) deutschen staatlichen Arbeitsverwaltung und Arbeitsförderung und ihre politischen Implikationen, und sie legt damit die sozialökonomischen und institutionellen Erklärungsfaktoren frei für »die sozial defizitäre Praxis

des AFG« (8) und für die Leichtigkeit, mit der die postulierte Sozialreform im Bereich der Arbeitsförderung unter Bedingungen der Strukturkrise obstruiert und wieder überführt werden konnte in eine zunehmend restriktive und zwangsbetonte Arbeitskräfteregulierung bei gleichzeitigem Leistungsabbau (14, 20-23). Daß diese Austauschbarkeit der arbeitsmarktpolitischen Paradigmata, von Reform und Gegenreform in Abhängigkeit von ökonomischen, fiskalischen und politischen Krisenzyklen integraler Bestandteil des Herrschaftsmechanismus des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems ist, zeigt sich plastisch an der Tatsache, daß sie historisch wiederholt vorexerziert wurde.

Wie wenig die gesellschaftliche Arbeitskraft eigentlich marktfähig (und -willig) ist, wie sehr ein sich selbst regulierender, »freier« Arbeitsmarkt Fiktion ist, wie sehr er bereits zu seiner Konstitution und ständigen Reproduktion des staatlichen Eingriffs bedarf, demonstriert die Untersuchung historisch anhand der staatlichen Politik passiver und aktiver Proletarisierung, d.h. der Freisetzung potentieller Lohnarbeiter und ihrer Konditionierung zu faktischem Lohnarbeitsangebot (32-44). Die kapitalistische »Basisinstitution« Arbeitsmarkt ist also stets eine gesellschaftliche Institution »mit Staat«.

Hier liegt auch ein zentraler theoretischer Ansatzpunkt der Arbeit: Die Theorien des (strukturierten) Arbeitsmarktes setzen ohne weiteres »voraus, daß die Adressaten der staatlichen Sozialpolitik die marktmäßige Verfügung ihrer Arbeitskraft anerkennen, obgleich die Zunahme 'interner' Märkte auf eine von den Arbeitsmarktparteien betriebene Aushöhlung des Marktmechanismus als Allokationsmechanismus schließen läßt. (...) Tatsächlich wirkt der Staat nicht nur als 'Vollzugsorgan' einer durch das Verhalten der Arbeitsmarktparteien vorgegebenen Marktrationalität; jede Form des 'Arbeitsmarktes' bedarf vielmehr der institutionellen Garantie durch den Staat: Die Funktion staatlicher Arbeitsförderungs politik bezieht sich gerade auf die Produktion und Stabilisierung 'marktmäßigen' Bewußtseins und Verhaltens bei den Arbeitnehmern. Folgt man dieser Vorstellung, (...) dann tritt die Arbeitsverwaltung unmittelbar ins Blickfeld.« (23)

Die Stationen der historischen Genesis staatlich-korporativer Arbeitsmarktregulierung werden unter folgenden Stichpunkten systematisiert: 1) »Ökonomisierung« im Kaiserreich: Kampf zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und Kommunen um Legalisierung der Positionen am Arbeitsmarkt; kollektiv-solidarische Schutz- und Sicherungsformen durch gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung einerseits, unternehmerische Arbeitslosenversicherung durch Lohninbehaltung und Sparzwang andererseits; tripartitische Selbstverwaltung erster kommunaler Arbeitslosenversicherungsfonds und schließlich die Entscheidung für die staatliche obligatorische Arbeitslosenversicherung. Mit der Herstellung eines zentralen staatlich-korporativen Systems der Arbeitslosenversicherung war ein Merkmal des »deutschen« Systems der Sozialpolitik konstituiert, das sich im ersten Weltkrieg unter dem Schutz von Burgfriedens- und Arbeitsgemeinschaftspolitik bei Mobilisierung, Demobilisierung, Arbeitskräftelenkung und Revolutionsverhinderung hervorragend bewährte (52-86). 2) »Verrechtlichung« in der Weimarer Republik: Ausweitung der Arbeitsverwaltung und Legalisierung der drittelparitätischen Selbstverwaltung; Ausgliederung einer selbständigen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und deren dreistufige Institutionalisierung und Bürokratisierung. Mit der perfekten Verrechtlichung und Bürokratisierung der Arbeitsverwaltung ist ein Faktor konstituiert, der die Notverordnungspolitik Brünnings und damit die Destruktion der sozialen Schutzfunktion des reformerischen Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG, letzte Fassung, von 1927) rigoros und v.a. wohlgeordnet durchsetzen half. Das historisch erste Beispiel für schleichenden Paradigmenwandel von Arbeitsförderung und Arbeitslosenschutz zu Leistungsabbau, Beitragserhöhung, verschärfter Aussteuerung, selektiver Ausgliederung, Anspruchsreduktion etc. (86-105). 3) »Zentralisierung« im Nationalsozialismus: Verfeinerung der Steuerungsinstrumente zur Absicherung von Konzentration, Rationalisierung, Zwangs-

arbeit, Kriegsvorbereitung und Systemlegitimation; später Unterordnung der Bürokratie unter nationalsozialistische Ideologie, Kriegs- und Eroberungspolitik und das System der Massenvernichtung (105-131). 4) »Kontinuität und Restauration« in der Nachkriegszeit: Unter entschiedener administrativer Kontinuität der Arbeitsverwaltung werden die Demobilmachung und Kanalisierung der Arbeitskräfte mit den bewährten Mitteln der zwangsweisen Regulierung des Arbeitsmarktes durchgeführt (132-139). Es bezeichnet das »Janusgesicht der Modernisierung«, »daß nach dem verlorenen zweiten Weltkrieg gerade die neu in der NS-Zeit erlernten Methoden des Zwanges und der totalen sozialen Kontrolle weiter gefragt waren. Der Zweck wurde freilich ein anderer, 'moralischer'. (...) Die 'Kontinuität' der Zweckorientierung in der Arbeitsverwaltung, die über die Wachstumsstrategie des AFG bis zur aktuellen Praxis der Privatisierung von Risiken festzustellen ist, ist insofern nicht gleichzusetzen mit einer 'Identität' der Zwecke (...)« (122).

Die Nachkriegskonjunktur ermöglicht wieder die Rückbesinnung auf die sozialpolitischen Postulate des AVAVG, ohne jedoch auf die bekannten und bewährten Kontroll- und Zwangsmittel gegenüber dem stets des Mißbrauchs, Simulantentums und der politischen Unzuverlässigkeit verdächtigen Arbeitslosen zu verzichten. Im Zuge der Notstandsgesetze fand 1968 auch die Möglichkeit der Arbeitsverpflichtung wieder Eingang in die Arbeitsmarktverfassung der Bundesrepublik.

Die Arbeit will zeigen, »daß die besonderen institutionellen Arrangements staatlicher Arbeitsförderungs politik in der Bundesrepublik und ihre besonderen politischen Inhalte den berechtigten Arbeitnehmeranspruch auf einen Arbeitsplatz und auf eine vollwertige Beschäftigung (§ 2 AFG) systematisch filtern, und zwar in der Weise, daß sie einen wirksamen Statusschutz nur kurzfristig, selektiv und ausnahmsweise gewähren, ihre Hauptleistung jedoch in der marktfiktiven Konditionierung, Individualisierung, Disziplinierung und sozialen Kontrolle der arbeitssuchenden wie der noch beschäftigten Arbeitnehmer besteht« (24). »Eine humane, staatlich-allgemeine Lösung (der sozialen Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik — W.E.) (...) ist durch die hoheitliche Struktur der Arbeitsverwaltung und den künstlichen, einzigartig die deutsche Geschichte sozialpolitischer Verwaltungsprogrammatisierung und -praxis durchziehenden Dualismus von Staat und Gesellschaft unmöglich.« (140)

Diese in der kritischen arbeitsmarktpolitischen Diskussion sicherlich anerkannten Thesen »des strukturell konservativen Charakters der institutionellen Regelungen« (26) sozialhistorisch vertieft und politisch-institutionell erklärt zu haben, ist das Hauptverdienst der Arbeit.

Die Analyse erklärt zugleich, warum die Einrichtungen der Arbeitsverwaltung trotz ihres einseitigen gesellschaftlichen Grundinhalts von Arbeitnehmern und Gewerkschaften toleriert und unterstützt werden. Staatlich-bürokratische Lenkung und individuelles Versicherungsprinzip »verhinder(n), daß das sozialstaatliche Institutionensystem im Konfliktfeld mit dem Arbeitgeber angesiedelt wird. Die Selbstverwaltung perpetuiert diese individuelle Illusion zur kollektiven Illusion gewerkschaftlicher Autonomie« (ibid.).

Dabei geht an keiner Stelle der Arbeit das Bewußtsein vom Doppelcharakter staatlicher Arbeitsverwaltung verloren: Legitimationserhalt über Sicherung der individuellen Reproduktion einerseits und Erhaltung des Warencharakters der Arbeitskraft andererseits (einschließlich der Erhaltung des individuellen Angebotszwanges und der Funktionsfähigkeit einer industriellen Reservearmee). Historisch gesehen tragen alle Strukturelemente der heutigen Arbeitsverwaltung folglich »den Doppelcharakter gleichzeitigen Fortschritts und Rückschritts« (30). Dies wird auch im Detail nachgezeichnet (passim).

Die Reformer des AFG von 1969 »vergaßen« die notwendige politisch-institutionelle Erneuerung. Die Arbeitsmarktpolitik auch unter dem AFG war daher nicht dagegen ge-

feit, daß in »Krisensituationen (...) den Ausgeschlossenen (...) Selbstverschulden attestiert, d.h. einer repressiven Ideologie nachgegeben« wurde (141). Die Entwicklung der herrschenden Linie der Arbeitsmarktpolitik, bis hin zu zwangsweiser Beschäftigungstherapie für arbeitslose Jugendliche, ist — in Abhängigkeit vom Krisenverlauf — vorgezeichnet (vgl. 141). Die Skizze einer Alternative bleibt unter dem Stichwort »andere Gewerkschaftspolitik« (142) dabei allerdings sicher zu einfach.

Ein Lehrstück deutscher Sozialpolitik! Eines, das die aktuelle arbeitsmarktpolitische Diskussion entscheidend bereichert. Wolfram Elsner (Bielefeld)

### *Humanisierung des Arbeitslebens (I)*

*Der politische Kampf um die »Humanisierungsmillionen«, der durch seine Lautstärke übertönte, daß es sich nur um einen kleinen Bruchteil des Haushaltes des Forschungs- und Technologieministeriums handelte (2%), war in der Öffentlichkeit kaum inhaltlich diskutierbar. Was mit den Geldern eigentlich erforscht wurde, wird jetzt teilweise überprüfbar durch die Herausgabe von 20 Bänden durch den Bundesminister. Das Projekt Automation und Qualifikation stellt (zus. mit einigen anderen Autoren) diese Veröffentlichungen in zwei Folgen vor und versucht am Ende zusammenfassende Thesen.*

**Auer, Peter, Boris Penth und Peter Tergeist (Hrsg.): Humanisierung der Arbeit zwischen Staat und Gewerkschaft. Ein internationaler Vergleich. Kongreßbericht des Internationalen Instituts für Vergleichende Gesellschaftsforschung, Wissenschaftszentrum Berlin. Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens«, Band 14. Campus Verlag 1981, Frankfurt/M.-New York (161 S., br., 24,— DM)**

In einem einleitenden Überblick über Perspektiven und Dimensionen internationaler Humanisierungspolitik fassen Auer, Penth und Tergeist, Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin, »Humanisierung der Arbeit« als einen sozialen Prozeß, bestimmt durch Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und Staat, in dessen Verlauf in allen Ländern eine Verschiebung stattgefunden habe von betrieblichen Einzelversuchen mit neuen Formen der Arbeitsorganisation und neuen Personalführungsmethoden, getragen von Unternehmern, hin zu einer kollektiven Sicherung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und von Mitspracherechten, getragen von den Gewerkschaften. Diese »fordern zwar generell menschenwürdigere Arbeitsplätze und auch die Abkehr von tayloristischen Produktionsprozessen. Sie haben jedoch wenig Interesse an betrieblichen Veränderungen, die anstatt einer Vereinheitlichung von Rechten deren Individualisierung und Zersplitterung bedeuten, die an manchen Stellen Tarifvertragsrechte durchbrechen und das traditionelle Handlungsgefüge auf Betriebsebene stören z.B. in Lohn- und Qualifikationsfragen« (16). Auer, Penth und Tergeist sehen eine Kluft zwischen dem engen Ansatz der staatlichen Humanisierungspolitik und dem, was sie mit Berufung auf Otto Ullrich und Ivan Illich als »Krise der industriellen Kultur« bezeichnen. Darunter verstehen sie ein ganzes Bündel von Veränderungen: Verlust von Arbeitsidentität, zwanghafte Konsumentenhaltung, Umweltzerstörung, Abdrängen von Teilen der Gesellschaft in Subkulturen, Anwachsen von Gruppen, die sich aktiv nach dem Motto »anders arbeiten, anders leben« verweigern. Eine veränderte Humanisierungspolitik müsse einen Prozeß einleiten, »der die Beherrschung des Menschen durch automatisierte Maschinerie zurückdrängt, also eine qualitative Neubestimmung der Produktions- und Lebensweise« (23). Dazu müsse das Ziel nicht nur Persönlichkeitsentfaltung in der Arbeit sein, »sondern auch ... Erlangung eines Bewußtseins über die Konsequenzen, die mit den Arbeitsprodukten zusammenhängen« (23). Das Modell dafür sei die alternative Produktplanung bei Lucas Aerospace; Mike Cooley gibt darüber in diesem Band einen Bericht.

Frieder Naschold, der Direktor des Internationalen Instituts für Vergleichende Gesellschaftsforschung, begreift Humanisierungspolitik als »sozialpolitische 'Abfederung'« (27) der sozialen Folgewirkungen der von der sozialdemokratischen Regierungspolitik forcierten Modernisierung der Volkswirtschaft. Das labile Kompromißgleichgewicht zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und Staat, das diese Politik getragen habe, drohe auseinanderzubrechen, da sich für die Gewerkschaften herausgestellt habe, daß viele Humanisierungsprogramme nur Rationalisierungsprogramme seien. Auch Naschold plädiert deshalb für eine strategische Weiterentwicklung der Humanisierungspolitik. Zum einen müsse die soziale Kontrolle der Technologieentwicklung viel tiefer ansetzen als bisher; man müsse »eine neue offensiv geführte ordnungspolitische Debatte ... eröffnen, die die Gestaltungsmöglichkeiten einer sozial orientierten Technologiepolitik aufzeigt« (32). Zum anderen müsse die Humanisierungspolitik über den Betrieb hinaus in den gesellschaftlichen Raum hinausgetragen werden durch Ausweitung betrieblicher Projekte auf Branchenebene (was bereits läuft), durch Regionalisierung der sozial orientierten Technologiepolitik und Abstimmung der regionalen Folgewirkungen (auch hierzu gibt es Ansätze), dadurch, daß anlagen- und betriebspezifische Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen ausgeweitet werden auf »staatlich und gewerkschaftlich organisierte und kontrollierte Qualifikationsprozesse, die zu verallgemeinerungsfähigen und transferierbaren Qualifikationen führen. Perspektivisch bedeutet dies, die Trennung von lernarmen und eher dequalifizierenden Arbeitstätigkeiten im Betrieb und lernintensiven, jedoch produktionsfernen Arbeitstätigkeiten in der 'Schule' zu überwinden« (33). Und schließlich sei ein Formwandel der staatlichen Humanisierungspolitik notwendig. Dazu müßten die Gewerkschaften die »neuen gesellschaftlichen und politischen Formationen« (34), wie Ökologie- und Frauenbewegung, arbeitslose Jugendliche in die Arbeiterbewegung einbeziehen. Außerdem plädiert er gegen die Abgehobenheit staatlicher Politik für die »Erweiterung der Entscheidungsstrukturen, insbesondere durch den Ausbau betrieblicher, lokaler und regionaler Verhandlungssysteme in relativer Autonomie zu hoheitlicher Staatsverwaltung und korporativistischen Verbundsystemen« (35).

Volker Hauff, der damalige Bundesminister für Forschung und Technologie, skizziert die Umrisse einer Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Staat. Das Hauptziel staatlicher Technologiepolitik sei die Sicherung der Vollbeschäftigung. Die Gewerkschaften hätten dagegen im Rahmen dieser Politik die Beschäftigten vor negativen Auswirkungen zu schützen und die gefundenen Erkenntnisse auf breiter Front in die Praxis umzusetzen, v.a. durch tarifvertragliche Regelungen. »Wenn beispielsweise Projektziele der Arbeitserweiterung und -bereicherung tatsächlich erreicht werden sollen, erfordert das regelmäßig eine Verbesserung der Qualifikation der betroffenen Beschäftigten. Ein solcher Qualifikationsgewinn wiederum muß im Interesse der Beschäftigten seine tarifliche Absicherung finden.« (41)

Auf einen kritischen Bericht von Olle Hammerström und Birger Viklund über die schwedischen Reformen folgt ein ausgezeichnete Beitrag von Matteo Rollier, Mitarbeiter des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts der italienischen CGIL-Gewerkschaft. Eine staatliche Strategie zur Veränderung der Arbeitsorganisation gibt es in Italien nicht. Sie bildet jedoch ein Zentrum der Gewerkschaftspolitik. Die Hauptaufgabe bestehe darin, den Weg aus der Fabrik herauszufinden, ohne im Bürokratismus zu landen. Dazu müsse die Veränderung der Arbeitsorganisation integriert werden in Pläne zur Restrukturierung von Firmen und Firmengruppen und in die sektorale Planung. »Die Arbeiterbewegung muß ihre eigenen 'Planungsfähigkeiten' entwickeln, die auf der Erfahrung in den Gruppen der betroffenen Arbeiter basiert« (61). Ausgangspunkt müsse dabei sein, daß die Unternehmer Kontrollen über den Produktionsprozeß auszuüben versuchen, »die aber tendenziell im Widerspruch zur notwendigen Flexibilität und Produktivität stehen« (61). Denn die neuen Technologien seien äußerst störanfällig und be-

dürften deshalb der umfassenden Kontrolle durch die Arbeiter. Die Antwort der Arbeiterbewegung sei »die einer wirklichen Beachtung und optimalen Nutzung sämtlicher Ressourcen: eine Antwort der Produktivität. Es geht hier um einen Vorschlag, der neue Methoden für die Organisation der kollektiven Arbeit enthält, indem alle Möglichkeiten, die die neuen Technologien bieten, zugunsten der Autonomie der Gruppen eingesetzt werden und man den Produktionszyklus so organisiert, daß er zu einem Interaktionssystem von Arbeitergruppen wird, die an der Verantwortung für die Gesamtheit der Organisation teilhaben« (60).

Für ausgezeichnet halte ich den Beitrag deshalb, weil hier der vorhandenen Technologieentwicklung nicht — wie in den vom Wissenschaftszentrum propagierten Konzepten — eine ganz andere Technikentwicklung entgegengesetzt werden soll; Rollier fragt vielmehr danach, wo in den laufenden Entwicklungen bereits Stützpunkte für alternative Strategien zu finden sind. Das hat den Vorzug, daß die unter dem ungeheuren Druck der Kapitalverwertung ablaufenden Entwicklungen nicht zugunsten ganz anderer Alternativen faktisch dem Selbstlauf überlassen werden, daß also die technische Entwicklung nicht von außen, sondern von innen her angegriffen wird, indem sie in ihre eigenen Widersprüche verwickelt wird. Erst die Kombination dieser beiden Strategien scheint mir erfolgversprechend zu sein.

In einem zweiten Teil enthält der Band Berichte aus den Arbeitsgruppen der Tagung: über Humanisierung der Arbeit und Krise, über Modelle der Überwindung tayloristischer Arbeitsorganisationen, über Modelle sozialorientierter Technologiepolitik und über gewerkschaftliche Mitwirkung bei Humanisierungs-Programmen. Der dritte Teil ist ein Vergleich internationaler Strategien zur »Humanisierung der Arbeit« (von Auer, Penth und Tergeist) in der Art eines Handbuchs. Der Vergleich umfaßt die Länder Bundesrepublik, Schweden, Norwegen, Frankreich, Italien, Großbritannien und die USA. Für jedes Land wird berichtet über Grundzüge der Humanisierungspolitik, Arbeitsschutz, Arbeitsorganisation, gewerkschaftliche Mitwirkung, über den sozioökonomischen Entstehungszusammenhang von Humanisierung, über das Verhältnis von Staat und Sozialparteien, das System der industriellen Beziehungen und die gewerkschaftliche Einschätzung der staatlichen Humanisierungspolitik. Rolf Nemitz (Berlin/West)

**Gruppenarbeit in der Motorenmontage. Ein Vergleich von Arbeitsstrukturen. Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens« Band 3. Frankfurt/M.-New York: Campus Verlag 1980 (132 S., br., 19,— DM)**

Es handelt sich um den Abschlußbericht eines der — auch international — bedeutendsten Forschungsprojekte über die Einführung teilautonomer Gruppenarbeit, das aus der Staatskasse zu 75% mit über neun Millionen DM für drei Jahre (1975-1977) finanziert wurde (60). Die Volkswagen AG (Betrieb Salzgitter) hatte den Antrag gestellt, als die wirtschaftliche Krise des Konzerns (1974/75) auf dem Höhepunkt angelangt war; die gesamte Fahrzeugmontage in dem Betrieb Salzgitter wurde aufgelöst, viele Arbeiter wurden entlassen, die verbleibende Motorenmontage sollte mechanisiert und rationalisiert werden (23; 60). Die Unternehmensleitung wollte nun mit den Mitteln eines Forschungsprojekts technisch und organisatorisch einrichten und erproben, welche Arbeitsstrukturen zu vorhandenen bzw. neuen Montagesystemen am besten passen und welche Verbesserungen erreicht werden können, oder ob besser eine gänzlich andere Alternative, nämlich teilautonome Gruppenarbeit, gewählt werden sollte, welche Auswirkungen die Strukturen auf das soziale Verhalten der Arbeiter haben. Für die wissenschaftliche Begleitforschung wurden das Institut für Arbeitswissenschaften der TH Darmstadt (Leitung: W. Rohmert) und der Lehrstuhl für Arbeits- und Betriebspsychologie der ETH Zürich (Leitung: E. Ulich) engagiert. Der Betriebsrat wurde erst beteiligt als über die Planungen und zu verfolgenden Forschungsfragen bereits entschieden war.



Welche Ergebnisse hat das Projekt gebracht? Hat es die in es gesetzten Erwartungen erfüllt und die aufgewandten Millionen gelohnt? Blickt man am Ende der Lektüre zurück, so wird man den Verdacht nicht los, daß es der Unternehmensleitung im Grunde nur um einen Beitrag zur Sanierung ihres angeschlagenen Konzerns ging, während der Betriebsrat darauf drängte, die Gruppenarbeit zu realisieren, um damit humanere Arbeitsbedingungen in der Montage zu erreichen (34). Der im Projektverlauf unüberbrückbare Konflikt um die Lohnstufungen, um die Einordnung der Gruppen in die Betriebshierarchie und um die Respektierung der Vertretungsrechte des Betriebsrates führten schon früh zum Scheitern des ursprünglichen Konzepts teilautonomer Gruppenarbeit (25; 31-34; 61; 107ff.). Dies wiederum führte zu Konflikten mit den Instituten der Begleitforschung. Der Abschlußbericht zerfällt daher in vier nur aneinandergereihte Teile; es gibt viele Hinweise, aber keine eingehende Analyse der Konfliktkonstellationen — die für weitere Projekte dieser Art sehr nützlich wäre. Prüfen wir daher die Einzelberichte:

Die Unternehmensleitung kommt zu dem Ergebnis: »Für die Massenproduktion gibt es nach unserer Erkenntnis gegenwärtig keine betriebswirtschaftlich vertretbare Alternative zur Transfermontage (sie ist eine hochmechanisierte Variante des konventionellen Fließbandes; G.Z.). Bei Kleinserien ist jedoch die Anwendung der Gruppenmontage möglich« (49). Die betriebswirtschaftliche Untersuchung hatte ergeben, daß die Fertigungskosten pro Motor bei der Gruppenmontage bei 250%, bei der Transfermontage nur bei 60% gegenüber der konventionellen Plattenbandmontage (= 100%) lagen. Ursache für diese erheblichen Differenzen sind hauptsächlich die unterschiedlichen Lohnstufungen gemäß den Kriterien des Tarifvertrages: Die Bezahlung einzelner Handgriffe ist für die Unternehmer billiger als die komplette Montage eines Motors durch einen Arbeiter; Gruppenarbeit wird daher keine Perspektive haben.

Der Betriebsrat muß ein wichtiges strategisches Versäumnis eingestehen: »Alle das Projekt betreffenden Fragen (...) hätten ... bereits zu Beginn des Projekts in Form einer zwischen VW AG und Betriebsrat abzuschließenden Betriebsvereinbarung geklärt werden müssen« (66). Folgeschwerer aber für alle Gewerkschafter und Arbeiter, die um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfen, ist es, daß der Betriebsrat »eine Fülle von Erfahrungen sammeln und eine Reihe von Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit (hat) ziehen können« (66), ohne diese auch nur mit einigen Sätzen dem Leser mitzuteilen.

Die ergonomischen Untersuchungen (von W. Rohmert) handeln von Greifräumen, Körperstellung, Beinfreiheit, Sichtverhältnissen, Bewegungsfrequenzen, Arbeitshöhen, Klima, Lärm usw. und zeigen, daß für die physische Erträglichkeit von Montagearbeiten viel getan werden kann, damit es nicht zu »arbeitsbedingten Schädigungen des Menschen« (74) zu kommen braucht. Äußerst fragwürdig wird die Untersuchung aber da, wo organisatorische, soziale und qualifikatorische Anforderungen in gleicher Weise in Anforderungsprofilen quantifiziert werden wie physiologische und physikalische. Unter »den Randbedingungen der Humanität und Wirtschaftlichkeit« (75) ist das Resultat dann: »Der Vergleich der Anforderungsprofile macht unmittelbar deutlich, daß die aus der Gruppenmontage resultierenden Anforderungen die der Transfermontage überwiegen« (84/85). Anschließend festzustellen, sozusagen als Zugeständnis an den Betriebsrat und die Arbeiter: »Der Zielbereich Humanität wird am besten von der teilautonomen Gruppenarbeit abgedeckt« (93), ist wirkungslos. Denn wer will schon die Arbeiter dauernd höheren Anforderungen aussetzen? Daß die Arbeiter »mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen innerhalb überraschend kurzer Zeit einen bemerkenswerten Sprung in den qualifikatorischen Anforderungen bewältigen konnten« (125), kann mit dem hier zugrundeliegenden Wissenschaftskonzept nicht nur nicht erfaßt werden, sondern im Gegenteil: es liefert eher Argumente zur Verhinderung einer Entwicklung der Arbeiter.

Im arbeits- und betriebspsychologischen Berichtsteil (von E. Ulich) wird die Gruppenarbeit und die Entwicklung der einzelnen Arbeiter in der Gruppe unter dem Aspekt der Arbeitszufriedenheit behandelt. Eine eindeutige Zunahme der Arbeitszufriedenheit bei Gruppenarbeit konnte nicht gefunden werden; der Autor kommt zu dem Schluß, »daß sich die tatsächlichen Auswirkungen derartiger Maßnahmen eher in qualitativen als in quantitativen Veränderungen der Arbeitszufriedenheit äußern« (117). Aber wie? Darüber erfährt der Leser gar nichts. Von Tomaszewski bezieht Ulich die »Konzeption des Menschen als eines autonomen Subjekts«; von Rubinstein die Einsicht, daß »die Arbeit 'das wichtigste Mittel der Formung der Persönlichkeit' (ist)« und von Fricke den Hinweis, daß auch im Arbeitsprozeß selbst zusätzliche Qualifikationen erworben werden können (103). Ausgangs- und Endpunkt seines Untersuchungsansatzes ist also der autonome Arbeiter. Gruppenarbeit bietet dafür andere Bedingungen als z.B. Fließbandarbeit. Welche Begrifflichkeit verwendet er, um diese Differenz herauszubekommen? Er nennt: »sozialer Kontakt«, »soziale Handlungskompetenz« und »soziales Lernen« (104-105). Diese Begriffe sind so allgemein, daß konkrete Unterschiede im Hinblick auf die Entwicklung der Persönlichkeit in der Gruppe kaum erfaßt werden können: z.B. wie der einzelne mit den anderen an der Bewältigung einer Aufgabe arbeitet, wie er auf andere angewiesen ist, was von ihm für andere abhängt, ob seine Zusammenarbeit mit den anderen hierarchisch strukturiert oder gleichberechtigt ist usw. — Das herausgestellte positive Ergebnis, daß die Arbeiter sprunghaft sich qualifiziert haben (125), hat mit der Gruppenarbeit praktisch nichts zu tun, sondern ist eher im Gegenteil ihrem Scheitern verdankt, insofern ein Mann immer einen Motor komplett montierte und es eine selbst-regulierte Aufteilung der Arbeiten gab.

Gerhard Zimmer (Berlin/West)

**Entkoppelung von Fließarbeit. Techniken in der teilautomatisierten Montage. Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens« Band 2. Frankfurt/M.-New York: Campus Verlag 1980 (248 S., 202 Abb., br., 44,— DM)**

»Entkoppelung von Fließarbeit« meint nicht so sehr eine Abkehr bei Montagearbeiten vom Fließband, das Arbeiter aneinanderkettet und in einen starren Takt zwingt, und Rückkehr zu einer eher werkstattmäßigen Arbeitsorganisation, sondern eine primär betriebswirtschaftliche Notwendigkeit, die aus der Automatisierung einiger Abschnitte einer Fließbandmontage entstehen. Es stellt sich hier nämlich das Problem, die kontinuierlich, ohne Unterbrechung und Ermüdung funktionierenden Automaten und die menschlichen Lückenbüßer, die Pausen benötigen, ermüden, Fehlgriffe tun können, mal schneller und mal langsamer arbeiten, so zusammen zu koppeln, daß die Automaten nie stille stehen oder leer laufen und am Ende ein kontinuierlicher Ausstoß an Produkten herauskommt. In dem vorliegenden Abschlußbericht eines zweijährigen Humanisierungsprojekts (1974-1976), das in einem Montagewerk (Zündverteiler) der Robert Bosch GmbH durchgeführt wurde, wird von der praktischen Entwicklung und Erprobung einer technischen, arbeitsorganisatorischen und ergonomischen Lösung berichtet. An Forschungen beteiligt waren für den Bereich Ergonomie das Institut für Arbeitswissenschaft der TH Darmstadt (Leitung: W. Rohmert) und für den betriebswirtschaftlichen Teil das Institut für Produktionstechnik und Automatisierung in Stuttgart (Leitung: H.-J. Warnecke).

Vor allem durch drei Maßnahmen ist die »Entkoppelung« erreicht worden: 1. Zwischen die Automaten und die Arbeitsplätze wurden sogenannte Puffer (= Zwischenlagerplätze) gebaut, durch die bis zu einem gewissen Grade die Schwankungen der menschlichen Arbeitsleistung aufgefangen werden. 2. Die Arbeitsplätze sind ergonomisch so gestaltet worden, daß einseitige Muskelbeanspruchungen, Überschreitungen von Belastungsgrenzwerten, frühzeitige Ermüdungen usw. weitgehend ausgeschlossen sind. 3. Es wurden Anlernarbeitsplätze in die Montagelinie integriert, an denen die Tä-

tigkeiten in 4-6 Wochen gelernt und geübt werden können, bis das vorgegebene Leistungsniveau erreicht ist, ohne daß die Produktivität der Montagelinie beeinträchtigt wird. An diesen Arbeitsplätzen arbeiten ausschließlich Frauen. Zweifellos sind die Arbeitsbedingungen verändert worden: sie tun nicht mehr nur wenige Handgriffe, wechseln die Plätze untereinander, sitzen oder stehen an gut gestalteten Arbeitsplätzen und sie sind auch nicht mehr in ihren Tätigkeiten starr aneinandergelockert. Aber von allen anderen Arbeiten, die um die Montagelinie herum gelagert sind, sind sie getrennt; es sind Arbeiten, die traditionell von Männern gemacht werden: Einrichten, Kontrollieren, Fehler beseitigen, Nachjustieren, Störungen beheben, Instandsetzen usw. An keiner Stelle des Berichts wird auch nur angedeutet, daß ein Einreißen dieser Grenzen vorgesehen ist oder gar, wenn auch nur spontan, stattfindet. Im Gegenteil: die Beibehaltung der Trennung wird stillschweigend von allen unterstellt. Gerhard Zimmer (Berlin/West)

**Hoppmann, Klaus, und Berthold Strötzel: Demokratie am Arbeitsplatz. Ein Modellversuch zur Mitwirkung von Arbeitnehmern an betrieblichen Entscheidungsprozessen (Opel Hoppmann, Siegen). Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens« Band 20. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1981 (195 S., Abb., br., 28,— DM)**

Die Autoren (der ehemalige Firmeneigentümer und ein Psychologie-Professor) verstehen ihr Buch als Vorschlag für Betriebspraktiker. Ihre Bemühungen wollen der »Demokratie am Arbeitsplatz« zum »praktischen Leben verhelfen« (14). Ihr Gegenstand: Vorgeschichte, Ablauf und Ergebnisse eines 1974-1978 durch das BMFT im Rahmen des Humanisierungsprogramms geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekts »Mitwirkung von Arbeitsgruppen am betrieblichen Entscheidungsprozeß«. Das Projekt beinhaltet mehrere Befragungen von Arbeiter(innen) über ihre Einstellung zur eingeführten Mitbestimmung und vor allem betriebliche Bildungsarbeit in insgesamt 33 ein- bis fünftägigen Seminaren (1976-78) für die unterschiedlichen Gruppen im Betrieb. Diese mündete schließlich in ein »Handbuch für die betriebliche Gruppenarbeit«.

Die Vorgeschichte ist ein spannendes Exempel für die besonderen Durchsetzungsformen von Humanisierungsmaßnahmen, die mit ökonomischen Notwendigkeiten einhergehen, aber zunächst einmal von außerökonomischen Anstößen bedingt scheinen. Nachvollziehbar wird, wie die Durchsetzung solcher Maßnahmen vom konkreten Handeln von Unternehmerindividuen abhängt.

Die Vorgeschichte: Nach dem Tod des Vaters bekommt der Sohn Ende der fünfziger Jahre »plötzlich und ohne Übergang« den Betrieb übertragen, »Weisungsbefugnis über Mitarbeiter«, Alleinbestimmung über die Verwendung des Gewinns, Verfügung über das gesamte Firmenvermögen usw. war ihm »durch Erbgang zugefallen, ohne die geringste Vorleistung« (19). »Es wurde mir bewußt, daß diese Privilegien nicht selbstverständlich waren, aber es ging mir auch auf, daß ich mit den neuen Vorrechten zugleich eine besondere Verantwortung übernommen hatte. Zu dieser Zeit hatte ich verschiedene Gelegenheiten, mich in einem Evangelischen Sozialeseminar und in der Evangelischen Sozialakademie Friedewald mit engagierten Sozialisten und Christen über gesellschaftspolitische Fragen auseinanderzusetzen.« So heißt es in der persönlichen Begründung des Unternehmersohns für die nachfolgenden Veränderungen (19). Anregungen erhielt er auch von G. Brakelmann, damals Studentenpfarrer in Siegen, heute Professor für Evangelische Sozialethik in Bochum und Mitglied der Grundwertekommission der SPD (19). Die Geschichte der Veränderungen beginnt mit der Einführung einer Erfolgsbeteiligung (1961), unter Beratung der Arbeitsgemeinschaft für Partnerschaft in der Wirtschaft (APG), setzt sich fort über ein erstes Mitarbeiterseminar zum Thema Beteiligung (1967), das anläßlich der Unzufriedenheit der Arbeitenden mit dem vorhandenen Beteiligungsmodell organisiert wurde, über eine Betriebsvereinbarung zur Mitbestimmung und die paritätische Besetzung des Wirtschaftsausschusses (1973), die Umwandlung der Firma in

eine GmbH (1973) und führt schließlich zu einer Übertragung der Anteile am Firmenvermögen durch den Hauptgesellschafter an die Stiftung »Demokratie im Alltag« (1974).

Das Modell einfach nur als optimales Modell zur Integration der Lohnabhängigen in den Betrieb zu begreifen, wäre wohl ebenso verfehlt, wie die Vorstellung, daß eine Verallgemeinerung solcher »Demokratisierung am Arbeitsplatz« die Demokratisierung der Gesellschaft begründet, wie sie die Ausführungen Brakelmanns am Ende des Buches nahelegen (vgl. 188f.). Das Modell der »Demokratie am Arbeitsplatz« tangiert die Verhältnisse der privaten Produktion nicht, tangiert auch nicht die Frage, was produziert wird. Die Mitbestimmung der Arbeiter und ihre Fortbildung in den Seminaren bewegt sich im vorgegebenen Rahmen, wobei einige Erschütterungen des Rahmens nicht auszuschließen sind. Die Grenzen werden in verschiedenen empirischen Befunden deutlich, ihre progressive (theoretische) Verarbeitung ist nicht das Interesse der Studie.

Unter »Demokratie am Arbeitsplatz« verstehen die Autoren »alle, auch scheinbar nur geringfügigen Versuche, die Betroffenen an der Gestaltung ihrer Lebensumstände zu beteiligen« (13). Wer beteiligt wen? Diese Frage läßt sich durch das ganze Buch hindurch verfolgen. Die Probleme einer Demokratisierung von oben, die Maßnahmen zur Erziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen (speziell dazu 91f., 179f.), die Bemühungen um eine offenbar sehr schwierige Umerziehung von Vorgesetzten zu einem »partnerschaftlichen« Verhalten, können plastisch verfolgt werden. Ich denke, sie sind auch lehrreich für eine Praxis der Demokratisierung von unten. Auch dürften für eine gewerkschaftliche Politik im Betrieb Anregungen zu gewinnen sein, wie »Mitbestimmung am Arbeitsplatz«, Mitbestimmung von Arbeitsgruppen nicht unbedingt einer gewerkschaftlichen Politik im Betrieb und einer offensiven Politik des Betriebsrates widersprechen müssen. In der von oben eingeleiteten Praxis der Mitbestimmung von Arbeitsgruppen und Abteilungen stecken Widersprüche, Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitenden, die mit einer gewerkschaftlichen Politik verbunden werden können.

Die Anstrengung wird wohl auch auf die Abwendung von sozialtechnischen und integrativen Lösungen gerichtet werden müssen, wie sie u.a. in den Bildungsseminaren und dem daraus entstandenen Handbuch für Gruppenarbeit (das in Auszügen abgedruckt ist) enthalten sind. Dort finden sich Vorschläge für den Umgang mit Konflikten: In Konflikten vermischten sich »Beziehungskonflikte«, d.h. Konflikte, die »auf einen Mangel an gegenseitiger Anerkennung zurückgehen« (149), und »Inhaltskonflikte«, die auf gegensätzlichen Interessen und unterschiedlicher Bewertung beruhen wie z.B. Tarifkonflikte, betriebliche Notwendigkeit von Überstunden (149). Meistens würden sich beide Spannungsursachen vermischen. Der praktische Vorschlag lautet für diese Fälle: »Hat ein Konflikt beide Ursachen, dann muß zuerst der Beziehungskonflikt bereinigt werden...« (149)

Über die Bearbeitung gegensätzlicher Interessen erfahren wir wenig, außer zum Beispiel, daß Konflikte auf die wesentlichen Punkte reduziert werden sollen und dann versucht werden soll, »über diese Punkte dann Übereinkommen zu erzielen« (150). Wie der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen Privatem und Gesellschaftlichem, der über das Mitbestimmungsmodell und die Umwandlung der Eigentumsform nicht aufgehoben, sondern quasi in die Individuen hineinverlagert wird, offensiv ausgetragen werden kann, bleibt aus den Überlegungen und Bildungsseminaren ausgeklammert.

Silke Wenk (Berlin/West)

**Bartölke, Klaus, u.a.: Konfliktfeld Arbeitsbewertung. Grundprobleme und Einführungspraxis. Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens« Band 19. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1981 (120 S., 26 Abb., 7 Zeichnungen, br., 20,—DM)**

Lohnfragen sind Interessen- und Machtfragen. Dies zu verdeutlichen, dokumentieren die Autoren den gescheiterten Versuch, in eine öffentlich-rechtliche Institution mit ca.

4000 Arbeitenden die analytische Arbeitsbewertung einzuführen. Ihre Beobachtungen und Befragungen erstrecken sich auf einen Zeitraum von 4 Jahren. Die aktuelle Bedeutung ihrer Arbeit sehen sie durch zwei widersprüchliche Bewegungen gegeben: Im Verwaltungsbereich und im öffentlichen Dienst werde zunehmend analytische Arbeitsbewertung eingesetzt, bzw. versucht, dies zu tun. Im Widerspruch dazu gebe es Anzeichen, daß Unternehmer und Gewerkschaften von der analytischen Arbeitsbewertung abrücken, »weil sie zu wenig anpassungsfähig und ungeeignet ist, die wachsenden Rationalisierungsbemühungen und ihre Folgen zu bewältigen« (11).

Was aber hat Arbeitsbewertung mit Humanisierung zu tun? Humanisierung bedeutet für die Autoren auch Mitbestimmungsmöglichkeit bei Entscheidungen, die die eigenen Arbeitsbedingungen betreffen. Wenn Arbeitsbewertung nicht neutral und objektiv ist, müssen die Betroffenen die Interessengebundenheit durchschauen und an den Entscheidungsprozessen sich beteiligen können. Soweit die Antwort der Autoren. Darüber hinaus scheint mir wichtig, daß die Arbeitenden sich über die Lohnform und -höhe mit ihren bestehenden Arbeitsbedingungen verbinden. Oft genug hat die Lohnform eine konservierende Funktion, wenn beispielsweise außergewöhnliche, schädigende Belastungen besonders hoch vergütet werden.

Die Studie gliedert sich in zwei Teile. Im ersten werden die Hauptverfahren der Arbeitsbewertung (summarische und analytische) in ihren einzelnen Schritten beschrieben.

Grundlegend wird mit dem interessierten Vorurteil der Wissenschaftlichkeit dieser Verfahren aufgeräumt: Der Versuch, einen notwendigen, objektiven Zusammenhang zwischen einer konkreten Arbeitsschwierigkeit und einer konkreten Lohnhöhe herzustellen, muß daran scheitern, daß die Löhne als Preise für den Wert der Ware Arbeitskraft auch durch die Kämpfe der Arbeitenden bestimmt werden. An die Stelle des wissenschaftlichen Nachweises tritt unkontrollierbares Schätzen, Gewichten, Bewerten. Arbeitsbewertungssysteme haben die Funktion, den Arbeitenden das Gefühl zu vermitteln, »ihre Bezahlung sei gerecht« (120), indem sie innerbetriebliche Lohnunterschiede rechtfertigen. Lehrreich dann der zweite Teil, der den Lernprozeß der verhandelnden Parteien in der untersuchten Institution dokumentiert: Von dem anfänglichen Vertrauen in die Objektivität des Verfahrens, wie sie durch einen Unternehmensberater produziert wird, über die Erkenntnis der Interessengebundenheit der Einstufungen, Gewichtungen und Bewertungen von Arbeitsplätzen (»Ist das, was wir hier machen, nicht eigentlich Tarifpolitik? ... Offensichtlich hilft die Arbeitsbewertung nicht weiter, sondern ist lediglich dazu geeignet, das gewünschte Ergebnis vorwegzunehmen.« [83]) und über die Nutzung der Arbeitsbewertung als Instrument der Interessendurchsetzung bis zum Abbruch der Verhandlungen. Fazit eines Personalratsmitgliedes: »Das Verfahren ist an uns gescheitert, nicht wir am Verfahren.« (117)

Ihren Anspruch, verständliche Informationen über die Wirkungsweise der Arbeitsbewertung und praktische Hinweise auf mögliche Fallen und Gefahren für die betrieblichen und gewerkschaftlichen Praktiker zu liefern, haben die Autoren eingelöst. Zwei Probleme möchte ich festhalten: Das Interesse der Autoren beschränkt sich auf die Verhandlungen zwischen Personalrat und Geschäftsleitung auf die Arbeit in der Fachkommission. Die Sicht »von unten« fehlt nahezu völlig, so daß Eingriffsmöglichkeiten der Betroffenen und Möglichkeiten zu einer gemeinsamen Politik nicht untersucht werden. Weiter legen die Autoren keinen Wert auf die politische Dynamik, die bei der Einführung der Arbeitsbewertung entfesselt werden kann. Denn durch die Arbeitsbewertung wird nicht nur über die Lohnhöhe entschieden, sondern vor allem auch darüber, was überhaupt als Arbeit in Ausbeutungsverhältnissen Anerkennung findet. Denkbar, daß die Arbeitenden diese Dynamik nutzen, um im Bewußtsein des Stellenwertes ihrer Arbeit die Frontlinie gegenüber den Unternehmern ein Stück weit hinauszuschieben. Wie sehr das Interesse an einer »gerechten« Entlohnung dabei fesseln kann, daß Lohnarbeit

und Humanisierung notwendig in einen Gegensatz geraten, zeigt eine Episode, in der ein Mitglied der Geschäftsleitung (!) darauf stößt, daß »Verantwortung« ein Privileg sei, das nicht auch noch durch mehr Geld zu belohnen sei: »... ein jeder strebt ein höchstes Maß an Verantwortung an, weil sie als Lustgewinn gilt« (70). Deswegen dürfe »Verantwortung« nicht als Anforderung in die Arbeitsbewertung aufgenommen werden. Was vom Standpunkt der Entwicklung als Chance wahrgenommen wird, muß unter Entlohnungsgesichtspunkt als besondere Last reklamiert werden. Dieser Widerspruch wurde freigelegt, der Personalrat bricht die Diskussion wegen »Realitätsferne« ab, es handele sich um ein »gesellschaftspolitisches Problem...«, das in dieser Organisation nicht gelöst werden könne« (70).

Die Autoren — neben Klaus Bartölke sind das Otto Foit, Jürgen Gohl, Ekkehard Kappler, Hans-Gerd Ridder und Ulrich Schumann — arbeiten an der Gesamthochschule Wuppertal, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften.

Eine stärker theoretisch orientierte Darstellung von denselben Autoren ist unter dem folgenden Titel erschienen: Untersuchung der Einführung von Arbeitsbewertung im Hinblick auf eine humane Arbeitsgestaltung (HA 80-45), Karlsruhe 1980.

Thomas Waldhubel (Berlin/West)

**Schulte, Bernd, und Helmut Lauruschkat (Hrsg.): Handbuch technischer Arbeitshilfen. Institut für Arbeitswissenschaft der Technischen Universität Berlin. Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens« Band 9. VDI-Verlag, Düsseldorf 1980 (222 S., kart., 161 Bilder, 16 Tabellen, 43,—DM)**

»Gestaltung menschengerechter Arbeitsbedingungen« — darauf richten sich Ansprüche und Hoffnungen. Technische Arbeitshilfen sind hier gewiß ein Mittel, das die Lösung näher bringt. In einem Feld, das von Kapital- und Arbeiterinteressen widersprüchlich bestimmt ist, gibt es jedoch keine einfachen Lösungen. Schon die Sprache verweigert eindeutige Auskunft. Was sind denn Arbeitshilfen? Helfen sie den Arbeitern, den Unternehmern, die die Arbeit veranstalten oder gar der Arbeit selber?

Das vorliegende Handbuch verdient diesen Namen nicht nur wegen der sorgfältigen Klassifikation unterschiedlichster technischer Hilfen (von der Gabel beim Schneeschlagen bis zum Elektroquirl), sondern auch als Lehrbuch für den Widerspruch, in den Arbeit eingebunden ist. Nehmen wir zunächst die Begriffsbestimmung: »Technische Arbeitshilfen sind in der Arbeitswelt notwendige Mittel, produktiv sein zu können und sich Arbeitserleichterungen zu schaffen. Der ökonomische Wert kommt im wesentlichen durch seine Einflußnahme auf die Arbeitsproduktivität manueller Arbeit ohne nennenswerte Investition zum Tragen. Die Grenze ihres wirtschaftlichen Einsatzes wird als 'arbeitstechnischer Sättigungsgrad' bezeichnet« (212). Die Festigkeit in der Formulierung vermag die Unsicherheit über den Gegenstand kaum zu verdecken. In welchem Verhältnis steht Produktivität zur Arbeitserleichterung? Sicher nicht in einem schlicht additiven, wie das Zitat uns glauben machen will. Wieso braucht man keine »nennenswerten Investitionen«? Wird hier der Begriff »Hilfe« in seiner Bedeutung des Behelfsmäßigen gefaßt? Und warum ist schließlich der »wirtschaftliche« Einsatz Maßstab für einen »technischen Sättigungsgrad«? Profitlichkeit und Humanität wenigstens in Worten zusammenzubringen ist so auch der Inhalt der »theoretischen Grundlagen«, die als »Denkinstrumentarium für eine planmäßige Entwicklung von Arbeitshilfen« gedacht sind (213). Die praktische Durchführung schafft klarere Verhältnisse. Es geht um die 7 bis 8 Millionen Handarbeitsplätze (oder solche mit geringem Mechanisierungsgrad), deren Abschaffung »vorläufig unrentabel« ist. Sie sollen nach einer Werteskala »gestaltet« werden, die sich orientiert an »Arbeitsproduktivität, Wirtschaftlichkeit und Rentabilität« (4).

Denkt man (hier der Unternehmer) nicht in Maschinenstunden, ein Denken, das ihn

zur Beibehaltung von Handarbeitsplätzen bei kleinen Losgrößen bewegen könnte, sondern in Kosten pro Arbeitsplatz (Raum, Licht und Werkzeuge, Aufsicht zusätzlich zu Lohn), so wird einsichtig, daß jede noch so kleine Investition schnell zu Produktivitätserhöhungen führt. Anschaulich wird vorgeführt wie »man« z.B. mit wenig Geld (Einsatz eines kleinen Rüttelförderers statt des Einlegens von Hand) 2 von 3 Arbeitsplätzen einsparen kann. Dabei sind die Autoren keineswegs so zynisch wie dieses Ergebnis vermuten läßt. Sie stoßen nur beständig mit dem Problem zusammen, daß sie mit ihren »technischen Hilfen«, wie sehr sie auch bei unzumutbaren Arbeitsbedingungen ansetzen, jeweils die Abschaffung von Handarbeit konstruieren. Das ist solange kein Problem, wie es um Hilfen im privaten Haushalt geht, und wird sogleich zum Drama bei betrieblichen Lösungen. Die Autoren helfen sich hier wieder durch Klassifikationsdenken. Die »Wegnahme entbehrlicher Arbeiten«, die »akzelerierende Prozeßfolge«, die »Simultankoppelung«, das sind Maßnahmen, die mehr »ökonomischen Interessen« folgen. Dann gibt es noch »individuelle Interessen«. Hier haben andere Wissenschaften vorgearbeitet und wie Fakten »die Lehre von den menschlichen Bedürfnissen« bereitgestellt und gemahnt, etwas zu beachten, das sie »basale Fähigkeiten« nennen, womit sie »Gesundheit, Trainiertheit, Geschlecht, Mentalität usw.« meinen. Diese haarsträubenden Setzungen hindern jedoch nicht, unter der Rubrik »personenbezogene Hilfen« einige nützliche Hinweise auf den Einsatz von Sehhilfen, Hilfen zur Lärminderung, Schutz gegen Bandscheibenschäden usw. vorzuschlagen. Sie nennen diese Geräte »passive Arbeitshilfen«, weil sie »keine Leistung« erbringen (52) und kommen doch zu dem Schluß, daß Ermüdungsabbau und mehr Arbeitsfreude von ökonomischem Vorteil seien. (Übrigens verfallen sie nicht einer Arbeitsvorstellung, die Tätigkeiten ohne jede Beanspruchung konstruieren will, sondern suchen ein »biologisches Optimalprinzip, das für die Arbeitswelt die klare Forderung nach Vermeidung von Unter- und Überforderung formulieren läßt« [150].)

Das Buch ist für Fertigungsplaner, Betriebsmittelkonstrukteure und Meister, Vorarbeiter und Einrichter (213) geschrieben.

Der der technischen Wissenschaft als Spezialdisziplin innewohnende Gedanke, daß der Mensch ein Wesen mit Funktionsmängeln ist und daher technisch ersetzt gehöre, macht sich trotz der Bemühung um Humanisierung häufig sprachlich geltend: beim Transport von Lasten z.B., so heißt es, werde das Rückgrat und die Rückenmuskulatur zum »Engpaß«. — Da die »Arbeitshilfen« für die einzelnen Tätigkeiten (wie schrauben, löten, heften, halten usw. usw.) von kleinsten »Erfindungen« zu immer komplexeren und aufwendigeren Lösungen fortschreiten, kann das Buch auch noch ein weiteres Mal quergelesen werden: als Geschichte dieser Tätigkeiten bis zu ihrer Aufhebung in automatisierte Verfahren.

Frigga Haug (Berlin/West)

**Bschorr, Oskar (Projektleiter): Lärmverteilung in Fabrikhallen. Berechnung und Planung. Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens« Band 10. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1980 (334 S., br., 48,— DM)**

Nach dem 1976 erlassenen Arbeitsstättengesetz sind bei Neuanlagen nur noch Lärmpegel von 85 dB (A) an ständigen Arbeitsplätzen erlaubt. Die in diesem Band vereinigten Forschungsberichte liefern rechnerische Verfahren zur Beurteilung von Schallschutzmaßnahmen (Neubau, Umbauten und Umstellungen, Maschineneinkapselungen sowie Wand- und Deckenauskleidungen) im Voraus und ihrer Koppelung mit fertigungsge rechten Layouts, so daß eine Kostennutzen-Abschätzung von Lärmschutzmaßnahmen getroffen und eine fertigungs- und lärmtechnische Optimierung vorgenommen werden kann. Für mich am erstaunlichsten bei der Durchsicht der Berichte war, daß es bislang praktisch keine rechnerischen Verfahren für die Industrie gab, sondern nur einerseits *Rechenverfahren* für die Lärmausbreitung im Freien (z.B. Lärmverteilung in Städten) und

andererseits *Modelle* für die akustische Planung von Konzertsälen und Kirchen. Sogar die Grundlagen für solche Berechnungen, nämlich Daten über die *Lärmemission* der verschiedenen Maschinen fehlten noch bis vor kurzem, so daß zunächst dafür Meßverfahren entwickelt werden mußten (damit die Emissionswerte dann in die Verfahren zur Vorausberechnung der Immission eingesetzt werden konnten). Die Rechenprogramme sollten folgendes leisten zur Projektierung lärmarmen Arbeitsplätze: Handhabung ohne spezielle akustische Vorkenntnisse; Berechnung der Wirksamkeit von Schallschutzmaßnahmen und deren Optimierung; Koppelung mit der fertigungstechnischen Optimierung; Hilfsmittel für Emissionsmessungen; Offenlegung der Bewertungskriterien; Aussagen für den einzelnen Arbeitsplatz.

Mögen die akustischen Meß- und Bewertungsverfahren für die Frage einer Gehörschädigung noch einigermaßen taugen, so sind sie hinsichtlich der »psychischen« Wirkung inklusive aller physiologischen Konsequenzen (Blutdrucksteigerungen bis Magenschmerzen) qualitativ wie quantitativ fragwürdig. D.h. die zahlenmäßige Bewertung in dB erfaßt nicht die verschiedenen Lärmqualitäten (schrill, pfeifend, quietschend etc.), die einem so wahnsinnig auf den Geist gehen, auch liegen die gesetzlichen Anforderungen für diesen Bereich auf einem zu hohen Grenzwert. Geregelt ist also, wenn überhaupt, ausschließlich der Gesundheitsschutz hinsichtlich der Schwerhörigkeit. Wenn man dies akzeptiert, dann bleibt immer noch als Problem die Beurteilung des Ist-Zustandes, d.h. die Entscheidung, wann, wo und wie gemessen wird, auf welcher Basis ja die Beurteilung des Nutzens und der Notwendigkeit von Veränderungsmaßnahmen beruht. Die Hauptfrage ist daher, wie kann das Wissen der Arbeitenden in die Berechnungs- und Bewertungsverfahren Eingang finden, erlauben die entwickelten Programme dies oder nicht? Immerhin ist da das Versprechen, daß man kein Akustiker sein muß. Wie alle objektiven Meß- und Bewertungsverfahren im Arbeitsschutz, ist auch dieses ein zweischneidiges Schwert: in der Hand der Arbeitenden könnte es offensiv genutzt werden, in der Hand der Unternehmer kann es ebensogut zum Abbügeln von Schallschutzmaßnahmen verwandt werden mit dem »objektiven Nachweis«, daß sie in dieser oder anderer Form leider nicht viel bringen bzw. es »betriebstechnisch« d.h. ökonomisch unzumutbar ist, für einen so geringen Lärminderungswert so viel zu investieren. — Für den Bericht zeichnen als Autoren: das Institut für Fabrikanlagen der TU Hannover, das Betriebsforschungsinstitut VDEh, Institut für angewandte Forschung GmbH, in Düsseldorf und das Zentrallabor von Messerschmidt-Bölkow-Blohm in München, dem auch der Herausgeber entstammt.

Barbara Nemitz (Berlin/West)

**Bolvary-Zahn, Wolf Dieter, und Hans Georg Lehner: Schadstoffe am Arbeitsplatz. Schriftenreihe »Humanisierung des Arbeitslebens« Band 18. VDI-Verlag, Düsseldorf 1981 (388 S., br., 56,— DM)**

Die Autoren kommen von der Patentstelle für die deutsche Forschung der Fraunhofer-Gesellschaft. Sie tragen Ergebnisse zum Abbau schädlicher, insbesondere kombinierter Umgebungseinflüsse am Arbeitsplatz zusammen, indem sie Schutzrechte und Schutzrechanmeldungen vorführen, die sich mit der Vermeidung oder der gefahrlosen Handhabung von Schadstoffen befassen und sich in der Praxis bereits bewährt haben sollen. Dabei geht es um die Beseitigung von Stäuben, das Verbrennen von Abgasen, das Desinfizieren und Desodorieren, die Entfernung von (gasförmigen) Kohlenstoffverbindungen, Stickoxiden, Quecksilber und Quecksilberverbindungen sowie Halogenverbindungen aus Gasen und Dämpfen. Hierfür liegen Kurzinformationen und ausführlichere Beschreibungen vor. Es wird nicht untersucht, ob die Lösung dieser Probleme nicht auf ganz anderem Wege (z.B. Automatisierung) viel erfolgreicher gelänge.

Alle Verfahren gehen vom Vorliegen der gefährlichen Stoffe aus und beschränken sich damit auf ihre Beseitigung. Damit sind sämtliche Fragen einer alternativen Produktion,



in der diese Stoffe gar nicht oder in anderer Form anfallen, bereits eliminiert. Der enge Begriff von Schadstoffbeseitigung im Sinne einer nachträglichen Wiedergutmachung ist auch bei den Autoren der Studie wie üblich der unhinterfragt selbstverständliche. Allerdings gehen auch in die vorgeschlagenen Verfahren der Beseitigung Gesundheits- und ökologische Interessen in unterschiedlichem Ausmaß und nur untergeordnet ein. Beispiel Desinfektions- und Konservierungsmittel: das auf S.183 vorgeschlagene antimikrobielle Mittel wird auch unter einem Aspekt der Gesundheitsverträglichkeit — der biologischen Abbaubarkeit — beschrieben; dies scheint mir wegen des vorgeschlagenen Anwendungsbereichs in Medizin und Kosmetik allerdings auch eine Minimalanforderung zu sein: auf S.181 dagegen erfährt man bei anderem Anwendungsbereich viel weniger und dies, obwohl die vorgeschlagene Substanzgruppe (Phenole) in Gestalt des Pentachlorphenols einen Gesundheitskandal in der Papierindustrie hervorrief. Was also »Be-währung in der Praxis« (eine der Informationen über die Verfahren, neben Hersteller, Anwendungsgebiet und Verfahren) genau heißt, kann man nur vermuten — das Vorwort erwähnt »Anzahl der hergestellten Anlagen oder Geräte bzw. die Anzahl der Anwendungsfälle und den Beginn der wirtschaftlichen Verwendung«. Überdies erfährt man, daß diese Daten aus einer Umfrage bei den Schutzrechtsanmeldern bzw. Herstellern hervorgehen, also nicht einmal die »Anwenderunternehmen« geschweige denn, die Arbeitenden in diesen Unternehmen gefragt wurden. Insgesamt ist das Handbuch also Bestandteil der auf dem Schadstoffsektor üblichen Arbeitsschutzpolitik einer nachträglichen Säuberung der Produktion ohne jegliche Informationen für das Handeln der Arbeitenden, dadurch daß vom *Vorliegen* der Schadstoffe ausgegangen wird und nicht von den möglichen und vermeidbaren Risiken bei ihrer Herstellung und Verwendung. Dennoch kann ich mir vorstellen, daß das Handbuch für Betriebsräte und Sicherheitsfachkräfte nützliche Informationen bietet für ihre Versuche, solche Reinigungsverfahren im Betrieb durchzusetzen. Es beweist wenigstens, daß es sie gibt und daß sie anscheinend betriebswirtschaftlich tragbar sind.

Barbara Nemitz (Berlin/West)



**FORUM  
KRITISCHE  
PSYCHOLOGIE 9**

Klaus Holzkamp (Hrsg.)  
**Handlungstheorie, Anthropologie, Theorie-Praxis, Faschismus**  
 Autoren: Brandes, Jantzen, Kutscher, Nemitz, Osterkamp, Reifner, Tomberg  
**Forum Kritische Psychologie 9**  
 16,80 DM (f. Stud. 13,80 DM) AS 72: ISBN 3-88619-029-3

Forum Kritische Psychologie erscheint zweimal jährlich und kann abonniert werden oder im Rahmen eines AS-Auswahlabos (mind. 3 aus ca. 20 einer Jahresproduktion) bezogen werden. Informationen gibt der Argument-Vertrieb. (Abo-Preis pro Band: 14,80 DM/12,80 DM f. Stud., jeweils incl. Versandkosten)

**Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65**  
**ARGUMENT-VERLAG BERLIN**

## Über die Autoren

A.: = Arbeitsgebiete; V.: = Veröffentlichungen

*Albert, Claudia*, geb. 1953; erstes und zweites Staatsexamen; Wiss. Mitarbeiterin am Fachbereich Germanistik der FU Berlin. A.: Entwicklung bürgerlicher Kunst und Kultur im 18. Jh., Brecht, Exil, Mitglied der GEW.

*Bachmann, Günther*, geb. 1955; Stud. am Fachbereich Landschaftsentwicklung der TU Berlin. Mitglied der ÖTV.

*Bruhn, Joachim*, geb. 1955; Studium der Geschichte und Politikwissenschaft. A.: Staatstheorie, Geschichte und Theorie des Faschismus, Mitglied im Sozialistischen Büro.

*Bruns-Weingartz, Karin*, geb. 1943; Dr.phil.; Dozentin. A.: Marxistische Philosophie; Marxistische Ästhetik. V.: *Darstellung des Begriffs der Arbeit als marx. Zentralkategorie* (1981).

*Bünz-Elfferding, Anke*, geb. 1949; Doktorandin. V.: Mitautorin in *Frauenformen* (1980). A.: Kulturtheorie, Frauen.

*Daxner, Michael*, Prof.Dr.phil., geb. 1947; A.: Wissenschaftsentwicklung, Verhältnis von Natur- und Sozialwissenschaften und Technologie. Mitglied der GEW.

*Dietrich, Stephan*, geb. 1958; Studium der Rechtswissenschaft und Politologie. A.: Recht und Ideologie. Mitglied der ÖTV.

*Elsner, Wolfram*, geb. 1950; Dr.rer.pol., Dipl.Volkswirt. V.: *Die sozialökonomische Lage und ihre Beeinflussung durch die westeuropäische Integration* (1978). A.: Mehrdimensionale Wohlfahrtsbestimmung; Arbeitsmarkt; Alternativen der Wirtschaftspolitik. Mitglied der GEW.

*Ewers, Michael*, Dr.phil., geb. 1946; Lehrbeauftragter an der Uni Münster. V.: *Wissenschaftstheorie und Naturwissenschaftsdidaktik* (Hrsg., 1979). *Menschliche Natur und Umwelterziehung* (1981). A.: Wissenschafts- und Ideologieggeschichte; Umweltprobleme. Mitglied in BdWi und GEW.

*Frei, Alfred Georg*, geb. 1954; M.A. Mitarbeiter des Heimatmuseums Reichenau. V.: *Austromarxismus und Arbeiterkultur* (1981). A.: Arbeiterkultur; Deutschland nach 1945. Mitglied in ÖTV und SPD.

*Gauer-Krusewitz, Karin*, geb. 1950; Dipl.Volksw.; wiss.Ass. an der TU Berlin, Institut f. Landschaftsökonomie. A.: Arbeitsorientierte Umweltökonomie und -planung. Mitglied in BdWi, ÖTV, Öko-Institut.

*Grühn, Dieter*, geb. 1946; Dipl.Kfm.; Dipl.Pol., Wiss. Mitarbeiter am Inst. für Soz. der FU Berlin. A.: Arbeitsmarkt; Bildungssystem.

*Guthge, Beate*, geb. 1953.

*Harich, Wolfgang*, Dr., geb. 1923; Philosoph. Bürger der DDR, lebt z.Zt. in der BRD. V.: *Zur Kritik der revolutionären Ungeduld* (1971); *Jean Pauls Revolutionsdichtung* (1974); *Kommunismus ohne Wachstum?* (1975).

*Haug, Frigga*, Dr.phil., geb. 1937; Habilitation; wiss.Mitarbeiterin a.d. Hochschule für Wirtschaft und Politik; Hrsg. des *Argument*. V.: zus. mit anderen, vier Bände zur Automation (*Argument-Sonderbände* 7, 19, 31, 43); *Frauenformen* (Hrsg., 1980). A.: Automationsforschung; Arbeitswissenschaft; Frauen. Mitglied in BdWi; ÖTV; Sozialistischer Frauenbund Westberlin (SFB/W).

*Hefti, Sebastian*, geb. 1956; Studium d. Philosophie. A.: Ideologietheorie und Politik.

*Hildebrandt, Hans-Jürgen*, geb. 1947; M.A. A.: Familie; Evolutionstheorien; Wissenschaftsgeschichte.

*Ihrig, Wilfried*, geb. 1953; Studium der Germanistik, Doktorand. A.: Literatur des 20. Jh.; Theorie der Moderne.

*Jäger, Michael*, geb. 1946; Doktorand. V.: zu wissenschaftstheoretischen Fragen und zur Parteitheorie Gramscis. V.: *Ökonomie und Politik des sozialliberalen Korporatismus* (1980; in *Argument-Sonderband* 51). A.: Wissenschaftstheorie, Staatstheorie. Mitglied der GEW.

*Janßen, Brunhilde*, geb. 1953; Doktorandin. V.: *Marburger Ringvorlesung 'Frau und Wissenschaft'* (Mithrsg.). A.: Phantastische Literatur; Literatur der deutschen Romantik; Frauenbewegung. Mitglied der GEW.

*Klapdor, Heike*, geb. 1952; 1. Staatsexamen. V.: *Gewerkschaftspresse als Gegenöffentlichkeit?* (zus. mit anderen, 1977). A.: Exilliteratur; Faschismustheorien; Feminismus; Literaturwissenschaft. Mitglied der GEW.

*Klindworth, Joshua*, geb. 1953; Dipl.Verwaltungswissenschaftler, Doktorand. V.: *Berufsqualifikation und Liberale Wirtschaftsstrategie in der Provinz* (1979).

*Kornbichler, Thomas*, geb. 1956; Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie; Volkshochschuldozent. A.: meth. und erkenntnistheoret. Probleme; Kultur- und Mentalitätsgeschichte.

*Kreutzer, Michael*, geb. 1950; Ass. am Inst. f. Soziologie d. FU Berlin. A.: Gewerkschaftsforschung und Rechtssoziologie. Mitglied der ÖTV.

*Krusewitz, Knut*, Dr.rer.pol., geb. 1941; Wiss.Ass. an der TU Berlin. V.: *Anti-Enzensberger* (zus. mit Kade, 1974); *Landschaftsplanung* (Mitverf., 1980), *Umwelt und Militär* (Mitverf., 1981). A.: Umwelt-, Energie- und Rohstoffprobleme; Gewerkschaften; Militärplanung. Mitglied in SPD, ÖTV, BdWi, Öko-Institut, Deutsche Ges. f.d. Vereinten Nationen.

*Kühn, Hagen*, Dr.rer.pol., geb. 1943; wiss. Angest. am Wissenschaftszentrum Berlin. V.: *Politisch-ökonomische Entwicklungsbedingungen des Gesundheitswesens* (1980); *Betriebliche Arbeitsschutzpolitik und Interessenvertretung der Beschäftigten* (1981). A.: Sozialpolitik.

*Kuhn, Axel*, Dr.phil., geb. 1943; Habilitation; Univ.Dozent. V.: *Das faschistische Herrschaftssystem und die moderne Gesellschaft* (1973); *Linksrheinische deutsche Jakobiner* (1978). A.: Demokratie- und Arbeitergeschichte in Deutschland.

*Kunstmann, Wilfried*, geb. 1949; Doktorand. V.: *Kritische Theorie von der Geschichtstheologie bis zur Evolutionstheorie* (1981). A.: Kritische Gesellschaftstheorie; politische Erwachsenenbildung; Lernprozesse und Moralentwicklung; Militärtheorie.

*Masuch, Michael*, Dr.rer.pol., geb. 1949; wiss. Mitarbeiter an der Uni Amsterdam. V.: *Politische Ökonomie der Ausbildung* (1972); *Kritik der Planung* (1981). A.: Soziologische Theorie.

*Melber, Henning*, Dr.rer.pol., geb. 1950; wiss.Ang. an der Univ. Bremen. V.: zu Namibia-Südafrika und Tansania. Mitglied der SWAPO of Namibia.

*Nemitz, Barbara*, Dr.med., geb. 1949; Wiss.Ass. an der FU Berlin, Fachgebiet Arbeitsmedizin. A.: Arbeitsmedizin, Frauenbewegung. Mitglied in ÖTV.

*Nemitz, Rolf*, geb. 1948; wiss.Ass. am Psychol. Institut der FU Berlin, Redakteur des *Argument*. Mitglied im Projekt Automation und Qualifikation und Projekt Ideologie-Theorie (PIT).

*Nolte, Hans-Heinrich*, Prof.Dr., geb. 1938; Prof. f. osteuropäische Geschichte in Hannover. V.: *Deutsche Geschichte im sowjetischen Schulbuch* (1972); »*Drang nach Osten*«. *Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpansion* (1976), *Gruppeninteressen und Außenpolitik* (1979). Mitglied in HDS, GEW.

*Petsch, Joachim*, Dr.phil., geb. 1939; Akad. Oberrat am Kunsthist. Inst. der Ruhrniv. Bochum. V.: *Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich* (1976). A.: Architektur und Städtebau des Faschismus.

*Richter, Kurt*, geb. 1949; 2. Bildungsweg, Lehrtätigkeit, z.Zt. Student. Mitglied der GEW.

*Rilling, Rainer*, Dr., geb. 1945; Privatdozent an der Uni Marburg. V.: *Theorie und Soziologie der Wissenschaft* (1975), *Sozialismus in der DDR* (1979).

*Rohloff, Monika*, geb. 1946; Studienreferendarin.

*Schmidt, Hansgeorg*, geb. 1956; Germanist, 1. Staatsexamen, Doktorand. A.: Restaurationsliteratur.

*Schneider, Michael*, geb. 1954; z.Zt. Privatschullehrer. V.: *Geschichte als Gestalt* (1980). A.: Literatur der Neuzeit; Ästhetik; Methodologie.

*Schöffthaler, Traugott*, geb. 1949; Dipl.Sociologe, wiss.Ass. am erziehungswiss. Institut der FU Berlin. V.: *Soziale Struktur und Vernunft* (zus. mit D. Goldschmidt, 1982). A.: Bildungsforschung; Religionssoziologie. Mitglied der ÖTV.

*Schott, Dieter*, geb. 1954; M.A., Doktorand. V.: *Die Konstanzer Arbeiterbewegung 1918-1920* (1980). Mitglied in SPD und ÖTV.

*Spang, Wilfried P.*, geb. 1954; Dipl.-Päd., Doktorand. Mitarbeiter im Projekt »Gesellschaftliche Arbeit als Sozialisation« am Max-Planck-Inst. für Bildungsforschung.

*Steinborn, Norbert*, geb. 1947; Dipl.Pol., Lehrbeauftragter an der FHW Berlin. A.: Gewerkschaften, SPD.

*Tuschling, Burkhard*, Prof.Dr.phil., geb. 1937; Prof. f. Philosophie in Marburg. V.: *Rechtsform und Produktionsverhältnisse* (1976); *Die 'offene' und die 'abstrakte' Gesellschaft* (1978). A.: Theoretische Philosophie, Rechts- und Sozialphilosophie. Mitglied in GEW, BdWi.

*Waldhubel, Thomas*, geb. 1950; Dipl.-Psych., wiss.Ass. am Psychol. Inst. der FU Berlin. A.: Arbeitspsychologie. Mitglied der Projektgruppe Automation und Qualifikation, des Projekts Automationsmedizin, der ÖTV.

*Warndorf, Thomas*, geb. 1946; 1. Staatsexamen 1972, z.Zt. Studium der Geschichte und Soziologie an der Univ. Konstanz. Mitarbeit im Projekt »Entwicklung im Jugendalter«.

*Wenk, Silke*, geb. 1949; z.Zt. wiss.Mitarb. an der Akademie Remscheid. V.: Mitarbeit an: Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automationsarbeit. Empirische Untersuchungen 1-3 (1980, 1981). A.: Automationsforschung; Kultur im Betrieb. Mitglied der ÖTV.

*Zimmer, Gerhard*, geb. 1943; Dipl.-Psych. und Ing. (grad.). Mitglied im Projekt Automation und Qualifikation. V.: zus. mit anderen: 6 Bände zur Automation. *Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit im Schulalter* (Hrsg., 1981). A.: Arbeitswissenschaft; Bildungsforschung; Gesundheitsforschung.

## Summaries

### **Ellen Meiksins Wood: The separation of the economic and the political in Capitalism**

Wood argues that capitalism is based on a separation of the economic and political that is largely illusory since the capitalist asserts an authority within the productive process that had previously characterized relations of political domination. She suggests that feudalism in Europe supplied the prelude to capitalism by effecting a privatization of both power and appropriation. She draws on the researches of Marxist historians, notably Robert Brenner, to emphasize the role of class struggle in the differential trajectory of social formations. Wood points out that the dispersal of authority and decision-making within the various enterprises of a capitalist economy has a tendency to fragment class struggle while not depriving the possessing classes of the ultimate sanction of a centralized repressive apparatus.

### **Burkhard Tuschling: Lawrence Krader's concept of civil society**

This is a review of Krader's »Treatise of Social Labor«. One centre of Krader's Theory is his concept of civil society. Civil society is class divided society with the state. The civil condition is opposed to archaic-primitive social condition of human life and is characterized by social as opposed to communal labor; social labor is labor engaged in commodity exchange and production. The history of civil society is divided into the successive periods of the economic formations, the asiatic, the slave and servile production modes and the modern bourgeois and the modern socialist periods of civil society. In civil society private sphere is separated from public sphere and social power is concentrated in the latter. Class conflicts over the allocation of surplus are solved by the state. — Tuschling criticises the abstractness of Krader's »civil society« which obscures the differences between capitalist and pre-capitalist modes of production.

### **Rainer Rilling: The forgotten bourgeoisie**

Rilling argues, that the social has a relativ independent mediatory position between the economic and the political and that therefore the sociology of the bourgeois subject gives us a key to understand the social function of the political system. He makes a broad survey of the historical development of the sociology of the bourgeoisie (sociology of the elite, sociology of the upper class), the main result of which is that there is no more sociology of the bourgeoisie today.

### **Michael Masuch, Political culture as cultivation of illusions.**

#### **Reply to Gransow/Offe in Argument 128**

There is a dilemma of democracy in parliamentary parties: as »ideological« or goal-oriented parties they tend to be totalitarian, as »catch-all-parties« they will be unable to govern (R. Löwenthal). The utopy of a »really« democratic reconstruction of the state has not become real up to now and is not likely to become so in highly complex societies. Therefore the idea of a reconstruction of political culture in German social democracy from bottom to top, as put forward by *Gransow/Offe*, is pure illusion.

### **A.G. Frei et al.: Regional history — new perspectives for social analysis**

Up to now there is no unified approach to regional history (Neue Heimatgeschichte). But there is a common interest of progressive teachers, students, communal politicians etc. to enter this field of popular identity. There are not only theoretical purposes of developing more concrete and more »subjective« patterns of materialist social history. Regional history is also an important element of conservative hegemony in civil society. Recent conflicts about progressive work in regional history — concerning especially the fascist aera — show the possibilities of restructuring hegemony in this field.

### **Hans-Heinrich Nolte: Militarism in soviet society and international armaments race**

Nolte reconstructs soviet domestic political conflicts over military politics since Stalin's death, referring mainly to the content analysis of soviet professional journals. He shows that in military journals — in contradiction to literary and economic journals — détente was understood not as a result of domestic political developments within the west but as a result of soviet military strength; so it was only consequent not to reduce military expenditures, when the USA did so in the middle of the seventies. Nolte regards this as the soviet contribution to the irrationality of the international system.



# Blätter für deutsche und internationale Politik

## 1 '82

- P. Zimmermann: Kindheit im Wandel  
 K. und R. Kohl: »Ich sehne mich nach Er-  
 lassen«  
 D. Fritze: Sollen Lehrer heiraten?  
 J. Krause: Was will denn der Mann vom  
 Arbeitsamt?  
 R. Brämer/A. Kremer: Wenn Rüstung  
 Schule macht  
 b:e-Gespräch mit Klaus Staeck: »Ich  
 könnte es viel leichter haben«

## 2 '82

- J. Nimptsch: Mit Schule Geld machen  
 I. Dalichow: Ein Klassenzimmer pffiffig  
 gestaltet  
 V. Storf: »Hintern hoch. Du nasser Sack«  
 b:e-Gespräch mit Ünal Akpinar, Peter  
 Katz und Eberhard Trautsch: Pädagogik  
 auf der Flucht in die Folklore  
 15. Jg. 1982

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120,  
 6940 Weinheim - Einzelheft DM 6,-; Jahresabo DM  
 58,-; Studentenabo DM 48,-; incl. MWS; zuzgl.  
 Versandkosten.

## 12 '81

- Kommentare und Berichte  
 G. Vollmer (Generalmajor a.D.): Reagans  
 »begrenzter Atomkrieg« — für wessen  
 Freiheit?  
 W. Abendroth: Der Streit um das Volks-  
 begehren zur Startbahn-West

### Hauptaufsätze

K.D. Bredthauer: Die Friedensbewegung  
 vor einer neuen Lage? Reagans »Nullan-  
 gebot«, Breshnews Bonner Vorschläge  
 und Ausgangspositionen der Genfer Ver-  
 handlungen

Memorandum an die Außen- und Vertei-  
 digungsminister, an die Befehlshaber und  
 Stabsoffiziere der NATO

V. Falin: Objektive und subjektive  
 Schwierigkeiten der militärischen Ent-  
 spannung

A. Wöhrle: Gewerkschaften und Frie-  
 densbewegung

R. Pfeiffer/E. Weber: Kriegsmedizin und  
 Gesundheitssicherstellungsgesetz

U. Lahl/B. Zeschmar: Trinkwasserkrise  
 in der BRD. Zur großen Koalition von  
 Wasserwerken, Industrie und Politik

A. Ratbzad im Gespräch mit M. Danesh:  
 Islam, Revolution und Frauenbefreiung  
 — afghanische Erfahrungen

### Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Die wirtschaftliche Entwick-  
 lung in der BRD im 3. Quart. 81

### Dokumente zum Zeitgeschehen

26. Jg. 1981

Hrsg.: Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Huff-  
 schmid, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik,  
 R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H.  
 Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. — Red.: K. Bayertz,  
 K. D. Bredthauer, P. Neuhöffer, J. Weidenheim. —  
 Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,30 DM, im Jah-  
 resabo 3,80 DM, für Studenten 3,30 DM. — Pahl-Ru-  
 genstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

# Demokratische Erziehung

# FORVM

Internationale Zeitschrift links von der Mitte

## 5'81

### *Kommentare und Berichte*

#### *Demokratische Erziehungspraxis*

Die aktuelle Stunde: Frauen in der Friedensbewegung. Von W. Popp

I. Krutz-Ahrling: Leistungskontrolle als Lernprozeß

V. Schubert: Lernhilfen für türkische Schüler in Stadtallendorf

Tonkassetten als demokratisches Medium

#### *Thema: Lernen im Alltag*

G. Auernheimer: Meist mißlingt die Integration von Alltäglichem und Nichtalltäglichem

W. Rügemer: Der demokratische Widerspruch entwickelt sich im Alltag selbst

D. Kramer: Alltags-, Gesellschafts- oder Kulturgeschichte

O. Neumann: Briefmarken — Kleinaktien oder Gegenstände kultureller Selbsttätigkeit?

I. Hübner: Selbstverwaltung als Lern- und Bildungsprozeß

A. Schlott-Schwab: Millionen kamen zu Tutanchamun — warum?

#### *Aufsätze*

»Mal pauschal gesagt, ihr Paten, ihr argumentiert zuviel ...« Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Berliner Instandbesetzern und Paten

K. Christ: »Volkserziehung und Sozialdemokratie«

#### *Bücher, Informationen und Dokumente*

7. Jg. 1981

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemer. — Alle zwei Monate. — Einzelheft 5,— DM, im Jahresabo 3,50 DM. Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

## 335/336 '81

### *Forum des Forums:*

Nackt & verprügelt. Friede in Österreich

### *Forumkommentare*

F. Duve: Stadt zu leben

G. Nanning: Neuer Revisionismus

W. Brandt: Mehr Grün wagen

### *Großbritannien*

M. Siegert: Besetztes Gebiet. Augenschein in Nordirland

### *Antitechnik*

M. Cooley: Mit der Hand gedacht

Arbeiter machen Antitechnik

### *Lyrik*

h. pataki: angel esterminador. gedichte

### *CSSR*

P. Uhl: Frei atmen. Aus tschechischen

Verliesen

### *Sonne Nr. 5:*

G. Fädler: Zigeuner kommen von weit her

### *Krieg & Frieden*

I. Illich: Der gemeine Friede. Von der Knappheit zur Ganzheit

### *Österreich*

J. Berger: Berg aus Eisen schmilzt

Kulturanimation in der Steiermark

S. Eibel: Krankheitsfall. Jugend in Eisen-  
erz

### *Psychoanalyse*

J. Dvorak: Aus dem Paradies geprügelt.

Alice Millers Antipädagogik

### *Rezensionen*

26. Jg. 1981

Herausgeber: Günther Nanning. — Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki, M. Siegert. — 6 Hefte im Jahr. — Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 40,— DM, 260 ÖS, Studentenabo 33,— DM, 220 ÖS. — Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien, Tel.: 933353.

---

## 36/37 '81

H. Hecht: Algerien: von der politischen zur wirtschaftlichen Befreiung (Bericht von einer Studienreise der POCH)

M. Schwahn: Randbemerkungen zum Gipfel von Cancun

A. Schwank: Rückschlag für die soziale Krankenversicherung

*Interview* mit G. Degen zur Pensionsalter-Initiative der POCH: »Diese Initiative hat uns gerade noch gefehlt!«

### *Partei-Diskussion*

Was heißt revolutionäre Politik in den 80er Jahren?

T. Heilmann: Verschärfte Aggressivität des Imperialismus, neue Friedensbewegung, Blockfreiheit

D. Vischer: Gedanken zu Fragen, die unsere Politik in der Schweiz betreffen

---

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) — 6 Nummern pro Jahr — Einzelheft Fr. 3,—, Doppelheft Fr. 4,— — Abo: Schweiz Fr. 15,—, Ausland Fr. 18,— — Redaktion positionen, Postfach 539, CH-8026 Zürich

---

## 12'81

### *Titelstory*

Zeit zum Aufstehn

Hier wird gestreikt!

Streik-Umfrage

Studenten in action

Studienalltag

### *Hochschule*

Das Studentenbuch

Ausländer an Hochschulen

### *Linke Szene*

Steinke-Kongreß/Havemann/SHB

### *Theorie-Beilage*

E.Hahn: Sinnkrise

L. Peter: Wissenschaft und Technik

### *Bundesrepublik*

Atomkriegsübung

Wallraff, Springer, BND

Im Visier des BKA

Der Fall Hans Peter

Dialog mit Heiner Geißler

### *Internationales*

Atomkrieg in der Karibik?

Solidarnosc

Studentin in der DDR (2.Folge)

### *Frauenpolitik*

Neofeminismus und Frieden

### *Theorie*

Sicherheit durch soziale Verteidigung

### *Kultur*

Mannsein ohne Schuldgefühle?

Peter-Weiss-Diskussion

Global 2000

11. Jg. 1981

---

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: J. Sommer, Dr. Karl Detritz, Inkgen Nissen, Dorle Riechert, Otmar Weber. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 1,50 DM. Jahresabo 14,80 DM — Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Brüderweg 16, 4600 Dortmund.

# TEXT+KRITIK

# WECHSEL WIRKUNG

## 72'81

### Hubert Fichte

H. Heissenbüttel: Hubert Fichte definitiv  
H. Fichte: Die Geschichte der Empfindsamkeit (Entwurf)

Forschungsbericht

W. v. Wangenheim: Zum Stil Hubert Fichtes

G. Dischner: Das poetische Auge des Ethnologen

H.-J. Heinrichs: Dichtung und Ethnologie

H. Mayer: Die Grenzen der Befragung. Anmerkung zu Hubert Fichtes Roman »Wolli Indienfahrer«

R. Wischenbart: »Ich schreibe, was mir die Wahrheit zu sein scheint.« Ein Gespräch mit Hubert Fichte

P. Bekes: Poetische Erfahrungen des Fremden. Fichtes Romane vor dem Hintergrund der Romanpoetik in den sechziger und siebziger Jahren

G. Ullrich: Anpassung und Abweichung. Rollengestaltung in Hubert Fichtes Prosa

R. Mielke: Doppel-perspektivisches Erzählen bei Hubert Fichte. Eine Untersuchung zu zwei Erzählungen und dem Roman »Das Waisenhaus«

G. Ullrich: Bibliographie  
Notizen

Herausgeber: H.L. Arnold; redaktionelle Mitarbeiter: I. Laurien, U. Voskamp. — Erscheint jährlich in 4 Heften. — Abopreis 30,— DM zzgl. Versandkosten — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

## 11'81

*Schwerpunkt: Biotechnologie —  
Leben als Produktivkraft*

W. Schulz: Den Finger in der Tür

H. Heinze/R. Schmutnig: Biotechnologie — ein neuer sanfter Weg

M. Kiper: Wie sicher ist die Gentechnologie?

B. Hatch: Krawalis — Krawalone — Krawalis a.D.

Finger weg! Eine Umfrage in der Reutlinger Fußgängerzone

P. Bradish/T. Bürmann/B. Lock/M. Zimmermann: Frauen und Reproduktionstechnologie

R. Stegemann: Saat und Chemie: 2 + 2 = 5

H. Hülshager: Organismen, Mechanismen und das vergessene Subjekt

*Außerhalb des Schwerpunkts*

U. Nienhaus: Von Schreibmaschinen und »Tippmädels«

E. Zopf: ALP — 2050. Computergenerierte Literatur

Von Resignation keine Spur. Gespräch mit Mike Cooley

Funkausstellung '81

R. Stange: Die Überlebenden werden die Toten beneiden

R. Klütting: Reiche Onkel, arme Neffen.

UNO-Weltenergiekonferenz '81 in Nairobi

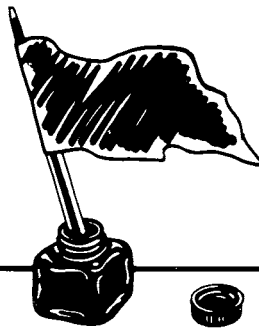
R. Stange: Gebremster Staub. Wo bleibt Ersatz für Asbest?

R. Brämer: FUSION — Neues Leitbild für die Jugend. Zeitschrift für Wissenschaft, Technik und Politik

3. Jg. 1981

Redaktion: Klaus Bednarz, Reinhard Behnisch (verantwortlich), u.a. — Vierteljährlich — Einzelheft 5,— DM, im Jahresabo 20,— DM incl. Versandkosten, gegen Vorauszahlung. — Verlag Reinhard Behnisch, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61.





## Eine neue sozialistische Monatszeitschrift

Eine neue sozialistische Zeitschrift? Ja, wir sind überzeugt, den linken Zeitschriftenmarkt um mehr als nur ein neues Titelblatt zu bereichern. Die Krise der westdeutschen Linken und ihrer Politik hat uns zusammengeführt, eine Redaktion aus unterschiedlichen politischen Traditionen (dem SB, der SPD (Prokla und SOAK), dem Spektrum der DKP/SEW (SI), der „ML-Bewegung“ (Redaktionen der „hefte“ und der „Z“) und der „Revier“).

Eine Koalition politischer Kräfte, die vor einiger Zeit noch ziemlich undenkbar gewesen wäre. Wir haben erste Erfahrungen in der Sozialistischen Konferenz miteinander gemacht, in der Grünen Partei oder in anderen Sektoren der Wahlbewegung (AL), bei der Diskussion eines Neuentwurfs gesellschaftlicher Utopie, der Erörterung neuer Fragen und Probleme, wie der Ökologie und der Kritik der „Neuen Lehre“ von Bahro u.a.. Die Schlußfolgerungen dieser Erfahrungen und die Neuorientierung unseres politischen Denkens zielt in die gleiche Richtung – einer neuen **Initiative Sozialistischer Politik** jenseits des linken Gettos.

Nach Veröffentlichung unserer Diskussionsplattform im Sommer '81 und mehr als 10 000 verkauften Exemplaren der Nullnummer im Oktober erscheint jetzt die zweite Ausgabe der MOZ. (Ab Mitte Januar sind wir monatlich da.) Schwerpunkte der zweiten MOZ sind:

**Friedensbewegung und SPD**, Interview mit Oskar Lafontaine · Braun, Wie weiter nach Bonn Stamm/Fenchel, Ehmke-Nachrüstung · Wieland, Neutralismuskussion · **Sozialdemokratie**, Christian Schmidt, SPD Hamburg · Chr. Buci-Glucksmann, Krise des Keynesianismus · **Wahlbewegung**, U. Wilke, SH-Grüne vor der Wahl · Pohl, Bremer Grüne Liste am Ende · **Polen**, Fücks, Umwälzung des realen Sozialismus · **Magazin**: Tarifrunde IGM, Energiepolitik, Friedensbewegung, Justiz und Repression **Auflösung der Fabrik...** W. Maier, Atomkraftwerke, Große Industrie und thermodynamischer Sozialismus · J. Alt, Kritik · H. Heise, Thesen · **Interview mit A. Schubarth, Startbahn West**, · Buchrezension und Filmbesprechung, · **Westdeutsche Linke**, SB und KBW · **Debatte über MOZ Artikel** · Leserbrief usw.

**Moderne Zeiten** könnt ihr **ab 30. November in allen linken Buchläden** oder direkt von uns kriegen, ebenso die Diskussionsplattform.

Einen **ausführlichen Prospekt** senden wir gegen 50 Pf Rückporto ebenso gerne zu, wie unsere **Diskussionsplattform** der MODERNE ZEITEN (dafür bitte 4,- DM beilegen). Einzelpreis der Zeitschrift monatlich 4,- DM, Abonnement 48,- DM. **Bestellungen an:** MODERNE ZEITEN, SOAK Verlag, Pablo-Neruda-Haus, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1, Telefon (0511) 1 76 18

# MODERNE ZEITEN

Sozialistische  
Monatszeitschrift

Der neue  
Atom Express  
ist da !!!

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis  
gegen Atomenergie

# Atom Express

Zeitung der Initiativen  
gegen Atomenergie



## Solidarität mit den Brokdorf - Angeklagten

Der ATOM EXPRESS erscheint alle 8 Wochen. Ein Heft kostet 2.- Mark, ein Abonnement kostet 15.- Mark für sechs Ausgaben. Bei einer Mindestabnahme von fünf Exemplaren zahlen Bl's, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer 1.30 Mark pro Heft. Wir räumen nach Rücksprache auch Remissionsrecht ein. Für ein Probeheft 2.- Mark in Briefmarken schicken !!!

### Bestelladresse:

Göttinger AK gegen Atomenergie  
Postfach 45  
34 Göttingen

# Unsere „Klirrende“

# Stimme“

FORMAT: 31 X 47 cm  
GEWICHT: 50 gr  
STÜCKZAHL: 42.000 (tägl.)

Ab Oktober in Hamburg mit einem Regionalteil  
im Herbst das Journal Nr. 3 zum Häuserkampf

Foto: Jürgen Schatz



Eine Woche lang kann die „taz“ kostenlos in

Augenschein genommen werden.

Wegen dieses Adjektivs  
standen im Frühjahr 81  
zwei Staatsanwälte nebst  
einer Hundertschaft Poli-  
zeibeamter mit einem  
Durchsuchungsbefehl auf  
der Matte; zusätzlich wur-  
den bisher rund 50 Blatt Pa-  
pier zu diesem Thema für  
offizielle Aktenordner pro-  
duziert.

Anfragen bitte an:

die Tageszeitung

Waltstr. 11-12

1000 Berlin 65

Abteilung

# DOLLARS & TRÄUME

Studien zu Politik · Ökonomie · Kultur der USA

Heft 4/Herbst 1981:  
DEUTSCHLAND UND AMERIKA:  
Atomare Strategie und „Nach“rüstung · Der Kurs der Reagan-Administration · Amerikanische Re-education-Politik nach 1945 · Reiseliteratur: Aufbruch in die Neue Welt · Politisches Volkstheater in den USA · Neue Musikszene: Punk Rock/New Wave (160 S., DM 12,-)

Heft 3/1981: AMERICAN CULTURE:  
Hollywood und der Tod der Familie · Frauenbewegung in den USA · Schwarze und Gewalt · Ökologie und Indianer · Dokumentarliteratur · The Grateful Dead · Fernsehen und emanzipatorische Massenkultur. (160 S., DM 12,-)

Heft 2/1980:  
Kampf um die gewerkschaftliche Organisierung der Textilarbeiter · Wilder Streik bei Fleetwood · US-Ökonomie 1945-1975 · Armut in Amerika · Hollywood entdeckt die Arbeiterbewegung · Ein Jahr in Milwaukee · Von der rebellischen Jugendkultur zur Disco-Szene. (176 S., DM 12,-)

Heft 1 enthält u.a.:  
Flucht aus den Städten · Schwarze Lohnarbeiter in den USA · US-Kapital auf dem Weltmarkt · Blackout und Plünderungen in New York · Basisgewerkschaftliche Aktivitäten im öffentlichen Dienst · US-Katastrophenfilme. (165 S., DM 10,-)

Dollars & Träume erscheint zweimal jährlich im Frühjahr und im Herbst mit einem Umfang von ca. 150 Seiten.

Preis des Einzelheftes: DM 12,-/ im Abonnement: DM 11,- (inkl. Porto)

**Dollars & Träume im  
JUNIUS VERLAG  
Von-Hutten-Straße 18  
D-2000 Hamburg 50**

## weltweit aktuell konkret lebendig



### horizont

»horizont«  
Sozialistische Wochenzeitung der DDR  
für internationale Politik und Wirtschaft  
»horizont«  
bringt Ihnen interessante Informationen  
durch exklusive Berichterstattung zu Themen  
— der Außenpolitik der DDR  
— der Zusammenarbeit mit anderen Ländern  
— der internationalen Arbeiterbewegung  
— des aktuellen Weltgeschehens  
— der Weltwirtschaft  
Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt  
angefordert werden.  
Berliner Verlag, DDR-1026 Berlin,  
Karl-Liebknecht-Str. 29

- Ich möchte »horizont« zum Jahresabonnement von DM 52,20 zuzügl. Porto-gebühren von DM 10,60 beziehen.  
 Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares.

Name, Vorname .....  
Straße, Hausnummer.....  
PLZ, Ort.....  
Direktversand ab Berliner Verlag,  
daher immer aktuell!  
Senden Sie den Kupon als Bestellung an  
Brücken-Verlag GmbH  
Ackerstr.3  
4000 Düsseldorf

<i>OECD (Hrsg.): OECD-Report (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Ott, Alfred O., et.al.: Folgen reduzierten Wachstums (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Projektgruppe im WSI: Grundelemente einer Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Schröder, Wilhelm, und Reinhard Spree (Hrsg.): Historische Konjunkturforschung (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	97
<i>Walterskirchen, Martin P. v.: Umweltschutz und Wirtschaftswachstum (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	97
<i>Walterskirchen, Martin P. v. et.al. (Hrsg.): Umweltpolitik in Europa (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	97
<i>Dams, Theodor (Hrsg.): Entwicklungshilfe — Hilfe zur Unterentwicklung? (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Dams, Theodor, und Gerhard Grohs (Hrsg.): Kontroversen in der internationalen Rohstoffpolitik (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Esters, Günther (Hrsg.): Nord-Süd-Politik (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Matthies, Volker: Neue Weltwirtschaftsordnung (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Michaelis, Hans: Europäische Rohstoffpolitik (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Naumann, Jens (Hrsg.): Auf dem Weg zur sozialen Weltwirtschaft (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Pawelka, Peter: Vereinte Nationen und strukturelle Gewalt (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Stockholmer Resultate: Berichte von der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Doernberg, Stefan et.al. (Hrsg.): Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	99
<i>Füllenbach, Josef: Umweltschutz zwischen Ost und West (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	99
<i>Füllenbach, Josef, und Eberhard Schulz (Hrsg.): Entspannung am Ende? (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	99
<i>Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	99
<i>Hunt, Alan (Hrsg.): Marxism and Democracy (M. Kreuzer)</i> .....	134
<i>Wiesendahl, Ehmar: Parteien und Demokratie (M. Jäger)</i> .....	138
<i>Heinze, Rolf G.: Verbändepolitik und »Neokorporatismus« (M. Jäger)</i> .....	140
<i>Fryer, Bob, u.a. (Hrsg.): Law, State and Society (S. Dietrich)</i> .....	143
<i>Bäcker, Gerhard, u.a.: Sozialpolitik (H. Kühn)</i> .....	144
<i>Fischer, Cornelia: Staatliche Arbeitsförderung (W. Elsner)</i> .....	145
<i>Auer, Peter, u.a.: Humanisierung der Arbeit zwischen Staat und Gewerkschaft (R. Nemitz)</i> .....	148
<i>Gruppenarbeit in der Motorenmontage (G. Zimmer)</i> .....	150
<i>Entkoppelung von Fließbandarbeit (G. Zimmer)</i> .....	152
<i>Hoppmann, Klaus, und Berthold Strötzel: Demokratie am Arbeitsplatz (S. Wenk)</i> .....	153
<i>Bartölke, Klaus, u.a.: Konfliktfeld Arbeitsbewertung (T. Waldhubel)</i> .....	154
<i>Schulte, Bernd, und Helmut Laruschkat (Hrsg.): Handbuch technischer Arbeitshilfen (F. Haug)</i> .....	156
<i>Bschorr, Oskar: Lärmverteilung in Fabrikhallen (B. Nemitz)</i> .....	157
<i>Bolvary-Zahn, Wolf-Dieter, und Hans Georg Lehner: Schadstoffe am Arbeitsplatz (B. Nemitz)</i> .....	158

**Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Geiger, Ruth-Esther, und S. Weigel: Sind das noch Damen? (H. Klapdor)</i> .....	112
<i>Vogt, Marianne: Autobiographik bürgerlicher Frauen (W. Ihrig)</i> .....	114
<i>Vilar, Esther: Helmer oder Ein Puppenheim (B. Janßen)</i> .....	114
<i>Heinrich, Jutta: Mit meinem Mörder Zeit bin ich allein (B. Janßen)</i> .....	115
<i>Gauthier, Xavière: Surrealismus und Sexualität (H. Schmidt)</i> .....	116

**Soziologie**

<i>Honneth, Axel, und Hans Joas: Soziales Handeln und menschliche Natur (T. Schöfthaler)</i> .....	117
<i>Rüthers, Bernd: Universität und Gesellschaft (D. Grün)</i> .....	119
<i>Mitterauer, Michael: Grundtypen alteuropäischer Sozialformen (H.-J. Hildebrandt)</i> .....	120
<i>Brech, Joachim, und Reiner Greiff (Hrsg.): Bürgerbeteiligung mit Experten (J. Petsch)</i> ...	120
<i>Reese, Jürgen, u.a.: Die politischen Kosten der Datenverarbeitung (B. Guthke)</i> .....	121
<i>Ziegler, Jean: Afrika: Die neue Kolonisation (H. Melber)</i> .....	124

**Erziehungswissenschaft**

<i>Koch, Friedrich: Gegenauflklärung — Zur Kritik restaurativer Tendenzen in der Gegenwartspädagogik (M. Daxner)</i> .....	125
<i>Ijzendoorn, Marinus H. van: Moralität und politisches Bewußtsein (M. Rohloff)</i> .....	126
<i>Mause, Lloyd de (Hrsg.): Hört ihr die Kinder weinen (C. Albert)</i> .....	128

**Geschichte**

<i>Dittrich, Eckhard: Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung im 19. Jahrhundert (N. Steinborn)</i> .....	129
<i>Kramme, Monika: Franz Mehring — Theorie und Alltagsarbeit (A. Kuhn)</i> .....	131
<i>Warneken, Bernd J., u.a.: Arbeitertübigen (J. Bruhn)</i> .....	132

**Soziale Bewegungen und Politik**

<i>Bühl, Walter Ludwig: Ökologische Knappheit (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	94
<i>Commoner, Barry: Wachstumswahn und Umweltkrise (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	94
<i>Gärtner, Edgar: Von der Achema zur Ölkrise (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	94
<i>Graham Jr., Frank: Seit dem »Stummen Frühling« (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	94
<i>Kapp, K. William: Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	94
<i>Küting, Karlheinz: Unternehmerische Wachstumspolitik (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> ...	95
<i>Mooney, Pat Roy: Saat-Multis und Welthunger (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	95
<i>Naumann, Michael (Hrsg.): Ein Konzern hält die Luft an (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> ..	95
<i>Pöhl, Karl Otto: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Fortschritts in den USA (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	95
<i>Ridgeway, James: The Politics of Ecology (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	95
<i>Siemens AG (Hrsg.): Siemens zum Thema Umweltschutz (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> ..	95
<i>Tetzlaff, Rainer: Die Weltbank (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	95
<i>Ward, Benjamin: Die Idealwelt der Ökonomen: Liberale, Radikale, Konservative (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	95
<i>Arbeitsgruppe »Alternative Wirtschaftspolitik«: Memorandum (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Bungarten, Harald: Umweltpolitik in Westeuropa (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Fröbel, Folker et.al. (Hrsg.): Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Jänicke, Martin (Hrsg.): Herrschaft und Krise (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Kuczynski, Jürgen: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Matzner, Egon: Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96

# Die (ganz natürliche) Tragetasche gibt's umsonst. Vom Vorwärts.

Viele wissen es schon. Am **Vorwärts** hat sich eine Menge geändert. Wir haben die Erfahrungen unserer Leser berücksichtigt. Zur gründlichen Hintergrund-Berichterstattung kommt mehr Aktuelles. Und noch mehr von dem, was nur im **Vorwärts** zu lesen ist. Denn der **Vorwärts** ist ein Stück Gegenöffentlichkeit. So beim Thema Nord-Süd. Oder der Friedenspolitik. Bei Fragen von Umwelt und Energie. Beim Eintreten für mehr Mitbestimmung und Demokratie. Der **Vorwärts** hat Profil. An ihm reiben sich viele. Es lohnt sich, ihn zu lesen. Probieren Sie mal. Dafür kriegen Sie auch was geschenkt.

Der Mini-Zauberwürfel für die Westentasche



Die Vorwärts-Ausgabe vom 7. August 1982 8-Seiten-Reprint

Schicken Sie mir drei Wochen lang den **Vorwärts**, kostenlos, unverbindlich. Wenn Sie danach (innerhalb von 10 Tagen) nichts von mir hören oder lesen bekommen, ich den **Vorwärts** weiter. Woche für Woche. Für mindestens ein Jahr. Das kostet im Monat 8,50 Mark (für Studenten und Schüler 5,95 Mark).

Gleichzeitig bekomme ich das angekreuzte Geschenk:

Die Jute-Tasche       Den Zauberwürfel       Das Reprint

Und das kann ich auf jeden Fall behalten.

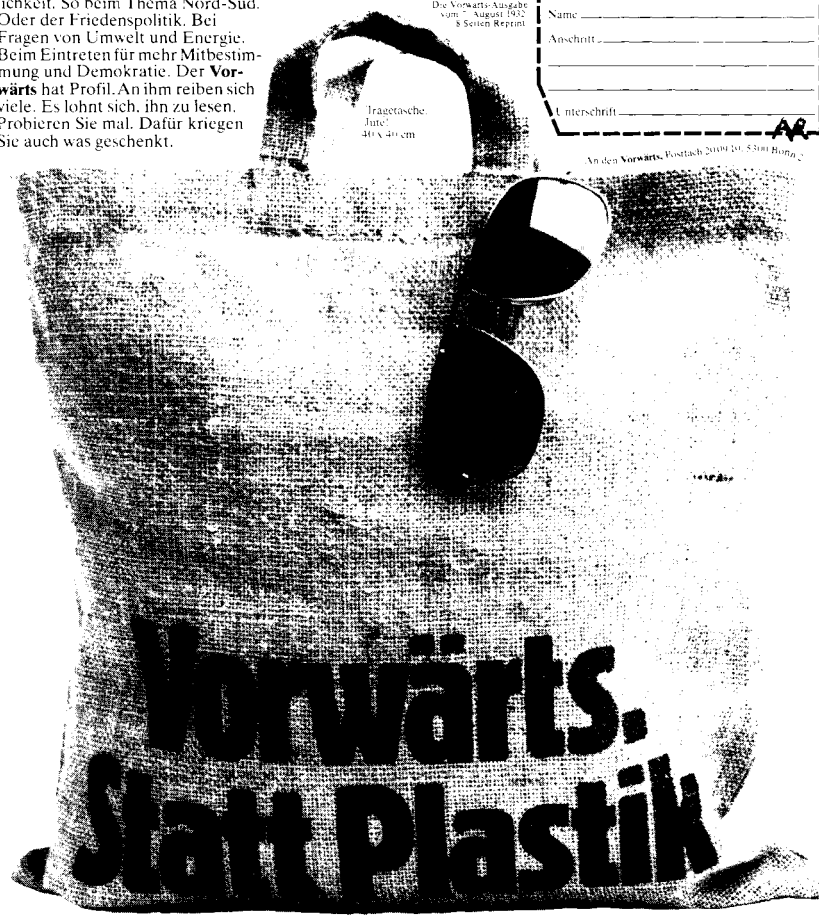
Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Tragetasche Jute 40 x 40 cm

An den Vorwärts, Postfach 20091 D-1 5100 Bonn 2



# päd.extra

Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik



Ende der staatl. protegierten Reformpolitik?  
Ende der politischen pädagogischen Protestbewegung?  
Resignation. Privatisierung. Aussteigen?  
Wenn wir uns (unserer) Utopien beraubt sind (haben), wollen wir wenigstens benennen, was falsch ist.  
**päd.extra** bleibt ein kritisches Magazin.

**Gegen Ratlosigkeit: Analyse** der Groß-Linien staatl. Bildungspolitik. Auseinandersetzung mit gewerkschaftlichen Positionen.

**Schulreform von innen und unten.**

Wir warten nicht auf die Schulreform von oben.  
**päd.extra:** Forum der Lehrer, die an ihr von unten arbeiten.

**Und innen:** Wie behindern Gefühle die Lehrer-Arbeit? Häufige Lehrer-Träume? Flucht in die Ferne? Flucht in die Politik?

**Schulreform von unten, auch außen**

Selbstorganisation in Lehrerzentren. Wie können außerinstitutionelle Projekte überleben? Ihr Verhältnis zur Gewerkschaft?

**päd.extra**, eine der ältesten Zeitungen aus einem selbstverwalteten Betrieb.

**Was päd.extra bietet:** Aktuelle Informationen in der "Zeitung". Jedes Mal ein Thema, z.B. über Schülercliquen, oder über den Ärger mit den Noten, oder wie Behinderte und Nichtbehinderte gemeinsam unterrichtet werden können. Viele Einzelbeiträge, z.B. über ein Gespräch mit dem Ökotoxia-Autor Ernest Callenbach. Rezensionen von Büchern, Filmen und Schallplatten, soweit sie den Lehrer interessieren.

**päd.extra  
abonnieren!**

## COUPON

Ausschneiden und schicken an:

**päd.extra, Postfach 352,  
6140 Bensheim**

Ich bestelle ein Abonnement  
päd.extra zum nächstmöglichen Termin für

DM 72,- (Normalabo)

DM 56,- (Studienbescheinigung)

jeweils + Porto.

Name:

Straße:

PLZ:

Ort:

Datum:

Unterschrift:

Ich nehme am Abbuchungsverfahren teil. Formlose Erklärung mit Konto-Nr. und Bankleitzahl anbei.

Diese Bestellung kann ich ohne Angabe von Gründen innerhalb einer Woche widerrufen.

**WIDERSPRUCH**Beiträge zur  
sozialistischen Politik**2***Thema Autonomie*

R. Lüscher: Schwierigkeiten bei der Alpenüberquerung

R. Seiler: Autonome Subjekte statt Gremien

M. Zogg: Zürcher Autonomie-Bewegung. Spielwiese der Freiheit oder Kampf um den Staat?

B. Rothschild: Autonomie — Lösungswort eines radikalisierten Individualismus? Thesen

U. Streckeisen: Autonomie der Frauenbewegung. Notizen zum Verhältnis von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung

*Thema Selbstverwaltung*

A. Künzli: Selbstverwaltung — eine moderne Konzeption des Sozialismus

Th. Heilmann: Über Selbstverwaltung und die Notwendigkeit einer Organisation mit Parteicharakter

R. Winkler: Ein Wirtschaftskonzept auf der Grundlage der Selbstverwaltung

H. Schächli: Die Selbstverwaltung muß vom Himmel der Utopie auf den Boden der Wirklichkeit gebracht werden

*Diskussion* zum Thema: Arbeit, Polen, Frieden, Beiträge von: P. Löbcher/H. Gabrisch/K. Odermatt/R. Tobler*Literaturbericht/Rezensionen*

1. Jg. 1981

---

Herausgeber: Redaktionskollektiv *Widerspruch*. — Erscheint unregelmäßig. Heft Nr. 2, 168 S., Fr. 9,—. *Widerspruch* Postfach, 8026 Zürich.

**Zeitschrift  
für  
Soziologie****1'82***Theorie*

R. Eickelpasch: Das ethnomethodologische Programm einer »radikalen« Soziologie

*Sozialpolitik*

H.-J. Dahme/F. Hegner: Wie autonom ist der autonome Sektor? Zum Verhältnis von Staat und freigemeinnütziger Wohlfahrtspflege bei der Umstrukturierung ambulanter Pflegedienste

*Bildungssoziologie*

W. Wiese: Elternstatus, Lehrerempfehlung und Schullaufbahn: Eine empirische Analyse des Einflusses des Grundschullehrers auf die Bildungslaufbahn des Schülers

*Forschungsnotiz*

W. Blass-Wilhelms: Der Einfluß der Frankierungsart auf den Rücklauf von Antwortkarten

*Diskussion*

J.W. Falter/J.-B. Lohmöller: Manifeste Schwächen im Umgang mit latenten Variablen: Ein Kommentar zu Hans-Hermann Hoppes Theologie der LV-Pfadmodelle

H.-H. Hoppe: Über ungemessene Variablen: Von einem Fehlschluß und zwei unbeantworteten Fragen (Antwort)

*Zur Lage der Soziologie*

H. Sahrner: Zur Selektivität von Herausgebern: Eine Input-output-Analyse der »Zeitschrift für Soziologie«

11. Jg. 1982

---

Herausgeber: Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld. — Herausbergremium: P. Flora, T. Harder, R. Klima, W. Lipp, M. Sprondel. — Redaktion: R. Klima. — Vierteljährlich: Einzelheft 23,25 DM — Jahresabo 76,— DM — Studentenabo 44,— DM — Ferdinand Enke Verlag Stuttgart, Herdweg 63, 7000 Stuttgart 1



**SOZIALISMUS**

Zeitschrift für  
Sozialistische Politik und Wirtschaft

**spw**

**6'81**

*Abschied von der Reformpolitik*

Sozialpolitische Wende

»Unser programmatisches Verständnis ist beschädigt«. Interview mit K. Thüsing (SPD)

*Widerstand gegen Sozialabbau*

DGB und Wirtschaftskrise

»Wir müssen glaubhaft bleiben.« Gespräch mit W. Lojewski (GGLF)

GHK: Links zu sein ist keine Schande

*Griechenland: Sozialismus über Nacht?*

*Frankreich:*

E. Maire (CFDT): Den Selbstverwaltungssozialismus aufbauen!

Für ein politisches Gesamtkonzept

*Kontroverse*

Brauchen wir mehr Schwerindustrie?

Kritik von W. Maier an den SOST

Arbeitsteilung und Selbstverwaltung

*Frauen*

Thesen zur Lohndiskriminierung

»... damit wir in Bewegung kommen.« Interview mit G. Keßler (IG Drupa)

*Italien: Neue Gewerkschaftsstrategie?*

*Debatte in der PCI*

»Die Parteien machen keine Politik mehr.« Interview mit E. Berlinguer

G. Napolitano: Von Togliatti lernen

*USA: Ende der Euphorie*

*Alternative Wahlbewegung*

Alternative Finanzpolitik?

Bewegungspartei oder sozialistische Partei. Gespräch mit M. Wendt (AL)

7. Jg. 1981

Redaktion: W. Breum, G. Cüppers, H. Kuhls, M. Laufenberg, W. Pachali, M. Resch, E. Schneider, D. Schwan, C. Thomasberger. Redaktionsbeirat: J. Birschöff, K. Maldaner — Erscheint zweimonatlich — Einzelheft DM 9,—, Jahresabo DM 44,—, VSA Verlag, Postfach 260230, 2000 Hamburg 26

**13'81**

*Aktuelle Kommentare*

E.-M. Bittner: »Victory is possible« — oder die Legende von der Abrüstung

K. Neumann: Wende — wohin?

*Diskussionsschwerpunkt:*

*Kultur und Parteilarbeit*

K. Priester: Kultur und Politik im Denken Antonio Gramscis. Zu einer Theorie der Revolution im Westen

A.G. Frei: Kulturpolitik im Austromarxismus

M. Häupl/M. Matzka: Mit uns zieht die neue Zeit? Zum Wandel der politischen Kultur in der österreichischen Sozialdemokratie

D. Kramer: Die Provokation Heimat

E. Seyfried: Rock & Punk und Politik

*Interview mit dem Nürnberger Kulturdezernenten Hermann Glaser (SPD): Über soziokulturelle Stadtteilarbeit*

Polen: Kooperation oder Konfrontation?

Interview mit Mieczyslaw Rakowski

Interview mit Lech Walesa

*Außerhalb des Schwerpunktes*

M. Johnstone/A.B. Westphal: Polen — zwischen historischem Kompromiß und Autoritarismus

K.P. Kisker/A. Zerdick: Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung — eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik?

*Berichte/Besprechungen*

4. Jg. 1981

Hrsg. Detlev Abers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: K. Gauer-Krusewitz, F. Heidenreich, K. Krusewitz, Gerald Mackenthun, H. Raßmes, Chr. Rix-Mackenthun, D. Scholz, A. Westphal. Die spw erscheint in 4 Hefen jährlich. Einzelheft DM 7,70, im Jahresabo DM 5,— zuzüglich Postversand. Bestellungen über spw-Vertrieb, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38

# L80

## 20'81

- E. Eppler: Die SPD — eine gelähmte Partei*  
*J. Strasser: Ist die SPD noch regierungsfähig?*  
*C. Amery: Rachel, Lea & der deutsche Schweinehund*  
*A. Hunger: Konfusion im Krisenstab. Gehen der SPD die Rezepte aus?*  
*R. Schröder: Für Paul der kam damals die Beiträge kassieren. Ein Lied in drei Teilen mit einem Vorspann*  
*C. Hofmann: Die FDP, oder: Variationen zur Wende*  
*C. Stern: Veränderungen zum Eurosozialismus*  
*W. Michal: Ausbruch aus dem europäischen Getto? Zur Entwicklung der Sozialistischen Internationale*  
*T. Meyer: Gleichheit, Leistung, Wachstum — die Grundlagen der westlichen Industriegesellschaft in der Krise*  
*B. Weinhals: Die Entdecker. Gedicht*  
*E. Loest: Geburtstag in Gorny Slask. Prosa*  
*E. Plessen: Abschied von den Vätern*  
*W. Scheller: Der Traum von der Elite. Frankreich und seine »unbewältigte Vergangenheit«*  
*Z. Mlynár: Die polnischen Kommunisten zwischen Scylla und Charybdis*  
*G. Ratibor: Polen — Exempel gesellschaftserneuernder Kraft*  
*R. Bergmann: Ein Postfach für unbekannte Literatur*  
*P. Brandt: Brief an Helga Grebing*

Herausgeber: Heinrich Böll, Günter Grass, Tomas Kostka, Carola Stern, Johano Strasser, Heinrich Vormweg. L'80 erscheint viermal jährlich. Einzelband DM 15,—, Jahresabo DM 50,— (zzgl. Versand). — L'80 Verlags-GmbH, Deutz-Kalker-Str. 46, 5000 Köln 21

# lendemains

Zeitschrift für  
Frankreichforschung +  
Französischstudium

## 22

- Schwerpunkt: Gegen das Siecle Classique II*  
*H. Duccini: Un aspect de l'idéologie à l'époque moderne: le quatrième ordre*  
*W. Settekorn: Bemerkungen zum bon usage: Genese und Erfolg eines Normkonzeptes*  
*R. Krüger: Politische Lektüre einer poetischen Debatte: Der Joconde-Streit zwischen Bouillon, La Fontaine und Boileau*  
*M. Nerlich: Essay über die Einheit des Ortes und Molière*  
*H. Stenzel: Molière und der Funktionswandel der Komödie im 17. Jahrhundert*  
*Diskussion*  
*H.-J. Neuschäfer: Über die Schwierigkeiten der Literatur-Geschichtsschreibung. Zu M. Naumanns »Prosa in Frankreich«*  
*U. Knoke: Neuere Forschungen zur französischen Literatur des 18. Jahrhunderts — Schwerpunkt Voltaire*  
*J. Jurt: Le fascisme aux couleurs de la France? Zu Bernard-Henri Lévys »L'Idéologie française«*  
*E. Sinnassamy: Von der Trobadora Beatriz und Alice through the Looking-Glass. Anmerkungen zu einem Mißverständnis über Alain Robbe-Grillet*  
*France actuelle*  
*R.A. Höhne: Machtwechsel in Frankreich: Der Wahlsieg von François Mitterand*  
*F. Hincker: Le centenaire de l'école laïque française*  
*J. Leenhardt: Modigliani et l'art africain*  
*J.-J. Victor: René Clair*  
 6. Jg. 1981

Herausgeber: M. Nerlich in Zusammenarbeit mit J. Droz, H.U. Gumbrecht, B. Schlieben-Lange, A. Soboul. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 7,70, im Abo 6,70, Studenten 5,70. — Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

**blättern**

# Demokratie und Recht

## 97'81

*Nachrichten und Berichte zu:*

Ost-Timor

Gambia

Südliches Afrika

El Salvador

*Gesundheit und Arzneimittel in der Dritten Welt*

Krankheit und Unterentwicklung

Die besonderen Geschäfte der Pharma-Multis

Arzneimittelunsicherheit in der Dritten Welt

Pharma-Multis und Unterentwicklung

Bessere, wirksame und sichere Medikamente

Soll man Medikamente aus der Dritten Welt verbannen?

Menschliches Blut als Ware auf dem Pharma-Markt

Die BUKO Pharma-Kampagne

Anhang und Materialien

*Malaysia*

Sarawak — Vom Langhaus zum Industriezeitalter

*Bücher zur Türkei*

*Tagungshinweise und Zeitschriftenübersicht*

11. Jg. 1981

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 bis 60 Seiten: DM/sFr 35,—/ÖS 260,— (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM/sFr 25,—/ÖS 190,—. Einzelverkaufspreis: DM/sFr 4,—/ÖS 30,—. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel.: 0761 / 74003

## 3 '81

E. Fried: Ersteinsatz von Atomwaffen

P. Derleder: Bilanz und Perspektiven der sozialstaatlichen Interventionen zur Gewährleistung ausreichenden Mietwohnraums in den städtischen Ballungsgebieten

K. Böwer: Die Entwicklung der Berufsverbote-Rechtsprechung der Arbeitsgerichte in NRW

D. Engels: Hausbesetzung ist kein Hausfriedensbruch

M. Fabricius-Brand: Instandbesetzung contra Stadtzerstörung und Wohnungsnot

## 4 '81

U. Branahl: Öffnung des Rundfunksystems durch Kommerzialisierung?

K.-H. Ladeur: Stadtplanung und Stadtplanungsrecht

U. Reifner: Erfolgs- und Zugangsbarrieren in der Justiz (2. Teil)

W. Hecker: Zum Urteil des BVerfG v. 16. 6.1981 - Saarländisches Rundfunkgesetz

G. Canotilho/J. Ferreira da Silva: Die portugiesische Verfassung und ihre Revision

*Entscheidungen/Dokumentation*

Abhörpraxis (Wallraff-Fall) — Strafanzeigen wegen Vorbereitung eines Angriffskriegs und wegen Aufstachelung zum Angriffskrieg — Gesetzentwurf für ein Volksbegehren gegen die Startbahn 18-West in Frankfurt

5. Jg. 1981

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — Vierteljährlich — Einzelheft 8,00 DM, im Jahresabo 7,00 DM, für Studenten 6,00 DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

<i>OECD (Hrsg.): OECD-Report (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Ott, Alfred O., et al.: Folgen reduzierten Wachstums (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Projektgruppe im WSI: Grundelemente einer Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	96
<i>Schröder, Wilhelm, und Reinhard Spree (Hrsg.): Historische Konjunkturforschung (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	97
<i>Walterskirchen, Martin P. v.: Umweltschutz und Wirtschaftswachstum (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	97
<i>Walterskirchen, Martin P. v. et al. (Hrsg.): Umweltpolitik in Europa (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	97
<i>Dams, Theodor (Hrsg.): Entwicklungshilfe — Hilfe zur Unterentwicklung? (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Dams, Theodor, und Gerhard Grohs (Hrsg.): Kontroversen in der internationalen Rohstoffpolitik (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Esters, Günther (Hrsg.): Nord-Süd-Politik (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Matthies, Volker: Neue Weltwirtschaftsordnung (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Michaelis, Hans: Europäische Rohstoffpolitik (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Naumann, Jens (Hrsg.): Auf dem Weg zur sozialen Weltwirtschaft (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Pawelka, Peter: Vereinte Nationen und strukturelle Gewalt (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Stockholmer Resultate: Berichte von der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	98
<i>Doernberg, Stefan et al. (Hrsg.): Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	99
<i>Füllenbach, Josef: Umweltschutz zwischen Ost und West (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> ..	99
<i>Füllenbach, Josef, und Eberhard Schulz (Hrsg.): Entspannung am Ende? (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	99
<i>Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik (Gauer-Krusewitz/Krusewitz)</i> .....	99
<i>Hunt, Alan (Hrsg.): Marxism and Democracy (M. Kreuzer)</i> .....	134
<i>Wiesendahl, Elmar: Parteien und Demokratie (M. Jäger)</i> .....	138
<i>Heinze, Rolf G.: Verbändepolitik und »Neokorporatismus« (M. Jäger)</i> .....	140
<i>Fryer, Bob, u.a. (Hrsg.): Law, State and Society (S. Dietrich)</i> .....	143
<i>Bäcker, Gerhard, u.a.: Sozialpolitik (H. Kühn)</i> .....	144
<i>Fischer, Cornelia: Staatliche Arbeitsförderung (W. Elsner)</i> .....	145
<i>Auer, Peter, u.a.: Humanisierung der Arbeit zwischen Staat und Gewerkschaft (R. Nemitz)</i> .....	148
<i>Gruppenarbeit in der Motorenmontage (G. Zimmer)</i> .....	150
<i>Entkoppelung von Fließbandarbeit (G. Zimmer)</i> .....	152
<i>Hoppmann, Klaus, und Berthold Strötzel: Demokratie am Arbeitsplatz (S. Wenk)</i> .....	153
<i>Bartölke, Klaus, u.a.: Konfliktfeld Arbeitsbewertung (T. Waldhubel)</i> .....	154
<i>Schulte, Bernd, und Helmut Laruschkat (Hrsg.): Handbuch technischer Arbeitshilfen (F. Haug)</i> .....	156
<i>Bschorr, Oskar: Lärmverteilung in Fabrikhallen (B. Nemitz)</i> .....	157
<i>Bolvary-Zahn, Wolf-Dieter, und Hans Georg Lehner: Schadstoffe am Arbeitsplatz (B. Nemitz)</i> .....	158



# Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, Argument-Sonderbände (AS) und Argument-Studienhefte (SH) komplett am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555  
Augsburg: »proben« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173  
Berlin 12: autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10; Tel.: 030/310151  
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3134017  
Buchhandlung Klepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711  
Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99; Tel.: 030/8832553  
Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432  
georg-buchner-buchhandlung, Augsburger Str. 31; Tel.: 030/2420773  
das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051  
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8313825  
Buchhandlung Klepert, Garystr. 46; Tel.: 030/8324368  
Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinsfr. 11; Tel.: 030/8511509  
Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a; Tel.: 030/8313962  
Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10; Tel.: 0521/63518  
Politische Buchhandlung, Im Westenteil 22; Tel.: 0234/7023356  
Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608  
Georg-Buchner-Buchhandlung, Vor dem Stenlor 56; Tel.: 0421/72073  
Volksbuchhandlung, Richtweg 4; Tel.: 0421/323334  
Buchladen Bettina Wassmann, Bibliotheksstraße; Tel.: 0421/217023  
Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Lauteschlagenerstr. 3; Tel.: 06151/75230  
Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880  
bücherstube GmbH, Große Heimstr. 62; Tel.: 0231/103306  
buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123  
Collectiv-Buchhandlung, Bismarckstr. 9  
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923  
Karl-Liebknecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15; Tel.: 0201/232014  
Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082  
Collectiv-Buchhandlung, Bornwiesenweg 4; Tel.: 0611/593989  
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77; Tel.: 0611/777303  
Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Schiffenberger Weg 1; Tel.: 0641/792267  
Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128  
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778  
arbeiterbuch, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801  
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572  
Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/171173  
Buchhandlung Wissen u.Fortschritt, Hamburger Allee 37; Tel.: 0511/313955  
Buchhandlung kollektiv, Pöck 64a; Tel.: 06221/12633  
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704  
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642  
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Fleischmenggasse 31; Tel.: 0221/215770  
Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214  
Anna Seghers Buchhandlung, Bilhidsstr. 15; Tel.: 06131/24916  
Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787  
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Weitegasse 19; 06421/63662  
BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522  
Libresso Buchhandlung, Türkenstr. 66; Tel.: 089/2811767  
Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414  
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926  
Libresso Buchzentrum, Peter-Vischer-Str. 25; Tel.: 0911/225036  
Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Bergstr. 1; Tel.: 0441/13949  
Libresso Buchhandlung, Glockengasse 7; Tel.: 0941/561538  
der buchladen, Bethl/Paul, Johannisstr. 3; Tel.: 0681/31171  
Buchhandlung Lenchen Demuth, Nauwieser Str. 13; Tel.: 0681/36559  
Buchhandlung Hubert Freistuhler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033  
Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287  
aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929  
Basel: Buchhandlung Der Funke, Lindenberg 23; Tel.: 061/820277  
Bern: Buchhandlung für Soziologie, Münstergasse 41; Tel.: 031/228218  
Zürich: Limmatbuch, Pinkus-Genossenschaft, Froshaugasse 7; Tel.: 011/2512674  
Königsheim: Kobenmavns Bogcaté, Kulturwet 11; Tel.: 0711/11236  
Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordlands 122; Tel.: 070/658755  
Niederlande